UMBRUCH IN DER DDR
ZEITZEUGEN

TRANSKRIPTE

VISUAL CULTURE PRESS

UMBRUCH IN DER DDR
ZEITZEUGEN

TRANSKRIPTE

VISUAL CULTURE PRESS

VISUAL CULTURE PRESS #3

ISSN 2194-5500, Berlin 2012

www.visualculturepress.com

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund

In den Anfang 1990 aufgezeichneten Interviews der Reihe „Umbruch in der DDR - Zeitzeugen“ reflektieren und analysieren bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kirche, Kultur und Literatur der DDR die Ereignisse und Ursachen der „Wende“ und den damit verbundenen gesellschaftlichen Umbruch.

Unter Leitung der Politikwissenschaftler Dr. Horst Lange (Berlin) und Dr. Uwe Matthes (Leipzig) wurden Interviews mit Michael Arnold, Tatjana Böhm, Rainer Eppelmann, Dr. Gottfried Forck, Dr. Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Walter Janka, Martin Kirchner, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Prof. Dr. Bernd Okun, Gerd Poppe, Friedrich Schorlemmer, Prof. Dr. Dieter Segert, Dr. Wolfgang Ullmann, Dr. Christine Weiske, Konrad Weiß, Prof. Dr. Dieter Wittich und Peter F. Zimmermann geführt.

Die Produktion erfolgte durch das „Institut für Film, Bild und Ton“ (IFBT) welches in der DDR von 1964 - 1990 für die Erstellung von audiovisuellen Lehrmitteln für Hochschulen und andere wissenschaftliche Institutionen zuständig war. Die Videoreihe ist eine der wenigen Videoproduktionen des Instituts und zeigt einerseits ein Stimmungsbild der führenden Akteure der Wende kurz vor den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 und andererseits, den Versuch des staatlichen DDR-Bildungssystems sich in Anbetracht einer veränderten Gesamtsituation neu zu positionieren.

Die Interviews sollten ursprünglich auf VHS-Videokassetten an Schulen und Bildungseinrichtungen vertrieben werden. Bedingt durch die Auflösung des IFBT im September 1990 kam die Produktion jedoch nicht mehr in den Vertrieb.

Die durch altersbedingte Verfallsprozesse und obsolet werdende Abspielsysteme bedrohte Videointerviewreihe wurde 2008 im Rahmen des Seminars „Spezielle Konservierungstechniken - Video“ unter Leitung des Bildwissenschaftlers Jan Henselder von Studierenden des Studiengangs „Konservierung und Restaurierung - Audiovisuelles und Fotografisches Kulturgut“ der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) untersucht und 2011 mit Mitteln der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ transkribiert und digital gesichert.

Die Interviews existieren in zwei unterschiedlichen Schnittfassungen – einer Kurz- und einer Langfassung. Die hier vorliegenden Transkripte beziehen sich auf die Langfassungen. Die Transkripte zu den Interviews mit Martin Kirchner und Prof. Bernd Okun konnten aus urheberrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

Unter dem Titel „EIN JAHR DANACH - Auf der Suche nach Fragen und Antworten zur Wende in der DDR“ ist im Deutschland Archiv (Heft 11, November 1990) ein Artikel zur Interviewreihe erschienen.

Die Interviewreihe wird von der Hochschule für Technik und Wirtschaft, dem Deutschen Historischen Museum und der Stiftung Aufarbeitung archiviert.

Sichtungskopien sind in der Bibliothek der Bundesstiftung Aufarbeitung einsehbar. Institutionen aus den Bereichen Bildung, Lehre und Forschung können zu Lehr- und Forschungszwecken eine DVD-Edition bestellen (order@visualculturepress.com).

Diese Publikation wurde mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von VISUAL CULTURE PRESS realisiert.

Berlin, November 2012

Graphische Kennzeichnungen:

I:	Interviewer Dr. Horst Lange
M.A.:	Zeitzeuge, z.B. Michael Arnold
(lacht)	nonverbale Anmerkung
...	abgebrochenes Wort oder abgebrochener Satz, meist mit einer kurzen Sprechpause verbunden
‹---›	langes Schweigen der Interviewpartnerin / des Interviewpartners (ohne Unterbrechung durch den Interviewer)
(...)	fehlendes Wort

MICHAEL ARNOLD, Leipzig, 26. Februar 1990

„Das NEUE FORUM war der Anlaufpunkt…"

I: Herr Arnold, Sie waren und sind einer der bekanntesten Vertreter des Neuen Forums in Leipzig. Wie ist das Neue Forum hier entstanden und welche Rolle haben Sie dabei gespielt?

M.A.: Hier in Leipzig konkret?

I: Ja.

M.A.: Anfang September, am 9. und 10. September, trafen sich ja die dreißig Erstinitiatoren, die ersten Unterzeichner, in Grünheide bei Berlin und nach dem Wochenende sind wir wieder in alle Teile der Republik zurück gefahren und hatten also unser großes Auftragspapier, Auftrag..., „Aufbruch 89 - Neues Forum" in der Tasche und auch die guten Ideen, die noch dahinter standen, und haben also versucht, in den einzelnen Bezirken Arbeitsgruppen aufzumachen, Kontaktpersonen anzusprechen, Leute anzusprechen, die bereit sind, in diese für diese Zeit neu gewesenen Art und Weise, das heißt also in totaler Öffentlichkeit, ohne Schutz von Kirchenmauern in die Opposition zu treten, also zu sagen: „Hier sind wir und das denken wir und dafür treten wir auch ein." Das war nicht schwer..., nicht einfach, weil die Erfahrung ja gerade in den letzten Zeiten sehr arg gewesen sind mit Staatssicherheit und Polizei, so dass kaum jemand bereit gewesen ist eigentlich in der Anfangszeit, auch seine Unterschrift dafür zu geben und auch als Kontaktperson mitzuarbeiten und damit Unterstützung konkret gerade in den ersten wichtigen Tagen zu bieten für das Neue Forum.

I: War Ihnen bewusst, dass sie als Erstunterzeichner dieses Aufrufes durch Sicherheitsorgane unter Umständen Repressalien ausgesetzt sind?

M.A.: Das Bewusstsein, das war also nicht erst mit Gründung des Neuen Forums, sondern doch schon einige Monate und Jahre schon eigentlich vorher, dass Entwicklung nur vorankommt, wenn man auch sogenannte Opfer hinbringt. Ich glaube aber, es ging auch nicht um die Opfer und es ging auch nicht darum, sich als Märtyrer aufzuspielen, sondern in der, im Laufe der Entwicklung eigentlich, die ich mitgemacht habe, gab es in diesem Punkt einfach kein Zurück mehr und es stand sicherlich für Einen die Möglichkeit, in der Untersuchungshaftanstalt ja auch in die Haftanstalt zu kommen, weil es halt eine illegale Gruppierung zu diesem Zeitpunkt

gewesen ist, die dazumal, nach rechtlichen Möglichkeiten gar nicht hätte existieren können. Und trotz alledann..., alledem gab es eigentlich keine andere Möglichkeit, eine neue Öffentlichkeit herzustellen, außerhalb der Kirche, was damals eigentlich sehr von Bedeutung gewesen ist, und mehr Menschen anzusprechen und für diese Bewegung zu bewegen, also mit..., mitzureißen, eigentlich. ⟨---⟩

I: Welche konkreten Repressalien haben Sie persönlich erlebt, als Reaktion, als staatliche Reaktion auf ihr Engagement im Neuen Forum?

M.A.: Also im Gegensatz zu sicherlich vielen anderen Leuten, die vor mir wirklich Repressalien erlitten haben, sind meine Repressalien sicherlich nur klein, aber sie sind doch kennzeichnend eigentlich für dieses Staatssystem. Sobald Widerspruch dagewesen ist, gab es halt Repressalien in unterschiedlichster Form und die traten auch bei mir zu Tage halt mit, mit Beschattungen halt auf der Straße, mit also diesen sogenannten Observationen, aber auch mit Wohnungsdurchsuchung und mit Untersuchungshaft, mit den unterschiedlichsten Gründen sicherlich und das mit politischen Aktionen sicherlich zusammengehangen hat, aber doch mit einer, mit einer Rechtsstaatlichkeit an sich nichts zu tun hatte. Das ging auch dahin, der Briefverkehr wurde kontrolliert, Telefonverkehr wurde kontrolliert und selbst hier im gegenüberliegenden Haus wurde halt ein Büro von der Staatssicherheit unter Beschlag genommen, um halt die Wohnung auch zu kontrollieren. Sicherlich also auch an der Universität, war es natürlich für Leiter sehr schwer eigentlich damit umzugehen, mit mir als Student, aber auch mit zwei, drei Anderen.

I: Wie reagieren Ihre Lehrer und ihre Kommilitonen auf die Tatsache, dass sie einerseits sich für eine Sache engagieren, Neues Forum, und andererseits Sie durch den Staat, würde sagen, als Staatsfeind eingestuft wurden?

M.A.: Also auf der Sachebene haben wir uns eigentlich verstanden, als Kommilitonen. Das war eigentlich größtenteils verständlich, wofür wir, wofür ich eingetreten bin. Das habe ich auch vermitteln können und wir haben uns darüber ausgetauscht, aber mit der Art und Weise, womit ich es durchsetzen wollte, womit ich versuchte halt auch mehr Menschen anzusprechen, da haben sie natürlich gesagt: „Du bist verrückt." Ich meine, natürlich, also wir sind groß geworden im Elternhaus, die Eltern haben die Schule der fuffziger Jahre mitbekommen und wir wurden doch alle mehr oder weniger erzogen, stillschweigend viele Sachen hinzunehmen, regelmäßigen Tagesablauf, FDJ, Pionierorganisation, Jugendweihe, und dies ohne Widerspruch, und ich habe das genauso gemacht und unter schwierigen Bedingungen, also es waren halt keine einfachen, auch ein Studium zu bekommen. Man musste Leistung bringen, man musste aber auch diese gesellschaftliche Aktivität bringen,

die gefordert war für verschiedene Studienbereiche. Dazu zählten auch die drei Jahre Armee und dann dieser Studienplatz, Stomatologie, der sicherlich einer der gefragtesten Studienplätze gewesen ist und auch noch sein wird. Und dann zu sagen: „Ich stelle das alles in Frage und werde politisch aktiv."

I: Was war für Sie der Knackpunkt, aus der Herde der Disziplinierten auszubrechen?

M.A.: Ich möchte, ich möchte die anderen Leute wirklich nicht als Herde bezeichnen und auch nicht so un..., unmittelbar diszipliniert bezeichnen. Sie haben wirklich eine Entwicklung wie jeder andere hier in diesem Land genossen und haben es auch teilweise als normal empfunden. Und deswegen finde ich es ein bisschen nicht entsprechend dem Urteil jetzt zu sagen: „Es ist eine disziplinierte Herde gewesen." Denn auch ich bin nicht anders gewesen und ich habe noch versucht, etwas anders zu leben, also, ich habe Beobachtungen gemacht, ich habe mich auseinandergesetzt mit meiner Umwelt und das hat sicherlich auch einen starken Eindruck gemacht, aber sicherlich von starker Bedeutung ist auch die die Kindheitsentwicklung, das heißt also, von zu Hause aus wurde ich erzogen, dass ich, halt immer freundlich lächle und zu allem „danke" sage und alles hinnehme, und ansonsten keine Träne zeige. Und auf der anderen Seite hatte ich halt so viel Kontakt auf der Straße mit richtig schönen Rowdies, wie man sie sich vorstellt, und haben viele Bubenstreiche gemacht. Und sicherlich das zählt auch mit dazu. Auch bei der EOS, bei der Armee, bin ich mit vielen interessanten Leuten zusammengekommen. Wir haben sehr viele Sachen durchgesprochen, die für mich vollkommen neu gewesen sind, da ich ja wirklich sehr schön staatstreu erzogen worden bin. Es gab für mich eigentlich kaum Widersprüche in der Gesellschaft. Es lag alles nach Glanz und Gloria ab.

I: Es gab aber dennoch einen Umbruch in der Verhaltensweise.

M.A.: Also, ich habe mich auch teilweise selber geschämt vor mir selbst. Wenn ich gesehen habe, dass jemand neben mir unrechtmäßig behandelt worden ist, und das ist sicherlich auch eine Sache aus dem Elternhaus, dass, damit nicht leben, also das ist eine schwierige Situation, also diesen, mit Widersprüchen umgehen. Und sicherlich auch sehr wesentlich, dass ich mit vielen Leuten aus der kirchlichen Bewegung dann zusammengekommen bin, noch während der Armeezeit. Und dort war ja schon eine freie und offenere Möglichkeit, über Probleme und Diskussionen und so des Alltags zu sprechen und auch Möglichkeiten zu besprechen, wie man halt Missstände abschaffen kann. Ich denke so, das ist so eine Phase, wo wir, wo ich anderen Leuten näher gekommen bin, wo ich auch Wärme empfunden habe, das ist auch eine psychologische Seite des Umbruchs.

I: Welche Rolle spielt das Neue Forum in den Ereignissen von Oktober und November '89? War es der Inspirator der Gewaltlosigkeit dieses Prozesses?

M.A.: Ja, sicherlich, das Neue Forum wird, wird gern hingestellt, rein oberflächlich stimmt es auch, dass das Neue Forum Initiator des Umbruchs '89 gewesen ist. Ich denke aber nicht, dass es zu so einem Umbruch, wie er '89 passiert ist, gekommen wäre, wenn es zu einer anderen Zeit passiert wäre. Das Neue Forum war, sagen wir, die einzigste reale Kraft, die zu dieser Zeit existiert hat. Ein Anlaufpunkt, wo Menschen sich hinwenden konnten, die über lange Zeit ihren Ärger in sich gestaut haben und plötzlich auch einen Anlaufpunkt gefunden haben, wo sie gefragt gewesen sind als Bürger, wo ihre Meinung gefragt war und wo sie mitbestimmen konnten, wo sie mitarbeiten konnten. Und das heißt natürlich auch, es zählt auch dazu, es war eine deutliche Oppositionsbewegung, auch gegenüber der führenden Partei der SED. Das darf man nicht außer Acht lassen.

I: Wie erklären Sie sich, dass das Neue Forum im Vergleich zu anderen Oppositionsgruppen, wie zum Beispiel Demokratie Jetzt, Vereinigte Linke oder Demokratischer Aufbruch, in der DDR so schnell bekannt wurde und so viele Mitglieder gewonnen hatte, sich sozusagen landesweit organisieren konnte?

M.A.: Landesweit Zuspruch bekommen hat, die Organisation hängt ja doch etwas hinterher und sie hat uns auch ganz schön Kraft gekostet und auch wiederum einen starken Mitgliederschwund, da die organisatorische, technische Seite eigentlich nicht vorbedacht gewesen ist, denn mit der Gründung des Neuen Forums noch in Grünheide hatte kaum jemand von den dreißig Initiatoren oder dreißig Erstunterzeichnern damit gerechnet, dass Tausende und abermals Tausende sich in unsere Unterschriftlisten einreihen werden und ihre Mitarbeit, ihre aktive Mitarbeit, angeboten haben. Zu erklären ist das eigentlich aus der gleichen Situation heraus, wie Sie mich schon vorher gefragt haben: „Was ist die Hauptursache des Umbruchs gewesen?" Es ist wirklich eine Entwicklung von jedem Einzelnen, wo Widersprüche nicht mal geklärt werden konnten und mit den bisherigen Arbeitsmethoden. Man kam damit nicht mehr klar mit der Eingabe in die Volkskammer, mit dem Beschimpfen vielleicht des Volkspolizisten oder dem Bier trinken hinter, hinter die Binde. Man kam damit nicht mehr klar, man wollte aber auch Veränderungen, man wollte sich aktiv dafür einsetzen, dass es besser wird in diesem Land. Und zu dieser Zeit, also es war wirklich eine, eine günstige Zeit und noch zusammen mit diesem 7. Oktober am 40. Jahrestag der DDR, dem hochgejubelten und hochgeputschten Jubeltag, der nicht der, der wirklichen Lage entsprochen hat. Dort entstand das Neue Forum, das ein Anlaufpunkt halt gewesen ist, mitzuarbeiten.

I: Ich möchte nochmal auf die Besonderheit des Neuen Forums kommen. Eine Lehre des Aufbruchs besteht ja darin, dass eine Unmenge von der Oppositionsbewegung entstanden ist, die es zum Teil schwer hatten, sich voneinander abzugrenzen beziehungsweise ein eigenes Profil zu gewinnen. Das Neue Forum, meine ich, spielt in diesem ganzen Spektrum dennoch eine besondere Rolle.

M.A.: Ich möchte keine Schönfärberei machen, abgesehen jetzt nochmal von den zeitlichen Reihenfolgen der Gründungen von einzelnen Organisationen und Vereinigungen ist das Neue Forum, eines der Ersten neben der SPD, aber auch möchte ich hier noch eigentlich reinführen in die Diskussion, dass das Neue Forum versucht hat, eigentlich so wenig wie nur möglich Ideologien mit reinzubringen, dass heißt also so viel wie möglich anzusprechen in der Bevölkerung. Bewusst auch eigentlich zu provozieren, dass wir entgegensätzliche Meinungen auch im Neuen Forum haben werden. Gerade eben diesen Konflikt auch im Neuen Forum austragen zu können, um einen optimalen Weg für das Land finden zu können, das war ja auch eine Intention für das Neue Forum. Eine neue Form des gesellschaftlichen Miteinanders. Bei Demokratie Jetzt, Vereinigten Linken, Initiative Frieden und Menschenrechte, es waren, es sind Festlegungen, es ist Demokratie, es ist links, Menschenrechte, das sind, von außen gesehen, von außen gesehen sind es Sachgebiete. Und ich denke schon etwas umfassender und doch für Jeden verständlichen, verständlich gewesenes Papier war dieses „Aufbruch 89“-Papier. Dazu zählt aber, das muss auch noch mit ins Land führen, dass eine unwahrscheinliche Medienkampagne begonnen hat, gerade zur Gründungsaktion, das gerade die Bärbel Bohley, der Reich, Sebastian Pflugbeil, ja, verschiedene Leute eigentlich von den Erstunterzeichnern medienmäßig interviewt worden sind. Über allem, Fernsehgeräte, Radioempfänger in der DDR empfangen werden konnten und das ging halt Demokratie Jetzt, Initiative Frieden Menschenrechte und so weiter, den ganzen neuen Gruppierungen zum Anfang weniger Sorge, also sie hatten sicherlich auch darunter zu leiden.

I: Im „Aufbruch 89 - Neues Forum“ wurde der Begriff Sozialismus ja nicht verwendet. Dennoch glaube ich, dass ihre Initiative auf eine Demokratisierung des bestehenden Gesellschaftsmodells oder -systems zielte. Ab wann war Ihnen klar, dass es in der Wende nicht nur um die Demokratisierung, sondern um den Aufbau eines vereinten Deutschlands ging?

M.A.: Tja. Man könnte jetzt sehr schnell sagen, mit der, mit der Öffnung der Grenze, das heißt also mit dem Fall der Berliner Mauer. Dort kamen die, die ernsten Befürchtungen hoch bei uns, dass es eben die Gefahr hat in dieser, in dieser jungen Entwicklung, wo die Leute eben die erste Chance hatten, die ihre

Sprache wiederzufinden, dass sie eben durch die Öffnung der Grenzen halt auch die Gefahr laufen, in ein stark, noch stärker konsumorientierten Land halt eine, eine andere Orientierung und vielleicht auch schneller und besser begreifbare Orientierung finden, als sie diese in diesem Land eine Perspektive eigentlich da ist. Und dass sie resignieren eigentlich in der weiteren Erkenntnis über den Zustand dieses Landes, dieses Land aufbauen zu wollen und dafür auch gewisse Härten in Kauf zu nehmen. Also, die, diese Angst war da mit, mit dem Fall der Mauer und das hat sich auch letzten Endes bewiesen, das hat auch sicherlich zum großen Teil in der Bevölkerung Argwohn hervorgerufen, als die Bärbel Bohley dann sich gerade zur Öffnung der Mauer eben sehr kritisch geäußert hat, ja: „Die sind doch verrückt geworden!"

I: Die oppositionellen, politischen Bewegungen haben, und darin waren wir ja im bisherigen Gespräch uns einig, maßgeblich die Wende geprägt, aber auch getragen. Ist heute eine Situation erreicht, wo Sie ihre Schuldigkeit getan haben und von der Wende aufgefressen werden? Frisst die Revolution ihre Kinder?

M.A.: Altbekannter Satz, wir haben es selber im Mund gehabt, „Die Revolution frisst ihre Kinder", gerade eben in den, in den letzten Monaten. Und sicherlich, also es werden einige Härten kommen, das ist uns bewusst und aber wir möchten diese Härten auch nicht, auch nicht missen. Ich denke, wir sind auch zu der Erkenntnis gekommen, dass wir nicht schon wieder anfangen können, besser zu wissen als die Menschen hier in diesem Land, ihnen bessere Modelle vorschreiben, wie es vierzig Jahre lang passiert ist. Sondern die Erfahrung muss auch durch die Menschen selber gemacht werden und ich denke wir sind auch nicht perfekt und vollkommen und wir können auch dazulernen und sicherlich auch einige Vorbehalte, die wir heute noch haben, vielleicht auch in der Zukunft ausräumen, aber die Revolution war notwendig, die sogenannte Revolution, ich möchte sie als „revolutionäre Situation" noch mehr bezeichnen. Und sie frisst nicht ihre Kinder, im Moment.

I: War es eine Revolution? Bleibt es eine Revolution?

M.A.: Ich denke eben, es war keine Revolution. Und es bleibt demnach keine Revolution. Es war eine „revolutionäre Situation".

I: Und das Ergebnis?

M.A.: Das Ergebnis ist der Umbruch, der heute erfahrbar ist, das heißt, dass die Leute in dieser revolutionären Situation es erreicht haben, sich, also, Gesetzesschranken zu eröffnen, dass sie aber eine, eine gesellschaftliche Umgestaltung erreicht haben.

Das ist sekundärer Natur, dass sie Produktionsverhältnisse, oder Produktion..., Produktionsweisen und so weiter, diese Kennzeichen von der Revolution, dass sie die Machtverhältnisse geändert haben, dass sie wirkliche Volksherrschaft hergestellt haben, das ist ja nicht so. Also auf dieser Qualität bewegen wir uns noch nicht.

I: Das Neue Forum hat sich auch auf die Gefahr der Spaltung hin nicht zu einer Partei reorganisiert, warum?

M.A.: Parteien, sie widerspiegeln immer nur einen Teil der Bevölkerung wider, ein Interessengebiet. Parteien sind eng verknüpft mit einem parlamentarischen System und wie gesagt, also ich muss da vielleicht nochmal zurück und ausholen. In dem Erstaufruf „Aufbruch 89“ haben wir ziemlich deutlich gemacht, dass es uns nicht darum geht, eine Meinung zu haben, sondern wir wollten die verschiedenen Meinungen eben provozieren, wir wollten verschiedene Meinungen hören, uns auseinandersetzen. Wir wollen uns zu Projekten äußern, wir wollen bürgernah arbeiten, basisdemokratisch, und das glauben wir, das geht innerhalb einer Partei, die streng strukturiert ist, denen es, der es doch mehr oder weniger doch darum geht, Macht zu erhalten und möglichst im großen Umfang und je stärker eigentlich, zu meiner persönlichen Erfahrung, je stärker eine Partei geworden ist, desto weniger repräsentiert sie die Basis.

I: Wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands?

M.A.: Es geht einher mit neuen Wünschen. Ich hoffe stark, dass, ich kann nicht mehr sagen, als dass ich mich persönlich dafür einsetze und dass sich hoffentlich auch das Neue Forum versucht, dafür einzusetzen, dass dieses Deutschland ein entmilitarisiertes Deutschland sein wird, dass es die sozialen Missstände, die hundertprozentig nun kommen werden, im gegen..., also auch sich verstärken werden, nach diesen vierzig Jahren Entwicklung, dass sie versucht, auf diese sozialen Missstände einzugehen, dass heißt also eine, eine sozial gerechte Struktur aufzubauen. Aber auch, und das ist wohl im entscheidenderen Maße für die nächste Zeit auch von Bedeutung, dass wir eine, eine Volkssouveränität auch wieder in den Mittelpunkt der Diskussion bringen. Das heißt also, die Form der direkten Demokratie, die es ermöglichen, breitere Bevölkerungsschichten an der Mitbestimmung des gesellschaftlichen Seins, der gesellschaftlichen Entwicklung, eigentlich mitzubestimmen, ja. Das heißt also, natürlich, dass die, dass die Grenzen anerkannt werden, dass Deutschland sich in einem, in der Perspektive natürlich auch in einer europäischen Konföderation, Föderation auch, wie auch immer, also in einem europäischen Haus, wie es auch von Gorbatschow vorgeschlagen worden

ist, auch weiterhin entwickelt und dass es sich nicht abmauert, beziehungsweise wirtschaftlich expansiv erweitert, was ja die Ängste sehr wohl auch begründet von den Nachbarn hervorruft. Aber dass wir auch nicht außer Acht lassen, dass Europa ein, ein kleiner Teil ist dieser Welt, dass da noch die sogenannte Zweidrittelwelt dazugehört, und das nicht zuletzt eigentlich der Wohlstand von Europa zu Lasten der Zweidrittelwelt gegangen ist und auch weitergehen wird und dass wir auch in unserer eigenen Existenz, auch in den nächsten Jahren weiter von der Ökologie bestimmt werden. Das heißt also, die ökologische Entwicklung Deutschlands, Europas, der Welt, wird im entscheidenden Maße überhaupt dazu beitragen, inwieweit Deutschland auf der Welt existiert mitsamt all den anderen Staaten.

I: Welche Chancen rechnen Sie sich für das Neue Forum am 18. März 1990 aus? Hat das Neue Forum eine Überlebenschance oder besteht die reale Gefahr, dass das Neue Forum in dem Kampf der politischen Parteien untergeht?

M.A.: Wir haben uns ja sehr viel vorgenommen, das heißt also, wir sind einerseits im Parlament vertreten, verkörpern eigentlich eine, eine Idee einer Partei und andererseits sind wir eine Bürgerbewegung. Beide Sachen miteinander zu verkoppeln, das kostet uns, uns unwahrscheinlich viel Kraft und auch einen unwahrscheinlichen strukturellen Aufwand, der sonst als Bürgerinitiative eigentlich wesentlich locker gehandhabt werden könnte und auch die Lebendigkeit des Neuen Forums eigentlich stärker repräsentieren würde. Die Aussichten zur Wahl sind eigentlich derzeitig, ich möchte sagen gut. Also sie sind nicht optimal, also man ist, man kann sich wohl der Illusion, die Illusion nehmen, dass man eine Mehrheit im Parlament bekommen würde oder so etwas, aber ich denke schon, dass wir mit einigen Leuten im Parlament vertreten sind, dass wir versuchen, auch als Bürgerinitiative gerade im Parlament Meinungen und Interessen auch der Bürger zu vertreten. Ich hoffe auch wirklich bürgernah und andererseits eben für die Perspektive, ich denke, gleichgültig welche prozentualen Anteile das Neue Forum im, im Parlament haben wird, wird die Arbeit selbst entscheiden eigentlich des Neuen Forums, wie es an der Basis arbeitet, wie weit und wie lang es arbeiten wird und von welcher Zukunftstracht es sein wird. Das heißt also, wie aktuell wird es auf die Bürgerinteressen reagieren und wie weitsichtig sind die Leute, die organisatorisch und politisch aktiv sind, um, um Entwicklungen vorauszusehen, aber auch gesellschaftsstrategisch zu arbeiten, ich denke das gehört dazu.

I: Wohin zielen künftig Ihre Liebe und ihr Engagement, mehr zur Medizin oder mehr zur Politik?

M.A.: Na ja, gerade in den letzten Monaten ist das eine berechtige Frage. Da ist gerade das Studium eigentlich in den Hintergrund gerückt und mehr so meine Zweit- oder Nebenarbeit geworden. Die praktische Arbeit meines Studiums macht mir sehr viel Freude und die theoretische Arbeit, da habe ich zum Großteil eigentlich andere Ansichten, was das Studium und den Studiumaufbau angeht, so dass es einher läuft mit dem Interesse zum Neuen Forum und der Aversion über einen gewissen Studienaufbau. Zukünftig denke ich schon, dass, dass ich versuche diesen Mittelweg zu gehen. Das ist immer ziemlich schwierig zwischen Familie, Beruf und politischer Aktivität. Ich denke, eine Überbelastung irgendeines Gebietes würde mich stören, also würde mich selbst unzufrieden machen.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch in diesem Land?

M.A.: Diese Frage kann ich immer sehr schwer beantworten, weil eine Hauptursache kann ich eben daran nicht finden. Es ist eine, eine Langzeitfolge eigentlich von mehreren Ursachen gegeben gewesen. Dazu spielte natürlich hinein, die Entwicklung ab '72, Ost-West-Beziehung, die Politik Honeckers, die erhöhte Ausreisewelle, die Strategie Kohls, der Medien im Allgemeinen, aber auch innenpolitisch, die Frustration über die Zustände, die Bürokratie. Alles das, dieses Gefüge mitsamt und die Zunahme an Gewaltaktionen von Polizei und Sicherheitsorganen, das hat sicherlich wesentlich dazu beigetragen, dass es zum Umbruch gekommen ist.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

M.A.: Da möchte ich, da gibt es die Antwort: „Wir sind das Volk!". Das ist wohl der entscheidendste Akteur. Es gab Initiatoren, es gab Leute, die bereit gewesen sind, zeitiger den Blickpunkt auf sich zu richten, also einen, einen Punkt, einen Anlaufpunkt zu bieten. Es war wie eine Art Startsignal. Aber der Hauptakteur ist doch die Bevölkerung an sich selbst gewesen.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

M.A.: Ich kann das nicht verneinen und nicht bejahen. Die..., ein Teil der Forderungen ist sicherlich in Erfüllung gegangen. Das geht um solche Fragen wie die Reisefreiheit, die auch im Mittelpunkt unserer Forderungen damals gestanden hat. Dazu zählt aber auch, dass die Leute bewusst mitbestimmen können, also nein, mitbestimmen eigentlich noch nicht, aber sie können ihre Meinung sagen, das zählt schon sehr viel. Wenngleich sie auch darum wieder verärgert sind, dass ihre Meinung nicht akzeptiert wird oder auch nicht gleich umgesetzt wird. Das Negative an der ganzen Erscheinung ist eigentlich, dass mit den demokratischen

Möglichkeiten, die sich heute und in der nächsten Zeit bieten, die Menschen noch nicht umgehen können, also wir ja allesamt. Wir haben großen Nachholbedarf an Demokratieverständnis, ja bis hin eben zur, zur Sachkompetenz über, über viele verschiedene Bereiche, die uns einholen und dieses Mitbestimmungsrecht, gerade bei der Frage Vereinigung von diesen zwei deutschen Staaten, das sehe ich doch als arg unterentwickelt an. Dazu sieht man nun auch die Tendenz in diesen heutigen Tagen, dass man eher bereit ist, hier alles stehen und liegen zu lassen, dass heißt also es zum Billigpreis eigentlich aufzugeben für eine schnellstmögliche Vereinigung, ohne über die Folgen nachzudenken und heute eigentlich schon in die Perspektive auch einblicken zu können. Aber ich denke, dass kann auch nach vierzig Jahren Entwicklung eben ein Großteil dieser Bevölkerung nicht und wird es auch in der nächsten Zeit nicht.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

M.A.: Viel Zeit zum Träumen bleibt gar nicht. Die meisten Nächte fällt man in einen Ohnmachtsschlaf, also ich träume oft, was heißt oft, ich träume eben auch mal davon, wieder in Ruhe und, ja, etwas in Ruhe zu arbeiten und mit Kind und Frau eben auch mal mehr Zeit zu haben füreinander.

TATJANA BÖHM, Berlin, 14. März 1990

„Bei soviel inkompetenten Männern habe ich nie die Frage nach Kompetenz gehört…"

I: Frau Ministerin, unabhängige Frauengruppen gibt es seit vielen Jahren in der DDR. Seit wann sind Sie in der Frauenbewegung tätig und welche Rolle spielten die Frauengruppen im Vorfeld des gesellschaftlichen Umbruchs vom Herbst '89?

T.B.: Dass unabhängige Frauengruppen bestehen, das kann ich nur bestätigen. Also, ich bin zur Frauenbewegung in dem Sinne schon eigentlich während meines Studiums und dann mit dem Thema meiner Diplomarbeit, wo ich zum Reproduktionsverhalten alleinstehender Frauen geschrieben habe. Und dann noch habe ich mein Studium mal unterbrochen und auch gearbeitet in Karl-Marx-Stadt, also, in einem richtigen Frauenbetrieb im Schichtsystem. Und da sind mir natürlich schon viele Fragen also aufgestoßen. Und auch viele Probleme. Und auch viele Ungerechtigkeiten. So. Und dann habe ich natürlich aus dem Grunde auch Soziologie studiert. Und da Feminismus und die andere Sicht der Frauenfrage, das haben wir bei unseren Papieren gespürt, die wir geschrieben haben, ja zu Beginn der achtziger Jahre, also kein beliebtes Thema war, haben wir uns also denn, also Wissenschaftlerinnen sich zu Zirkeln zusammengefunden und eben in Wohnungen bestimmte feministische Literatur gelesen und darüber diskutiert. Dann war ich auch beteiligt, als ich in Leipzig dieses erste Frauenzentrum gründen sollte. Was dann zerstört worden ist, wo also die Petra Lux auch entlassen worden ist. Also, da hatten wir uns schon bereit erklärt, dort auch paar Vorträge, dass was wir gelesen hatten, zu halten. Und dann, würde ich sagen, gab es natürlich noch den anderen Kreis von Frauengruppen, also die Frauen und Friedensbewegung innerhalb oder unter dem Dach der Kirche. Also ich würde schon sagen, aus diesen beiden Strömungen hat sich dann am, am 4. Dezember also der Dachverband gegründet. Deshalb ging das auch so schnell und auch so problemlos und eigentlich auch so schön. Und die Frauen, also die Künstlerinnen an der Volksbühne, die das ja auf ihre Weise, genau wie die Liedermacherinnen auch schon immer thematisiert haben, die waren dann das Dritte. Und das fand sich eigentlich ziemlich bruchlos und, und sehr also wunderschön und glücklich zusammen an diesem 4.12. in der Volksbühne.

I: Sie haben jetzt schon etwas über die Gründungsmütter des Frauenverbandes gesagt. Welche Vorstellungen hatten sie, wofür gingen sie auf die Straße? Wofür kämpften Sie im Herbst '89?

T.B.: Also eine wesentliche Frage für uns war, dass also in Prozessen schneller Veränderung die Frauenfrage also nicht wieder zurückgedrängt wird, als so eine Nebenfrage. Also gesagt wird, erst machen wir die politischen Veränderungen und dann lösen wir die Frauenfrage. Da hatten wir also schon ein starkes Bewusstsein, auch aus unserer Erfahrung, dass es so nicht geht. Das war also in dem Sinne der Anlass. Und dann sind wir natürlich für reale Gleichstellung, für die Gestaltung einer solidarischen und auch einer multikulturellen Gesellschaft auf die Straße gegangen. Und natürlich auch in Verbindung mit den ganzen Ökologieproblemen, also mit einer Zukunft, mit einer sozial gleichgestellten Zukunft. Weil wir ja genau wussten, dass wir eben sozial in allen, sozial nicht gleichgestellt sind. In allen Bereichen unterrepräsentiert sind. Auch für eine Zukunft unserer Kinder.

I: Hat sich die Programmatik, haben sich die Ziele, die Wünsche der organisierten Frauen verändert seit dem Herbst?

T.B.: Die, die Programmatik hat sich in dem Sinne nicht verändert, die Realitäten haben sich aber verändert. Das ist also, dieser emanzipatorische Gedanke, der unser, unser Anliegen war, unter den ganzen, unter der ganzen schweren Krise, die gekommen ist, ein bisschen zu mindestens im äußeren Bild zurückgedrängt ist. Der emanzipatorische Gedanke ist natürlich da, also in einer frauenfreundlichen, einer feministischen, einer solidarischen Welt, was ja auch Auswirkungen hat auf, auf Männer, denen zum Beispiel der Umgang mit Kindern oder so, dass, dass Männer da den geringer hatten als Frauen, das ist ja nun nicht nur eine Belastung der Frauen gewesen, sondern das ist ja ein Verlust für, für die Männer. Aber wir müssen uns natürlich jetzt auch den Realitäten stellen. Also wenn plötzlich Kindereinrichtungen zugemacht werden, dann, dann stehen so viele praktische Fragen. Wenn es plötzlich wieder darum geht, den Paragraphen 218 einzuführen. Da dachten wir eigentlich, die Probleme wären gelöst. Also, wir müssen uns jetzt mit schon mal Erreichtem, was wir aber kritisch gesehen haben, mit den Kindereinrichtungen. Also, es geht, wir stehen zu dem Gedanken der gesellschaftlichen Kindereinrichtung in einer höheren Mannigfaltigkeit, und natürlich der ganze ideologische Ballast muss raus. Aber es, es scheint ja die Frage überhaupt zu stehen, also, wie unsere Worte damals schon vom Herbst waren: Wer sich nicht wehrt, muss an den Herd. Also irgendwo haben wir es schon, schon geahnt. Dass doch die reale Möglichkeit besteht, dass all diese Veränderungen doch wieder auf Kosten der ohnehin schon benachteiligten Gruppen, die sehr viel gearbeitet haben in den vierzig Jahren dieses, dies..., dieses Landes. Dass es wieder auf Kosten dieser Gruppen geht. Und so steht jetzt eben die, diese Frage, also der Blick in die Vergangenheit, irgendwas modifiziert zu erhalten. Das schiebt sich so in den Vordergrund, dass der Emanzipationsgedanke jetzt manchmal scheinbar zurückgedrängt wird. Aber

wir werden den Emanzipationsgedanken natürlich auch weiterführen und, und dafür werden wir uns auch einsetzen und auch nach den Wahlen.

I: Ausgehend von Ihren Worten könnte man formulieren, die Lage wird für die Frauen, die nicht an den Herd wollen oder können, in einem vereinten Deutschland schlechter als unter der Führung der Familie Honecker?

T.B.: Nein, also zu, zu so einer Sache würde ich mich jetzt nicht, also die Aussage würde ich nicht machen. Aber es sind viele Sachen. Also es ist zum Beispiel grundlegend unsere ökonomische Unabhängigkeit gefährdet. Und demokratische..., Demokratieentwicklung braucht auch soziale Bedingungen. Und dazu gehört natürlich die ökonomische Unabhängigkeit. Und ich möchte auch sagen, dass ich sowohl Verständnis habe für Frauen, die zeitweilig aus dem Berufsprozess herausgehen. Aber, die Frage steht, wie kommen diese Frauen wieder in den Berufsprozess hinein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der große Teil der DDR-Frauen ihr Leben lang Hausfrauen sein will. Weil ja auch die Arbeitsplätze für die Männer in dem Sinne nicht gesichert sind. Und es ist ein internationaler Trend, dass zwar Familien bestehen, aber offensichtlich nicht mehr ein Leben lang. Also, dass es Phasen des Alleinlebens, Phasen in, in, in Partnerschaften. Also, dass es viel mehr Modelle geben wird.

I: Warum trat der unabhängige Frauenverband der Modrow-Regierung bei?

T.B.: Es waren an jenem Sonntag, da habe ich nicht daran teilgenommen, waren ja die, die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung der nationalen Verantwortung. Und es war das Ziel, schon im Januar als wir das erste mal bei Herrn Modrow waren. Wir wollten ja sehr gerne ein Ministerium für Gleichstellungsfragen. Also ein Ministerium, das sich den Problemen der Nichtgleichstellung von Männern und Frauen, aber auch der Nichtgleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern gegenüber DDR-Leuten, Leuten also, die hier ihren Wohnsitz haben, aber nicht die DDR-Staatsbürgerschaft. Also, wir wollten da eigentlich in dem Sinne ein Fachministerium. Das wurde uns abgelehnt, dass Herr Modrow das nicht mehr installieren will. Genauso war unsere Kritik, dass man eigentlich neben dem Wirtschaftsministerium auch ein Sozialministerium haben müsste. Und nicht also diese Verteilung mit Arbeit und, und Löhne und so. Sondern ein richtiges Sozialministerium, was also auch den sozialen Wohnungsbau, also auch solche Fragen mit befasst. Und das waren eindeutige Verhandlungen der Opposition insgesamt, es ist also dann dieser Kompromiss herausgekommen. Und deshalb hat also der unabhängige Frauenverband auch eine Ministerin gestellt. Und natürlich, weil wir uns der nationalen Verantwortung, also auch der

Instabilität in diesem Lande, eigentlich stellen wollten. Und der Runde Tisch, als ein Stabilisierungsfaktor, eben dann die Regierung der nationalen Verantwortung der andere Stabilisierungsfaktor. Und eine gewisse Stabilität hat ja diese Dualität auch erreicht.

I: Als Ministerin setzen Sie sich für die Bildung eines Ministeriums für Gleichstellung ein. Wie ist der Stand der Vorbereitungsarbeiten? Welche Chancen hat ein solches Ministerium?

T.B.: Also es ist ja am Runden Tisch, meiner Meinung nach, einstimmig der Bericht der Gleichstellungsgruppe des Runden Tisches.... Also, zu den Facharbeitsgruppen gehörte ja, dadurch, dass der unabhängige Frauenverband da saß, auch der Vorschlag, also eine Gruppe Gleichstellung. Es hat also einen Bericht gegeben und einen Vorschlag gemacht, der am Runden Tisch eindeutig also angenommen worden ist. Und wir hatten schon im Dezember also Konzepte für so ein Ministerium, also Grobkonzepte, vorgestellt und daran hat auch die Gleichstellungsgruppe, wo also alle Vertreter des Runden Tisches, Vertreterinnen des Runden Tisches vertreten waren, hat also diesen Vorschlag in dem Sinne nur noch präzisiert und erweitert.

I: Könnten Sie inhaltliche Linien vorstellen für ein solches Ministerium?

T.B.: Ja, also das, wir hatten die Vorstellung, also, diese Gleichstellungsbeauftragten sowohl in der Legislative, also im Parlament, anzusetzen bei einem möglichen Präsidenten. Und dann gleichzeitig dieses Ministerium in der Exekutive. Was in dem Sinne eine koordinierende Funktion hat, wo in dem Sinne alle Gesetze geprüft werden in ihren Auswirkungen auf Frauen. beziehungsweise die Sache, nicht, ob diese Gesetze frauenfeindlich sind, sondern ob diese Gesetze frauenfreundlich sind oder ob die Konsequenzen dieser Gesetze, die Umsetzung in die Praxis also dann sich wieder negativ auf Frauen auswirkt. Also so etwas, eine Koordinierung, dass also Frauen in allen Ministerien arbeiten, dort Facharbeiten machen, aber gleichzeitig in dieser Koordinierungssache des Gleichstellungsministeriums sind. Der zweite Weg ist natürlich, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Also, beziehungsweise könnte ein solches Ministerium, was unsere Vorstellung ist, also der Verfassung neben dem Gleichstellungsparagraphen, wo es ja untersetzt ist, noch ein Gleichstellungsgesetz zu schaffen, könnte also dieses Ministerium ein solches Gesetz anregen, in Auftrag geben. Genauso Studien, wissenschaftliche Studien über das Frauenleben beziehungsweise auch über, über die Situation der Kinder. Über die Situation der alten Frauen, die ja nun völlig in diesem Lande heruntergefallen ist. Also, drei Viertel aller Mindestrentner sind eben Mindestrentnerinnen. Da wären also diese Möglichkeiten gegeben. Genauso würde dieses Ministerium sich in einem Bereich,

natürlich dem Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder, widmen. Was ja wirklich ein absolutes Tabu..., Tabuthema in unserer Gesellschaft war.

I: Ich vermute Ihre Amtszeit endet in wenigen Tagen. Welche beruflichen Zukunftspläne haben Sie?

T.B.: Nun, erst einmal müssen wir die Wahlen abwarten. Und dann würde ich mich natürlich gerade aus der Hinsicht des, des Konzepts für ein Gleichstellungsministerium genauso wie an der Sache, wo ich mich doch zu den Müttern der Sozialcharta zähle, also würden, sehe ich schon inhaltliche, arbeitsmäßige Aufgaben für mich. Entsprechend wie die Koalitionsverhandlungen verlaufen werden, beziehungsweise ob ich gewählt werde oder nicht, wären das dann Aufgabemöglichkeiten. Zum andern würde ich natürlich auch noch dazu sagen, ich habe ja jetzt den Bericht zur Lage der Frauen in der DDR auf dieser UNO-Konferenz zum Status der Frau, also, die anstatt einer Weltfrauenkonferenz stattfand, gehalten. Wo ich auch den Teil über die DDR-Frauen also dann umgeschrieben habe, aus also, wurde als eine Mischung der Sicht der Regierung und der Sicht der, der betroffenen Frauen in diesem Lande war. Und da waren natürlich auch die Fragen, also, dass in dieser Kommission natürlich auch Leute aus der DDR, die sich mit Frauensachen wissenschaftlich beschäftigt haben und auch in der Politik schon zumindestens gewisse Erfahrungen haben. Und man lernt ja sehr schnell in dieser Zeit, also dort zu arbeiten. Aber ich habe natürlich auch noch ganz private Pläne als Soziologin. Und zwar betrifft das, was ich immer am liebsten gemacht habe, was bei uns in der Soziologie zu unterbelichtet war, die biografische Methode. Das waren bei uns Nebenmethoden, habe ich auch gemacht. Hat mir am meisten Spaß gemacht. Nicht nur am meisten Spaß, ich glaube auch, da habe ich das meiste gelernt über dieses Land. Also, dass ich sowohl alleinstehende Frauen als auch Familien befragt habe. Und ich würde mich natürlich sehr da interessieren, wo eigentlich die Brüche sind. Also, soziologische Interviews mit Frauen. Also was war bis zum Herbst und was wird jetzt? Weil ich glaube, dass diese biografische Methode so was ganz Wichtiges ist. Denn vor uns steht die Zeit noch mal der Aufarbeitung dieser vierzig Jahre. Und es ist für mich, ich halt es für sehr realistisch, was Christoph Hein gesagt hat, und ich sehe auch die große Gefahr, das deutsche Volk wurde mit dem Faschismus in vier Wochen fertig und mit dem Stalinismus in vier Tagen. Und ich meine, irgendetwas sollten wir doch aus der deutschen Geschichte lernen. Wenn wir damit wieder so schnell fertig sind und jetzt zum Nächsten übergehen, stehen wir in wenigen Jahren wieder vor einer, vor einer ähnlichen Situation, wo wir uns wundern, dass traditionell soziale, engagierte Gebiete jetzt also DSU wählen. Also, was meine Heimat oder so betrifft. Also eine Stimmung ist, wo noch am Anfang, noch im Herbst hatten bundesdeutsche Politiker gesagt, in

Mitteldeutschland, und damit meinte er ja die, die sächsischen Industriegebiete, wird es immer Kommunisten geben. Und ich meine, wenn Herr Ebeling dort schon sagt, „Rote raus!“, in Karl-Marx-Stadt und da.... Und Rote sind Grüne und Lila'ne und das Bündnis 90 und so. Und da ist natürlich in diesem Land etwas pass..., kann in diesem Land etwas passieren. Es kann ja kein Verbrechen mehr sein, wenn man soziale Probleme anspricht, dass man damit also in dem Sinne schon wieder eine staatsgefährdende Person ist. Also so'ne Töne sind ja im Wahlkampf jetzt sehr unlauter, laut geworden. Von Leuten, die sich an der Herbstrevolution nicht beteiligt haben.

I: Aus Ihrer Sicht, gibt es Unterschiede im Verhalten, politischen Verhalten von Frauen und Männern, gerade im Wahlkampf. Und wenn ja, wo sind die zu sehen?

T.B.: Ja, es gibt also große Unterschiede. Also erst einmal im politischen Verhalten, dass wir Frauen uns zumindestens am Anfang oft sehr unsicher fühlen, und dass uns diese Unsicherheit natürlich auch unheimlich vermittelt wird. Denn nur bei einer Frau wird nach Kompetenz gefragt. Das Schreien nach Kompetenz kommt nur bei einer Frau. Bei so vielen inkompetenten Männern hab ich nie die Frage nach Kompetenz gehört. Und dass sich die Frauen auch aus dieser Situation überhaupt die Kompetenz nicht zutrauen. Ich bin durchaus der Meinung, dass sie die haben. Viel mehr als fixe junge Männer, die jetzt kommen und sagen: „Och, wir haben die Kompetenz.“ Ohne das, ohne das nachgewiesen zu haben. Und im Wahlkampf muss man natürlich sagen, dass, die Hälfte der Wähler sind Wählerinnen. Das haben mittlerweile alle Parteien mitgekriegt, die uns am Anfang belächelt haben. Es gibt also kein Programm, was sich nicht mehr oder weniger zur Frauenfrage äußert und das jetzt nicht mehr oder weniger zumindest sprechblasenhaft äußert. Damit will ich nicht sagen, dass es eben in Bündnis 90 oder so, das, und selbst die PDS ernsthafte Vorstellungen haben, auch in der SPD mit der Quotierung. Also, ich will denen das jetzt nicht unterstellen, dass sie das nicht haben. Aber es stellt sich natürlich die Frage, was wird dann damit nach den Wahlen. Und dann wollte ich noch mal zu den Wählerinnen zurückkommen. Also, ich habe das bei einer Sache gespürt, bei dem ARD-Hearing in Dresden, dass natürlich Frauen Frauen nix zutrauen und lieber Männer wählen. Und dass es natürlich dann auch gewisse Feindschaften, die einfach damit zusammenhängen, dass man eine Frau ist und das man eine junge Frau ist. Dass man irgend so eine Sachen einfach fühlt. Ich hab auch das andere, ich hab sehr viele auch solidarische Sachen gespürt. Aber ich meine, damit muss man fertig werden. Diese, die Angriffe, die nicht immer lauter sind, die dann einfach zu verkraften. Und am nächsten Tag weiter zu arbeiten. Und da sind eben Frauen, und das finde ich gut, eben noch nicht so hart und, und, und so cool. Dass sie also auch darüber reden wollen. Wir müssen auch

darüber reden, was da eigentlich passiert.

I: Versteht sich Ihre Organisation als eine rein feministische Bewegung?

T.B.: Sie trägt den feministischen Gedanken, genauso wie sie den sozialen und den ökologischen Gedanken trägt. Und die Organisation ist ziemlich breit, also von feministischen Gruppen bis zu Vertreterinnen unterschiedlicher Parteien. Und es ist also ein ganzes Spektrum darin. Allerdings ist der unabhängige Frauenverband sich darüber einig, dass man natürlich Gesellschaftsfragen von der Stellung der Frauen und der Kinder her durchaus stellen kann. Dadurch kann man die ganze Gesellschaft und ein ganzes Gesellschaftsmodell entwickeln. Denn es betrifft ja eigentlich die Mehrheit in unserem Land.

I: Noch einmal nachgefragt, von welchen politischen Kräften wird der unabhängige Frauenverband vornehmlich getragen? Welchen Parteien steht er nah?

T.B.: Ja, der unabhängige Frauenverband steht dem, wir fühlen uns als eine Bürgerinnenbewegung und am nächsten stehen wir natürlich den Bürgerbewegungen, also dem Wahlbündnis 90 und der Grünen Partei, die sich zwar Partei nennt, aber, auch eine Partei ist, aber die versucht eben auch basisdemokratische Strukturen zu haben.

I: Können auch Männer Mitglied des unabhängigen Frauenverbandes werden?

T.B.: Tja, das ist jetzt eine Statutsfrage, die man unterschiedlich auslegen kann. Also, die, die unterschiedlichen Frauengruppen haben bei uns natürlich eine Autonomie. In den Leitungsgremien des unabhängigen Frauenverbandes können keine Männer Mitglieder werden. Und bei uns heißt es, jede Frau kann Mitglied sein. Das bedeutet nicht, dass in den Basisgruppen nicht auch Männer mitarbeiten können. Und zum Beispiel der Dr. Will, der hervorragende Arbeit geleistet hat zum Wahlgesetz, der ja wesentlich mit seinem Expertengutachten dazu beigetragen hat, dass auch die politischen Bewegungen an der Volkskammerwahl teilnehmen können und der auch innerhalb der neuen Verfassung also einer unserer Rechtsberater und Experten war, der hat also in dem Sinne schon mitgearbeitet, unsere Position also auszuarbeiten auf diesen Spezialgebieten, als Experte. Er saß am Montag auch für zwei Stunden für den unabhängigen Frauenverband am Runden Tisch.

I: Welche Vorstellungen haben Sie für die Zukunft dieses Landes?

T.B.: Na ja, ich sehe die Zukunft dieses Landes in einem europäischen

Einigungsprozess. Ich habe das in meiner Volkskammerrede gesagt, kein Europa mit Deutschland in der Mitte, sondern ein soziales und demokratisches Europa mit Deutschland mittendrin.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

T.B.: Ich hatte die Vorstellung, dass es..., dass wir es schaffen, ein sozialer, solidarischer, alternativer, souveräner Staat bleiben. Der also zwar viel verbesserte Konsumptionsverhältnisse hat, aber wo Konsumption und Ökologie und Produktion und Emanzipation ein harmonisches Verhältnis unter demokratischen Bedingungen eingehen.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

T.B.: Welchen Umbruch meinen Sie denn jetzt?

I: Den vom Herbst.

T.B.: Sie meinen die Hauptursache, es war, für den Herbst, also für den Beginn. Nun es hatten sich ja auf allen Gebieten, also bei den Frauensachen ist es ja ganz klar, eine Menge Probleme angestaut. Ein entmündigtes, in dem Sinne auch entpolitisiertes und gleichzeitig politisiertes Volk, was nun doch nach demokratischen Veränderungen drängte. Was gleichzeitig also die wirtschaftliche und politische Krise war ja schon im Gange. Wo es also nur noch mit Veränderungen vorwärts ging. Die vier Jahre der Perestroika von Gorbatschow und die Hoffnungen von '86, die waren ja denn schon wieder mal abgeflaut. Also, dass es irgendwie eine grundlegende Veränderung in diesem Lande geben muss.

I: Wer war der entscheidende Akteur der Wende?

T.B.: Na, der Souverän. Das Volk. Die, die Leute, die damals demonstriert haben. Ausgehend von den oppositionellen Gruppen, den unterschiedlichsten, waren sie sich aber in der Sache, dass es eine demokratische Entwicklung in diesem Lande geben wird, waren sie sich doch einig.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

T.B.: Es sind viele Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen. Aber etwas ist geblieben, auch wenn es jetzt schon Sternenstunden entfernt ist, das ist dieser Herbst. Und

ich glaube auch, trotz der jetzigen Phase, dass Emanzipationsgedanken, wenn sie auch jetzt ein bisschen zurückgedrängt werden, wieder kommen werden. Und dass es einen Herbst gab. Und dass dieser Herbst auch noch nicht nur diese Aggressivität, sondern dieses Schöne, dieses Kreative auch von Basisdemokratie hatte. Dass das hoffentlich auch in der Erinnerung dieses Volkes bleibt und wieder auflebt. Also, wir tun ja jetzt alles dafür, dass auch noch ein paar Sachen sich also, dass sich Strukturen auch in der Hinsicht verändern.

I: Wovon träumen Sie?

T.B.: Wo, wofür jetzt?

I: Nun, ich kenne Ihre Träume nicht, ich frage mal so ganz allgemein.

T.B.: Ja, meinen Sie jetzt individuelle oder allgemeine?

I: Beides vielleicht.

T.B.: Na, ich träume schon von einer freundlichen, frauenfreundlichen, von einer solidarischen Gesellschaft, und nicht nur mit einer funktionierenden Wirtschaft und nicht nur harten Konkurrenzbedingungen. Und es liegt, gerade auch in Solidarität und in Freundlichkeit liegen nämlich auch produktive Kräfte. Nicht nur im harten Konkurrenzkampf.

RAINER EPPELMANN, Berlin, 13. März 1990

„Es gab da Michail Gorbatschow…"

I: Herr Eppelmann, Sie haben den Beruf des Pfarrers gewählt, darf ich fragen warum?

R.E.: Ja, es ist der zweite Beruf, den ich habe. Der erste, den ich habe, ist Maurer. Und ich habe mich dann Mitte der sechziger Jahre fragen müssen, als ein damals gut Zwanzigjähriger: „Was kannst du tun?" Mit der Vorstellung, dass du in dieser Tätigkeit auch gut alt werden kannst. Und da ist mir mein damaliger Beruf Maurer aus dem Kopf gekommen, das habe ich mir nicht vorstellen können, die nächsten vierzig Jahre auch noch Maurer sein zu können. Das Einzige, was mir damals in der unfreien DDR eingefallen ist, ist dann der Beruf des Pfarrers gewesen. Diese Entscheidung habe ich nie bereut.

I: Sie gehören mit zu den Initiatoren der Oppositionsbewegung in diesem Land. Sie wurden dafür lange Zeit als Staatsfeind behandelt.

R.E.: Bis vor fünf Monaten, ja.

I: Und sogar zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Was hat Sie veranlasst, Ihrer Ideale einer menschenwürdigen Gesellschaft dennoch treu zu bleiben?

R.E.: Ein, wie ich finde, gesundes Beharrungsvermögen. Ich kann auch einen fürchterlichen Dickschädel haben, wenn ich von einer Sache überzeugt bin und meine, dass sie richtig ist, dann lasse ich sie mir auch so schnell nicht wieder ausreden. Das zweite ist, dass ich einer ganzen Reihe von Menschen begegnet bin, die ich sehr gut mag. Ich hab eine Familie gegründet, dazu beigetragen, dass es vier Kinder gibt, die meinen Namen tragen. All das hat auch Verantwortungsbewusstsein in besonderer Weise in mir aufkommen lassen und der Wunsch, im dem Land in dem ich lebe, etwas zu verändern, ist jeden Tag größer geworden.

I: Wann begannen Sie, dem Honecker-Regime in aller Offenheit die Stirn zu bieten?

R.E.: Das war im September 1981 mit einem siebzehn Punkte Brief, den ich Erich Honecker geschrieben habe, auf den ich leider nie eine Antwort bekommen habe.

Und es blieb mir unter den damaligen Bedingungen dann nichts anderes übrig, als mit diesen Brief in die Öffentlichkeit zu gehen.

I: Gab es dafür einen konkreten Anlass?

R.E.: Ja, das ist die Eskalation in der gesamten Rüstungsproblematik in Europa und in der Welt gewesen. Die Verschärfung des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Und eine relativ positive Rolle, die der damalige Generalsekretär der SED in friedenspolitischen Fragen in Europa spielte.

I: Sie sind Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs. Wie ist diese Gruppierung entstanden? Wer hatte die Idee, eine solche Bewegung ins Leben zu rufen?

R.E.: Tja, in aller Bescheidenheit darf ich sagen, dass der Erst-Einlader ich gewesen bin. Ich habe mir im Sommer vorigen Jahres, also im Sommer 1989, ein paar Freunde ausgesucht, denen ich absolut vertrauen konnte und habe sie gefragt, ob es nach acht Jahren Friedensbewegung in der DDR von 1982 bis 1989, ist es ja von null auf zirka 500 Gruppen gekommen, die im Bereich der Friedensarbeit der Ökologiearbeit, der Zweidrittelweltarbeit und der Menschenrechtsarbeit tätig gewesen sind. Und ich fragte mich, ob es jetzt nicht endgültig an der Zeit sei, aus diesem Einzel..., dem Zustand dieser Einzelgruppierungen herauszukommen und eine Partei zu gründen, die DDR weit versucht, politisch tätig zu werden und die politischen Machtverhältnisse in unserem Land zu verändern. Und da habe ich dann, also wie gesagt, acht Freunde angesprochen und wir sind dann im August vorigen Jahres, immer wieder mal hinter uns guckend, nach Dresden gefahren, ob uns irgendjemand hinterher kommt und haben dann doch noch so im Gefühl der Konspiration, und zwei Tage überlegt, was grundsätzlich getan werden musste. Und da ist der Name und der Grundgedanke des Demokratischen Aufbruchs in Dresden entstanden.

I: Der Demokratische Aufbruch wollte anfangs eine völlig neue Art von Politik praktizieren. Wenige Wochen später profilierte er sich aber dann doch zu einer Partei, zur ersten Oppositionspartei überhaupt. Hatte Sie diese Entwicklung damals enttäuscht?

R.E.: Nun, auch, muss ich dazu sagen, ich sage zu dem Weg, sowie er nun jetzt zu gehen ist und da wo wir heute stehen, sage ich: „Ja!“ Ich sage das aber nicht im Brustton der Überzeugung und ich sage das auch nicht voller Jubel, sondern auch immer wieder als ein Fragender. Und auch ein Stück, das gebe ich ehrlich zu, als

ein Trauriger. Wenn Sie sich mal die Kürze der im Spätsommer und Frühherbst in unserem Land entstandenen Parteien anschauen, ich möchte sie einfach nochmal nennen: IFM, DJ, NF, DA, VL, DG, Die Nelken. Dann werden Sie feststellen, dass das alles Kürzel sind, die gar nicht oder nur sehr geringfügig ihre Entsprechung in der Bundesrepublik Deutschland haben. Das heißt, hier ist von, von den Müttern und Vätern derer, die hier versucht haben, eine neue politische Kultur in unserem Land aufzubauen, tatsächlich der Versuch unternommen worden, etwas eigenes aufzubauen. Für meinen Eindruck haben wir die Affinität der politischen Landschaft der Bundesrepublik auf den DDR-Bürger, auf dem Hintergrund von Fernsehgewohnheiten des DDR-Bürgers unterschätzt. Hinzugekommen ist die Öffnung der Mauer am 9. November, mit dem Tag ist ja in der DDR sowieso alles anders geworden. Und aus dem Demokratischen Aufbruch, der zunächst, lassen sie mich das in einem Bild sagen, ein Wesen gewesen ist mit vier gleich starken Beinen, höchstens zwischen so etwas wie ein Känguru geworden. Darüber bin ich nicht immer glücklich, habe aber den Eindruck, damit muss gelebt werden. Man muss versuchen, das Beste daraus zu machen.

I: Was waren die vier Beine im Herbst '89? Und was sind die zwei Beine heute?

R.E.: Ja, die vier Beine möchte ich gerne benennen mit ökodemokratisch, liberaldemokratisch, sozialdemokratisch und christdemokratisch. Und die zwei jetzt stark ausgebildeten Beine sind liberaldemokratisch und christdemokratisch.

I: Über dem Gründungsparteitag schwebte bereits die Gefahr der Spaltung. Der Pfarrer Friedrich Schorlemmer verließ mit einer großen Anhängerschaft den Demokratischen Aufbruch und schloss sich der SPD an. Wie kam es dazu?

R.E.: Ja. Lassen sie mich mal als Erstes sagen, das ist keine große Anhängerschaft gewesen, sondern das war die Gruppe des DAs oder große Teile der Gruppe des DAs aus Wittenberg, die bestand damals aber nur aus knapp dreißig Menschen. Das ist das Erste. Das Zweite ist, der Friedrich Schorlemmer ist noch immer mein Freund, das ist mir ganz einfach ganz wichtig. Das Dritte ist, ich habe Ihnen ja versucht zu sagen, was das Verbindende der ersten Menschen des Demokratischen Aufbruchs gewesen ist. Eine gemeinsame Geschichte, ein gemeinsames Tun über mehrere Jahre. Das hat, das hat die Entwicklung dann danach gezeigt. Nicht in jedem Fall bedeutet, dass wir auch die gleiche politische Grundüberzeugung haben. Wir sind Menschen, die auf dem Hintergrund einer zumindestens teilweise gleichen Biografie zusammengefunden haben. Sind aber nicht in jedem Falle Menschen gewesen mit einer gleichen politischen Grundüberzeugung. Und wir wollten als Menschen mit gleicher Geschichte, aber unterschiedlicher politischer

Grundüberzeugung zusammenbleiben und gemeinsam etwas tun. An der Stelle haben uns die Verhältnisse überholt. Und Friedrich Schorlemmer gehörte zu denjenigen, die meinten, dass das sozialdemokratische Element im Demokratischen Aufbruch offensichtlich nicht stark genug zum Tragen kommt und hat sich dann eine Partei herausgesucht, wo das in größerem Maße zum Ausdruck kommen kann. Ich bin über diese Entwicklung ein wenig traurig. Und zwar deswegen, weil ich für mich andere Konsequenzen daraus gezogen habe. Lassen sie mich das an einem Beispiel sagen: In den fünfzehn Jahren, die ich Pfarrer bin, habe ich mich ja nicht über alles freuen können, was ich in dieser Kirche erlebt habe oder was ich mit dieser Kirche erfahren habe. Ich hätte aber überhaupt keine Chance gehabt, in dieser Kirche etwas zu verändern, etwa in eine Richtung die mir selber wichtig ist, wenn ich aus dieser Kirche herausgegangen wäre. Ich habe in dieser Kirche nur etwas verändern können, dadurch dass ich drin geblieben bin und mich voll in ihr engagiert habe. Und das hätte ich mir auch von Friedrich Schorlemmer gewünscht.

I: Sie sind mit Ibrahim Böhme befreundet...

R.E.: Ja.

I: ...und haben mehrfach erklärt, Sie stünden auch der SPD sehr nahe. Wie bewerten Sie die Aussage der Allianz, die SPD sei der Hauptgegner der bürgerlich-konservativen Kräfte?

R.E.: Ja, mit dem Wort Gegner kann ich an dieser Stelle überhaupt nichts anfangen, das geht ganz bestimmt nicht auf eine Erfindung von mir zurück, wenn es sich auf die SPD bezieht. Ich bin von einem westdeutschen Journalisten das auch gefragt worden in Blick auf Friedrich Schorlemmer und kann jetzt im Blick auf Ibrahim Böhme nur dasselbe sagen. Es gibt eine Fülle von Gemeinsamkeiten in der politischen Überzeugung, aber auch in der Biografie zwischen Ibrahim Böhme und mir zum Beispiel. Wir haben oft Dinge gemeinsam angedacht, überlegt oder miteinander getan. Von daher kann ich Ibrahim Böhme gegenwärtig nur als einen Konkurrenten um die Stimme des Wählers betrachten und als nicht mehr. Und ich habe keine Probleme mit Ibrahim Böhme und denke an der Stelle nicht daran, das Verhalten von Oskar Lafontaine und Helmut Kohl zu übernehmen.

I: Glauben Sie, dass es heute noch einen Konsens unter a..., unter den ehemaligen oppositionellen Parteien und Bewegungen gibt?

R.E.: Unter allen, wenn ich das richtig sehe, und bei allen Themen nicht mehr.

Das ist vielleicht auch nicht möglich. Dafür haben sich die einzelnen Parteien und Gruppierungen in den letzten Monaten inhaltlich zu sehr auch weiterentwickelt. Dabei zum Teil auch auseinander entwickelt. Ich bin aber davon überzeugt, dass es möglich sein wird, nach dem 18. März in der DDR eine Koalitionsregierung auf die Beine zu stellen, mit einem regierungsfähigen Programm, hinter der sechzig Prozent der Wähler stehen.

I: Der Demokratische Aufbruch unterstützte anfänglich das Bündnis 90, dann schloss er sich der Allianz für Deutschland an. Wie erklärt sich dieser Sinneswandel?

R.E.: Ja, auf diese Frage kann ich schlecht antworten, weil meiner Meinung nach die Fragestellung nicht ganz richtig ist. Wir haben die Initiative für Frieden und Menschenrechte unterstützt. Wir sind der Demokratie Jetzt sehr nahe gewesen und es hat eine gemeinsame Grundüberzeugung mit dem Neuen Forum gegeben oder gibt sie zum Teil auch heute noch. Aber zu der Zeit bestand das Bündnis 90 noch nicht. Es gab ursprünglich einmal eine grundsätzliche Wahlaussage aller neuen demokratischen Parteien in der DDR von Anfang Oktober 1989, die dann Anfang November 1989 bestätigt und bestärkt worden ist. Dieses Wahlbündnis ist dann von der SPD aufgekündigt worden, nach dem 9. November. An der Stelle kommt ganz einfach nochmal zum Tragen, dass der 9.November 1989 die DDR verändert hat. Dann ist es dazu gekommen, in den nächsten Wochen, vielleicht erinnern Sie sich an das politische Klima und die damals durch Meinungsumfragen deutlich gewordene Überzeugung der DDR-Bürger, dass es eigentlich bloß zwei ernstzunehmende politische Kräfte in der DDR gab. Eine SPD, der man nach Meinungsumfragen damals, wenn ich mich nicht sehr täusche, fünfzig bis sechzig Prozent zutraute. Und eine damals noch SED heißende Partei, der man, ja, zwanzig bis dreißig Prozent zugetraut hat. Und da gab es eine ganze Reihe Menschen in unserem Land, und ich gehörte dazu, die meinten, ausgehend von der politischen Landschaft in unserem Umfeld, etwa in der Bundesrepublik, aber nur zum Beispiel, gibt es zwei oder drei ganz große Gruppierungen von Wählern in ihrem, in ihrer politischen Überzeugung. Die sind dann aber in diesen beiden eben genannten Parteien in der DDR nicht voll zum Tragen gekommen. Es gab dann nur noch Splittergruppen und wir sind der Meinung gewesen, einem großen Teil von DDR-Bürgern, die Ende Dezember überhaupt keine Chance sahen, ihre Stimme auf eine sinnvolle und auch verwertbare Art und Weise abgeben zu können, eine politische Alternative zu bieten, weil wir Sorge hatten, dass sie sonst zuhause bleiben würden, weil sie sagen, hat sowieso keinen Sinn, wenn wir hingehen. SPD wollen wir nicht wählen, SED wollen wir auch nicht wählen, alles andere sind nur Splitterparteien. Und wir meinten darum ein liberal-christlich-demokratisches Bündnis aufzubauen, dass Leuten Mut macht, am 18. März zur Wahl zu gehen.

Die letzten Meinungsumfragen bestätigen ja diesen Ansatz und diese Strategie.

I: Welche Chancen sehen Sie für den Demokratischen Aufbruch in einem vereinten Deutschland? Ist der Demokratische Aufbruch eine Partei der Zukunft?

R.E.: Das ist eine Frage, die ich sehr schwer zum gegenwärtigen Zeitpunkt beantworten kann. Das wird ein Stück vom Ausgang der Wahlen am 18. März abhängen. Und es wird ein Stück davon abhängen, wie die Partner der Allianz nach dem 18. März miteinander umgehen werden. Ich selber würde mir das schon wünschen wollen, dass da ein Schluck frisches Blut in eine relativ alt gewordene Partei mit hineinkommt, in welcher organisatorischen Form das passiert, das weiß ich nicht. Es ist mir einfach ein Bedürfnis, ihnen zu sagen, dass es inzwischen in West-Berlin die ersten Grundorganisationen des Demokratischen Aufbruchs gibt und ich weiß von Bemühungen, das auch in der Bundesrepublik zu machen.

I: Wie stellen Sie sich das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten vor? Welche Maßnahmen favorisieren dabei?

R.E.: Ich stelle mir dieses Zusammenwachsen der beiden deutschen Republiken als ein Prozess vor, als ein Weg vor, ein Weg auf dem wir längst sind. Ich weiß nicht, ob Sie Kinder haben. Ich vermute mal, dass unsere Kinder wahrscheinlich dieselbe Musik hören, sich für dieselben Schauspieler interessieren. Und ich behaupte, dass das den Deutschen in Köln, in München oder Hamburg genauso geht, dass heißt an der Stelle gibt es schon lange eine Einheit. Mit dem 9. November 1989 hat sich so etwas wie eine Vereinigung der Menschen wieder vollzogen, die einander besuchen, die miteinander Urlaub machen. Dass heißt, es gibt Prozesse, die da längst am Laufen sind. Es gibt solche die im Augenblick favorisiert und beschleunigt werden, damit meine ich die Bemühungen auf dem finanztechnischen und dem ökonomischen Bereich, Bemühungen, das im sozialen Bereich anzudenken. Und es wird Bereiche des gesellschaftlichen Lebens geben, wo eine Einheit komplizierter ist und wo sie von daher auch langsamer herbeizuführen ist. Also ich will damit zum Ausdruck bringen, selbst dann, wenn heute Hans Modrow und Helmut Kohl die Einheit der Deutschen vertraglich festschreiben würden, wäre sie ja damit noch nicht vollzogen, sondern im Bereich der Schulbücher, der Verwaltung und vielem, vielem anderen mehr, dauert das Wochen, Monate, zum Teil wahrscheinlich sogar Jahre. Also, das ist ein Prozess, auf den wir uns eingelassen haben, den offensichtlich ein Großteil der Menschen in der Bundesrepublik und der DDR wollen. Aber ein Prozess der noch nicht beendet ist. Und selbst dann, wenn jetzt eine solche Einheit über Artikel 23 vollzogen werden sollte, wird das nur mit Übergangsregelung gehen und auch dann nur als ein Prozess.

I: Die Kirche sei das neue Gewissen der Deutschen, hört man jetzt oft. Können Sie sich dieser Aussage anschließen?

R.E.: Sie hat eine gewisse Verführung in sich drin, ich möchte sie aber so nicht übernehmen, weil ich glaube, das bekommt uns nicht so gut. Wenn man uns zu sehr auszeichnet oder adelt oder in den Vordergrund schiebt. Die Kirche hat in den letzten Jahren und dann ja auch nicht als Kirche insgesamt, sondern in Teilen ihrer Mitglieder oder Leitungen, eine politisch diakonische Funktion in unserem Land gehabt. Das was Pfarrer oder kirchliche Mitarbeiter, einschließlich meiner eigenen Person, in den letzten Jahren haben tun können, ist ja für meinen Eindruck nicht ein besonderes Zeichen von Mut gewesen, sondern ich habe eine (…), ich zum Beispiel habe eine besondere Situation in diesem Land vorgefunden, dass heißt, ich hab in keinem VEB-Betrieb gearbeitet, ich habe mein Gehalt von der Kirche bekommen, selbst in der Zeit als ich im Gefängnis gewesen bin, ist mein Gehalt weiter gezahlt worden, von dem meine Frau und meine Kinder leben konnten. Ich bin also in einer sozialen Absicherung gewesen und in einer sozialen Unabhängigkeit gewesen, die viele DDR-Bürger nicht hatten. Ich hatte mehr Freiraum. Und es wäre fatal und schlimm gewesen, wenn ich diesen Freiraum nicht genutzt hätte. Und man muss fairer Weise ja einfach dazu sagen, das sind nicht alle Pfarrer oder alle kirchlichen Mitarbeiter gewesen. Und nicht alle Worte die von evangelischer oder gar katholischer Seite gesprochen worden sind, von kirchenleitenden Gremien, sind mutmachend oder hoffnungsvollen oder die DDR verändernde Worte gewesen, da war ja auch eine Menge an Opportunismus oder Leisegang mit dabei. Mir fällt noch eines ein, was man sicher als positiv mit vermerken muss, das ist die Rolle, die die Kirche am zentralen und auch an vielen kleinen runden Tischen spielt. Aber auch das, meine ich, ist kein (…) keine besonderer Verdienst, sondern die evangelische Kirche ist vielleicht die einzige Organisation, wenn ich das mal so sagen darf, in der DDR gewesen, in der man demokratische Strukturen über Jahre praktizieren konnte. Wer, wenn nicht wir hat so etwas wie Wahlen gelernt oder hat es gelernt, ein Stück weit tolerant miteinander umzugehen, weiß, wie man mit einer großen Gruppe in einer fairen Gesprächsleitung umgehen kann. Wir haben da einfach Dinge zur Verfügung gestellt, von denen wir die Chance hatten, sie uns in den letzten Jahren anzueignen. Und es wäre fatal gewesen, wenn wir uns jetzt verweigert hätten.

I: Was hat Sie in den letzten sechs Monaten besonders fasziniert und was besonders geärgert?

R.E.: Fasziniert hat mich die Kraft, die Phantasie, die Selbstverständlichkeit, mit der wir DDR-Bürger nach 45 Jahren relativer politischer Unmündigkeit und

45 Jahren eingesperrt sein, unser eigenes Schicksal in die Hand genommen haben und versucht haben, etwas zu verändern. Es ist für mich heute noch nicht begreifbar, wie schnell und wie wirkungslos dieser scheinbar so starke Staat mit seinem ungeheureren Machtapparat, den er ja auch aufgebaut hatte, zerbröckelt ist. Das, was mich ein Stück betroffen macht, sind einzelne Töne der Intoleranz und der Gewalt in unserem Wahlkampf. Ich hatte gehofft, dass das von unserem Tagesgeschehen verdrängt ist. Da sind mir also die Bilder der Freundlichkeit und der Toleranz aus dem Herbst 1989 angenehmer als das, was ich jetzt zum Teil eben mitbekomme, dass Plakate abgerissen werden, dass Fensterscheiben von Büros, von Parteien ein geschmissen werden. Und dass es Menschen gibt, die zu politischen Veranstaltungen kommen und kein anderes Ziel haben, als zu stören.

I: Gegen den Vorsitzenden Ihrer Partei, Herrn Wolfgang Schnur, gibt es gegenwärtig eine Reihe schwerer Vorwürfe. Hinzukommt, dass er gesundheitlich angegriffen scheint.

R.E.: Ist!

I: Ist. Sprechen wir hier mit dem zukünftigen Parteivorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs?

R.E.: Das hoffe ich nicht. Sondern ich hoffe, dass der zukünftige Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs der Gleiche ist, der es jetzt ist.

I: Die Politik der DDR wird gegenwärtig in starkem Maße von Rechtsanwälten, Pfarrern und Wissenschaftlern gemacht. Halten Sie das für ein Problem?

R.E.: Ich halte das für ein Problem, das hat aber etwas mit unserer 45-jährigen Geschichte als DDR-Bürger zu tun und ich hoffe, dass in dem Maße, wie öffentliches politisches Reden und Handeln zur Selbstverständlichkeit wird, und das ist für mich das Gute in dem jetzt stattfindenden Wahlkampf, dass da Menschen auf der Straße gehen, miteinander reden, Fragen stellen, Argumente austauschen. Das wird dazu führen, dass nicht nur sogenannte Akademiker oder Intelligenzler sich in Sachen Politik äußern, sondern dass es auch die vielen anderen lernen und sich dann voll mit einbringen. Also ich hoffe, dass unser politisches Betätigungsfeld, auch von denen her die es betreiben, sehr viel bunter werden wird.

I: Wie politisch darf ein Pfarrer sein, wenn er Pfarrer bleiben will?

R.E.: Ja, er muss politisch sein, wenn er Pfarrer sein will. Wenn er unpolitisch ist, ist

er seinem Herrn und Meister gegenüber ungehorsam, dass meine ich, ist die Lehre, die wir Christen aus leidvoller Erfahrung etwa zwischen ´33 und ´45 haben ziehen müssen. Nicht in jedem Falle wird man ein politisches Amt mit dem Dienst des Pfarrers vereinen können.

I: Wo sehen Sie Ihre Zukunft? In der Politik oder in der Kirche?

R.E.: Das ist eine Frage, die Sie mir sechs Tage zu früh stellen.

I: Was fällt Ihnen zu den Stichworten Jugend, Bildung und Schule ein?

R.E.: Dass das ein besonders kranker Patient ist, der der intensiven Pflege, Stärkung und Gesundung bedarf. Das größte Verbrechen der 45-jährigen Politik der DDR liegt, meiner Meinung nach, auf dem Gebiet des Bildungswesens, dass da Menschen verkrümmt und vergewaltigt worden sind, dass Eltern genötigt worden sind, aus Angst sie könnten der beruflichen Entwicklung ihres Kindes schaden, sie zu verkrüppelten Ja-Sagern oder doppelzüngigen Wesen erzogen haben, das alles muss anders werden. An der Stelle muss sich etwas gewaltig verändern.

I: Haben Sie ein Rezept für diesen Patienten?

R.E.: Ja! Den Eltern mehr Möglichkeiten zu geben, sich für das Wohl ihrer Kinder tatsächlich eigenständig ihren Vorstellungen entsprechend einzusetzen. Ein Bildungswesen muss in einem viel stärkeren Maße als bisher von den Eltern geprägt werden.

I: Was halten Sie von einer politik- und ideologiefreien Bildung und Erziehung in der Schule?

R.E.: Ideologiefrei auf jeden Fall. Politikfrei kann ich mir nicht vorstellen, dass muss aber politisch-pluralistisch sein, dass heißt es darf keine bevorzugte politische Meinung, eben schon gar nicht eine, die nun alle übernehmen müssen. Sondern auch in der Schule sollte es möglich sein, Meinungsstreit zuzulassen, ja, ihn sogar zu fördern. Und das geht nur dann, wenn man unterschiedliche Meinungen zur Kenntnis gibt.

I: Warum nicht auch über Ideologie streiten dürfen in der Schule?

R.E.: Na, da habe ich nichts dagegen, aber ich habe Sorge darum, dass es wieder zu Ideologieschulen kommt und die hat es in deutscher Geschichte mit religiösen

Vorzeichen oder politischen Vorzeichen zu oft gegeben. Das darf meiner Meinung nach nicht mehr sein.

I: Wie will der Demokratische Aufbruch die notwendige Trauerarbeit bei der Bewältigung unserer Geschichte unterstützen?

R.E.: In dem wir versuchen mit dazu beizutragen, dass fünfundvierzig Jahre lang DDR nicht verschüttet und verdrängt werden, sondern dass wir darüber reden und sie aufarbeiten. In einem möglichst fairem Gespräch miteinander und mit der Grundvoraussetzung oder Grundthese, dass es wohl keinen Menschen in der DDR gibt, vielleicht abgesehen von ein paar Kindern und ein paar Alkoholikern, die von sich sagen könnten, dass sie genug getan haben für die Revolution und die Veränderung in unserem Land. Dass heißt, jeder von uns ist an irgendeiner Ecke schuldig geworden und das als eine Grunderkenntnis wird uns dazu befähigen, vertrauensvoll aufeinander zuzugehen und gemeinsam zu versuchen, unsere Geschichte aufzuarbeiten.

I: Welche Vorstellung hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

R.E.: Da ging es mir wie vielen anderen Menschen in diesem Land, da war ja an deutsche Einheit noch nicht zu denken, das glimmte vielleicht irgendwo im Herzen, war aber eine Sache, von der man politisch real annehmen musste, dass sie noch weit entfernt waren. Stichwort aus unserem damaligen Programm waren deutsche Zweistaatlichkeit mit einer gesellschaftlichen Alternative. Ausgehend davon, dass wir meinten, zwei gleiche Republiken, also mit gleicher ideologischer und ökonomischer Verfasstheit kann es nicht geben, das beweist ja jetzt auch die Geschichte, es wächst zusammen zu einem. Und wenn es dann zwei geben kann, dann nur, wenn sie gesellschaftlich unterschiedlich sind. Wir träumten damals noch von so etwas wie, ja, einem dritten Weg zwischen den Systemen.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

R.E.: Meinen Sie jetzt den Umbruch in meinem Denken, zu dem was heute ist, oder den Umbruch im Herbst?

I: Der DDR, ja!

R.E.: Ja! Ich glaube, das hat damit etwas zu tun, dass die DDR eine Mangelgesellschaft gewesen ist, nicht nur, was Petersilie und Autos anging, sondern auch was persönliche Meinungsfreiheit anging, Reisefreiheit, Bewegungsfreiheit,

all das was man mit bürgerlichen Ehrenrechten meint. Der Druck, sich mit diesem Mangel nicht mehr abzufinden, ist jeden Tag größer geworden. Es gab so etwas wie einen Knastkoller in der DDR, die Bevölkerung ist über viele Jahre eingesperrt gewesen, hat sich das nicht mehr gefallen lassen und wollte raus. Es gab seit acht Jahren die Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und Zweidrittelweltgruppen in der Kirche, die ein Stück politische Mündigkeit und Eigenständigkeit praktiziert haben. Daraus hat sich politisches Selbstbewusstsein und Handlungsbereitschaft entwickelt. Es gab Michail Gorbatschow mit seiner Politik, der Europa, speziell Osteuropa angefangen hat zu verändern. Und die DDR-Bürger haben sich, Glasnost und Perestroika nicht länger verbieten lassen. Und als Letztes, der letzte Durchbruch ist dadurch passiert, dass viele Menschen unser Land verlassen wollten, in die Botschaften reingingen, die ungarisch-österreichische Grenze geöffnet worden ist.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

R.E.: Ja, ich habe einen Namen eben genannt: Michail Gorbatschow. Auch aus dem Grunde habe ich ihm, als ich die Chance hatte, das erste Mal in meinem Leben nach Moskau zu kommen, eine Kerze überreicht, auf der „спасибо" (spasibo) darauf stand.

I: Sind Ihre Hoffnungen von Herbst..., vom Herbst ´89 in Erfüllung gegangen?

R.E.: Sie sind nicht alle in Erfüllung gegangen. Das kann ich zum Teil mit ein bisschen Wehmut betrachten, wenn ich daran denke, dass wir im Herbst ‘89 vielleicht größere Chancen hatten, als wir sie heute hatten, sehr viel Eigenständiges in diese Republik Deutschland mit einzubringen. Das wird durch die unverantwortliche Öffnung der Mauer vom 9. November nun ein Stück reduziert werden. Unverantwortlich, das ist mir wichtig dazu zusagen, heißt nicht, dass ich das schlimm finde, dass die Mauer geöffnet worden ist, sondern auf welche Art und Weise sie geöffnet worden ist.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

R.E.: Ich träume von einer Republik Deutschland, die sozial sicherer, ökologisch verantwortlicher und menschlich wärmer ist, als das was beide deutsche Republiken heute darstellen.

BISCHOF DR. GOTTFRIED FORCK, Berlin, 22. Februar 1990

„Wir haben uns manchmal damit schwergetan…"

I: Herr Bischof, Sie engagieren sich seit Jahren für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, sie traten konsequent gegen staatliche Repressalien auf und prangerten schon lange vor der Wende den massiven Wahlbetrug vom Mai 1989 an. Was waren Ihre Motive und woher nehmen Sie den Mut, der Ulbricht-Honecker-Administration immer wieder öffentlich die Stirn zu bieten?

G.F.: Der Ausgangspunkt für meine Verhaltensweise ist, dass ich, ja, als Pastor verpflichtet bin, auf das Evangelium zu hören und das Evangelium auch zu verkünden. Und die Botschaft von Jesus Christus, von dem was er für die Welt getan hat, hat auch politische und gesellschaftliche Konsequenzen. Weil Christus die Liebe zum Prinzip menschlichen Handelns gemacht hat und weil von daher Gerechtigkeit in einer Gesellschaft grundlegendes Motiv sein muss für das Handeln in Staat und Gesellschaft, darum bin ich immer wieder dafür auch eingetreten, ausgehend manchmal von Texten, die sich aus der Bibel nahelegten und manchmal dann auch konkret zu entsprechenden Vorkommnissen. Ich denke, eine Kirche darf nicht einfach Politik und Gesellschaft ausklammern, sondern man muss zu den Dingen konkret Stellung nehmen. Und von daher sah ich mich legitimiert und, wenn Sie wollen, ermutigt.

I: Bei dem gesellschaftlichen Aufbruch in der DDR spielten die Kirchen insgesamt eine herausragende Rolle. Sie boten der sich formierenden Opposition mehr als nur ihr schützendes Dach. Wie kam es zu dieser exponierten politischen Funktion der Kirche in der DDR?

G.F.: Das ist wohl daher gekommen, dass die Kirchen eigentlich schon von Anfang der vierzig Jahre, die jetzt hinter uns liegen, an in Synoden und auch in der Verkündigung der Pastoren zu gesellschaftlichen und politischen Fragen Stellung genommen hat. Wenn Sie mal Synodenbeschlüsse sich ansehen, können Sie das in kritischen Stellungnahmen zur Friedensfrage, zu den Menschenrechten und so weiter, feststellen. Und dieser Art der Kirche einzutreten für Probleme, die sonst öffentlich nicht diskutiert werden konnten, hat viele auch Nichtchristen dazu veranlasst, sich an die Kirche zu halten, um dort einen Freiraum zu haben für Gespräche zur Bewahrung der Umwelt, zu besserer Gerechtigkeit oder zur Erhaltung des Friedens. Wir haben uns manchmal damit schwer getan, weil die,

die zu uns kamen nicht aus christlicher Motivation redeten, sondern noch andere Motive hatten. Aber wir haben dann doch mit der Zeit gemerkt, dass es in der Tat auch zur Sache des Evangeliums gehört, das uns aufgegeben ist für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Und insofern haben dann indirekt die Gruppen einen wichtigen Dienst auch in der Kirche getan. Und sind wir denn, ja, ganz gut zusammengewachsen, wenn denn jetzt auch die allermeisten inzwischen politisch aktiv geworden sind, in den neuen Gruppierungen, die seit September existieren und nur noch einen losen Kontakt zur Kirche haben. Es gibt ein paar, die zur Kirche auch intensiv gefunden haben, indem sie selber zur Kirche übergetreten sind, aber lange nicht alle. Viele sind jetzt wieder im politischen Bereich tätig.

I: Nun hat die Kirche oder Vertreter der Kirche am runden Tisch sogar die Vermittlung der unterschiedlichen oppositionellen Kräfte übernommen. Was halten Sie davon?

G.F.: Ich halte das nicht für einen normalen Dienst der Kirche im Sinne auf normale Zeiten angewendet. Aber ich halte es jetzt für notwendig, weil die Kirche eine gewisse Neutralität halten kann zwischen zum Beispiel den alten Parteien und Gruppierungen und dem neuen mehr durch Opposition bestimmten Gruppen. Und, ich denke, deshalb kann sich die Kirche für die Zeit des Übergangs dieser Aufgabe nicht entziehen. Wenn sie ständig so etwas machen würde, würde ich sagen, das sei nicht ihres Amtes.

I: In der Honecker-Zeit war viel von der Kirche im Sozialismus die Rede. Muss nach der Wende auch die Kirche ihren Standort neu bestimmen?

G.F.: Ja, darüber haben wir auch schon gesprochen, die Formulierung meinte ja, wie sie es auch gleich am Anfang, als die Formulierung aufgenommen wurde, gesagt worden ist. Wir sind Kirche nicht gegen den Sozialismus, nicht für den Sozialismus, sondern im Sozialismus und damit sollte der Ort bezeichnet werden, wo Christen ihr Christen..., ihr Christentum bewähren sollten. Und sofern ist es sicher eine Formulierung gewesen, die wir Übergang gerechtfertigt waren, wo wir nun nicht mehr sozusagen geprägt sind von der Umwelt durch Sozialismus, wird man neue Formulierungen suchen müssen. Aber, ich denke, Kirche sollte immer mitten in der Gemeinschaft stehen, die durch die Gesellschaft gebildet wird und dort hier ihr sich als Christ versuchen zu bewähren. Und insofern werden sich neue Aufgaben jetzt durch die Veränderung der Gesellschaft mit auch an die Kirche stellen.

I: Herr Bischof, in der Vergangenheit haben sich Staat und Schule vornehmlich, wenn nicht gar ausschließlich, dem Marxismus und Atheismus verpflichtet gefühlt. Halten Sie das für eine wiedergutzumachende Sünde?

G.F.: Ja, ich denke, es handelt sich dabei um eine Vergangenheit, die aufzuarbeiten ist. Und wir müssen jetzt dazu finden, dass der Marxismus auch, aber neben anderen philosophischen Weltanschauungen und auch Religionen, in der Schule dargeboten würde, damit die Schüler sich selber entscheiden können zwischen den verschiedenen Angeboten und nicht mir zwangsweise zur Annahme des Marxismus-Leninismus genötigt werden.

I: Wie stellen Sie sich eine solche Schule oder eine solche Öffentlichkeit vor, in denen Menschen solide Kenntnisse über Religion und Kirche erwerben können, wenn sie es wollen?

G.F.: Ich denke, das müsste etwa eingeführt werden in den Schulen, so ein Fach wie, ja, Philosophie oder meinetwegen auch Religion, aber nicht in dem Sinne, dass dort der christliche Glaube vermittelt wird, sondern dass man Einblicke bekommt in die verschiedenen Religionen der Welt und in philosophische Grundüberzeugungen, sodass Schüler gebildet werden in diesen Erkenntnissen, die die Menschheit gewonnen hat im Laufe der Jahrhunderte. Das könnte ein spannender Unterricht werden. Ich könnte mir selber vorstellen, Herr Langer, wenn Sie so etwas übernehmen würden, dann könnte Ihnen das selber Freude machen. In der Weite jetzt mit Schülern diskutieren zu können, wahrscheinlich ist das nur in dem was wir bisher erweiterte Oberschule genannt haben möglich, vermute dass die Anforderungen zu hoch gestellt wären für eine normale Schule, die nur bis zur zehnten Klasse geht. Aber hier in den höheren Schulen, meine ich, da wäre so etwas dran und möglich und könnte zur Allgemeinbildung entscheidend beitragen.

I: Bei der Reform des Bildungswesens spielt die Diskussion über den Sinn und Zweck der bisherigen weltanschaulichen und politischen Erziehung eine große Rolle. Die Wogen schlagen dabei immer noch sehr hoch. Zuweilen wird dabei gefordert, den Marxismus ob seiner Schuld an der gegenwärtigen Misere auszugrenzen. Was halten Sie von einem Schulverbot für Marx?

G.F.: Da halte ich nichts davon, dass wäre die Verkehrung der Umstände, die wir jetzt gehabt haben. Bisher war sozusagen die Kirche und waren Überzeugungen, die dem Christentum nahe standen, ausgeklammert und weitgehend auch alte Philosophie, und jetzt darf das nicht verkehrt werden ins Umgekehrte, dass jetzt Marxismus ausgegrenzt wird. Ich darf nur daran erinnern, Marxismus bedeutet

ja im Grundansatz etwas sehr ähnliches wie der christliche Glaube es auch will, wenn Marx in der Vorrede zur Hegelschen Rechtsphilosophie gesagt hat, dass alle Verhältnisse sich verändern werden, in dem der Mensch ein geknechtetes, ein erniedrigtes Wesen ist, dann ist da ja mit etwas bezeichnet, was auch Anliegen der Kirche sein muss. Und dies darf gerade nicht ausgegrenzt werden. Nur es muss mit dargeboten werden, ohne dass eine Verpflichtung besteht, dass die Betreffenden es auch annehmen müssen oder gar nachweisen müssen, dass sie davon überzeugt sind.

I: Die Erneuerung zielt auf eine universelle Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Können Sie sich vorstellen, dass dieser Prozess auch das innerkirchliche Leben erfasst? Wie demokratisch ist die Kirche?

G.F.: Ja! Ich denke, da sind schon Tendenzen in der Richtung vorhanden. Bei der Kirche ist natürlich eines eine Schwierigkeit. Die Basis der Kirche ist nicht sozusagen das Kirchenvolk im eigentlichen Sinne, sondern die Basis auf dem die Kirche steht, ist das Evangelium, ist die Botschaft von Jesus Christus. Und Jesus Christus ist ihr Herr. Wir haben in diesem Jahr die Jahreslosung: „Christus spricht, ich bin das Licht der Welt, wer mir nachfolgen will, der wird nicht wandeln in der Finsternis." Das heißt also praktisch, wir sollen Christus nachfolgen in der Kirche. Und da darf die Basis die Kirchenleitung fragen und die Kirchenleitung die Basis. Wir müssen uns wechselseitig dazu helfen, dass wir der Nachfolger Christi bleiben. Das ist dann aber nicht im strengen Sinne Demokratie. Sondern es könnte sein, dass mehrheitlich beschlossen wird, wie mal etwa sagen, eine Synode Sachen beschließen würde, die dem Evangelium nicht entsprechen, dann müsste, um des Evangeliums Willen, dieser Mehrheitsentscheidung der Synode widersprochen werden. Und von daher können wir zwar demokratische Muster weitgehend mit übernehmen, aber dürfen uns ihnen nicht ganz verschreiben.

I: Ist damit gleichzeitig ein Dissens zwischen Kirchenleitung und Kirche von unten benannt?

G.F.: Ja, ein bisschen schon. Ich glaube zunächst einmal, wenn man dass so ohne Gespräch miteinander sagt, ich habe aber gerade mit Vertretern der Kirche von unten immer wieder auch betont und dabei auch ein gewisses Verständnis empfunden, dass ich gesagt habe: „Bitte sagen Sie mir aus diesem oder jenem Grunde, warum Sie das jetzt so wollen und wie das in der Heiligen Schrift begründet ist. Also in dem was für uns maßgeblich sein soll. Wenn Sie das begründen können, dann wollen wir das gerne tun. Können Sie es nicht begründen, dann müssen sie bitte freundlich zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht einfach uns von Mehrheiten

abhängig machen können, die etwa dem zuwiderlaufen, was uns durch unseren Herren Jesus Christus gesagt ist."

I: Wie stellen Sie sich die Zukunft dieses Landes vor? Was gilt es aus der Geschichte der DDR für Sie zu erhalten?

G.F.: Ja, das müsste nun sehr genau geklärt werden. Wahrscheinlich wird unser Gespräch dazu jetzt nicht reichen. Mal so sagen, der Grundansatz, der soziale Grundansatz des Sozialismus ist ja nicht schlecht. Nehmen wir jetzt als Beispiel. Ich hab es in den fünfziger Jahren erlebt, ich bin ja seit 1950 Bürger der DDR, in der Anfangszeit also unserer Republik, und dass zum Beispiel meine Frau, die Kindbettfieber hatte, in ein Krankenhaus kam und sofort auf ein Einzelzimmer, sofort die allerbeste Pflege, der Chefarzt sich selber bemüht hat, die allerbesten Medikamente zur Verfügung gestellt wurden, obgleich sie ja als Pfarrfrau, wenn Sie so wollen, keineswegs als eine besonders förderungswürdige Person gegolten hat. Und als sich dann ihr Zustand gebessert hat, kam sie damals in ein Neun- oder Zehnbettzimmer, also mit anderen Frauen zusammen. Und das Einzelzimmer wurde wieder eingeräumt für Schwerkranke. Dieses Grundprinzip halte ich für gut. Dass nicht nach Klasse und nach den Beitrittszahlungen des Betreffenden, also eine bessere Unterkunft oder schlechtere Unterkunft gewährt wird. Nur darf es nicht so verkehrt sein, wie es zum Schluss bei uns war, dass also Regierungsleute ein extra Regierungskrankenhaus haben. Dass Funktionäre aufgrund dessen, dass sie Funktionäre waren, besser behandelt werden als andere. Oder Leute, die noch leistungsstark sind, Rentnern ständig vorgezogen werden. Aber wenn wir dahin kämen, dass es hier wieder ein klassenloses Verhalten gäbe an der Strecke, fände ich das gut. Das zu überlegen, das mit einzubringen, würde ich für richtig halten. Oder wenn Sie wollen im Grundsatz, wir haben das ja erst bei dem Zitat von Karl Marx aus der Vorrede zur Hegelschen Rechtsphilosophie gesagt. Wenn wir sagen die Weltproblematik muss auch unsere Problematik sein, es geht nicht nur darum, dass wir bei uns Höhe an Lebensstandard erreichen, möglicherweise haben wir schon einen Lebensstandard der hoch genug ist. Es geht darum, Gerechtigkeit zu schaffen für die Unterdrückten in der Welt, für die Hungernden, für die Leidenden und das muss ein Ansatz sein. Also wenn wir auf Kosten meinetwegen der Dritten Welt jetzt mit der Bundesrepublik uns zusammentun und dann an ihrem Lebensstandard voll Anteil haben, dann wäre das noch nicht die befriedigende Lösung. Sondern es müssen Dinge eingerichtet werden, die jetzt in der Welt selber wirksam werden, um den Hunger zu beseitigen, Ungerechtigkeit auszugleichen. Den Menschen der Dritten Welt vollen Anteil an Lebensgütern zu geben.

I: Hat die DDR als Staat für Sie eine Chance?

G.F.: Ja, das ist jetzt schwer zu sagen. Ich denke schon, dass es eine berechtigte Erwartung sein kann, dass viele Bürger sagen, wir müssen sehen, dass wir zusammen wachsen. Aber ich betone wachsen, nicht zusammenwuchern, wie es mal im Unterschied, dazu der Bundespräsident gesagt hat. Und ich möchte mich seiner Meinung da sehr anschließen. Wachsen ist ein Prozess. Es könnte sein, dass im Zusammenhang eines gesamten Europas, das nun zusammenwächst, auch die DDR und die Bundesrepublik an (...) Verhältnis treten. Mag man das nun Konföderation, mag man es Vertragsgemeinschaft nennen oder einen Zusammenschluss. Dies alles darf aber nur geschehen aufgrund der vollen Zubilligung auch der anderen europäischen Staaten. Vielleicht besonders der Sowjetunion und Polens, die besonders auch gelitten haben unter den damals aggressiven Vorgehen der deutschen Truppen im letzten Kriege. Und wenn es dann möglich ist, zusammen zukommen, halte ich das für möglich. Aber das darf nicht ganz rasch und ganz schnell geschehen unter Beiseiteschiebung aller anderen Probleme, die erst einer Lösung bedürfen.

I: Welche zeitliche Dimension halten Sie für diesen Prozess für sinnvoll?

G.F.: Ja, das lässt sich schlecht sagen. Genau jetzt schon nach dem Zeitmaß, ich denke, es muss über alle Probleme sehr redlich verhandelt werden. Es muss zum Beispiel im Blick auf die Währungsunion bedacht werden, wie sind dann diejenigen gestellt, die zu den niedrig Verdienenden gehören in unserem Bereich. Können sie damit auskommen? Wie macht man es mit den zu erwartenden Arbeitslosen? Wie ist das mit den beiden Militärverträgen, in denen wir sind? Also die NATO oder Warschauer Pakt? Wie lösen wir uns daraus, heraus? Wie können wir etwa zu einem neutralen Deutschland kommen, das nur eine geringe Bewaffnung hat und also fast waffenlos in der Mitte Europas liegt und deshalb auch zur Versöhnung Europas beitragen kann. All diese Probleme müssen erörtert werden. Ich halte überhaupt nichts davon, wenn jetzt sehr schnell von Politikern der Bundesrepublik gesagt wird, also die DDR wird dann eingezo... einbezogen in die NATO, wird dann zwar nicht selber mit Waffen besonders beladen sein, sondern bleibt eine Art neutrale Zone innerhalb eines NATO-Landes. Das halt ich alles für noch zu wenig durchdacht. Hier muss redlich verhandelt werden bis man zu wirklichen Lösungen kommt, die von beiden Seiten her akzeptabel sind und die auch unseren Nachbarn als genügend Sicherung erscheinen für die Bewahrung des Friedens.

I: Herr Bischof, was kann, was will die Kirche dieses Landes in die Einheit der deutschen Nation einbringen?

G.F.: Ja, einmal natürlich ihren Auftrag zur Verkündigung, der sich ja nach

Möglichkeit an alle in unserer Bevölkerung lebenden Menschen richtet. Und dabei meine ich jetzt besonders, zum Beispiel gerade in unserer Umbruchsituation, den Geist der Versöhnung. Ich denke daran, dass es jetzt ja manchmal auch bei Demonstrationen und anderen Stellen sehr starke Rachegedanken gibt. Und dass manche Leute ihre Vergangenheit so aufarbeiten wollen, dass sie sich selber auf Kosten einzelner, die sie als Sündenböcke herausstellen, reinwaschen wollen von allen Verquickungen in die schlimmen Entwicklungen der letzten vierzig Jahre. Und ich denke, dass die Kirche da die Aufgabe hat, dafür zu helfen, dass Menschen ihre Vergangenheit redlich aufarbeiten, dass sie erkennen, wo sie selber falsch gehandelt haben und daraus Erfahrung zu sammeln, wie es künftig besser mit mehr Freiheit, mit mehr Mut geschehen kann. Und da hat die Kirche vermutlich dann einen den Staat begleitenden Auftrag, der von vielen anderen sicher auch unterstützt wird, aber der nun auch speziell ihr Auftrag sein kann.

I: Sie wirken aktiv im Auftrag des Runden Tisches an der Auflösung der Staatssicherheit, beziehungsweise des späteren Amtes für Nationale Sicherheit, mit. Wie kam es dazu und wie schätzen sie den Stand, den aktuellen Stand, dieser sehr problematischen Aufgabe ein?

G.F.: Es ist auf folgende Weise dazu gekommen. Es hat ja vorher einen Regierungsbeauftragten gegeben, der dann sicher Schwierigkeiten auch gehabt hat bei der Auflösung, die als nötig empfunden wurde und dem man dann das Misstrauen ausgesprochen hat. Und dann hat man gesagt vom Runden Tisch, man wolle drei möglichst vertrauenswürdige Personen benennen. Und da ist dann einer aus der Bauernpartei, Dr. Böhm, und einer von der Opposition, Werner Fischer, benannt worden. Und als dritter ich als Vertreter der Kirche. Und wir sollten also diese Auflösung des Staatssicherheitsdienstes überwachen und nach Möglichkeit auch wenig beschleunigen und immer wieder neu anschieben und zusammenwirken mit den für Sicherheitsfragen eingesetzten Bürgerkomitees und Arbeitsgemeinschaften der Runden Tische, in den Bezirken und Kreisen. Und unsere Probleme sind also einmal die Aufarbeitung, was ist da gelaufen, was wird zum Beispiel mit den Geräten, die bisher bei dem Telefonüberwachungsdienst eingesetzt sind, wie weit kann die Post sie übernehmen, wie weit sind meinetwegen all die Bänder, die einmal besprochen waren, nun aber gelöscht sind, wieder für den Verkauf zugänglich, weil das meistenteils hochwertiges Material ist, wie weit müssten sie vernichtet werden? Wie kann man mit dem sehr umfangreichen Aktenmaterial verfahren, wo kriegt man es unter Verschluss? Wir halten nichts davon, dass nun sozusagen eine Bevölkerung jeder seine Akte ausgehändigt bekommt, um sich dann möglicherweise Leute greifen zu können, die ihm damals übel gewollt haben, weil sie als Spitzel oder so tätig geworden sind. Und was

machen wir mit denen, die entlassen werden vom Staatssicherheitsdienst? Wir sind der Meinung, ich denke, das kann ich auch mit den anderen Vertretern gemeinsam sagen, dass auch die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes eine echte Chance bekommen müssten, um beim Wiederaufbau mitzumachen, wenn sie denn gutwillig sind, sich dort mit einzufügen. Wir haben bei den Demonstrationen gerufen: „Stasi in die Produktion!" Und heute machen dann alle Leute, die Staatssicherheitsleute aufnehmen wollen, ein Zeichen und sagen: „Bitte bei anderen, aber nicht bei uns!" Das soll nicht sein nach unserer Meinung, wir müssen hier wirklich Möglichkeiten finden, an ein paar Stellen hat das auch schon geklappt, in anderen Fällen muss da noch daran gearbeitet werden, dass möglichst viele in ihrer Weise wieder mitarbeiten können. Natürlich geht es nicht, dass meinetwegen vermehrt Leute des Staatssicherheitsdienstes in den Schuldienst entlassen werden, Einzelfall schon. Aber es müssen auch andere Bereiche gefunden werden, wo sie tätig werden können. Manchmal haben sie ein hohes technisches Spezialwissen, das sie einbringen können. Und das ist eine etwas mühsame Beschäftigung. Also ich habe das Recht, mich durch zwei andere Vertreter im Konsortium vertreten zu lassen, sonst könnte ich das gar nicht schaffen. Und man hat mir zugebilligt, dass ich nur mit beratender Stimme dort mit tätig bin, weil ich sonst einen Auftrag der Regierung annehmen müsste und also ganz gerne nur in dem Auftrag der Kirche bleiben möchte.

I: Welches Maß an staatlicher Sicherheit halten Sie künftig für erforderlich? Brauchen wir einen neuen Geheimdienst?

G.F.: Ja, das muss man überlegen. Es kann sein, dass er an einigen Stellen gebraucht wird. Kommt es zu einem so oder so gearteten engeren Zusammenschluss mit der Bundesrepublik, wird ja ohnehin dann irgendein solcher Dienst wieder da sein, Bundesgrenzschutz oder wie es dort heißt. Es gibt also da bestimmte Aufgaben, die man vielleicht wahrnehmen muss. Ich glaube aber, dass wir das sehr, sehr behutsam prüfen sollten und nicht zu schnell, also jetzt Übergangsregelungen treffen, dass etwa Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gleich in die entsprechende Truppe der Bundesrepublik überführt würden.

I: Sind Sie der Meinung, dass der Geheimdienst in der Bundesrepublik demokratisch kontrolliert wird?

G.F.: Es wird dies gesagt, man muss das aber sehr genau überprüfen. Und ich denke, es ist eine Aufgabe speziell der Bundesrepublik und der Bürger der Bundesrepublik. Und denn, sofern wir dann aber vielleicht in einer staatlichen Vereinigung mit der Bundesrepublik leben, auch uns, von uns selbst sehr wachsam

zu sein, dass das nicht dann auch wieder zu einer Bespitzelung von Menschen führt, die Unsicherheit schafft und im Grunde genommen nicht menschlich verantwortbar ist.

I: Welche Vorstellung hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

G.F.: Ich hoffte auf eine allmähliche Ermöglichung von Reisen in stärkerem Maße. Und auf eine Verwandlung der Regierung im Blick auf die Entwicklung in der Sowjetunion, also ähnlicher Fall wie dort. Habe aber nicht damit gerechnet, dass es zu einer solchen Wende kommen würde, wie wir sie dann erlebt haben.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

G.F.: Das ist ein bisschen schwierig zu erkennen, ich denke, dass es eine Fülle von Faktoren gewesen ist. Ich nenne nur ein paar: Die Sturheit der Regierung, die bis Oktober regiert hat. Also dem Einspruch bei der Wahl gegenüber. Die Erklärung gegenüber China und ihrem Vorgehen gegen die Studentenrevolte. Die Nicht-Bereitschaft auf Eingaben zur Wahl zu antworten. Die geradezu lächerliche Art, wie die Republikflucht, die über Ungarn nach Österreich einsetzte, hier in den Zeitungen behandelt wurde. Also, dass man lesen konnte, das seien etwa Leute, die hier, die in Ungarn eingeschläfert worden sind und dann in der Bundesrepublik aufwachten. Es gab ja Dinge zu lesen, die man also geradezu als abenteuerlich bezeichnen muss. Und auf der anderen Seite natürlich auch das Drängen von Opposition schon durch, durch die Beteiligung an der Wahlauszählung, dann aber auch an weiteren Aktionen, denken Sie bitte an jeden siebten des Monats, siebte Juni, siebte Juli und so weiter, wo dann jeweils am Alexanderplatz nochmal protestiert wurde gegen die Wahl und der Staat genötigt werden sollte, Stellung zu nehmen. Und ich denke dies alles zusammen hat die Position des Staates so unmöglich gemacht, dass er sich an der Strecke nicht halten konnte. Und was ich dann außerordentlich dankenswert vermerken würde, dann so klug gewesen ist, das Ganze nicht zu einer blutigen Auseinandersetzung kommen zu lassen. Da haben wir denn Egon Krenz und andere offenbar auch positiv dann noch gewirkt, dass sie am 9. Oktober dafür eingetreten sind, dass das nicht weiter eskalieren konnte.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

G.F.: Ja, da würde ich denken, das Volk selber. Also die Losung „Wir sind das Volk!“ hat mir am allerbesten gefallen und ich bin erstaunt gewesen, dass Leute, die bisher sich wenig mutig hervorgewagt hatten, mit einmal Mut bekamen und

sich mit eingesetzt haben. Und wenn Sie sich etwa erinnern, in Leipzig die großen Demonstrationen oder dann auch hier, die etwa halbe Million, die hier demonstriert hat Anfang November, das ist glaube ich das Entscheidende gewesen, das die Regierung wirklich gemerkt hat, wir sind hier nicht mehr diejenigen, die das Vertrauen des Volkes haben, sondern müssten jetzt gegen das Volk arbeiten und deshalb können wir uns nicht mehr halten und müssen andere Verhältnisse heraufführen lassen.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

G.F.: Ja, ich denke der Aufbruch im Herbst war noch stärker als er jetzt von mir erlebt wird. Ich denke, jetzt gibt es, ich hab es erst schon gesagt, gewisse Rachegefühle, die Menschen deutlich erkennbar machen und das finde ich schade. Ich fand im Herbst es noch ehrlicher, noch mit mehr Schwung versehen und jetzt gibt es, wir erleben dann auch manche Ängste von Leuten, die denken wie das wohl bei einer möglichen Wiedervereinigung werden könnte. Wie sie selber dabei überbrücken können die Schwierigkeiten und Sie sehen ja auch leider, dass noch eine ganze Reihe von, aus der DDR weggehen, obgleich sie jetzt denn doch denn eigentlich hierbleiben müssten, um bei dem Wiederaufbau zu helfen.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

G.F.: (lacht) Das ist schwierig zu sagen. Also meine Träume erlebe ich meistenteils nicht, ich weiß dann immer nur so ungefähr, was ich geträumt habe. Also, aber im übertragenen Sinne würde ich denken, wenn wir eine Gesellschaft würden, in der jeder Bürger seine Mitverantwortung für das, was in Staat und Gesellschaft geschieht, voll übernehmen würde, das fände ich das Gute und Schöne, wenn es also wirklich zu mehr Menschlichkeit und mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie führen könnte, dann fände ich es gut.

DR. GREGOR GYSI, Berlin, 17. März 1990

„Ich habe das völlig unterschätzt…"

I: Dr. Gysi, am 3. Dezember 1989 trat auf Druck der Ereignisse und aufgrund wachsender Unzufriedenheit der eigenen Mitgliedschaft das gesamte Zentralkomitee der SED und sein Politbüro zurück. Zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages wurde ein Arbeitssekretariat gebildet. Wie kamen Sie in diese provisorische Parteiführung?

G.G.: Also, an dem gleichen Tage fand gerade die Kreisdelegierten-Konferenz in Mitte statt. Und ich wurde mit einem kleinen Zettel heraus gebeten mit der Bitte, mich unverzüglich mal im ZK zu melden. Und als ich dort erschien, sprach mich Herr Kroke an, erklärte mir, was vorgefallen war, und bat mich, in dem Arbeitssekretariat mitzuarbeiten und eine Untersuchungskommission aufzubauen und zu leiten. Das muss mit meinen Auftritten zuvor zusammen gehangen haben. Also, zum Beispiel mit meinem Eintreten hinsichtlich der Entwicklung des Reiserechts. Mit meinem Auftreten am 4.11.1989 und sicherlich auch mit einer kurzen Ansprache vor dem ZK-Gebäude, als ich die Parteiführung für die Halbherzigkeiten schwer kritisiert habe. Würde ich denken. Er hat es mir gegenüber nicht näher begründet. Ich kannte ihn allerdings vorher nicht. Die meisten, die dort im Arbeitssekretariat waren, kannte ich vorher nicht. Ich weiß überhaupt nicht, ob ich jemanden davon kannte. Glaube nicht.

I: Also, das war eine zufällige Zusammenstellung von Leuten, die sich sehr....

G.G.: Ob die anderen so zufällig waren, weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall hatten die anderen, ohne dass sie mich persönlich kannten, sich darauf verständigt, mich einzubeziehen.

I: Eine gute Woche später, am 9.12.1989, wurden Sie auf dem vorverlegten außerordentlichen Parteitag zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Erahnten Sie in etwa, was da noch auf Sie zukommen sollte?

G.G.: Nein, ich habe das völlig unterschätzt.

I: Was waren die Motive, eine solche Funktion in einer solchen Situation zu übernehmen?

G.G.: Ich habe damals vielleicht gar nicht so lange darüber nachgedacht. Also, an dem Mittwoch vor dem Freitag, an dem der außerordentliche Parteitag begann, machten wir uns in dem Arbeitssekretariat das erste Mal Gedanken darüber, dass dem Parteitag ein Kandidat als Vorsitzender vorgeschlagen werden müsste. Und es meldete sich niemand, der ein Interesse daran hatte. Und wir merkten eigentlich schnell, dass die Bereitschaft sehr gering war. Und irgendjemand kam dann auf die Idee, mich vorzuschlagen. Was zunächst auch bei mir nicht auf Wohlwollen stieß.

I: Kann man erfahren wer das war?

G.G.: Das weiß ich gar nicht mehr so genau. Ich weiß nur noch, dass es dann ein längeres Gespräch mit Wolfgang Berghofer gab, der mich dann auch davon überzeugt hat, es zu machen. Und sicherlich spielte eine Rolle, dass es keiner wollte. Und dass sich die Partei in einer Situation befand, in der schon auch die Gefahr ihres Untergangs bestand, was ich wiederum historisch für nicht gerechtfertigt hielt.

I: Ich möchte daran gleich anschließen. Ein Antrag eines Delegierten, die alte SED aufzulösen wurde ja mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Partei gab sich den Namen SED-PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus. Sie verkündeten den Bruch mit dem Stalinismus für diese Partei und für die politische Arbeit dieser Partei. Wie schätzen Sie aus heutiger Sicht den Verlauf und die Ereignisse dieses Parteitages ein?

G.G.: Ich glaube, dass die wesentlichen Entscheidungen richtig waren. Also, der Bruch wurde damals vollzogen, ohne dass damit alle stalinistischen Strukturen überwunden waren. Aber dieser Prozess wurde eingeleitet. Und da die Erneuerung der Partei erst am Beginn stand, war es auch richtig, sich noch keinen neuen Namen endgültig zu geben, sondern einen Weg deutlich zu machen. Den Weg, von der SED zur PDS. Und dieser Weg war dann zu beschreiten. Und auf dem ersten Parteitag der PDS war er dann so weit beschritten, dass man sagen konnte, wir sind jetzt die Partei des Demokratischen Sozialismus. Ich fand es auch richtig, dass sich die Partei nicht aufgelöst hat, weil nicht nur ein ziemlich furchtbares Vakuum entstanden wäre, sondern eine Entsolidarisierung stattgefunden hätte. Und, da Schuldige gesucht wurden, wenn wir nicht mehr gewesen wären, andere hätten büßen müssen, was zu büßen Aufgabe nun einmal dieser Partei war. Wir mussten einfach stehen bleiben und mussten das auch aushalten und durchhalten.

I: Haben die Argumente, die Sie damals eingebracht haben zur Erneuerung und Erhaltung der SED, der Zeit standgehalten? Oder sind Sie von den Ereignissen

auch tüchtig angegriffen worden?

G.G.: Also, die entscheidenden Argumente haben auf jeden Fall standgehalten, nämlich das Argument, dass die Geschichte der Parteien, aus denen die SED hervorging, viel zu wichtig ist, als dass man sie einfach untergehen lassen darf. Man muss sich ihr stellen. Und dass auch die Vision und Ideale der Sozialisten zu schön sind, als dass man sie auflösen könnte. Das, glaube ich, sind alles schon Dinge, die Bestand hatten. Und auch die weiteren Fragen, die juristischen Fragen und so weiter, die eine Rolle spielten, haben sich durchaus als richtig erwiesen.

I: Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass die Krise der SED-PDS nach dem außerordentlichen Parteitag sich dennoch zuspitzte?

G.G.: Ja, das hängt sicherlich damit zusammen, dass erstens die Angriffe sich auf diese Partei enorm verstärkten, zweitens, nachdem insbesondere das Ministerium, also der Auflösungsprozess des Ministeriums begann, der Staatssicherheit, und damit ein wichtiges Angriffsobjekt langsam wegfiel. Und zweitens, dass es sicherlich viele Mitglieder gab, die das mit der Erneuerung nicht wirklich ernst meinten, sondern dachten, es wird die SED im Prinzip mit führender Rolle bleiben, nur dass man eben ein bisschen demokratischer in Erscheinung tritt. Dieser Bruch musste ja erst noch wirklich vollzogen werden. Und letztlich hing es sicherlich auch damit zusammen, dass wir dann bei der Erneuerung Fehler begangen haben. Oder bestimmte Dinge nicht konsequent genug angegangen sind, so dass auch das noch zur Polarisierung beitrug.

I: Was waren das für Fehler?

G.G.: Na, die resultierten insbesondere aus dem Unvermögen zunächst mal den Apparat zu beherrschen. Weil diejenigen, die in die Leitung der Partei gewählt worden sind, ihn ja gar nicht kannten. Die kamen ja wie Fremdlinge von außen. Und dazu braucht man Zeit, schon um ihn kennen zu lernen. Und noch mehr Zeit, um ihn einigermaßen zu beherrschen. Aber die Zeit hatten wir eigentlich nicht. Das war das Problem.

I: War das eine gewisse Donquichotterie, also einen Apparat zu reformieren oder gar größtenteils aufzulösen, ohne die inneren Strukturen und auch das Verharrungsvermögen, die Größe, die Normen, die in diesem Apparat praktiziert wurden, genügend zu kennen.

G.G.: Ja, aber anders herum wäre es wieder nicht gegangen. Wenn sie aus dem

Apparat gekommen wären, wäre das alles nicht glaubwürdig gewesen. Das war eine enorme Schwierigkeit, aber sie sehen ja, dass es letztlich mit vielen Blessuren doch einigermaßen gelungen ist.

I: Eine Frage zu dem Weggang von Wolfgang Berghofer. Was meinen Sie, warum dieser Austritt so spektakulär inszeniert wurde, auch in Umgehung der Auseinandersetzung im Parteivorstand selbst?

G.G.: Ich glaube, es bestand schon das Ziel, die Auflösung der Partei auf die Art und Weise zu erreichen. Also, ihr den Todesstoß zu geben. Weil, das macht ja dann eine solche persönliche Entscheidung auch viel leichter, wenn es die Partei danach nicht mehr gibt. Dann muss man sich der Frage nicht mehr stellen, weshalb man sie in dieser Situation auch ein bisschen im Stich gelassen hat. Und man kann sogar sagen, man war derjenige, der dafür gesorgt hat, dass diese Partei sich auflöst.

I: Welche Motive könnten dahinterstecken? Es gab ja auch eine innere Opposition, nach dem Parteitag innerhalb der PDS, die diese Auflösung betrieben hat. Sicher...

G.G.: Das waren zum Teil durchaus ehrenwerte Motive, sehen Sie mal, das waren ja, also in dieser Zeit auszutreten, war ja kein Problem. Auch die Neugründung einer Partei war kein Problem. Viele, die die Auflösung wünschten, wünschten sie einfach deshalb, weil sie wollten, dass das Ende der Partei über sie gekommen ist und nicht das sie selbst ausgetreten sind. Großer Unterschied, ob ich nicht mehr Mitglied einer Partei bin, weil sie sich auflöst, oder weil ich selber den Schritt des Austritts gehe. Und da gab es eben einige, denen dieser letzte Schritt schwer fiel, und die sich deshalb eher die Auflösung gewünscht hätten. Ist auch ein psychologisches Moment.

I: Können Sie sich aber auch denken, dass es Leute gab, die meinten, dass sich diese Art von politischer Organisation historisch verschlissen hatte und man brauchte eine Phase der Trauer und eine Phase der Reorganisation, um der sozialistischen Idee einen neuen Impuls zu verleihen?

G.G.: Ganz sicher, aber das ist ja auch das, was wir praktiziert haben. Das ist ja nicht zwingend mit einer Auflösung verbunden.

I: Die PDS will eine moderne sozialistische Partei, eine Volkspartei sein.

G.G.: Von Volkspartei haben wir nicht gesprochen. Aber, es ist...

I: Bitte?

G.G.: Den Begriff Volkspartei verwenden wir nicht, aber eine moderne Partei wollen wir sein und wir wollen auch für alle Klassen und Schichten offen sein. Das ist richtig, ja.

I: Dennoch bleibt ein Phänomen, dass dieser Prozess von der Mehrzahl der Mitgliedschaft nicht mitgetragen worden ist. 1,6 Millionen haben die Partei verlassen, von einst 2,3 Millionen. Einfach nur Enttäuschte und Karrieristen scheint mir nicht das Phänomen insgesamt erklären zu wollen.

G.G.: Na, also erstens sind ja die Mitglieder zu sehr verschiedenen Zeiten gegangen. Viele sind ja zu einer Zeit gegangen, als an einen Erneuerungsprozess in der Partei noch gar nicht zu denken war. Also schon vor dem außerordentlichen Parteitag. Viele sind natürlich auch danach gegangen. Nein, ich sage immer, also, jedes Motiv ist individuell sehr verschieden. Aber es gibt wenigstens vier Gruppen, die man sehen muss. Mindestens vier Gruppen. Und da ist zunächst mal die Gruppe der bitter Enttäuschten, die sich durch die Parteiführung betrogen fühlten und die deshalb auch an ein Ideal und an diese Partei speziell nicht mehr glauben. Oder glaubten zumindest. Von denen kommen ja jetzt einige zurück. Und dann gibt es die Gruppe derer, die einfach organisationsmüde sind. Man darf doch nicht vergessen, in diesem Land wurde man ab sechsten Lebensjahr irgendwie durchorganisiert. Und da gibt es welche, die sagen: Ich habe das erste Mal die Chance, mich überhaupt nicht in irgendeiner Partei oder Organisation zu binden und mich trotzdem entfalten und entwickeln zu können. Weshalb sollte ich mich also binden? Und dann gibt es die, die unter einem ungeheuren psychischen Druck standen, oder einem starken moralischen Druck, in ihren Kollektiven, in ihren Familien. Wo keinerlei Bereitschaft und Verständnis nach den Aufdeckungen mehr bestand, zu akzeptieren, dass dieser Kollege oder dieses Familienmitglied noch Mitglied dieser Partei ist. Und das ist ja nun auch nicht so einfach, einem solchen Druck nicht zu erliegen. Und dann gibt es noch die vierte Gruppe, von der ich immer sage, die sind aus dem gleichen Grunde ausgetreten, aus dem sie mal eingetreten sind. Das heißt, die wollen einfach eine bestimmte Karriere machen in Staat oder Wirtschaft, und glaubten, dass die Mitgliedschaft in der Partei für sie hinderlich ist. So wie sie früher davon ausgingen, dass nur die Mitgliedschaft in der Partei ihnen diesen Weg ermöglicht. Das ist aber in erster Linie gar keine Kritik an den Personen, sondern eine Kritik an dem früheren System, das tatsächlich eine solche Entscheidung für Menschen, die in Staat oder Wirtschaft was werden wollten, erzwang.

I: Die PDS steht in der Rechtsnachfolge der SED. Und sie bekennt sich ja auch dazu.

G.G.: Zur Geschichte vor allem.

I: Zur Geschichte, ja. Gerade aus diesem Grund wird sie ja von fast allen politischen Bewegungen und Parteien gegenwärtig als Koalitionspartner abgelehnt. Was verbindet die PDS noch mit der SED und was unterscheidet sie von ihr?

G.G.: Also, das ist gar nicht so einfach zu sagen. Zunächst einmal ist es so, dass wir uns dadurch der Geschichte der SED gegenüber verantwortlich fühlen. Und zwar nicht als Außenstehender. Sondern, dass wir sagen, einer muss verantwortlich sein für diese Geschichte. Und diese Verantwortung haben wir übernommen. Dafür müssen wir uns auch beschimpfen lassen und dafür müssen wir uns auch viele Dinge nachfragen lassen. Und das müssen wir auch akzeptieren. Aber, ich glaube, dass es historisch die richtigere Entscheidung ist. Denn diese Geschichte geht ja bis in das vorige Jahrhundert, bis in den Anfang des vorigen Jahrhunderts, zurück. Und sie ist zu wertvoll, als dass sich ihr niemand stellt. Und dann ist auch diese SED mal mit einem hohen Ideal angetreten und dann darf man nicht vergessen, dass die Bedingungen dieses Staates in den fünfziger Jahren nicht nur geprägt waren von den Anforderungen, die seitens der Sowjetunion gestellt wurden. Sondern ja auch natürlich durch den Kalten Krieg mit der Bundesrepublik und mit West-Berlin und mit andern Mächten, die dort agierten. Also, man muss ja alles auch differenziert und in den historischen Zusammenhängen sehen. Und es ist ja auch nicht so, dass in dieser Zeit nichts bewegt, verändert und aufgebaut worden wäre. Dass hier keine menschlichen Werte entstanden wären. Nun ist die Frage, dass man auch sehr gründlich erforschen muss, wie kam eigentlich welche Deformation zustande. Wann hörten auf, bestimmte Werte, Werte zu sein? Wie sahen die Strukturen eigentlich genau aus? Was ist der Fehler gewesen, dass man sich so weit auch vom sozialistischen Ideal entfernte? Wie konnten einfachste Menschen mit bedeutender antifaschistischer Vergangenheit sich so entwickeln, wie sie sich entwickelt haben? Also, das sind ja eine Fülle von Fragen, die man am besten schon beantworten kann, wenn man sich der Geschichte auch von innen stellt. Und was uns trennt, na, das ist natürlich ganz deutlich. Wir wollen ja nicht mehr die Alleinherrschaft, wir wollen keine Allmacht, wir wollen kein absolus..., absolutistisches Gehabe. Wir wollen auch keine, kein ökonomisches Monopol. Also, das sind sehr viele Dinge. Wir wollen eine moderne sozialistische Partei sein, eine junge Partei sein, die sehr aufgeschlossen ist, die keine ewigen Wahrheiten verkündet, sondern sich kritisch mit der Zeit und den Menschen in dieser Zeit auseinandersetzt, dafür Politikangebote unterbreitet, aber auch eine Vision. Und

Theorie auch nicht ablehnt.

I: Wo sehen Sie den wichtigsten Unterschied der PDS zur SPD, die sich in den letzten Monaten hier in diesem Lande formiert hat?

G.G.: Zum Beispiel in der..., also in den Wichtigsten weiß ich jetzt nicht, aber mir fallen mehrere Unterschiede ein. Erstens verwenden wir den Begriff des Demokratischen Sozialismus, die SPD verwendet ihn nicht. Zweitens haben wir unterschiedliche Vorstellungen zu Eigentumsstrukturen in einer Gesellschaft. Drittens akzeptieren wir Theorie in einem viel größeren Umfang als die SPD, die mehr auf Pragmatismus setzt. Und außerdem haben wir keine Mutterpartei in der BRD, das macht auch noch einen bedeutenden Unterschied aus, wir sind dadurch handlungsfähiger.

I: Wie lebt die PDS mit solchen neu entstandenen Parteien, wie den Nelken und der KPD?

G.G.: Das ist für uns eigentlich nicht so ein Problem. Wir akzeptieren, dass dort neue Parteien entstanden sind. Wir können auch miteinander umgehen. Das ganze Problem ist, ob das auf Dauer historisch gerechtfertigt ist, oder ob es nicht auf Dauer die deutsche Linke erheblich schwächt, indem es sie zersplittert.

I: Sehen Sie in dieser Zersplitterung eine Gefahr, eine Gefahr, die man charakterisieren könnte als Ohnmacht der DDR gegenüber der BRD?

G.G.: Das weiß ich nicht so genau, ob man das jetzt schon sagen kann. Wenn es den besonnenen Kräften gelingt, zur gemeinsamen Aktion zu finden, wäre das schon beachtlich. Und da habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass das gerade nach den Wahlen möglich wird.

I: Die PDS bejaht ein sinnvolles Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten. Welche Chance sehen Sie für die PDS in einem einheitlichen Deutschland?

G.G.: Ach, wissen Sie, die sind, glaube ich, gar nicht so schlecht. Dazu müssten sich natürlich ein paar Bedingungen in der Bundesrepublik ändern. Die politische Kultur müsste zunehmen. Und man müsste wieder lernen, einander zuzuhören. Dann ließe sich, glaube ich, eine ganze Menge machen. Und dann wird es auch eine starke deutsche Linke geben, die auch irgendwie organisiert sein muss. Und da kann eine PDS oder eine Partei mit ähnlichem Namen eine gewichtige Rolle spielen. Und im Augenblick ist ja auch die westdeutsche Linke in einem eher

desolaten Zustand.

I: Wie stellen Sie sich künftig Kontakte zu kommunistischen Parteien vor, die die Last der Vergangenheit noch nicht vermochten als Last zu erkennen oder gar abzuwerfen?

G.G.: Na, vielleicht könnte man das unter die Überschrift setzen: Kritische Solidarität?

I: Die größte Gefahr für den Kommunismus ging, wie sich heute zeigt, von den Kommunisten selbst aus. Wie erklärt sich, dass die Erkenntnis dieser Tatsache so langsam akzeptiert wurde, in den Parteien selbst, in der politischen Öffentlichkeit?

G.G.: Na ja, das hing einfach mit den Strukturen selbst zusammen, nicht. Es war ja schwer, eine Art Öffentlichkeit zu gewinnen. Sehen Sie, es gab doch keine Medien. Es gab keine, ich meine, es gab schon welche, aber es gab keine, die es einem ermöglicht hätten, sich anders zu artikulieren. Das blieb alles auf Parteiversammlungen und ähnliches beschränkt. Und dann war ja zunächst auch noch nicht die Vorstellung da, wie das Ganze überhaupt geschehen könnte. Das kam ja erst zu der Zeit, zu der Gorbatschow die Perestroika einleitete in der Sowjetunion. Und seitdem wurden natürlich auch die Mitglieder der SED in diesem Lande sehr ungeduldig. Aber hofften immer noch, dass sich das ja in Kürze sowieso klären muss und auch dieser Prozess hier beginnt. Das war trügerisch, es hielt immerhin noch vier Jahre.

I: Hat Sie das politische Mittelmaß derer, die in diesem Land die Macht hatten, so wie es sich heute zeigt, entsetzt oder überrascht?

G.G.: Ein bisschen schon. Also, ich hätte schon gedacht, dass die Leitung dieser Partei, die frühere, oder Führung, wie es ja damals hieß, politischer ist. Und dass sie eigentlich mehr wussten. Und auch eigentlich mehr an Hintergrundmaterial interessiert waren. Im Grunde genommen, war das alles sehr oberflächlich, was dort ablief.

I: Seit wann war Ihnen klar, dass die Erneuerung der Gesellschaft die Souveränität der DDR kosten könnte?

G.G.: Ich habe in der Nacht vom 9. zum 10. November gesagt, das ist das Ende der DDR. Dafür habe ich einen Zeugen. Aber so ganz wollte ich es dann doch auch wieder nicht glauben.

I: Halten Sie solche Begriffe wie links und rechts oder Sozialismus und Kapitalismus noch für sinnvoll und zeitgemäß?

G.G.: Ja und nein. Ich bin ja irgendwie ein Anhänger des Dritten Weges. Und dieser Dritte Weg ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass ich glaube, dass jede Form eines wirtschaftlichen Eigentums, Monopols, in einer Gesellschaft fehlerhaft ist, weil es einseitige Interessen erzeugt.

I: Noch einmal zu den Ereignissen des...

G.G. Darf ich das noch kurz fortsetzen? Das heißt, weder überwiegend Privateigentum noch überwiegend Staatseigentum, statt leider Volkseigentum, konnten die Menschheitsprobleme einer Lösung näher bringen. Und nun verbinde ich aber diese von mir vorgestellten neuen Strukturen durchaus mit dem Begriff Sozialismus. Und das sozialistische Ideal von einer menschenwürdigen Gesellschaft bleibt natürlich aufrechterhalten. Und da die meisten Anstöße in dieser Richtung immer noch von links kommen, halt ich auch diesen Begriff noch für gerechtfertigt. Aber er kann sich irgendwann historisch erledigen. Weil wahrscheinlich die Menschheitsprobleme eine solche Bedeutung gewinnen, dass andere Dinge in den Vordergrund treten.

I: Das wohl schwierigste Erbe der alten SED war der Aufbau und der Gebrauch der Staatssicherheit, die zu einem Staat im Staate wurde. Warum kam eigentlich die Idee zur Auflösung dieser in der Öffentlichkeit so verhassten Institution nicht aus der neuen Parteiführung oder aus der Modrow-Regierung?

G.G.: Also, ich war ja noch gar nicht zum Vorsitzenden gewählt, als ich das erste Mal zusammen mit Herrn Berghofer am Runden Tisch teilnahm. Und der erste Tagesordnungspunkt war die Frage der Auflösung des MfS und da haben wir zugestimmt. Es gab ja zu dem Zeitpunkt gar keine Parteiführung. Aber der Notwendigkeit haben wir uns nie verschlossen. Ich bin nur dagegen, auch dieses Ministerium völlig undifferenziert zu beurteilen, denn es hatte sehr verschiedene Abteilungen, darunter auch solche, die man sehr wohl als notwendig betrachten kann, und die auch nie was damit zu tun hatten, dass hier die Bürger bespitzelt wurden.

I: Befürchten Sie, dass weitere Enthüllungen über frühere Komplizenschaft auch der PDS das Leben noch schwer machen könnten?

G.G.: Na sicher, damit muss jeder rechnen, ja.

I: Wie schätzen Sie den Wahlkampf ein. Ist das eine politische Kultur, die man anstreben sollte, auf die man sich einrichten muss?

G.G.: Letzteres wird sicherlich so sein. Ich hätte mir gewünscht, dass es ein DDR-spezifischerer Wahlkampf geblieben wäre. Und dass es nicht ein solcher bundesdeutscher Wahlkampf geworden ist, wie es nun mal geschehen ist. Das hat die Fairness beeinträchtigt, das hat einen falschen Stil in den Wahlkampf gebracht und das hat auch falsche Voraussetzungen nach sich gezogen. Und dann gab es doch sehr viele Schlammschlachten auch gegen Personen. Aber wenn sie fair sind akzeptieren Sie, dass wir uns daran nicht beteiligt haben.

I: Als was verstehen Sie sich heute? Als Sozialist, als Sozialdemokrat, als Kommunist, als Pazifist? Oder wie kann man Ihren Standort benennen?

G.G.: Als Sozialist, der versucht, fruchtbare Gedankengänge der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung und der pazifistischen Bewegung und der demokratischen Bewegung mit einzuschließen in neue Gedankengänge. Der genau nicht mehr sich in die Schablone, in frühere Schablonen, einordnen lässt. Weil die Welt nicht mehr so ist, wie sie früher mal aussah.

I: Wo sehen Sie Ihre Zukunft? In der Politik oder in den Gerichtssaalen..., in den Gerichtssälen?

G.G.: Die nähere Zukunft in der Politik. Aber ich denke, ich werde auch wieder zu meinem Beruf zurückfinden.

I: Herr Gysi, ich möchte Ihnen noch fünf ganz kurze Fragen stellen, die wir allen Interviewpartnern gleichmäßig oder zugleich gestellt haben. Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober ‘89 von der Zukunft der DDR?

G.G.: Also Anfang ‘89 habe ich mir große Sorgen gemacht, weil ja die Zuspitzung deutlich zu spüren war und ich auch nicht wusste, wie die Partei und Staatsführung auf diese Zuspitzung reagieren wird. Ich hatte aber die Hoffnung, dass eine Lösung gefunden wird, die auf eine Demokratisierung der Gesellschaft hinausläuft, in Richtung Perestroika und Glasnost. Habe das damals aber noch nicht damit verbunden, dass ein so rascher Einigungsprozess einsetzen wird.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Aufbruch im Herbst ‘89?

G.G.: Na, ich glaube, das war... Es ist schwer, so zu sagen. Also, es hatte sich seit

‘85 ein ungeheures Potential angestaut, das auch felsenfest davon überzeugt war, dass der Weg, der hier gegangen wird, so nicht richtig sein kann. Weil er auch nirgendwo anders gegangen wird, weder im Westen noch in der Sowjetunion. Es hatte sich dieser Kurs durch die neue sowjetische Politik einfach überlebt. Und da nun überhaupt keine Bereitschaft zu erkennen war, sich diesen neuen Erkenntnissen gegenüber zu erschließen, musste es zu dieser Krise kommen. Natürlich spielten auch die, spielte auch die Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen eine gewaltige Rolle.

I: Wer war für Sie der Hauptakteur der Wende?

G.G.: Kann ich keinen Einzelnen benennen. Es gab viele Akteure, auch Hauptakteure. Ich würde, fällt mir wirklich schwer, wüsste ich nicht, könnte ich keinen benennen.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst ‘89 in Erfüllung gegangen?

G.G.: Partiell, ja. Aber es sind neue Gefahren entstanden. Eine neue Unterordnung, nun unter die D-Mark. Unter einseitige Kapitalinteressen unter Kanzler Kohl. Das wäre, ist nicht, was wir im Herbst angestrebt hatten.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

G.G.: Ich träume zunächst einmal von einem Höchstmaß an politischer Kultur, die es mir und anderen ermöglichen würde, auf die wirklichen Probleme dieser Welt viel deutlicher hinzuweisen. Und die sind gewaltig. Da beschäftigt mich insbesondere die Ökologie, die Abrüstung, die soziale Gerechtigkeit, die individuelle Selbstverwirklichung. Und vor allem eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, das heißt, die Probleme der Dritten Welt. Das wird sonst eine Katastrophe, wenn wir uns diesen Fragen nicht bald stellen.

KLAUS HÖPCKE, Berlin, 17. März 1990

„Ein deutlicher Bruch ist 84/85 eingetreten…"

I: Herr Höpcke, Sie haben maßgeblich die Politik der SED in der Vergangenheit mitgetragen, besonders auf dem Gebiet der Kultur. Heute stehen Sie für den Kurs der Erneuerung dieser Partei. Seit wann war Ihnen klar, dass die Politik der alten SED kontraproduktiv war und schließlich in die Krise führen musste?

K.H.: Sie fragen, seit wann es mir klar war, ich möchte es lieber antworten als einen Prozess, indem ich sage, wie es mir klar wurde. Und da erinnere ich mich vor allen Dingen an Begebenheiten, die Ende der siebziger Jahre, Anfang der achtziger Jahre, liegen. Wo ich beispielsweise einen Dialog mit Franz Fühmann begonnen hatte und versucht hatte, das auch öffentlich zu machen, in Rede und Gegenrede verschiedene unserer schwierigen Probleme zur Sprache zu bringen, das untersagt worden war. Oder, dass beispielsweise die Tatsache, dass der „Hinze-Kunze-Roman" von Volker Braun im Jahre '85 veröffentlicht worden ist, mir eine disziplinarische Bestrafung eingebracht hat, ja. Einen strengen Verweis, was sozusagen die letzte Stufe vor der Entlassung ist. Und ähnliche Dinge, ich will die jetzt nicht alle aufzählen. Ich will nur sagen, dass andere durch das Reagieren auf mein Verständnis von Kulturpolitik und kulturpolitischen Notwendigkeiten durch ihr, sagen wir es ruhig offen, borniertes Reagieren natürlich auch nachgeholfen haben zu verstehen, dass es so nicht gehen kann.

I: Sie waren unter Honecker und Hager lange Jahre stellvertretender Kulturminister. Insgesamt sechzehn Jahre. Wie könnte man die Politik charakterisieren, die Sie gemacht haben, oft auch gegen die Linie der Hardliner?

K.H.: Ich werde wieder andersherum anfangen. Nicht so sehr die Politik zu charakterisieren, sondern erst mal sagen, was bei rausgekommen ist. Bei rausgekommen ist, dass die gedruckte Kultur in der DDR doch sehr gegensätzlich aussah. Viele auswärtige Gäste haben das auch bestätigt. Haben sie die Zeitungen gelesen, dachten sie, sie sind im Lande A. Haben sie die Bücher gelesen, merkten sie, sie sind im Lande B. Und A und B passte nicht zueinander. Das heißt, durch die, und jetzt komme ich auf die Politik, durch die Literaturpolitik, die ich mit anderen, das möchte ich ganz deutlich sagen, das ist überhaupt nicht möglich als die Arbeit einer einzelnen Person. Sondern nur möglich in Wechselwirkung mit Schriftstellern, Verlagsleuten und anderen. Dass im Ergebnis dieser Arbeit es doch möglich war, eine Literatur zu publizieren, die in hohem Grade Selbstständigkeit

des Denkens, kritisches Denken, ermöglicht hat.

I: War das eine Politik der Schadensbegrenzung, oft auch?

K.H.: Wenn Sie den Zusatz sagen, oft auch, muss ich sagen, oft auch, weil dazu gehört eben auch ganz eindeutig kritisch, selbstkritisch einzugestehen, dass eben Schaden, auch beträchtlicher, entstanden ist. Dass eine ganze Reihe von Büchern, die wir gern publiziert hätten, eben nicht publiziert worden sind. Und jetzt nachträglich heraus kommen. Also, das ist eindeutig auch so.

I: Aus heutiger Sicht wird einer Politik, die auf Schadensbegrenzung zielt, oder diese Schadensbegrenzung zum Ergebnis hat, auch oft die Frage gestellt, dass sie diesen alten Kurs bewusst oder oft auch unbewusst gestützt hat. Stellen Sie sich auch solchen Kritiken?

K.H.: Sie ist mir so nicht gestellt worden. Aber von mir aus denke ich natürlich darüber nach. Hättest du es bei der und der Gelegenheit dann doch auf noch mehr ankommen lassen? Eben noch eins druff. Und wäre es auf einem Teilgebiet zu einem Bruch gekommen, und jetzt projiziere ich weiter, und mehrere hätten sich so verhalten? Stimmt, es ist nicht auszuschließen, dass dann zu einem günstigeren, nämlich zeitigeren Zeitpunkt ein Umbruch zustande gekommen wäre. Aber das ist eben ein alternatives geschichtliches Denken. Es kann genauso sein, dass diejenigen, die sich in der Richtung bemüht haben, dann eben voll ausgeschaltet worden wären und, also, möglichst Engstirnige an deren Stelle getreten wären, ja. Also, das ist beides denkbar. Bloß selber sagt man sich tatsächlich in dem und dem Fall wäre eigentlich schon möglich gewesen, einen Zacken mehr zuzulegen.

I: Kommen wir noch einmal auf die Protestresolution des PEN-Clubs zurück. Wer war der Initiator dieser Resolution und warum haben Sie dieses Papier mit unterzeichnet?

K.H.: Zum technischen Vorgang, es war keine Unterzeichnung, sondern eine Abstimmung. Und inhaltlich war es so, dass ursprünglich eine Resolution vorgeschlagen wurde, mit der in sehr deutlichen Worten an die Führung der ČSSR, an die Adresse der Führung der ČSSR, Protest angemeldet werden sollte. Und die Diskussion in der Generalversammlung des PEN ergab, dass dies vielleicht zu sehr als Einmischung aufgefasst würde und deswegen wurde eine in der Diktion sehr weiche Formulierung gewählt. Und auch der Adressat geändert, nämlich der internationale PEN in London. Und in dieser Resolution wurde gesagt, das PEN Zentrum der DDR hat zur Kenntnis genommen die Position des internationalen

PEN und unterstützt diese Position. Nämlich im Sinne von Frieden Demokratie und Sozialismus ist es nicht angängig, dass jemand für seine..., für die Äußerung seiner Meinung eingesperrt wird. Sondern, es ist notwendig freies Aussprechen der Ansichten und so weiter. An dieser Resolution hatten verschiedene Mitglieder des PEN mitgearbeitet. So Christoph Hein, Christa Wolf, Helga Königsdorf, wenn ich mich recht entsinne. Und als diese Version zur Abstimmung gestellt wurde, habe ich ohne Zögern zugestimmt, weil das vollständig meiner Meinung entsprach.

I: Wie reagierte die Partei und Staatsführung auf dieses Ereignis, sie..., sie persönlich betreffend?

K.H.: Diametral anders als ich. Ich ging danach, es fand zur gleichen Zeit statt der Kongress der Unterhaltungskünstler. Und ich ging da hin und habe mich an den Debatten, die da waren, habe mich für die Debatten, die da waren, interessiert. Und schon am Abend danach wurde ich aufgeregt angerufen, wieso ich nichts erzählt hätte von diesem schlimmen Vorgang und so weiter. Inzwischen war ruchbar geworden, dass diese Resolution angenommen wurde und dass ich dafür gestimmt hatte und ich wurde aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Und das habe ich auch getan. Aber, wieder erwarten habe ich nicht gesagt, ich hätte einen Fehler gemacht, sondern habe begründet, wieso ich mich richtig verhalten habe. Und das war dann Anlass, dass ich zum Ministerpräsidenten, zum damaligen Ministerpräsidenten, bestellt wurde und er mir eröffnet hat, er werde jetzt meine Abberufung einleiten. Und ich habe ihm zum Ausdruck gebracht, dass er, wenn er meint, das tun soll, ich nicht sehe, dass ich einen Fehler gemacht habe, sondern dass ich im Sinne einer sozialistischen Politik mich richtig verhalten habe. Und dass er nicht denken muss, dass ich nicht wüsste, was ich für Arbeit zu machen hätte. Ich hätte genug. Also ich hänge nicht an diesen Sessel. Nur dass ich es für einen politischen Unsinn halte, das zu tun.

I: Wie groß war Ihre Distanz zu dieser Zeit gegenüber der Honecker-Führung? Wann hatte für Sie der Bruch mit der offiziellen Politik in diesem Lande begonnen?

K.H.: Na, jetzt wollen sie wieder den, statisch, den Zeitpunkt.

I: Man kann es auch als Prozess, man kann das...

K.H.: Eben, es sind ständige Übergänge. Also, ich, ich glaube, ein, ein deutlicher Bruch ist in den Jahren '84, '85 eingetreten. Was eben zusammenhing mit der Art, wie reagiert wurde auf konkrete Buchprojekte, die ich gefördert hatte, und für die ich nach wie vor eingetreten bin. Und die so, also mit so viel Unverstand

behandelt worden waren.

I: Wie weit reichte die politische Diskriminierung der kritischen Intellektuellen, die sich für eine Besserung der Zustände hier engagierten, meist einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz anstrebten?

K.H.: Ja, wie weit das reichte? Also, ich..., fangen wir noch mal an, dass eine Reihe von Büchern, was ja für die Autoren erst mal das allerwichtigste ist, dass ihre Kunst gewordenen Ansichten nicht zur Publikation kamen. Dann gab es nicht selten Behinderungen bei der Reisetätigkeit. Also das, das, glaube ich, sind so zwei der wichtigsten Maßnahmen, die es gegeben hat. Wenn, wenn sie mich fragen nach konkreten Autoren, so würde ich sagen, dass es bei nicht wenigen gelungen ist, trotz dieser Gesamtbedingungen Auswege zu finden, Möglichkeiten zu schaffen entgegen den Gesamtbedingungen. Aber nicht bei allen. Also, beispielsweise, einem Autor, dem eben größere Berühmtheit noch nicht geholfen hat, wie Lutz Rathenow. Der ist eben selbst, wo wir im Februar '89 einen Versuch ziemlich weit vorbereitet hatten, sowohl für endlich Reisemöglichkeit und endlich Publikationsmöglichkeit, ist dann sozusagen einen Tag bevor ich ein Gespräch mit ihm, was ich verabredet hatte, führen wollte, auch per Telefon mir untersagt worden, ein solches Gespräch zu führen.

I: Die Wende in der DDR wurde durch verschiedene Kräfte initiiert. Wichtige Impulse kamen aus der Opposition, der Kirche und der Kultur, während die Wissenschaftler und die Politiker in der Mehrheit dagegen bis fünf nach zwölf schwiegen. Wie erklären Sie sich diese Tatsache?

K.H.: Ich vermute, dass eine bestimmte Rolle spielt, dass Autoren eben durch die Publikation ihrer Werke einen größeren Grad an Unabhängigkeit, an eigener Bindung an das Publikum, an die Öffentlichkeit, errungen hatten. Und eben nicht in dieser Gebundenheit, durch eine Arbeitsstelle, ein Arbeitsverhältnis, eine Einbindung in eine bestimmte Disziplin, eben doch stärker Fesseln empfunden haben. Aber, ich glaube, es liegt auch bei manchen an den tatsächlichen eigenen Denkprozessen. Denn es ist ja nun wahr, dass viele Seiten der DDR-Wirklichkeit tatsächlich durch die schöne Literatur erstens zeitiger und zweitens dialektischer, genauer in ihrer Widersprüchlichkeit, gezeigt worden sind.

I: Wobei die Möglichkeiten eingeschränkter Repressalien sicher eine dominante Rolle spielen?

K.H.: Das würde ich auch so sehen, nur da sage ich auch wieder, also, ich

nehme einfach ein Beispiel. Als das Sputnik-Verbot kam, ja, haben viele im Angestelltenverhältnis, und ich bezeichne jetzt meinen stellvertretenden Minister auch als einen Menschen in Angestelltenverhältnis, den Mund dazu gehalten. Während ich habe mir ganz gezielt vorgenommen, in keiner Veranstaltung, die ich in der Zeit gemacht habe, etwa das Sputnik-Verbot zu rechtfertigen, sondern überall zu sagen, dass ich das für Unsinn halte. Und ich habe es gemacht in Güstrow und Wismar und Leipzig und weiß ich wo noch. Und habe immer darauf gewartet, dass irgendwie nun die Rückmeldung erfolgt. Und offenbar waren in dem Fall, ich drücke mich mal so aus, alle Anwesenden doch der Meinung, dass das, dass diese Ansicht in Ordnung ist. Und solche Rückmeldungen traten nicht ein. Jetzt könnte ich daraus folgern, also, warum haben dann andere versucht, irgendwelche Eiertänze aufzuführen und doch zu sagen, dass es richtig sei, nicht.

I: Wobei der Massenprotest eigentlich der menschlichen und politischen Vernunft folgte in dieser Zeit, einfach nicht zur Kenntnis genommen worden ist, dieser Protest.

K.H.: Also nicht, nicht nur der Massenprotest. Also in dem Fall, es lag ja in der Luft, dass so etwas kommt. Und da bin ich in das Haus des ZK gegangen. Habe die Aussprache, die ursprünglich zu irgendeinem anderen Gegenstand war, genutzt, um richtig wie ein deutscher Professor in fünf Punkten nachzuweisen, wieso das ein schlimmer geistiger Schaden für die DDR und ihre Bevölkerung, insbesondere ihre Intelligenz, sein würde. Und das Gespräch war am Montag und das wurde ruhig angehört. Aber am Ende der selben Woche ist eben doch das Verbot ausgesprochen worden, nicht, also. Das gehört schon zum Absurden.

I: Opportunismus wird in diesen Tagen oft verteufelt, auch von Opportunisten. Christoph Hein dagegen sprach jüngst davon, dass er auch künftig auf die Produktivkraft des Opportunismus hofft. Wo sehen Sie, mit dem Blick auf das letzte halbe Jahr, Potenzen und Gefahren des Opportunismus in der Politik?

K.H.: Also jetzt schon gleich wieder Potenzen des Opportunismus zu entdecken... Im Moment sehe ich wirklich sehr viel mehr Gefahren auf dem Gebiet. Weil ich zu viel...,. Beispiel, ich bin jetzt gerade von den Wahlveranstaltungen im Bezirk Erfurt, im Wahlkreis Erfurt, zurück, und dort zu viel Beispiele erfahren habe von, sozusagen, vorauseilendem Gehorsam gegenüber erwarteten neuen Verhältnissen. Und da das meistens mit ziemlich großer Brutalität gegen die Interessen von Kindern, von Alten und so weiter, verbunden ist, mag ich zunächst mal nur...

I: Ist doch aber eine neue Art von Opportunismus.

K.H.: Na ja...

I: In dem Sinne gibt es...

K.H.: Es gibt vielleicht noch eine weitere Verschlimmerung meinetwegen, ja.

I: Na gut, aber wenn Politik ohne Opportunismus nicht zu denken sei, muss aber Opportunismus in irgendeiner Weise auch eine Zeitfunktion haben.

K.H.: Ja.

I: Das meinte ich.

K.H.: Ja, ja, und ich, ich will auch die, die politische Weisheit diesen Ge..., dieses Gedankens nicht abstreiten, ja. Und auch wenn ich jetzt mal, sie haben erwähnt meine etwa anderthalb Jahrzehnte dauernde Tätigkeit, nehme, müsste ich auch nüchtern betrachten den und den Schritt, wo du längst nicht das erreicht hast, was du wolltest und dich trotzdem damit abgefunden hast. Das waren ja auch Zeichen von Opportunismus, ja. Nur im Moment baue ich eigentlich auf viele Elemente der Politik, die mit möglichst wenig Opportunismus gemacht werden. Der wird sich ohnehin einschleichen, aber im Moment, wenn ich merke, einer stimmt einer neuen Idee nur unter opportunistischen Gesichtspunkten zu, da sage ich mir eher, wehret den Anfängen, ja. Wo also, ohne in Illusionismus zu verfallen. Also, ich verstehe, dass er recht hat, dass das da sein wird. Aber wenn ich einen sehe, bei dem das Mitgehen, Mittragen einer Politik auf nichts weiter zurückgeht als Opportunismus, da sage ich mir, das ist nicht sehr haltbar, also.

I: Vielleicht ist das der Situation geschuldet.

K.H.: Ist klar.

I: Also ein übersensibles Zeitempfinden.

K.H.: Den gegenwärtigen, vollkommen richtig, den gegenwärtigen Monaten, daraus entspringt das, das ist richtig.

I: Sie sind Mitglied des Parteivorstandes der PDS, der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ihre Partei stand im Januar 1990 vor einer Zerreißprobe. Bis heute haben von den einst 2,3 Millionen Mitgliedern 1,6 Millionen die Partei verlassen. Steht Ihre Partei vor einem absoluten Kollaps?

K.H.: Nein, also, die Gefahr war Mitte Januar. Und wenn ich mich selber an diese Januar Mitte Woche erinnere, dann war ich an jedem Tag drei verschiedener Meinungen. Nämlich, es kamen Nachrichten über psychischen Druck auf Mitglieder, die Mitglieder bleiben wollten. Es kamen Nachrichten über Berge von Dokumenten, die sich stapelten, abgegebenen. Sozusagen, dass eine Gefahr bestand, Auflösung, nicht deklariert, aber durch diesen Vorgang. Es kamen Nachrichten darüber, dass ganze Organisationen sich bereit erklärt hatten, Schluss zu machen mit dieser Partei. So dass man immer wieder hin und hergerissen war, was ist geschichtlich richtig in diesem Augenblick. Und ich habe mich dann, um einfach mir selber etwas gründlicher und bis zu Ende klar zu werden, mal auf so ein Blatt Papier links die Gründe notiert, die für eine Auflösung sprechen und rechts die, die für Fortexistenz sprechen. Fortexistenz im Sinne einer erneuerten und weiter zu erneuernden Partei. Und ich kam eigentlich auf zwei ganz wesentliche Punkte, die für die zweite Alternative sprachen. Nämlich zum einen, dieser eine Grund ist auch geschuldet der damaligen Situation, dass ich doch deutlich das Empfinden hatte, wenn die Partei sich als Institution, als Organismus in der Gesellschaft auflöst, werden bestimmte Pogromstimmungen nur individualisiert sich fortsetzen. Die Gefahr für die Menschen, die ich abzuwenden dachte mit meinen Auflösungsideen, würde in Wirklichkeit größer werden. Die Bedrohung, insbesondere auch von Leuten auf dem Lande und so weiter. Man würde sagen: „Na, die Partei ist ja sowieso schon hin. Jetzt auf die Einzelnen, die mal drin waren." Und zweitens, das ist mehr der politische Punkt, dass ich mir, ich vermute, richtig vorgestellt habe, wenn diese Partei verschwindet, ist ein wesentlicher Kristallisationspunkt für die Linken in der DDR kaputt. Und würde das, was an linken Ideen, Bestrebungen und so weiter da ist, sehr zersplittert nur fortexistieren können. Und das ist, glaube ich, eine Verantwortung, die wir nicht eingehen könnten. Und jetzt mal von meiner individuellen Betrachtung wieder in, in größere Zusammenhänge. Wir haben dann eine Beratung der Kreisvorsitzenden gemacht. Und allein schon durch das Personal an Kreisvorsitzenden, was da war, gemerkt, das ist schon eine sich erneuernde Partei. Durch die Art, wie sie herangegangen sind. Wie sie mit den Leuten in Verbindung stehen. So dass, seit dem wirklich dieser Punkt weg ist. Und deswegen kann heute, in dieser Situation von Kollaps überhaupt nicht mehr die Rede sein. Gerade in den Zusammenkünften zur Wahlvorbereitung hat sich erwiesen eine große innere Kräftigung. Und auch die Möglichkeit, auszustrahlen, Politikprogramme vorzuschlagen und so weiter. Und auch einen ganz beträchtlichen Widerhall zu finden.

I: Nun wird die PDS allerdings noch nicht als Kristallisationspunkt...

K.H.: Empfunden.

I: Empfunden. Welche Möglichkeiten schweben Ihnen vor, wie es, wie eine Linke miteinander sinnvoll in der DDR oder später in einem vereinten Deutschland kooperieren sollte.

K.H.: Also, ich hatte hier erst mal nur gemeint, Kristallisation einer größeren Kraft, auf uns bezogen. Was Sie jetzt fragen, ist ja eine zusätzliche Überlegung. Nämlich, wie diese Kraft mit anderen Linken zusammen arbeiten kann. Und da möchte ich in keiner Weise irgend eine Antwort vorwegnehmen, weil ich mir vorstelle, das muss erarbeitet werden von allen linken Kräften gemeinsam. Ich weiß, dass es von nicht wenigen auch Vorbehalte gibt. Wegen der Vergangenheit, wegen bestimmter Züge der Politik der SED, die gewesen ist. Und nicht nur bestimmter Züge, sondern auch insbesondere gegen andere linke Kräfte gerichtet. Von mir aus möchte ich geradezu sagen, dass ich es für gut halte, dass nicht alle Linken in dieser Partei sind, sondern auch Extra-Organisationen haben. Weil auch für uns die kritische Reibung, die Auseinandersetzung, das Gespräch, darüber, wo wir wirklich linken Überzeugungen am besten, in, in welcher Form wir diesen Überzeugungen am besten dienen können. Ich glaube, das tut auch der PDS gut. Also, ich sehe da sehr produktive Ansatzpunkte.

I: Die Wirksamkeit der PDS ist sicher sehr maßgeblich abhängig davon, wie sie mit ihrer Altlast, ihrer Vergangenheit und Geschichte fertig wird. Wie sollte diese Trauerarbeit Ihrer Meinung nach aussehen, auch künftig?

K.H.: Wie sollte sie aussehen? Ich sage einfach ein paar Beispiele, über die wir nachgedacht haben und mit den, die wir begonnen haben. Beispielsweise beabsichtigen wir eine umfassende Publikation herauszubringen über die Auswirkungen des Stalinismus auf die deutsche Arbeiterbewegung. Also auf die Opfer, die der Stalinismus angerichtet hat unter den Mitgliedern und Funktionären der kommunistischen Partei Deutschlands, damals im Gefolge der Stalinschen und Beriaschen Prozesse in der Sowjetunion. Dann die Auswirkungen auf die Politik nach 1945. Wobei zunächst mal daran gedacht ist, hauptsächlich das authentische Material zusammen zu tragen, um nicht zu warten, bis alle Deutungen bis zu Ende geführt sind. Und dann weitere Arbeiten zu veröffentlichen.

I: Wer ist wir, das Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?

K.H.: Das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Aber wir wollen dieses Institut nicht allein lassen. Wir beabsichtigen, in einer der nächsten Sitzungen des Parteivorstandes vorzuschlagen, dass eine Geschichtskommission beim Parteivorstand gebildet wird. Die nicht nun selber die Geschichte schreibt, die

aber viele Kräfte zusammenfassen soll. Zeitzeugen, Historiker, Genossen aus den verschiedensten Lebensbereichen. Um Anregungen zu geben und auch um ein Organ zu haben, dass in solche Arbeiten auch Einblick nimmt, um Vorschläge zu machen. Also das einfach dafür sorgt, dass nicht begrenzt auf diesen Stamm von Forschern und Wissenschaftlern diese Arbeiten geleistet werden, sondern unter Einbeziehung möglichst Vieler.

I: Also an einen dirigistischen Eingriff ist nicht gedacht?

K.H.: Nee, das nun weiß Gott nicht mehr. Nein, nein, aber ich verstehe schon die Frage. Weil, das habe ich auch auf dem Parteitag, aber nicht auf dem Wahlparteitag, sondern schon auf dem Parteitag im Dezember gemerkt, dass wegen sehr verengender Sichten auf die Geschichte, die oftmals von dem Vorgängerinstitut IML ausgegangen waren, doch beträchtliche Vorbehalte bestehen. Und insofern halte ich es für richtig, wenn überlegt wird, wie kann man wirklich die ganze Breite der Geschichtswissenschaft der DDR hier einbeziehen. Und ich füge sogar hinzu, nicht nur der DDR, sondern wir beabsichtigen da auch mit beispielsweise Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik und Westberlin zusammen zu arbeiten.

I: Die schwierigere Ebene der Bewältigung des Stalinismus ist vielleicht das Verhalten im Alltag.

K.H.: Das ist klar.

I: Welche Erfahrungen gibt es dort bisher und wo gibt es dort auch noch Defizite, die dem Leben der Partei große Schwierigkeiten bereiten?

K.H.: Das, das können Sie ablesen den verschiedensten Texten, die man lesen oder hören kann, im, im heutigen Alltag. Es kommt nicht selten vor, dass man einem Sprachgebrauch begegnet, dem sozusagen ein alter Denkstil zugrunde liegt, wo es einen nur schütteln kann. Und darin zeigt sich eben, also sie haben vollkommen recht, dass der eigentliche Punkt ist, wie in dem heutigen Verhalten zu Problemen, zu andersdenkenden Leuten, zu Konzepten, die man nicht selber gehabt hat, wie man sich da verhält. Und da, glaube ich, ist beides nötig. Dass sowohl ein Umdenken stattfindet. Jetzt füge ich hinzu, bei denen, die dazu imstande sind. Und auch eine Verabschiedung aus bestimmten Funktionen, wenn sich herausstellt, selbst wenn er es möchte oder wenn sie es möchte, sie schaffen es nicht. Und ich rede das jetzt aus ganz konkreter Erfahrung, aus einigen Gesprächen. Wo der Wille sehr stark da ist, aber man an den Ergebnissen eindeutig merken muss, es, also die, die alten Denkstrukturen und Verhaltensweisen sind so verfestigt, dass

man sie nicht mehr aufbrechen kann.

I: SED und PDS, worin unterscheiden sich diese Parteien? Will die PDS eine erneuerte SED oder eine völlig neue Partei sein?

K.H.: Sie wird immer mehr eine neue Partei sein und das ist ja auch das, was viele heutzutage erleben und wodurch wir gerade bei jüngeren Leuten so eine starke spontane Zustimmung erhalten. Sie brauchen zu einer beliebigen Veranstaltung ins Rosa-Luxemburg-Haus zu kommen und sich nur eine Sekunde vorzustellen, ob das vor sechs Monaten möglich gewesen wäre. Es wäre nicht möglich gewesen. Diese offenen Türen. Dieses durch die ganze Bevölkerung, Jung und Alt, Kinder mit dabei, die, dieser offene Dialog von denen, die gerade am Mikrofon sind und denen im Saal. Also, einfach von diesem atmosphärischen her, und das sich ja nicht künstlich herstellen lässt, sowohl von denen, die kommen, wie von denen, die im Dialog sich befinden, ich glaube, das zeugt eindeutig davon, dass eine neue Partei da ist. Und ihr liegt auch zugrunde, viel Programmatisches. Sie haben wahrscheinlich die, die, Dokumente gelesen, die der Wahlparteitag Ende Februar angenommen hat. Das sind wirklich Grundsätze einer Partei des Demokratischen Sozialismus. Es ist wirklich glücklich, diese Wahl des Namens, dass so deutlich gesagt wird, Sozialismus nur demokratisch. Wenn er nicht demokratisch geht, dann geht er nicht. Das ist eine der tiefsten Lektionen, die gelernt wurden und weiter zu lernen sind. Also davon bin ich eigentlich, insbesondere jetzt auch nach den Erlebnissen aus der Wahlvorbereitung, sehr überzeugt, dass das eine neue Partei ist und wird. Ja, also, sie hat auch schon noch Züge, wo die Erneuerung beträchtlich weitergeführt werden muss. Ich will das auch aus diesen Wahlversammlungen sagen. Es treten einem da auch Sektierer entgegen, die, so wie ein Kollege sich meldet und aus sozialdemokratischer Sicht bestimmte Ansichten formuliert, dann gleich heftig attackieren. So dass man sozusagen per Wahlvorbereitung zugleich auch eine innerparteiliche Diskussion führen muss, was absolut nicht zu den Eigenschaften dieser PDS gehört, sich so zu verhalten wie diese Sektierer.

I: Glauben Sie, dass es tatsächlich möglich ist auf lange Zeit, solche unterschiedlichen politischen Intentionen, wie die PDS es gegenwärtig anstrebt unter einen Hut zu bringen?

K.H.: Ich, ich glaube es, weil ich davon überzeugt bin, dass es dem historischen Gang entspricht. Und ich traue einfach hunderttausenden Mitgliedern dieser Partei und ihren Anhängern zu, dass sie in diese historischen Vorgänge sich mehr und mehr reindenken. Das heißt also, auch solche, die vielleicht von ihrem bisherigen biografischen Ausgangspunkt kaum dazu in der Lage erscheinen, dass es doch

gelingt. Wo es nicht gelingt, wird ein Abschied nötig sein. Das ist unausweichlich.

I: Die Krise der SED, die Krise der DDR-Gesellschaft, ist Teil einer Krise des internationalen Sozialismus. War Gorbatschow der Anfang vom Ende des real existierenden Sozialismus, so wie wir ihn bisher verstanden haben?

K.H.: Das würde ich, teils würde ich zustimmen, eben des Endes, so wie wir ihn bis jetzt gesehen haben. Nur, ich würde sagen, ohne Gorbatschow wäre das wahrscheinlich zu einem viel schlimmeren, krachenden Zusammenbruch gekommen. Während, er hat Möglichkeiten gezeigt, wie man herauskommt und zu neuen Ufern kommt mit einer vernünftigen Politik. Wie schwer das zu machen ist und wie viel versäumt wurde, in dem man nicht rechtzeitig solche Initiativen aufgegriffen hat, das sehen wir bei uns und das sieht Gorbatschow in seinem eigenen Land im Moment. Weil ja auch dort vieles gebremst worden ist durch anhaltenden Bürokratismus und so weiter. Aber auf Ihre Frage zu kommen, wie das denn nun mit dem Sozialismus aussieht, darüber habe ich neulich ein ganz interessantes Streitgespräch in Frankfurt am Main zu führen gehabt. Meine Diskussionspartner waren Herr Glotz von der westdeutschen Sozialdemokratie, Herr Geißler vom Präsidium der Christlich Demokratischen Union und Herr Ernest Mandel von der Vierten Internationale. Und ich habe dort eigentlich zum Schicksal des Sozialismus folgende Ansicht vertreten: In der Geschichte der Menschheit ist der Sozialismus in drei verschiedener Gestalt aufgetaucht. Als Idee der sozialen Gerechtigkeit. Als politische, organisierte Massenbewegung zur Verwirklichung dieser Idee. Und als Versuch, gesellschaftliche Strukturen und damit auch staatsbildend zu wirken. Indem die bisherigen Versuche zu Nummer drei teils nicht gelungen und in wesentlichen Punkten sogar misslungen sind, ist die Idee zwar in Mitleidenschaft geraten und wird auch der politischen Bewegung unter sozialistischen Zeichen Wirkung genommen. Das ist klar, das bemerken wir überall auf der Erde. Aber tot sind sie damit nicht. Und obwohl es sehr schmerzlich für unsereiner ist, der sich für diese Idee eingesetzt hat und jetzt sehen muss in wie vieler Hinsicht doch nicht mit Erfolg, so sagt jeder Wissenschaftler ihnen, ein nicht gelungenes Experiment hat für den Fortschritt auch eine beträchtliche Bedeutung. Also, bestimmte Dinge, die man auf keinen Fall machen darf. Eben Sozialismus mit Kommandomethoden herbeiführen zu wollen, etwa zu denken, man muss die Leute bloß zu ihrem Glück zwingen. Das sind mehrere gesellschaftspolitisch relevante Erkenntnisse, an die wir selber noch anknüpfen können, unsere Nachkommen anknüpfen können und Leute auch in anderen Ländern anknüpfen können. Und es ist noch überhaupt nicht raus, ob nicht in Ländern, die heute als ganz klassisch kapitalistisch denken und wo niemand daran denkt, dass dort eventuell neue Ansätze zur Verwirklichung sozialistischer Ideale unternommen werden, dass die ewig so bleiben. Ich halte für

durchaus denkbar, dass an ganz anderen Stellen, auch dieses Kontinents, neue Versuche unternommen werden könnten und dadurch der Sozialismus in diesem Jahrhundert, im Anfang nächsten Jahrhunderts, auch neue Fortschritte macht. Weil ich bin fest davon überzeugt, die Probleme der Erde, der Bevölkerung auf dem ganzen Erdball, sind etwa mit Methoden, die auf Profitmaximierung orientiert ist, nicht zu lösen. Und es ist eine Illusion zu glauben, wir könnten hier für zwei, drei Länder auf diesem Kontinent hohen Wohlstand sichern und die übrige Erde verhungern lassen. Das geht nicht auf. Und daher kommt meine Überzeugung, dass es zu neuen sozialistischen Gesellschaftsgestaltungen kommen wird.

I: Morgen finden die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt. Wie sieht Ihre Wahlprognose aus?

K.H.: Wir haben uns eigentlich geschworen, darüber nichts zu sagen. Da diese Aufnahme jetzt so kurz davor ist, dass sie nirgends mehr Chance hat, veröffentlicht zu werden und da ich ruhig das Risiko eingehen will, mich dann eines besseren oder schlechteren belehren zu lassen, sag ich 17 Prozent.

I: Für die PDS?

K.H.: Ja.

I: Und für die SPD und die Allianz.

K.H.: Nee, die lasse ich noch mal weg.

I: Die lassen sie weg.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

K.H.: Anfang Oktober '89? Da hatte ich im September mich an der Kunsthochschule und dann in der jungen Welt ziemlich deutlich über innere Ursachen der krisenhaften Entwicklungen geäußert. Und war eigentlich sehr verzweifelt darüber, dass nicht mal danach ein Echo aus den, ich nenne es mal Entscheidungsetagen, kam. Weil, diese meine Äußerungen waren im diametralen Gegensatz zu der offiziellen Version. Und ich hatte gedacht, wenn schon keine Zustimmung kommt, dann käme wenigstens eine Auseinandersetzung. Aber offensichtlich war das schon ein Zeitpunkt, wo eine solche Lähmung eingetreten war, dass zwar viele Anrufe kamen, von Leuten aus Betrieben, die das xerografiert haben, an die Wandzeitung

gehängt haben und so weiter. Aber Echo von weiter oben nicht. So dass ich in dieser Verzweiflung auch Schlimmes befürchtet habe. Eben wegen der Lähmung, wegen der Nichtfähigkeit, der nun schon erkennbaren Nichtfähigkeit, zu reagieren auf das, was im Lande los ist.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Aufbruch im Herbst '89?

K.H.: Die Frage nach Ursache bedeutet ja, tiefer zu graben. Und nicht nur die Anlässe unmittelbar im Herbst zu sehen. Die Ursachen sehe ich vor allen Dingen in den ökonomischen und sozialen Problemen. Darin, dass eine Wirtschaftspolitik betrieben wurde, die, für immer mehr Leute erkennbar auf unrealer Basis beruhte. Für mein Empfinden war ein Umschlagen von quantitativ sich anhäufenden Elementen zu einer neuen Qualität mit den Wahlfälschungen gegeben, im Mai des Jahres. Deswegen habe ich auch versucht, zeitiger darauf hin zu wirken, dass wir selber das aufdecken und Schuldige zur Verantwortung ziehen. Das ist aber mit groben Zurückweisungen abgelehnt worden. Und es gehört natürlich all das dazu, was wir aus der geistigen Sphäre diskutiert haben, über diese riesige Kluft zwischen dem, was die Medien erzählt haben und was man jeden Tag selber erlebt hat.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

K.H.: Der entscheidende Akteur, kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass ich gespürt habe, dass Wesentliches ausging von den verschiedenen neuen Bewegungen. Das Wesentliches ausging von den Demonstrationen. Es ist nun mal eine Tatsache, dass viele vernünftige Gedanken, die es vorher gegeben hat, Papiere, Vorschläge und so weiter, ohne die Demonstrationen nicht Gehör gefunden haben. Ja, das, das sie bekannt waren, zur Kenntnis genommen wurden, abgelegt wurden. So wie, wie von Buddhafiguren, die sitzen und unbeweglich zur Kenntnis nehmen, was da los ist, aber nicht reagieren. Also insofern sehe ich dies als den Hauptfaktor an. Wenn Sie auf Personen im damaligen Führungs..., in der damaligen Führung der SED gucken, hatte ich den Eindruck, dass von allen am meisten verstanden hat, was geschichtlich im Gange ist, der Günter Schabowski. Während viele andere auch in der Zeit, die dann schon im November zum Beispiel lag, ja, ein so stupides Unverständnis bezeugt haben, dass man sich nur wundern kann.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

K.H.: Da Sie das als einen abgeschlossenen Prozess sagen, sind sie in Erfüllung

gegangen, muss ich das verneinen. Sondern ich muss sagen, ich hoffe darauf und bin dafür, dass wir uns weiter, nach Maßgabe der Kräfte, dafür einsetzen, dass sie noch in Erfüllung gehen. Sie wissen, revolutionäre Bewegungen enthalten immer Keime von sehr Verschiedenem. Und ich halte für berechtigt, wenn zum Beispiel Leipziger Revolutionstheoretiker deutlich darauf aufmerksam machen, dass es eine Riesengefahr gibt, dass eine Volksbewegung, die echte revolutionäre Veränderungen im politischen System einzuleiten imstande war, möglicherweise abgefälscht wird in restaurative Tendenzen, nicht. Und in der Gefahr, in diesem Widerspruch, leben wir augenblicklich. Und von daher, glaube ich, wird auch nach den Wahlen zur Volkskammer eine sehr wichtige Phase politischer Auseinandersetzung sein.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

K.H.: Was heißt nach der Wende?

I: Na, nach dem Herbst. Also, nach den Ereignissen dieses Herbstes.

K.H.: Wovon ich da träumte, ja?

I: Oder jetzt, heute.

K.H.: Träume. Ja also, ich sage erst einmal, wovon ich träumte. Also wenn ich zum Beispiel, und zwar meine ich jetzt nicht bloß die, diese schönen Leninschen Träume nach vorne, sondern, wenn wir noch mal zurück kommen auf diese Woche im Januar, wo ich eben stundenlang überhaupt nicht schlafen konnte. Und sozusagen Wachträume, Alpträume hatte. Eben von dem, was Genossen meiner Partei widerfahren kann durch diese teilweise pogromähnlichen Stimmungen und so weiter. Wovon ich jetzt träume, das ist eigentlich, und jetzt im positiven, produktiven Sinne, dass es wirklich gelingt, eine Demokratie zu verwirklichen, in der verschiedene politische Kräfte miteinander ganz deutlich konzentriert auf Vorschläge, auf Projekte, auf Politikinhalte diskutieren. Und dass es uns egal sein möge, von wem die Idee ursprünglich ausgegangen ist. Wenn sie gut ist, stimmen wir dafür und setzen uns gemeinsam dafür ein. Ich weiß, dass das eine sehr optimistische Variante ist, aber Sie haben ja auch gefragt, wovon ich träume.

WALTHER JANKA, Berlin, 21. Februar 1990

„In keinem Fall der Lüge dienen…"

I: Kam der Aufbruch für Sie überraschend?

W.J.: Das kann ich nicht sagen, dass er für mich überraschend gekommen ist. Weil ich seit gut dreißig Jahren mich zu denen rechnen darf, die die Entwicklung bei uns in der DDR immer sehr kritisch beurteilt haben. Und in den letzten zehn bis zwanzig Jahren habe ich das auch im Rahmen des Möglichen artikuliert und immer darauf gewartet, und wo ich es konnte auch gefordert, dass die..., dieser alte Rentnerclub, der der Meinung war, dass er auf Lebzeiten die Macht ausüben muss, nun auf irgend eine Weise in den Ruhestand versetzt wird. Ich habe das auch in meiner Erklärung im deutschen Theater unmissverständlich am Anfang der Entwicklung bei uns in der DDR gesagt. Und ich glaube, das war eine unvermeidbare und notwendige Entwicklung. Und jetzt bleibt nur zu hoffen, dass wir alle, die wir jetzt die neue Reformbewegung wünschen und unterstützen, ein wenig behutsam umgehen, damit nicht die Dinge in ein Chaos einmünden. Und nun warten wir auf die nächsten Wahlen und da wird sich zeigen, wie sich diese Entwicklung auffangen lässt.

I: Haben Sie den Verlauf der Ereignisse voraus gesehen? Haben Sie im Herbst '89 schon erahnt, dass die Existenz der DDR so schnell in Frage gestellt werden könnte?

W.J.: Nein, das habe ich nicht, im Gegenteil, vielleicht muss ich darauf hinweisen in diesem Zusammenhang, dass ich im Juli, August des vergangenen Jahres, als ich mit dem Rowohlt Verlag in Hamburg einen Vertrag abgeschlossen habe auf die Herausgabe des kleinen Büchleins „Schwierigkeiten mit der Wahrheit", da sind nur drei Kapitel aus meiner Erinnerung, die wahrscheinlich Ende des Jahres oder im Herbst im Rowohlt Verlag erscheinen. Wir wollten ursprünglich, meine Frau und ich, zu unseren Lebzeiten das überhaupt nicht veröffentlichen, weil wir nicht uns den Vorwurf einhandeln mochten, dass wir durch unser Tun eine Destabilisierung der DDR herbeiführen. Aber als wir, wir waren gerade auf einer Auslandsreise, beobachten konnten, was sich auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking abspielt, und da konnten wir das alles ganz genau beobachten, da haben wir dann gesagt, nun ist es zu Ende, wir dürfen nicht mehr schweigen. Obwohl uns gute Freunde, ich will jetzt gar keine Namen nennen, hier in der DDR und auch in

der Bundesrepublik gewarnt haben und gefragt haben: „Willst du denn riskieren, noch mal nach Bautzen zu gehen, wenn du das veröffentlichst?“ Das war also gute drei Monate, bevor bei uns diese Entwicklung einsetzte. Und da habe ich gesagt: „Nein, das will ich nicht. Aber ich glaube nicht, dass sie es noch mal wagen werden. Aber selbst wenn sie es tun, wir müssen jetzt das Schweigen brechen.“ Und der reine Zufall bewirkte dann, dass das Buch so gut wie gleichzeitig auf den Markt kam, als bei uns Anfang Oktober diese Bewegung auf den Straßen der DDR sich artikulierte. Und dadurch ist auch dann das ein bisschen höher gespielt worden, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre.

I: Sie waren Kulturpolitiker und Herausgeber. Ihre Erinnerungen erscheinen dieser Tage auch in diesem Land. Wie erklären Sie sich, dass weit mehr und weit gewichtigere Impulse für den Aufbruch von Kirche und Kultur kamen, als aus Wissenschaft und Politik?

W.J.: Ja, also das ist jetzt ein Thema, darüber müsste man länger sprechen, aber da wird die Sendezeit nicht ausreichen. Ich habe das bei anderen Gelegenheiten gesagt und muss es wiederholen: 1956, als wir im Aufbau-Verlag und genauso gut an allen anderen Kultureinrichtungen in der DDR, von der Universität in Rostock bis Halle oder von Dresden bis Magdeburg, haben ja überall die gleichen Diskussionen, kritischen Auseinandersetzungen, stattgefunden. Nach dem 20. Parteitag und während der Ereignisse in Ungarn mehr oder weniger, wie jetzt auch am Anfang dieser Bewegung sich ja vor allen Dingen die Intellektuellen unter dem Dach der Kirche zusammenfinden konnten, weil sie kein anderes gefunden haben. Unsere Partei hat sie kriminalisiert, diskreditiert oder nicht zu Wort kommen lassen. Und das war einer der schlimmsten Fehler. Und 1956, als wir alle, beinahe alle Intellektuellen oder Verantwortlichen im Bereich der Kulturarbeit uns mit dem Personenkult, uns mit der verfehlten Politik unter Ulbricht auseinandersetzten, hatten wir überhaupt nicht die Absicht, den Sozialismus zu bekämpfen, sondern im Gegenteil. Wir wollten den Sozialismus attraktiver machen. Wir wollten die Politik unserer Partei aus diesen Dogmen befreien, die uns an einer weiteren Entwicklung gehindert haben. Nur damals ist, sind wir nicht wirksam geworden, weil die Intellektuellen isoliert waren von den Volksmassen. Und das ist darauf zurückzuführen, dass am 17. Juni, drei Jahre zuvor, die Volksmassen, die ja damals schon, am 17. Juni auf die Straße gegangen sind, weg gewalzt und zum Teil auch weg geschossen wurden. Die Arbeiter, die Volksmassen, waren noch demoralisiert und nicht dafür zu interessieren einerseits, und die Intellektuellen hatten, hatten nicht die Fähigkeit entwickelt, sich mit den Volksmassen in einen Konsens zu bringen. Das ist der qualitative Unterschied von 1956 zu jetzt, wo es glücklicherweise zu einem solchen Zusammengehen gekommen ist. Und ich sage immer, bei dieser

Gelegenheit, wenn wir damals mit Becher, mit Seghers, und wenn Brecht noch gelebt hätte, ganz bestimmt mit Brecht an der Spitze, das getan hätten, was jetzt der Masur in Leipzig getan hat, wo er in der ersten Reihe Arm in Arm mit den Arbeitern durch die Stadt marschierte, dann hätten wir vielleicht einiges verhindern können. Jetzt muss man natürlich gleich erwähnen, dass die sowjetische Außenpolitik damals eine andere war als heute. Es ist schon denkbar, dass 1956/57 die sowjetische Besatzungsmacht möglicherweise noch mal eine solche Entwicklung verhindert hätte. Und wenn sie jetzt möglich geworden ist, verdanken wir das neben allen anderen Dingen vor allen Dingen auch Gorbatschow, der die Wende in der SU eingeleitet hat. Und ich gehöre zu denen, die immer der Meinung waren, dass eine wirkliche Korrektur in den sozialistischen Ländern und insbesondere in der DDR nur möglich sein wird, wenn auch das parallel stattfindet zu den Korrekturen in der Sowjetunion.

I: Was war für Sie das überraschendste, was das wichtigste Ergebnis der Wende in der DDR?

W.J.: Oh, das lässt sich in einem Satz gar nicht so ohne Weiteres sagen. Das Wichtigste war, dass wir die Machtstrukturen in der DDR, also in einem Sammelbegriff die stalinistischen Strukturen, endlich und endgültig brechen konnten. Dass es sich möglich machte, eine demokratische Bewegung in Gang zu bringen, wo sich auch die Andersdenkenden, die wir früher immer diskreditiert oder überhaupt nicht zu Wort kommen ließen, endlich artikulieren konnten und zu Wort melden durften. Ob die nun alle positive Wortmeldungen einbringen, das bleibt dahingestellt. Das ist gar nicht möglich, das wird sich in der weiteren Entwicklung zeigen. Jedenfalls scheint mir das der wichtigste Vorgang gewesen zu sein, der uns den Weg freigemacht hat für einen Reformprozess, der in Gang gekommen ist. Aber noch lange nicht abgeschlossen ist, das wird noch lange dauern. Und wir werden da wahrscheinlich auch noch eine Menge Überraschungen erleben. Bleibt nur zu wünschen, dass wir das möglichst friedlich fortsetzen. Und ich habe in den letzten Begegnungen in Ost und auch in West, wo ich jetzt wiederholt auftreten musste, mit Leuten, mit Bischöfen gesprochen, mit Willy Brandt gesprochen, mit Bahr gesprochen, mit Gysi gesprochen. Und habe sie alle versucht dafür zu interessieren, dass man jetzt nicht nur aus wahltaktischen Gründen Brandreden halten muss, ich meine jetzt nicht die Person Brandt, sondern temperamentvolle und demagogische Wahlversprechungen einbringen darf, sondern dass sie sich alle auch verpflichtet fühlen müssen, unsere Menschen aufzufordern, friedlich weiterzumachen. Denn wenn wir Provokation zulassen oder Provokationen ausgesetzt werden, dann weiß ich nicht, wie lange das friedlich weitergeht bei uns. Das kann nämlich sehr schnell umschlagen. Und damit würden wir den Reformprozess gefährden und weder der

Bundesrepublik noch uns schon gar nicht einen Dienst damit erweisen.

I: Viele Hoffnungen und Träume des vergangenen Herbstes sind bereits verblüht. Das Tempo und die Dramatik der Ereignisse sind atemberaubend. Die Losung des Tages heißt: Deutschland, einig Vaterland. Enttäuscht Sie der jetzige Verlauf der Ereignisse?

W.J.: Ja, also ich würde nicht sagen, dass er mich enttäuscht, er befriedigt mich nicht. Weil wir auch diese ganze Problematik der sogenannten Einigung, ich sage absichtlich nicht Wiedervereinigung, so behutsam wie möglich machen sollten. Und wir dürfen uns überhaupt nicht einbilden, dass das nur eine Angelegenheit unserer Bürger in der DDR und der Bürger in der Bundesrepublik ist. Auch wenn das der Herr Kohl hundertmal sagt, hat er Unrecht. In jedem Falle ist das eine Angelegenheit, die unsere Nachbarvölker, insbesondere auch die Siegermächte, interessieren muss, und die da mitsprechen müssen. Denn die Geschichte des großdeutschen Reiches ist ja hinlänglich bekannt. Wir haben sie leider unseren Nachfolgegenerationen nicht genügend erklärt und begreifbar gemacht. Deshalb sollte man doch mit diesem Prozess der Wiedereinigung vorsichtig umgehen. Auch deshalb, nicht nur weil da Gefahren für unsere Nachbarvölker theoretisch zumindest denkbar sind, sondern auch, weil ich glaube, dass wir in gar keinem Falle zulassen dürfen, dass ein Wiedervereinigungsprozess auf dem Rücken unserer Normalverbraucher in der DDR ausgetragen wird. Und diese Angstpsychose, die bereits eingesetzt hat, dass die Rentner Angst haben um ihre Sparguthaben. Dass die Arbeiter Angst haben arbeitslos zu werden, wenn wir die Leunawerke, Buna und alles das schließen müssen, im Wettbewerb mit den entwickelten, chemischen Industrien in der Bundesrepublik. Oder viele andere Schichten unserer Bevölkerung. Und man spricht von zwei, drei Millionen Arbeitslosen. Deshalb muss man diesen Prozess langsam führen und in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten bringen, die erforderlich sind, um nicht nur wieder die Benachteiligten, die sozial Benachteiligten, das heißt, den einfachen Mann noch tiefer in der Lebensqualität zu drücken, als er ohnehin schon sich befindet. Und dieser Prozess der Angleichung einer Lebensqualität an das, was in entwickelten westlichen Industriestaaten ist, das wird ein schwieriger Prozess sein. Und ganz bestimmt nicht schmerzlos abgehen. Nur darf das eben nicht so gehandhabt werden, dass man nur, wie ich das wiederholt in den Reden der Industriellen höre, die Investitionen des westdeutschen Kapitals müssen attraktiv und gewinnbringend sein. Natürlich weiß ich, dass jeder Kapitalist, wenn er eine Mark investiert, zwei zurück haben will. Und ich weiß auch, wo die zweite Mark herkommt. Aber dieses attraktiv muss eben in diesen Grenzen gehalten werden, was noch mit der Moral unserer Gesellschaft und im Allgemeinen vereinbar ist. Und wenn ich da an das denke, was zum Beispiel

uns in Polen vorgemacht wird, wo wir nun seit Jahren von der sogenannten Freiheit reden, und wo die Kommunisten sich sogar aufgelöst haben. Bis jetzt ist aber dort noch nicht eine einzige Spur der ökonomischen Vorwärtsentwicklung erkennbar. Sondern wir hören von Preiserhöhung, Preiserhöhung, mehr Arbeitslosigkeit, und von noch größerer Unzufriedenheit, so dass sogar Wałęsa öffentlich auftreten muss und die Bevölkerung warnt, allzu radikale Forderungen zu stellen. Und ich glaube, wir dürften eine solche Entwicklung bei uns möglichst nicht zulassen.

I: Sie sind Mitglied des Ältestenrates beim Parteivorstand der PDS, der Partei des Demokratischen Sozialismus. Wie beurteilen Sie den Prozess der Erneuerung, der einst wichtigsten Stütze des deutschen Stalinismus? Die PDS hat kaum Einfluss auf den Verlauf der Ereignisse, auf den Verlauf der Wende, nehmen können. Hat sie in einem vereinten Deutschland noch eine Chance?

W.J.: Also, ob sie eine Chance hat, das wird die Geschichte zeigen müssen, das weiß ich nicht. Ich hoffe es jedenfalls. Aber um auf die Frage des Ältenra..., Ältestenrates zu antworten, wenn ich nicht irre, dann ist der auf einen Vorschlag von mir selbst zurück zu führen. Als die SED begann, sich wirklich gründlich zu reformieren, und man sollte nicht daran zweifeln, dass da jetzt Kräfte am Werk sind, die ganz ehrlich bemüht sind, mit der Vergangenheit zu brechen und eine neue Partei aufzubauen. Und ich halte den Gregor Gysi für einen ehrlichen, sauberen Mann. Er kann ja auch eine Vergangenheit einbringen, die, die nachkontrollierbar ist und so weiter. Also, da wurde ich aufgefordert, ob ich denn nicht bereit wäre, eine neue einflussreiche Funktion zu übernehmen. Und ich habe geantwortet, in gar keinem Falle, weil ich der Meinung bin, dass man die alte Rentnermafia, die wir loswerden wollten und Gott sei Dank nun losgeworden sind, in keinem Falle ersetzen darf durch neue Rentner. Und ich werde in wenigen Tagen 76 Jahre alt. Ich meine, aktive Politik darf nicht von Rentnern gemacht werden. Und die neue Gesetzgebung muss gerade so eine Sache verhindern, dass Leute auf Lebzeiten Macht ausüben und dass sie über das normale Rentenalter hinaus auf solche Dinge des Staates und der Parteien überhaupt noch einen Einfluss haben. Ein Universitätsprofessor muss auch mit 65 Jahren aufhören. Und das finde ich in Ordnung, denn man kann den Studenten gar nicht zumuten, dass da alte Greise sich da ans Pult stellen und denen dauernd was erzählen über das neue Leben. Wo die jungen Leute dann vielleicht gar nicht mehr hinhören. Und das ist doch in der Politik und im gesellschaftlichen Leben nicht anders. Und da hatte ich auf die Frage, „Ja, wie kannst du uns denn helfen?“, gesagt: Na, ich kann euch überhaupt nicht helfen. Meine Zeit ist vorbei und die alte Partei hat ja dafür gesorgt, dass ich zertreten und zertrampelt wurde. Und über dreißig Jahre nicht mehr wirksam konnte, es sei denn meine Brotarbeit in der DEFA, wo ich noch ein paar ganz gute

Filme auch mit gemacht habe. Wenn ihr wollt, könnt ihr ja paar von den alten, die noch übrig geblieben sind, und die sich nicht die Hände schmutzig gemacht haben, so in einer Art Beraterforum zusammen holen. Drei, vier oder sechs Leute. Ohne Wahl, ohne Formalit..., ohne Honorar vor allen Dingen, völlig freiwillig. Und dann kann ja der neue Parteisekretär, wenn er Wert darauf legt, sich mal einen Rat geben lassen. Und dann muss er trotzdem machen, was er für richtig hält. Na, und da hat man dann schließlich diesen Ältestenrat gebildet, der im Grunde genommen, na ja ich will das jetzt nicht abwerten, aber ohne Bedeutung ist. Und ich will niemand beleidigen, aber in diesem Ältestenrat sitzen auch Leute, die mir nicht sehr sympathisch sind. Und ob ich da noch lange mitmachen kann, hängt also nicht nur von meiner eigenen Arbeit ab, ich bin in Zeitnot, sondern auch von der weiteren Entwicklung, wie sich das politische Leben in der DDR gestaltet und wie sich die neue Partei artikuliert und entwickelt. Sie muss sich noch weiter reformieren. Sie darf noch nicht stehen bleiben. Obgleich ich jetzt aber auch die Gelegenheit nutze, um vor falschen Forderungen an den Gysi oder an die neue Partei zu warnen. Also, Sie haben sicher genau wie ich diesen Brief von der Bohley gelesen. Ich achte und schätze diese Frau grenzenlos. Aber ich glaube, in diesem Punkt hat sie unrecht. Der Adressat für diese Angelegenheit ist nicht Gysi. Und er hat ja heute, Gottla..., gottlob, eine sehr anständige Antwort gegeben. Der Adressat muss entweder der Generalstaatsanwalt sein oder das Justizministerium. Denn Gysi hat wirklich keine Macht mehr, um auf die Geschäfte der Regierung Einfluss zu nehmen. Und das ist gut so. Genau das wollten wir ja. Und deshalb darf man jetzt nicht von Gysi Dinge verlangen, die man früher zu Recht der Partei vorgeworfen hat, nämlich alles bestimmen zu wollen. Auch das, was die Richter machen. Und ich habe hier eine Erzählung von der Frau Seghers liegen, die wahrscheinlich in naher Zukunft im Aufbau-Verlag erscheinen wird. Und diese Erzählung, die ich gestern bekommen habe, hat mich zutiefst erschüttert. Nämlich deshalb, weil mir jetzt immer wieder der Vorwurf gemacht wird, ich hätte die Frau Seghers durch meine Kritik in eine schwierige Situation versetzt. Und ich erkläre da bei diesen Gelegenheiten immer, meine Kritik richtet sich nicht gegen die Schriftstellerin, sondern sie richtet sich nur gegen die Parteigenossin, die zur falschen Zeit eine falsche Parteidisziplin geübt hat und die hätte nicht mehr schweigen dürfen. Und sie hätte sich auch diesen Luxus des Sprechens leisten können, weil Sie zu den Persönlichkeiten zählte, die Ulbricht ganz bestimmt nicht angerührt hätte. Vielleicht hätte der Aufbau-Verlag ein paar Bücher weniger gedruckt, aber umso mehr hätten sie im Westen gedruckt. Also, finanziell und materiell hat sie keine Sorgen gehabt. Sie hat damals geschwiegen und jetzt hat man mir eine Erzählung gebracht, und der Titel lautet: „Der gerechte Richter". Und diese Erzählung ist für mich ein ganz furchtbares Problem. Weil sie ist mit das Beste, was die Anna Seghers in der Zeit nach meinem Prozess geschrieben

hat. Soweit ich ihre Arbeiten kenne. Man hat das jetzt erst aus dem Nachlass herausfischen können. Es wurde aber damals nicht gedruckt, weil nicht sein durfte, was nicht sein soll. Und wäre diese Erzählung damals gedruckt worden, wo sie sich damit auseinandersetzt, dass ein alter Spanienkämpfer, für den wahrscheinlich ich Modell stehen musste, aber auch andere noch, von einem Richter verurteilt werden sollte, der es abgelehnt hat, diesen Mann zu verurteilen, weil er wusste, er ist unschuldig. Aber die Partei hatte vom Richter das Urteil verlangt. Und weil er es nicht erfüllt hat, wurde der Richter angeklagt und selbst ins Zuchthaus geschickt. Und diese Erzählung ist nicht nur gut geschrieben, sondern sie ist vom Inhalt her so bedeutsam, dass ich glaube, es ist weit schwerwiegender als die letzten Romane, die dann die Frau Seghers hier in der DDR geschrieben hat. „Das Vertrauen“ und so weiter. Wo sie also doch auch weitgehend Schönfärberei, unter..., in der Zeit des Stalinismus mit, literarisch gestaltet hat. (…) ...einen Brief erwähnt, den mir die Freunde im Aufbau-Verlag in den letzten Tagen zugescha..., zugeschickt haben. Es ist ein Brief von Johannes R. Becher, den er an das Zentralkomitee zu Händen von Walter Ulbricht nach dem Prozess, der gegen mich und meine Mitangeklagten im Juli 1957 geführt wurde. Dieser Brief von Becher zeugt von einer Erbärmlichkeit, die noch weit über das hinausgeht, ich meine jetzt charakterlich, politisch, Verantwortung eines Ministers und so weiter und so fort, Mitglied des Zentralkomitees, Präsident der Akademie und was man alles hinzufügen könnte, was ich schon bisher versucht habe anzudeuten. Wahrscheinlich wird dieser Brief in Heft 2 von Sinn und Form veröffentlicht. Und ich kann nur allen Leuten, die da noch Zweifel angemeldet haben, ob denn meine Kritik berechtigt ist, diesen Brief mal lesen, damit sie erfahren, wie das in Wirklichkeit ausgesehen hat. Es ist sehr bedauerlich, wie eben so große Persönlichkeiten durch die Politik der damaligen Parteiführung zerstört wurden, auf ein Niveau herabgedrückt wurden, wo man sich eigentlich nur als einer, der sich zum Marxismus bekennt, schämen muss.

I: Herr Janka, es sind dennoch viele Sozialisten und Kommunisten aus der SED, oder jetzt PDS, ausgetreten. Woher nehmen Sie die Hoffnung, dass sich diese Partei so erneuern kann, dass sie wieder politikfähig wird?

W.J.: Also, das wird ganz bestimmt lange dauern, aber ich meine, ich habe ja schon in meinem Leben, und ich kann ungefähr auf sechzig Jahre aktiven politischen Lebens zurückblicken, manches erlebt und erfahren. Sicher wird sich der Marxismus auch reformieren müssen. Wir müssen den Marxismus von alten Dogmen befreien, die uns im Wege stehen. Wer heute noch den Begriff Diktatur praktikabel machen will, der verbaut sich überhaupt jeden Zugang. Aber um mal ein Gegenbeispiel zu bringen: Wir müssen uns nicht nur immer befragen lassen sollen, sondern wir dürfen auch Fragen stellen. Die bürgerliche Gesellschaft,

die ja bekanntlich den Zweiten Weltkrieg, nach dem ersten, veranlasst hat und zu verantworten hat, die unser Land in einen Trümmerhaufen verwandelt hat. Da waren die Kommunisten nicht schuld daran. Und der Marxismus erst recht nicht. Die haben uns eine Gesellschaft hinterlassen, wo 1945, wer das damals miterlebt hat, kaum noch Hoffnung hatte, wie man denn aus diesem Dreck und Trümmerhaufen und aus dieser moralischen Verkommenheit wieder herausfinden kann. Auch die bürgerlichen Ideologen standen wieder bei null. Und dennoch kann man heute mit Recht darauf hinweisen, dass die bürgerliche Gesellschaft sich relativ schnell von dieser Katastrophe erholt hat. Wo steht eigentlich geschrieben, dass dieser erste Versuch, eine sozialistische Gesellschaft in Gang zu bringen, leider im rückständigsten Land Europas, nämlich in Russland, wo es von vornherein, wenn ich mich an Marx halte, scheitern musste? Wo steht geschrieben, dass man sich nicht auch da von den Fehlern und Verbrechen, die damit verbunden sind, historisch gesehen, langfristig gesehen, ich könnte jetzt Lukács zitieren, der mir nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft bis zu seinem Tod mehrere Briefe geschrieben hat, wo er als Philosoph und Literaturwissenschaftler immer darauf aufmerksam gemacht hat, dass wir in einer Niedergangsphase uns befinden, dass wir aber dennoch die Hoffnung nicht aufgeben dürfen. Und ich zähle mich zu denen, die an das Prinzip Hoffnung von Ernst Bloch glauben, dass wir früher oder später einen neuen Konsens finden und nicht nur, weil wir es möchten, sondern weil uns auch die gesellschaftlichen Verhältnisse dazu zwingen werden. Ich bin aus dem Klassenkampf der zwanziger und dreißiger Jahre hervorgegangen. Und wenn ich immer noch mich der Arbeiterklasse verbunden fühle und auch verbunden bleibe, dann deshalb, aufgrund der Erfahrung, die wir gemacht haben. Und jetzt wird die DDR-Bevölkerung erleben, wie das so ist mit kapitalistischer Produktionsweise. Und da müssen wir uns umstellen. Und da wird ein historischer Prozess wieder bei null beginnen müssen, eingeleitet werden und vielleicht, nach einer längeren Zeit auch wieder eine neue Grundlage erarbeitet werden können, um sozialistische Gesellschaftsstrukturen zu entwickeln. Die müssen nicht identisch sein mit dem, was wir bisher praktiziert haben, sondern ich meine sogar, sie dürfen nicht mit dem identisch sein. So und da muss man sich was Neues einfallen lassen. Ich fühle mich aber überhaupt nicht berufen, jetzt das zu tun, was die Philosophen und die Wissenschaftler tun müssen.

I: Im vergangenen Herbst wurde viel gesch..., viel demonstriert in diesem Land. Am 4. November 1989 fand in Berlin die größte Massendemonstration in dieser Zeit des Aufbruchs statt. Sie sollten sprechen, warum lehnten Sie ab?

W.J.: Also, ich wurde nach der ersten Lesung im Deutschen Theater von Mühe und seinen Freunden aufgefordert, mit aufzutreten. Ich habe mich erkundigt: „Wer

spricht denn da alles?" Und da wurden mir sehr interessante Namen genannt. Von der Christa Wolf bis zu Schorlemmer und so weiter. Und dann sagte aber einer, ich glaube, es war Solter: „Ja, auch Markus Wolf wird sprechen." Und da habe ich dann spontan geantwortet: „Ja, das finde ich alles großartig, macht das so, aber dann kann ich leider mich daran nicht beteiligen. Denn so ohne weiteres fühle ich mich nicht verpflichtet, jetzt ausgerechnet mit einem langjährigen General der Staatssicherheit, und das ist jetzt kein Werturteil, was ich damit zum Ausdruck bringen will, unbedingt auf eine Rednertribüne zu treten und zu Reformen aufzurufen."

I: Welche Vision haben Sie von einer einheitlichen deutschen Nationalkultur?

W.J.: Also, da würde ich erst mal darauf aufmerksam machen, und ich habe das unlängst in der Bundesrepublik gesagt, in Mainz, wo ich die Laudatio für Günter Kunert halten musste, der hat da einen neuen Preis bekommen, mit großem Beifall, und das war nur bürgerliches Publikum. Habe darauf aufmerksam gemacht, dass es zwei Dinge im gesellschaftlichen Leben gibt. Das eine ist die Staatentheorie und das andere ist die Kultur. Nach meiner Meinung hat es immer eine einheitliche deutsche Kultur, Literatur und Filmkunst in den beiden deutschen Staaten gegeben. Genauso wie früher, wo es eine Linke und eine Rechte gab. Aber es war dennoch Bestand einer einheitlichen deutschen Nationalliteratur. Und ich bin der Auffassung, dass die Intellektuellen, die Geisteswissenschaften, sich nicht auf dieses Eis begeben dürfen, was uns der, die Theoretiker des sozialistischen Realismus immer einreden wollten, dass es zwei Kulturen gibt und zwei Literaturen, zwei und so weiter, sondern, es gab auch in den schlimmsten Zeiten mehr oder weniger. Das war der einzige Konsens, den es überhaupt gegeben hat und an diesen Konsens muss man anknüpfen, den muss man fortsetzen. Ich glaube, man muss sich über die Einheit der deutschen Nationalkultur überhaupt nicht streiten, weil es die immer gegeben hat.

I: Der 18. März 1990 steht vor der Tür. Welche Wahlprognose haben Sie?

W.J.: Also, ich bin kein Prophet, aber um darauf zu antworten, ich glaube, dass aufgrund der Vergangenheit, was immer auch jetzt die neue reformierte Partei als Nachfolgeorganisation der alten SED sagen kann oder wird. Sie wird eine Minderheitspartei werden und muss aus der Opposition heraus sich neu entwickeln. Wenn ich aber gefragt werde, welcher Partei ich die größten Chancen gebe und wo ich es auch wünsche, dass sie die größten Chancen bekommt, dann würde ich sagen, dass es die Sozialdemokratische Partei sein sollte. Und zwar deshalb, weil ich glaube, dass eben die Sozialdemokratische Partei, wie

immer wir auch sie im Einzelnen unter Kritik stellen können oder beurteilen. Da haben die Kommunisten viele Fehler in der Vergangenheit gemacht, über die wir hier nicht reden können, aber die kennt man ja nun schon hinlänglich. Dass die Sozialdemokraten unter diesem politischen Spektrum, was wir jetzt hier vorfinden werden, uns noch die günstigsten Chancen gibt, um auch die sozialen Probleme etwas behutsamer zu lösen, oder anzugehen, als es die Rechten, die sich ja bei uns auch artikulieren, entweder wollen oder können. Und deshalb glaube ich, dass die Sozialdemokraten, ich hoffe es wenigstens, die stärkste Fraktion werden. Und es bleibt zu hoffen, dass auch die Sozialdemokraten dann ihrer Verantwortung gerecht werden. Ob sie auf die Dauer diese Vorsätze einhalten können, dass sie nur mit allen anderen koalieren wollen und nicht mehr mit Gregor Gysi, das weiß ich nicht, das wird die Geschichte aber zeigen müssen. Und das hängt natürlich auch von der Entwicklung der Nachfolgepartei der SED ab.

I: Herr Janka, sind Sie als Kind gern zur Schule gegangen?

W.J.: Also, ich habe gerade heute einen Brief aus meiner Vaterstadt, Karl-Marx-Stadt, früher Chemnitz, bekommen. Und da wurde mir zugestellt ein Artikel, der in der derzeitigen, ehemaligen SED Zeitung, die sich umbenannt hat, zugeschickt. Und da ist abgebildet, was ich als Zehnjähriger an Linolschnitten damals produziert habe. Und das wird hochgelobt. Irgendwo hat das jemand im Archiv gefunden. Ich bin nicht nur gern in die Schule gegangen. Und das beschreibe ich sogar in meinen ausführlichen Erinnerungen, warum ich gerne in die Schule begangen..., gegangen bin. Ich bin freiwillig jeden Tag mindestens zehn Stunden in die Schule gegangen. Und zwar deshalb, weil das die erste weltliche Schule in Sachsen war, die Humboldtschule in Chemnitz. Und das waren meistens sozialdemokratische, ich glaube nicht, dass ein kommunistischer Lehrer dabei war, aber es waren alles Linke. Und dort wurden neue Versuche gemacht, einen Schulunterricht einzuführen, der mir einfach das gegeben hat, was ich gebraucht habe.

I: Die Antifaschisten sind nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone auch mit dem Ziel angetreten, eine neue, eine demokratische Schule zu schaffen. Wurde dieses Ziel erreicht?

W.J.: Ja, also da muss man hinzufügen, dass die antifaschistischen Kräfte, die damals sich in der sowjetischen Bezonung, Besatzungszone, insbesondere in Berlin, sammelten ja zum großen Teil aus dem Exil, Ost oder West, gekommen sind. Oder aus den Zuchthäusern oder aus der inneren Emigration. Sie haben sich deshalb in Berlin zusammengefunden, weil hier, ökonomisch gesehen, gestützt auf den Beistand der finanziellen Unterstützung durch die Besatzungsmacht und durch die anderen

Einrichtungen, die neue Kulturentwicklung schneller in Gang gekommen war als in der Bundesrepublik. Das ist nachweisbar, wir haben die besten Filme gemacht, wir haben auch die schnellste Literaturproduktion entwickeln können. Und auch im Allgemeinen, das Kulturleben hat sich bei uns ziemlich rasch entwickelt. Weil die besten Leute zuerst nach Berlin gekommen sind. Und das könnte man namentlich jetzt aufzählen, das führt zu weit. Inwieweit in den Schulen das praktiziert wurde, was eigentlich in der Humboldtschule in den dreißiger Jahren versucht wurde, erwähne ich in meinen Erinnerungen. Und betone ausdrücklich, dass wir heute allen Grund hätten, uns auf diese Bewegung von 1930 bis '33 zu besinnen, wo wirklich ernsthafte Versuche gemacht wurden, von denen wir heute noch lernen könnten.

I: Viele Menschen haben dieses Land verlassen. Weit über eine Million seit 1961. Darunter viele junge Leute. Eine Identifikationskrise scheint die DDR zu erdrosseln. Hat dieser Staat noch eine Chance, gibt es eine Alternative zur Einheit des deutschen Volkes?

W.J.: Also, ich glaube schon, dass erstens einmal nicht die ganze Bevölkerung die DDR verlassen wird, sondern es bleiben mindestens 15 Millionen übrig. Es ist bedauernswert, dass wir durch die Politik und durch die Handhabung der Dinge in der Vergangenheit unsere Jugend zu einem großen Teil verloren haben. Aber da stimme ich mit Herrn Biedenkopf überein, mit dem ich mal eine gemeinsame Sendung gemacht habe. Der Herr Biedenkopf, der nun weiß Gott nicht verdächtig ist, ein Kommunist, Marxist oder so etwas zu sein, er hat gesagt, was ich voll unterschreibe: Es wird nicht allzu lange dauern, wenn sich in der DDR die Verhältnisse ändern, wenn sich eine neue Lebensqualität entwickelt, wenn wir wirklich von demokratischen Freiheiten nicht nur reden, sondern sie praktizieren können, dann wird wahrscheinlich umgekehrt eine Rückkehr einsetzen. Und es werden nicht nur ehemalige DDR-Bürger zurückkehren, möglicherweise auch Bundesbürger in der DDR einen Wohnsitz finden. Weil die DDR weit schwächer besiedelt ist als die Bundesrepublik. Der hat da sogar genaue Zahlen genannt. Und ich wünschte, dass es dazu kommt. Und ich glaube auch, dass es dazu kommen wird. Es wird noch bisschen dauern.

I: Aber in einem einheitlichen Staatengebilde?

W.J.: Wahrscheinlich wird vorausgehen müssen zumindestens ein Konsens, ob wir das nun jetzt gleich als ein einheitliches Staatsgebilde oder als eine Konföderation, das weiß ich nicht. Das hängt ja auch von den Entscheidungen der Siegermächte ab. Es wird sicher, historisch gesehen, zu einer Einigung kommen, früher oder

später.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

W.J.: Also, das kann ich auch wieder nicht in einem Satz sagen. Ich hatte die Hoffnung, dass jetzt ein Prozess eingeleitet wird, der uns von den alten, schädlichen Machtstrukturen, um es in einem Wort zu sagen, der alten Rentnermafia, befreit. Und zwar von Honecker bis Axen, von Hager bis zu allen anderen. Wo ich jetzt immer mit Kopfschütteln in der Zeitung lese, heute wieder, dass sie alle haftunfähig sind. Wenn wir ihnen morgen noch mal die Macht anbieten würden, wären sie über Nacht alle wieder regierungsfähig. Also ich bin nicht dafür, dass man die Gefängnisse leert und gleich wieder mit anderen füllt. Das muss klargestellt sein. Aber es gibt gewisse Leute, die muss man zur Rechenschaft ziehen. Und deshalb stimme ich auch nicht ganz mit dem überein, was die von mir hochgeschätzte Frau Bohley zu diesem Architekten Junkers sagt, den ich zufällig auch kenne. Weil nämlich mein Sohn Architekt geworden ist, weil ich selbst nicht Architekt werden konnte. Ich wäre es gern geworden, aber ich bin mit achtzehn Jahren ins Zuchthaus gegangen. Und da habe ich dafür gesorgt, dass es mein Sohn wird, und der macht das auch mit Erfolg.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

W.J.: In der Nichterfüllung der Erwartungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerung an die neue Regierung, an die neue Partei, oder Parteien, besser gesagt, Kommunisten und Sozialdemokraten, geknüpft hatten. Wir haben diese Hoffnung nicht erfüllt. Und das hat jetzt viele Ursachen, was wir auch nicht austragen können, aber um nur eine zu erwähnen, natürlich war das nicht nur ein Fehler, sondern ein Verbrechen, was damals 1945/46 über Nacht erzwungen wurde. Dass man die Kommunisten und Sozialdemokraten so unter eine Haube zwingt. Wofür man vielleicht, wenn es überhaupt möglich oder nötig gewesen wäre, fünf bis zehn Jahre gebraucht hätte. Wir haben das innerhalb von drei Monaten gemacht, natürlich mit entsprechender Beihilfe durch die Sowjetmacht, um es mal höflich auszudrücken. Und weil eben Ulbricht mit dieser Rücksichtslosigkeit glaubte, dass er die Machtposition erzwingen kann.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

W.J.: Das Volk. Und die sich formierenden oppositionellen Kräfte, die sich in den vergangenen ein oder zwei Jahren unter dem Dach der Kirche zusammenfinden

konnten. Und das bedaure ich zutiefst, nicht unter dem Dach der Partei, der ich so lange gefolgt bin.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

W.J.: Na, keineswegs bis jetzt noch vollständig, aber ich glaube, wir sind auf dem Wege, dass wir zumindestens einen neuen historischen Prozess eingeleitet haben. Und jetzt müssen wir ein bisschen aufpassen, dass der nicht ins Gegenteil umschlägt. Also in Gewalttätigkeiten. Sondern dass es friedlich weitergeht. Und wir müssen unsere arbeitenden Menschen darauf vorbereiten, dass sie unter neuen wirtschaftlichen Bedingungen ihre Interessen selbst vertreten. Dass wir zum Beispiel Betriebsräte schaffen müssen, die den neuen Arbeitgebern, ich drücke das sehr höflich aus jetzt, auch als Partner entgegentreten. Und da würde ich mich schon ein bisschen an den Erfahrungen der Betriebsräte in der Bundesrepublik oder in Frankreich orientieren. Und da würde ich meinen, das bedauere ich sogar, von Herrn Kohl bis zu allen andern Leuten, die mischen sich auf eine Weise in die Wahlkampagne bei uns ein, dass man Angst kriegen könnte. Ich vermisse aber, dass die Gewerkschaften der Bundesrepublik sich nicht stärker einmischen. Das wünschte ich, dass die unseren Arbeitern jetzt ein bisschen Hilfestellung leisten.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

W.J.: Also, ich habe nicht mehr lange zu träumen, weil ich weiß, dass meine Jahre oder Tage gezählt sind. Aber ich hoffe und träume davon, dass meine Enkelkinder, und ich habe sechs davon, und meine eigenen Kinder, das sind zwei, dass die in Frieden und in einer angemessenen, mit einer angemessenen Lebensqualität mindestens so alt werden können, wie ich es geworden bin.

PROF. DR. JÜRGEN KUCZYNSKI, Berlin, 28. Februar 1990

„Das ist mir heute noch nicht klar…"

I: Sie wurden einmal mit Marx verglichen. Etwas boshaft schrieb sinngemäß ein Kollege, ich glaube, es war Franz Loeser: „Marx las tausend Bücher und verfasste ein bekanntes Buch, 'Das Kapital'. Kuczynski las ein bedeutendes Buch, das Marxsche 'Kapital', und schrieb danach tausend Bücher." An diesem, ebenso respektvollem wie respektlosen satirisch gemeinten, Vergleich möchte ich mit einem Seitenblick auf ihre Bibliothek zwei Fragen anschließen. Findet sich in den von Ihnen geschriebenen Büchern etwas über den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR? Haben Sie gewusst oder geahnt, dass ein solcher Umbruch 1989 kommt?

J.K.: Also, ich werde…, ich dachte, ich sei fertig mit Büchern, aber will jetzt doch noch eines veröffentlichen und zwar mein Tagebuch aus den letzten drei Jahren. Und aus dem geht sehr klar hervor, dass ich der Meinung bin, dass eine Änderung kommen musste und im letzten Jahr war diese Mahnung immer dringender. Ich habe im Jahr etwa achtzig Versammlungen gehabt in den letzten Jahren und habe vor drei Jahren und den…, vor zwei Jahren den Menschen gesagt, die Wandlung kommt bestimmt, auch wenn ich sie nicht mehr erlebe. Aber im letzten Jahr habe ich aufgetrumpft und gesagt, und ich werde sie auch noch erleben.

I: Sie demonstrierten im Herbst '89 nicht auf den Straßen Leipzigs. Sie sprachen am 4. November nicht auf der größten Protestdemonstration in Berlin. Sie verfassten keine Aufrufe und gründeten keine Parteien oder Bewegungen. Worin sehen Sie Ihren Beitrag zur Vorbereitung der Umgestaltung in der DDR?

J.K.: Nun, also zum Beispiel in den achtzig Versammlungen im Jahr, wo ich den Menschen Mut zusprach und ihnen sagte: „Protestiert weiter!" Immer sprach ich nur unten, bei der Jugend, bei Studenten, bei der FDJ, im Kulturbund Urania und so weiter, in Betrieben. Und immer habe ich versucht, die Menschen zu ermutigen, nicht zu warten, sondern weiter so offen zu diskutieren. Und ich glaube, das war ein nützlicher Beitrag und ich habe den Menschen, glaube ich, auch geholfen. Also wenn wir in eine Stadt kamen, wo wir die Straße nach einiger Zeit fanden, dann sagte mein Fahrer: „Da ist eine Schlange! Da sprechen Sie!"

I: Weder der Beginn noch der Verlauf der deutschen Oktoberrevolution wurde in Ost und West so erahnt, wie wir ihn dann erleben…, wie wir sie dann erleben

konnten. Sie haben sich viel mit gesellschaftlichen Umbrüchen, mit Krisen, mit Niedergängen, beschäftigt. Wie würden Sie den Charakter der bisherigen Ereignisse bestimmen? War es oder ist es eine Wende? Ein Aufbruch? Eine Revolte? Oder eine Revolution?

J.K.: Also, ich würde sagen es begann als eine Revolution. Das war die erste Etappe mit den Demonstrationen in Leipzig und dann anderswo. Und zwar war das eine Revolution zur Reformierung des Sozialismus. Und dann folgte eine beachtliche Gruppierung von antisozialistischen Kräften und, ich glaube, man konnte von einer stark gegenrevolutionären Bewegung sprechen, in dem Sinne als sie sich ganz scharf gegen den Sozialismus richtete. In dieser Periode ging auch die Mitgliederschaft der SED und der SED-PDS ganz rapide zurück. Und es gab viele sehr unerfreuliche Erscheinungen. Seit einigen Wochen, zumindest seit vierzehn Tagen, ist darin eine Wendung eingetreten. Erstens hat sich die PDS gefangen. Die Zahl der Austritte ist stark zurückgegangen und es sind also in der letzten Woche oder vorletzten Woche etwa 800 Neueintritte gewesen. Und eine Reihe von Gruppierungen hat sich, wie die Presse heute meldet, von den Leipziger Demonstrationen jetzt distanziert. Außerdem wird immer klarer, dass die SPD die führende Partei sein wird und voraussichtlich die Regierung bilden wird. Sehr vernünftiger Weise hat unsere Partei, meine Partei, die PDS, entschieden, dass wir alles tun werden, um es zu keinem Konflikt mit der SPD kommen zu lassen. Etwa in dem Sinne, wie es ihn in der Weimarer Republik gab. Wir werden opponieren, wo wir opponieren müssen. Aber nicht opponieren aus Prinzip. Wir werden hoffentlich eine der besten Oppositionsparteien in der Geschichte Deutschlands werden.

I: Sie sprachen von antisozialistischen Kräften in dieser Phase nach dem November ‘89. War denn das, was wir bisher hatten, schon Sozialismus?

J.K.: Ja! Natürlich! Es war ein völlig deformierter Sozialismus, aber schließlich haben wir einige fundamentale Errungenschaften gehabt. Wir waren das einzige Land in der Welt, wo jedem ein, wenn auch ganz kümmerliches Existenzminimum gesichert war. Es gibt kein anderes Land der Welt, in dem nicht Menschen mindestens ein, zweimal im Monat nicht satt wurden. Das gab es bei uns nicht. Zweitens hatte jeder Arbeit. Auch eine ganz große Leistung. Jeder hatte ein Obdach über sich. Ich meine, viele Wohnungen waren noch äußerst kümmerlich, ja schändlich kann man sagen. Aber es gab keine Obdachlosen. Aber wenn man mir 1945 mich gefragt hätte, würdest du vierzig Jahre später das als die großen Errungenschaften des Sozialismus betrachten, hätte ich natürlich nein gesagt, sondern erwartet viel größere Leistungen.

I: Herr Professor, was ist für Sie das Hauptereignis und das Hauptergebnis der letzten sechs Monate in diesem Land?

J.K.: Fortschritt in der Demokratie, ja. Ich würde sagen, das ist das Wichtigste, was wir haben. Ein Meinungsstreit, eine Presse, die viel mehr Lesezeit beansprucht heute als vor einem halben Jahr. Medien, die durchaus erträglich sind, Fernsehen, Rundfunk. Und das kann man auch sehr gut beobachten, dass viele Menschen in meiner Umgebung, die ihren Abend hauptsächlich mit dem westlichen Rundfunk verbracht haben, ihn jetzt, jetzt den unseren hören.

I: Welche politischen Kräfte haben diese Veränderungen bewirkt?

J.K.: Das Volk. Man soll ganz allgemein sagen, das Volk.

I: Gibt es eine politische Bewegung oder eine politische Partei, die gegenwärtig Ihre besondere Sympathie besitzt?

J.K.: Ja! Meine eigene, zu der ich am 14. Juli sechzig Jahre gehören werde.

I: Wann war Ihnen klar, dass mit der..., dass mit der Wende auch das Ende der DDR eingeläutet wurde?

J.K.: Das ist mir heute noch nicht klar.

I: Sie haben Ihr ganzes Leben für den Sozialismus gekämpft. Nun scheint der real existierende Sozialismus weltweit gescheitert. War der Versuch, auf deutschem Boden einen demokratischen Sozialismus zu schaffen, damit umsonst?

J.K.: Ja! Sie meinen, der Versuch war umsonst?

I: Als Frage.

J.K.: Ja, ja! Also, ich würde sagen, dass in den ersten Jahren die Situation keine ungünstige war. Aber dann ziemlich schnell mit dem Beginn der fünfziger Jahre sich die Partei, nennen wir es primitiv, stalinisierte und damit war das ein..., das was heute demokratischer Sozialismus genannt wird, was natürlich absoluter Unsinn ist, ein undemokratischer Sozialismus ist eben kein Sozialismus. Obgleich er einige Grundlagen des Sozialismus, die ich ja vorher genannt habe, schaffen kann.

I: Warum konnten die progressiven Kräfte in der SED diese Entwicklung nicht

verhindern?

J.K.: Ja! Sie müssen Verschiedenes sehen. Erstens, es geht nicht nur um den Sozialismus in der DDR, sondern um den Sozialismus überhaupt. Das heißt, in allen sozialistischen Ländern herrschte lange, lange Zeit der Stalinismus. Das heißt, es war gar nichts Besonderes, was bei uns war im Vergleich zur Sowjetunion oder Ungarn oder anderen sozialistischen Ländern. Zweitens gibt es ein System der Herrschaft, das allmählich sich entwickelt, so dass man es gar nicht deutlich, so deutlich merkt. Denken Sie nur, sagen wir, an die Anfänge des Feudalismus, die einen ganz großen Fortschritt gegenüber der Sklavenhaltergesellschaft darstellt. Und wie sich daraus letztlich eine Art von Sklavenhaltergesellschaft mit Leibeigenen und so weiter entwickelt hat. Und in gewisser Weise haben wir eine ähnliche Entwicklung bei uns durchgemacht. Gleichzeitig muss man sehen, dass die Sowjetunion als eine Art Beispiel dargestellt wurde, in der diese Verhältnisse zum Teil noch viel schlimmer waren als bei uns. Und als ein Beispiel für den Kampf gegen den Faschismus, den Sieg gegen den Faschismus. Und als ein..., als die große Macht, die gegen den Kapitalismus stand. Das sind alles verführerische Argumente, verführerische Anschauungen, aber ich muss sagen, wenn Sie etwa an unsere Schriftsteller denken, dann haben sie sich in vieler Beziehung so weit wie möglich von den Folgen dieses Regimes, ich will nicht sagen, freigehalten, weil eine ganze Reihe begeistert davon waren beziehungsweise so taten. Aber es gab eine ganze Reihe von Schriftstellern, die nun zum Beispiel unseren Alltag darstellten. Ich sage immer, wenn man in hundert Jahren unseren Alltag, sagen wir bis vor einem halben Jahr, studieren woll..., will, dann muss man unsere Schriftsteller und nicht unsere Gesellschaftswissenschaftler lesen.

I: Welche Visionen haben Sie von der Zukunft der deutschen Nation?

J.K.: Wovon?

I: Von der Zukunft der deutschen Nation?

J.K.: Ja! Sie müssen ja unterscheiden zwischen Deutschland, ein „Gesamtdeutschland“, sagen wir bestehend aus BRD und DDR, und der deutschen Nation. Die deutsche Nation ist natürlich weit größer. Ich werde mich stets weigern, Beethoven nicht als Deutschen und Gottfried Keller nicht als deutschen Schriftsteller anzusehen. Das heißt, die deutsche Nation geht natürlich viel weiter, wenn wir die letzten tausend Jahre betrachten, als diese beiden Staaten zusammengenommen. Und ich sehe überhaupt positiv für die Zukunft der Menschheit, wenn ich weit hinaussehe.

I: Wohin wird die Entwicklung nach dem 18. März 1990 führen...

J.K.: Ja!

I: ...für die deutsche Zweistaatlichkeit zum Beispiel?

J.K.: Ja! Es wird, es wird sehr interessant sein, wenn bei uns die SPD, der..., die Regierung stellt und am 2. Dezember die SPD, nach dem 2. Dezember, die SPD in der Bundesrepublik.

I: Mit der Krise des realen Sozialismus wurde auch eine Krise des theoretischen Sozialismus offenbar. Wie stellt sich Ihnen die Krise der marxistischen Gesellschaftswissenschaft heute dar?

J.K.: Ich glaube, dass man nicht von einer Krise des theoretischen Sozialismus sprechen kann, sondern von den sogenannten Theoretikern nach 1950. Die befinden sich in einer Krise. Aber ich glaube nicht, dass man sagen kann, dass die Theorien von Marx, Engels und Lenin in einer Krise sich befinden.

I: Wie ist der oft schwer zu ertragende Widerspruch zwischen partieller Leistung und massenhafter opportunistischer Haltung der Gesellschaftswissenschaftler in der DDR zu erklären?

J.K.: Ganz einfach. Sie waren Beamte einer Partei.

I: Sie waren vor der Wende einer der schärfsten Kritiker der gesellschaftlichen Entwicklung und Sie bezeichneten sich gleichzeitig wiederholt als großer Freund von Erich Honecker. Sie rühmten sogar seinen analytischen Verstand und seinen politischen Weitblick. Wie passte das zusammen?

J.K.: Nein! Was ich gerühmt habe, war seine Analyse der Welt des Kapitalismus, die er in seinen Reden gegeben hat - und diesen Teil der Reden habe ich selbst geschrieben.

I: Also haben Sie sich selbst gerühmt?

J.K.: Richtig!

I: Sie halten nach wie vor der Partei die Treue, die bis Dezember '89 als die stärkste Stütze des deutschen Stalinismus galt. Warum sind Sie noch Mitglied der

PDS?

J.K.: Na, weil ich nie Mitglied einer Führung geworden bin, sondern Mitglied einer Partei und einer Bewegung. Und wenn Sie daran denken, wie stark die Bewegung gegen den Stalinismus unten in den letzten Jahren war, nicht mit den Worten gegen Stalinismus, sondern gegen das, wie bei uns geherrscht wurde. Dann werden Sie verstehen, dass ich mich außerordentlich wohl unter diesen Menschen fühlte.

I: Hat die PDS in einem vereinten Deutschland noch eine Chance?

J.K.: Sicherlich. Na ganz bestimmt.

I: Als eine landesweite Partei?

J.K.: Das muss man sehen, aber, ich denke, dass die Einigung noch, wenn sie überhaupt kommt, eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen wird. Das hofft ja auch die ganze Welt.

I: Wie stellen Sie sich künftig eine moderne geisteswissenschaftliche Bildung und Erziehung in unseren Schulen vor?

J.K.: Das ist eine sehr schwierige Frage. Aber zunächst einmal muss man ganz brutal sagen, erstens erzogen wir Musterschüler. Marx und Engels hätten bei uns nie das Abitur machen können, das waren intelligente Jungs, die in den Fächern, die sie interessierten, 1A waren. Und in den anderen drei oder vier oder fünf, das heißt, sie hätten mit der zehnten Klasse abgehen müssen. Ein Freund von mir, der Sektionsdirektor an der Universität ist, wo, also Sektion Geschichte, Chemie und so weiter gibt, hat untersucht, mit welchen Empfehlungen der Klassenlehrer und der Direktoren die erweiterten Oberschüler an seine Sektion kamen. Und das Lob, das am häufigsten vorkam, war: bescheiden und zurückhaltend. Aber die Jugend soll bekannterweise insbesondere, wenn sie an die Universität kommt, den Himmel stürmen wollen, nicht, und nicht bescheiden und zurückhaltend sein. Selbstverständlich war die Jugend nur bescheiden und zurückhaltend während der Unterrichtsstunden und in der Freizeit, Gott sei Dank, alles andere als bescheiden und zurückhaltend. Also das genügt wahrhaftig zur Erklärung unseres Erziehungssystems, das dann fortgesetzt wurde an Universitäten, die nichts anderes waren als Fabrikschulen zur Herstellung von Spezialisten.

I: Woran arbeiten Sie gegenwärtig?

J.K.: An dem Buch, von dem ich Ihnen erzählt habe, die Herausgabe meines Tagebuchs in den letzten drei Jahren.

I: Haben Sie Pläne danach schon?

J.K.: Nein! Für Bücher nicht, aber ich schreibe mindestens zwei Artikel pro Woche.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

J.K.: Al..., eine sozialistische Zukunft, befreit vom Stalinismus.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

J.K.: Für den Umbruch nach dem Oktober oder durch den Oktober?

I: Für den Umbruch durch die Ereignisse, die im September, Oktober abgelaufen sind.

J.K.: Ach so! Nun, also das Kommandosystem, die Bevormundung des Volkes, die Belügung des Volkes, die Schönfärberei und so weiter.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

J.K.: Das Volk. Das Volk.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

J.K.: Meine...

I: Ihre Hoffnungen vom Herbst '89.

J.K.: Ja. Vom Oktober. Nein! Natürlich nicht. Eben wie..., wegen der starken konterrevolutionären, reaktionären Elemente, die insbesondere durch die BRD und ihre Politiker, die in unser Land kamen, unterstützt wurden.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

J.K.: Wie immer! Seit meiner Jugend, von einem sozialistischen Deutschland.

GERD POPPE, Berlin, 14. März 1990

„Wir hatten uns schon auf einige Jahre eingerichtet…"

I: Herr Minister, wie kam es und wie kamen Sie zur Initiative für Frieden und Menschenrechte?

G.P.: Ja, die Initiative Frieden und Menschenrechte entstand Ende 1985 im Anschluss oder als Reaktion auf ein nicht genehmigtes, beziehungsweise vom Staat und dann auch von der Kirche verbotenes Menschenrechtsseminar. Es gab ja zum damaligen Zeitpunkt viele Friedensgruppen und Umweltgruppen. Das Menschenrechtsthema war eigentlich eines der Tabuthemen in der Gesellschaft. Und aus diesem Grunde war eben das Seminar, was von einer ganzen Reihe von Leuten aus solchen früheren Friedensgruppen vorbereitet war, nicht möglich. Die Initiatoren haben sich dann überlegt, die Arbeit fortzusetzen im Hinblick auf einen späteren Zeitpunkt oder aber auch auf andere Weise an dem Thema weiter zu arbeiten. Und das war der Ausgangspunkt für das Entstehen der Gruppe. Wir haben in der ersten Zeit eine ganze Reihe von Leuten dabei gehabt, die dann wieder ausgestiegen sind. Es gab eine ziemlich starke Fluktuation. Dann kamen wieder neue Leute dazu. Also, es ist in der Anfangsphase nicht genau auszumachen, wer überhaupt dazu gehört. Es gab auch keine festen Mitgliedschaften. Es war im Prinzip eine Bürgerinitiative, die sich zum Ziel setzte, das Thema Menschenrechte vielleicht in Anlehnung an UNO-Charta und KSZE-Papiere[1] in der DDR etwas ausführlicher und in der Öffentlichkeit zu behandeln. Der Unterschied zu den bis dahin bestehenden Gruppierungen war vor allen Dingen der, dass diese Gruppe außerhalb der Kirche arbeitete, erklärtermaßen außerhalb der Kirche arbeitete, was damals sehr ungewöhnlich war, denn die einzige Möglichkeit, eine gewisse Öffentlichkeit zu erreichen, war bis dahin in den Kirchen. Und es war auch normalerweise die einzige Möglichkeit, Räume zu erhalten. Diese Räume haben wir dann auch genutzt. Aber alles, was wir publizierten und unsere Erklärungen waren für die Öffentlichkeit bestimmt und nicht nur für den kirchlichen Raum.

I: Konnte die Initiative dadurch, dass sie sich von der Kirche, von deren schützendem Dach löste, ihre Basis erweitern?

G.P.: Nein, zunächst nicht. Es gab also sehr viele Ängste von Leuten, die zwar mit uns sympathisierten, aber denen doch diese Geschichte, weil sie auch gesehen haben, dass wir massiven Repressionen ausgesetzt waren von Anbeginn, zu gefährlich war und es hätte ja auch, hat ja auch Konsequenzen gehabt für Leute,

die dann ihren Beruf nicht weiter ausüben konnten oder die dann nirgendwo hin mehr reisen konnten. Das war zum damaligen Zeitpunkt doch eine ziemlich brisante Angelegenheit und hat dazu geführt, dass wir eigentlich die ganzen Jahre eine sehr kleine Gruppe gewesen sind, bis zum Jahre 1989.

I: Welchen politischen Einfluss hatte diese kleine Gruppe?

G.P.: Das ist ja ein...

I: Vor der Wende, ja.

G.P.: Ja, das ist eigentlich ein Kennzeichen für die DDR gewesen, dass Einzelne immer noch recht viel bewirken konnten, vorausgesetzt es gelang ihnen, eine Öffentlichkeit zu erreichen. Ich erinnere mal an Robert Havemann, der im Grunde genommen eine Art Mentor dieser Bürgerrechtsbewegung in der DDR gewesen ist, denn er hat schon sehr frühzeitig erkannt, welche Rolle Bürgerbewegungen spielen können, unter der Voraussetzung, dass sie die gesellschaftlichen Probleme aufgreifen und die Öffentlichkeit erreichen. Er hat als Einzelner diese Versuche immer wieder unternommen, Öffentlichkeit herzustellen und sich für Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Wir waren dann also schon einige Leute mehr, aber es war eine gemischte Gruppe, die zwei unterschiedliche Ausgangspositionen hatte. Ein Teil kam aus der Linken, aus der demokratischen Linken, die von 1968, vom Prager Frühling geprägt war. Und ein anderer Teil aus dem christlichen Bereich, der kirchlichen Friedensbewegung der frühen achtziger oder späten siebziger Jahre. Insofern war das schon ein ziemlich breites Spektrum von Menschen, die dann gemeinsam versuchten, mit eigenen Publikationen, die mit primitivsten technischen Verfahren entstanden, eine Öffentlichkeit zu erreichen. Natürlich auch unter Ausnutzung der Westmedien, falls das möglich war. Weil wir damals keine anderen Medien zur Verfügung hatten.

I: Ab wann war ihnen klar, dass das Honecker Regime zum Untergang verurteilt war und ab wann, dass auch der sogenannte reale Sozialismus in der DDR keine Zukunftschancen hat?

G.P.: Ein entscheidender Einschnitt war nach unserer Meinung der Zeitpunkt, an dem Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU wurde. Und dann gab es ja ziemlich schnell auch die sehr deutlichen Auflösungserscheinungen des bis dahin ziemlich monolithischen Blocks. Sowohl wirtschaftlich, als auch militärisch, als auch politisch. Und ich denke, spätestens seit den großen Veränderungen in Polen und Ungarn wurde deutlich, dass es auch in der DDR zu einschneidenden

Veränderungen kommen wird. Allerdings haben wir nicht mit einem solchen zeitlichen Verlauf gerechnet. Wir hatten uns schon noch auf einige Jahre eingerichtet.

I: Welche Rolle spielte die Initiative Frieden und Menschenrechte in den Monaten September bis November '89? Wie unterschied sich diese Rolle von der des Neuen Forums oder von Demokratie Jetzt?

G.P.: Die Initiative Frieden und Menschenrechte war aufgrund ihrer mehrjährigen Arbeit vielleicht so eine Art Vorläufer. Es waren mehrere Mitglieder der Initiative in diese neuen Gruppen hineingegangen. Zum Beispiel Bärbel Bohley ins Neue Forum, Ibrahim Böhme[2] in die SDP. Das sind ja Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte gewesen. Da gibt es noch einige weitere, die noch zu nennen wären, Martin Böttger im Neuen Forum und weitere; also wir hatten eine ganze Reihe von Mitgliedern, die in die neuen Gruppen hineingingen. Zu dem Zeitpunkt war eben die Initiative doch sehr klein. Wir haben auch überlegt, ob wir sie aufrecht erhalten, angesichts der zahlreichen Neugründungen. Haben uns dann dazu entschlossen, weil wir gesehen haben, dass wir in dem ganzen inhaltlichen Spektrum der neuen Bewegungen doch unseren Platz einnehmen könnten und bestimmte Themen haben, die von anderen nicht so aufgegriffen werden. Wie zum Beispiel ganz konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen, auch im Ausland. Oder auch die Situation von Minderheiten oder von Ausländern in der DDR. Das waren Themen, die wurden von anderen Gruppen nicht in dem starken Maße behandelt, und da haben wir uns entschlossen, diese Arbeit weiterzuführen. Und wir hatten schon im März '89 einen Aufruf veröffentlicht, in dem wir uns für eine DDR-weite Öffnung der IFM einsetzten. Der ist aber öffentlich nicht so bekannt geworden und deshalb kam es bei uns erst Ende Oktober zu dieser Erweiterung der Initiative. So dass in mehreren Orten Regionalgruppen entstanden, dass verschiedene Projektgruppen entstanden, auch außerhalb von Berlin. Das war von uns lange beabsichtigt, auch noch gemeinsam mit den späteren Initiatoren des Neuen Forums und der anderen Gruppen. Es wäre also durchaus möglich gewesen, dass diese Differenzierung nicht in einem solchen Ausmaß stattgefunden hätte. Also dass es nicht fünf oder sechs oder sieben solcher neuen Gruppierungen gegeben hätte, sondern vielleicht nur zwei. (...)

I: Worin sehen Sie die Ursachen für die hohe Dynamik der Ereignisse seit September '89? Hat Sie diese Dynamik überrascht?

G.P.: Ein wesentlicher Auslöser waren natürlich die Fluchtbewegung und die Entscheidung der ungarischen Regierung, die Grenzen zu öffnen. Von da an war ja die weitere Entwicklung schon gar nicht mehr zu beherrschen. Und parallel dazu

erhielten die neu entstandenen Bürgerbewegungen, insbesondere das Neue Forum, eine wesentliche Rolle. Also, das zeitliche Zusammenfallen der Fluchtbewegung und der Neugründung dieser Bürgerbewegung, die nicht unbedingt ein ganz klar umrissenes Ziel hatte, sondern ein ganz breites Spektrum von unzufriedenen Leuten auffing durch ihre Gründungserklärung, waren, so glaube ich, zwei wesentliche Punkte, die dann dazu führten, dass das Volk auf die Straße ging. Und das war dann natürlich das Entscheidende für die Wende oder die friedliche Revolution oder wie man das immer nennen will[3].

I: Wie würden Sie das denn nennen?

G.P.: Nun, ich würde es schon friedliche Revolution nennen wollen. Obwohl: der Begriff Revolution ist natürlich jetzt etwas hochgestochen. Vor allen Dingen, wenn man sieht, wie sie endet[4].

I: Herr Minister, Sie haben am Runden Tisch den Entwurf für eine neue Verfassung vorgestellt. Welche Merkmale unterscheiden diese Verfassung von der bisherigen und vom Grundgesetz der BRD?

G.P.: Von der bisherigen unterscheidet sie nahezu alles. Das würde ich jetzt eine Stunde lang aufzählen müssen. Es war ja schon deutlich in den letzten Monaten, dass die neue Situation dazu führen musste, dass die bestehende Verfassung geändert wird in ganz vielen Passagen. Dass der Führungsanspruch einer einzigen Partei gestrichen wurde. Dass auch aufgrund der Grenzöffnung Konsequenzen für die Verfassung entstanden, welche die Wirtschaft betreffen, die Kapitalbeteiligung und so weiter. Es mussten also sehr grundsätzliche Änderungen dieser Verfassung geschehen, schon um bestimmte Gesetze möglich zu machen.. Eine neue Verfassung zu entwerfen, haben wir gleich als eine der ersten Aufgaben des Runden Tisches angesehen. Es gab also schon am 7. Dezember bei der ersten Sitzung den bestätigten Antrag, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die eine neue Verfassung entwirft, bis zum 6. Mai, dem ursprünglich vorgesehenen Termin für die Volkskammerwahlen[5]. Und dieser Entwurf sollte dann in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert und durch Volksentscheid bestätigt werden. Wir haben in dem Entwurf die Menschenrechte stark betont. Das war in der alten Verfassung nicht so. Es waren zwar formal die wesentlichen Bürgerrechte erwähnt, aber auch zu einem erheblichen Teil wieder durch andere Artikel eingeschränkt. Wir haben zugrunde gelegt: die Menschenrechtscharta und die verschiedenen Papiere, die es von der UNO gibt, die KSZE-Dokumente, bis hin zur UNO-Charta der Rechte des Kindes, die zeitlich als letzte in dieser Reihe liegt[6]. Alle diese Grundrechte, politischen und Freiheitsrechte, wurden in einem ersten Kapitel behandelt. Wir haben

uns dabei zunächst am Grundgesetz der Bundesrepublik oder den Verfassungen Schwedens oder Spaniens, die relativ modern sind, orientiert, um diesem Standard mindestens zu entsprechen. Darüber hinaus sind bestimmte Rechte formuliert, die es in diesen Verfassungen, namentlich in dem Grundgesetz nicht gibt. Das ist vor allen Dingen das Recht auf Arbeit[7], was nicht festschreibt, dass es keine Arbeitslosigkeit geben darf, wohl aber die Verpflichtung des Staates, diese in Grenzen zu halten, Arbeitsbeschaffungsprogramme zu entwickeln. Also Prioritäten zu setzen, die zu einer möglichst weitgehenden Vollbeschäftigung führen. Das Recht auf Wohnraum und entsprechenden Mieterschutz, der damit verbunden ist. Dann Rechte zur Gleichstellung, also Gleichstellung von Mann und Frau. Die auch weit über das hinausgehen, was im Grundgesetz formuliert ist. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist dann die politische Willensbildung, wo ein Anteil direkter Demokratie als Ergänzung zum parlamentarischen System unseres Erachtens notwendig ist. Also klare Regelungen für Volksbegehren und Volksentscheide. Die gab es bisher nur auf Beschluss der Volkskammer, die Möglichkeit eines Volksentscheides. In diesem Entwurf gibt es die Möglichkeit, mit einer entsprechenden Anzahl von Unterschriften ein Volksbegehren einzuleiten und dann daraufhin einen Volksentscheid. Natürlich muss das in Übereinstimmung stehen mit den anderen Artikeln der Verfassung. Es kann nun nicht ein Volksentscheid durchgeführt werden über zum Beispiel die Wiedereinführung der Todesstrafe oder andere Dinge, die den Grundsätzen der Verfassung oder den Grundsätzen der dort festgelegten Menschenrechte widersprechen. Aber in anderen Bereichen wäre das eben möglich. Das sind also wesentliche Punkte. In der Staatsordnung ist natürlich entscheidend, dass eine Länderstruktur, also eine föderale Struktur wieder eingeführt werden soll. Da besteht ja eine große Übereinstimmung eigentlich bei allen politischen Kräften in diesem Land. Die Abgrenzung von Parlament und Länderparlamenten und Länderkammer und Regierung und so weiter ist in diesem neuen Verfassungsentwurf im Einzelnen beschrieben. Ein Kapitel wird dann noch sich hauptsächlich mit der Wirtschaft befassen, Wirtschaft und Eigentumsrechten. Überhaupt wird natürlich Eigentum auch hier wieder eine Bedeutung haben, im Vergleich zur alten Verfassung. Es sind unterschiedliche Eigentumsformen möglich. Es wird also auch das Privateigentum geschützt. Also gibt es eine ganz große Zahl von Artikeln, die durchaus denen von den, sagen wir mal, bisher fortschrittlichsten bürgerlichen Verfassungen entsprechen. Auf der anderen Seite steht der Versuch, Verschiedenes, was darüber hinaus geht und was hier schon mindestens ansatzweise entwickelt wurde, zu bewahren, so dass wir eine Verhandlungsposition für den Einigungsprozess haben. Wir lehnen also strikt den Anschluss der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes ab[8]. Wir schlagen vor, dass eine verfassungsgebende Versammlung eines Tages aus Vertretern aller deutschen Länder gebildet wird, die sich dann sowohl auf das Grundgesetz beziehen kann als auch auf diese neue DDR-Verfassung. Das wäre

unsere Wunschvorstellung, dass das auch zeitlich möglich ist.

I: Die Initiative Frieden und Menschenrechte hat vergleichsweise nur wenige Mitglieder. Welche Rolle kann die Initiative nach den Wahlen im politischen Leben der DDR spielen?

G.P.: Wir legen unser Hauptgewicht nach wie vor auf die außerparlamentarische Arbeit[9]. Aber ich nannte vorhin schon ein paar Themenkreise. Die Parteien in den Parlamenten sehen ja meistens die Notwendigkeit, sich vorzugsweise um Mehrheiten zu bemühen. Sie müssen das, sonst werden sie nicht wieder gewählt. Dem gegenüber haben die Bürgerbewegungen die Möglichkeit, auch andere Themen in die Parlamente hineinzubringen, die nicht unbedingt mehrheitsfähig sind. Eben zum Beispiel die Situation der alten Menschen oder die Situation der Behinderten oder der Ausländer in der DDR. Also die Möglichkeit, sich für sozial Schwächere einzusetzen, sich für Minderheiten einzusetzen, auch nationale Minderheiten oder soziale oder ethnische Minderheiten, das sehen wir als ein wichtiges Thema an für die Bürgerbewegungen. Und das werden auch Themen sein, die wir dann in die Parlamente einbringen, sofern wir gewählt werden. Das ist nicht die Alternative zur parlamentarischen Demokratie sondern eine Ergänzung. Und wenn ich vorhin die direkte Demokratie nannte, so sind natürlich Volksentscheide eine Variante, eine andere wäre die direkte politische Mitwirkung von Betroffenen. Zum Beispiel in Interessenverbänden verschiedener Berufsgruppen oder in verschiedenen Verbänden von Betroffenen, z.B. einem Behindertenverband, die sich, wenn sie als Minderheit ihre eigenen Interessen verletzt sähen, zur Wehr setzen können müssen, sowohl einmal über in der Verfassung festgeschriebene Rechte als auch zum anderen über die Tätigkeit im Parlament. Entweder, dass aus solchen Interessengruppen über die Bürgerbewegung Leute tatsächlich selber ins Parlament kommen oder dass die Bürgerbewegungen in den Parlamenten die Interessen solcher Gruppen mit vertreten. Also, das würde ich als eine wesentliche Aufgabe für uns ansehen. Und hinzu kommt natürlich, dass wir hier eine spezifische historische Entwicklung in der DDR erlebt haben, in der gerade solche Bürgerbewegungen entscheidend waren als Auslöser der revolutionären Ereignisse. Und es wäre für meine Begriffe äußerst unangemessen, wenn sich das nicht in dem Spektrum eines Parlamentes widerspiegeln sollte, sondern wenn wir jetzt einfach ein Spiegelbild einer westlichen Parteienlandschaft entwickelten.

I: Frieden, Menschenrechte und Sozialismus wurden offiziell lange Zeit als eine untrennbare Einheit dargestellt. War das vollkommen falsch?

G.P.: Nein, es war nicht falsch und es ist für meine Begriffe auch heute nicht falsch.

Es kommt natürlich sehr auf die Interpretation des Sozialismus-Begriffs an, der heute vielen nicht mehr benutzbar erscheint, weil er so diskreditiert ist. Aber unsere ursprüngliche Position war das auch[10]. Allerdings nicht in einem zentralistischen System, sondern in einem demokratisch pluralistischen, in dem auch insbesondere eine Basisdemokratie möglich ist.

I: Wann wurde Ihnen die Politik vor der Wende gänzlich unerträglich, so dass Sie sich entschlossen, in die Opposition zu gehen? Gab es da so etwas wie ein Schlüsselerlebnis?

G.P.: Dieses Schlüsselerlebnis liegt lange vor der „Wende“, das - würde ich sagen - war der Prager Frühling 1968. Und für mich persönlich würde ich auch diesen Zeitraum so sehen, also den Zeitpunkt, seitdem ich mich als Oppositioneller verstehe.

I: Welchen Repressionen waren Sie ausgesetzt?

G.P.: Viele von uns konnten ihren Beruf nicht mehr ausüben. Dann gab es Reiseverbote, auch in die Länder, in die normalerweise jeder DDR Bürger reisen konnte. Ich selber konnte zum Beispiel seit 1980 nicht mehr in die Tschechoslowakei und auch in kein anderes Land, hatte also neun Jahre lang ein totales Reiseverbot. Vielen anderen ging das ähnlich. Als wir zum Beispiel 1984 gemeinsam mit der Charta 77 eine Erklärung abgegeben haben zum ersten Jahrestag der Raketenstationierung, durfte aus der ganzen Gruppe keiner mehr in die Tschechoslowakei reisen. Und das ist dann jahrelang so geblieben. Dann gab es sehr viele kurzzeitige Festnahmen, immer zu bestimmten Anlässen oder bei Aktionen in der Öffentlichkeit. Dann kam es schließlich auch zu Verhaftungen. 1983 war davon unter anderem meine Frau[11] betroffen, gemeinsam mit Bärbel Bohley, die dann später beide in der Initiative mitwirkten. 1988, im Nachtrag zu den Verhaftungen vom 17. Januar anlässlich der Luxemburg-Liebknecht- Demonstration wurden fünf Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte am 25. Januar verhaftet. Teilweise ausgebürgert, teilweise für begrenzte Zeit abgeschoben nach Westeuropa beziehungsweise in die Bundesrepublik. Das sind so die massivsten Schikanen gewesen. Und dann gibt es natürlich das, was täglich passierte, die totale Überwachung, die Überwachung unserer Post, des Telefons. Die massive Beschattung, manchmal wurden wir von zwanzig Mitarbeitern der Staatssicherheit tagelang verfolgt. Das war abhängig von der jeweiligen politischen Situation und auch von besonderen Anlässen oder Feiertagen oder Staatsbesuchen oder was auch immer das war.

I: Friedrich Schorlemmer hat zur Bezeichnung der gesellschaftlichen Zustände vor

der Wende den Begriff vom real existierenden Stasiismus geprägt. Würden Sie dieser Charakterisierung auch zustimmen?

G.P.: Ja, insofern die Staatssicherheit natürlich überall präsent war, einen Staat im Staat gebildet hat[12] . Das ganze Ausmaß wird ja jetzt erst bekannt, wenn man sieht, dass es sechs Millionen Dossiers über DDR Bürger in den Stasi-Archiven gibt. Und vielleicht kommen überhaupt nur zwölf Millionen in Frage zur Überwachung, wenn man mal von den kleinen Kindern absieht und vielleicht von den Greisen. Dann ist das natürlich schon extrem. Ich würde sagen, es ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die Bevölkerung dieses System mit ermöglicht hat, in dem sie sich zurückgezogen hat und viel zu wenige Menschen den Versuch gemacht haben, in der Öffentlichkeit gegen diese Zustände zu protestieren. Viele sind von ihrer eigenen Hilflosigkeit und Sprachlosigkeit ausgegangen, insofern haben sie natürlich dieses System unterstützt, und da kann keiner sich von Schuld freisprechen.

I: Führte Ihre politische Tätigkeit vor dem Herbst '89 auch zu Konflikten in Ihrer Familie?

G.P.: Kaum, weil meine Frau in ähnlicher Weise engagiert ist wie ich. Wir hatten also beide die gleichen Probleme. Man kann eher sagen, es führte zur Belastung in der Familie durch den Zeitaufwand, den wir hatten. Und natürlich müssen die Kinder manchmal darunter leiden, wenn ihre Eltern außerhalb der Berufstätigkeit dann noch diese politische Arbeit leisten.

I: Heute existiert an Stelle des Machtmonopols der einstigen Politbürokraten ein viele verwirrender politischer Pluralismus. Macht uns eine solche Zersplitterung der Kräfte gegenüber der Bundesrepublik nicht geradezu handlungsunfähig?

G.P.: Ich denke nicht. Ich denke, das ist erst mal eine ganz gesunde Reaktion auf das, was vorher war. Es muss sich ein solches pluralistisches Spektrum erst einmal bilden. Die unterschiedlichen Interessen müssen artikuliert werden. Und wir können sie jetzt nicht zwanghaft schon wieder sammeln und konzentrieren und bestimmte Ansichten dabei unter den Tisch fallen lassen. Also, ich halte das für eine normale und natürliche Angelegenheit und mir wäre es auch lieb, es wäre noch eine Weile so weiter gegangen. Es wäre jedenfalls ein deutlicherer Ausdruck unseres tatsächlichen gesellschaftlichen Zustandes, als jetzt so frühzeitig ein Parteiensystem zu übernehmen, was nahezu identisch mit dem der Bundesrepublik ist.

I: Welche Alternative wollen Sie einer überstürzten Vereinigung beider deutscher Staaten entgegen setzen?

G.P.: Wir plädieren für eine Vereinigung in Schritten, in bestimmten Stufen. Und wesentlich ist uns dabei vor allen Dingen, dass sie nicht isoliert geschieht, sondern dass sie in einen gesamteuropäischen Prozess eingebunden bleibt. Wir sind der Meinung, dass so schnell wie möglich eine KSZE-Konferenz zustande kommen soll. Eine andere, bedeutende Rolle spielen natürlich auch die Vier-plus-Zwei-Gespräche, die jetzt anlaufen. Wir möchten, dass unsere Nachbarn keine Ängste haben müssen vor einem vereinigten Deutschland. Und dazu sind natürlich bestimmte Grundvoraussetzungen notwendig. Das heißt, die Abrüstung weiter voran zu treiben, eine Politik zu betreiben, die letztendlich zur Auflösung der großen Blöcke führt. Und in dem Zusammenhang sagen wir immer sehr klar, dass wir uns ein vereinigtes Deutschland im Rahmen der Nato nicht vorstellen können[13]. Und dass wir eine Garantie der Grenzen, insbesondere auch der Oder-Neiße-Grenze für eine Voraussetzung einer Einigung halten, nicht für einen Schritt, der dann von der Regierung eines einheitlichen Deutschlands getan wird, sondern das muss vorher erfolgen[14]. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass diese außenpolitischen Schritte gegangen werden. Das bedeutet natürlich, dass es keine überstürzten Schritte geben sollte. Das zweite sind die innenpolitischen Probleme, das wirtschaftliche Problem. Die angestrebte Währungsunion wird große soziale Probleme mit sich bringen, und ebenso der Wirtschaftsverbund mit der Bundesrepublik. Wir werden ein großes Maß an Arbeitslosigkeit haben, wir werden ein Lohngefälle haben. Wir werden sozusagen das Sizilien der Bundesrepublik. Und da ist es natürlich wichtig, dass man ein soziales Netz knüpft, was wesentlich enger ist als bisher und was den neuen Zuständen dann Rechnung trägt. Wir haben dazu eine Sozial-Charta mitentwickelt, die vom unabhängigen Frauenverband initiiert wurde, und setzen uns dafür ein, dass die mit zur Verhandlungsgrundlage gemacht wird im deutschen Einigungsprozess. Das werden natürlich langwierige Verhandlungen und schon von daher verbietet sich eigentlich eine sehr schnelle oder überstürzte Vereinigung.

I: Was schätzen und was kritisieren Sie am heutigen Schulwesen?

G.P.: Ja, das heutige ist, glaube ich, immer noch das alte und das kritisiere ich natürlich. Die Reformen gehen dort zu langsam. Es sind immer noch viele der alten Direktorinnen und Direktoren dort, die eine sehr autoritäre Schulpolitik betrieben haben. Wir setzen uns ein für sehr schnelle und auch sehr massive Bildungsreformen. Für grundsätzlich andere Lehrinhalte, also nicht mehr dieses alleinige Faktenwissen sollte im Vordergrund stehen, sondern die eigenständige

Entwicklung des Menschen. Eine Entwicklung zur menschlichen Würde hin, zur Akzeptanz des Nächsten oder auch des Andersdenkenden. Ein Lehrprogramm, was unseren Vorstellungen zur Umweltpolitik entspricht. Sehr wichtig wäre eine Verbesserung der musischen Erziehung. Dann geht es natürlich um Schulmodelle selber. Es müssten auch unterschiedliche Schulmodelle möglich sein. Das geht eigentlich auch schon vorher los mit den Kindergärten oder auch schon mit der frühkindlichen Entwicklung. Dieses Schema, was dort durchzusetzen versucht wird, kann nicht so aufrechterhalten werden, es muss in stärkerem Maße das Individuum berücksichtigt werden, also auch die frühkindliche Individualität, die sehr ausgeprägt ist.. Das sind Dinge, die zur Zeit offenbar noch nicht so richtig im Bewusstsein vieler Lehrer und vor allem der Schulbehörden sind. Ich sehe das an meinen Kindern. Es gibt zwar dort einige Lockerungen, aber Grundsätzliches hat sich noch nicht verändert. Wir haben auch, wenn man mal von unserem Programm ausgeht, eine ganze Reihe von besonderen Problemen, die berücksichtigt werden müssen, zum Beispiel die Probleme der behinderten Kinder. Wir plädieren für integrative Schulmodelle und nicht allein für Sonderschuleinrichtungen. Eine wichtige Sache in dem Zusammenhang wäre natürlich auch die Frage der Ausländer, also einer Erziehung der Kinder zu einer Akzeptanz von Kindern mit anderer Sprache, anderer Hautfarbe. Wir haben in unserer Gesellschaft wirklich einen großen Nachholbedarf in Richtung der Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft. Also, es muss so frühzeitig wie möglich allen Formen von Ausländerfeindlichkeit entgegengetreten werden.

I: Die Ereignisse in den letzten sechs Monaten haben das Leben aller Menschen in diesem Land zum Teil tief verändert. Hoffnungen, Ängste und Illusionen beeinflussen das Alltagsleben in starkem Maße, das von Erwachsenen ebenso wie das von Kindern. Wie sollte man heute mit jungen Menschen über die politischen Tagesereignisse reden?

G.P.: Ja, in aller Offenheit, vor allem. Die Situation ist ja entstanden durch ein zentralistisches Modell, das sich durchzog bis in die Schulen oder dort eben sogar besonders ausgeprägt war.. Eine Änderung oder ein Verständnis für die Entwicklung muss begleitet sein von einer antiautoritären Erziehung, denke ich. Das Wort wird zwar manchmal sehr missverstanden, aber ich möchte es trotzdem benutzen. Es muss ein Verständnis geweckt werden für die unterschiedlichen Interessen. Dass es nicht nur ein gesamtgesellschaftliches Interesse gibt, dem sich alle unterzuordnen haben, sondern dass es eine Vielzahl von Interessen gibt, die alle mehr oder weniger berechtigt sind, mindestens aber auch formuliert werden müssen. Und in dieser Weise sollte man, glaube ich, auch Kindern die Situation erklären. Da ein Grundverständnis für Demokratie schon bei Kindern erzeugt werden muss.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

G.P.: Ja, ich hatte die Vorstellung eines demokratischen Rechtsstaates DDR.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

G.P.: Für welchen Umbruch?

I: Den vom Herbst.

G.P.: Also, den vom 9. Oktober oder den vom 9. November?

I: Wenn Sie zwei sehen, dann könnten Sie auch zwei Antworten geben.

G.P.: Also, die Beantwortung auf die vorige Frage bezieht sich auf die Situation des 9. Oktober, auf das vom Volk erzwungene Abtreten der alten Führung. Und Hauptursachen sind zum einen natürlich der desolate Zustand der Wirtschaft. Eine große Unzufriedenheit im Lande, die ja nun seit Jahren nicht mehr zu übersehen war. Und natürlich die großen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa. Die Veränderungen in der UdSSR, das Nichteingehen der DDR-Führung auf die Reformen in der UdSSR, auf die neue Politik Gorbatschows. Und das Abbröckeln oder den Verfall eines Imperiums würde ich es fast nennen wollen, was mit dem Abbröckeln der Ränder beginnt und sich dann fortsetzt bis zum Zentrum hin. Das sehen wir jetzt anhand dieser ganzen nationalen Probleme in der UdSSR, das wird also weitergehen. Und das war eigentlich schon absehbar. Da gibt es schon seit Jahren eine ganze Menge von Diskussionen und theoretischen Vorstellungen über diese Entwicklung. Also insofern war sie keine Überraschung, sondern überraschend war nur das Tempo.

I: Wer war der entscheidende Akteur der Wende?

G.P.: Der entscheidende Akteur war tatsächlich das Volk selbst. Und es passierten ja Dinge, mit denen wir zum damaligen Zeitpunkt nicht mehr gerechnet hatten. Wenn wir uns mal die Demonstration am 4. November vor Augen führen, so war es für mich eine sehr große Überraschung, mit welcher Kreativität die Bevölkerung dort eine solche Demonstration mit eigenen Transparenten oder auch bestimmten Reaktionen füllte. Und wir hatten jahrelang eine Bevölkerung vor Augen, die sich offenbar in Nischen zurückzog oder nur ihre Informationen aus dem Fernsehen bezog und nicht mehr in der Lage war, politisch zu reagieren.

Und nun auf einmal war es so, dass das Volk selber auf die Straße ging oder ein großer Teil dieser unzufriedenen Menschen. Natürlich gab es Initiatoren. Es gab insbesondere die verschiedenen Bürgerbewegungen, die Kristallisationskeime waren für den Aufbruch des Volkes. Und es gab natürlich die Ursachen, die vor allem mit der wirtschaftlichen Situation zu tun hatten, und die Unzufriedenheit, die zur massenhaften Abwanderung führte, wodurch die ganze Entwicklung forciert wurde.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

G.P.: In manchen Dingen, ja. Also, die Entwicklung zum Rechtsstaat ist ja tatsächlich sehr weit vorangeschritten, bis hin zu einer entsprechenden Gesetzgebung, die wir auch mit beeinflussen konnten am Runden Tisch oder auch durch die Regierungsbeteiligung. Dort sind tatsächlich entscheidende Pflöcke eingeschlagen worden für die Zukunft. In anderer Hinsicht nicht, und das hat zu tun mit dem zweiten Umbruch vom 9. November, also der plötzlichen Maueröffnung, die derart überstürzt passierte, dass sie damals unabsehbare Folgen hatte, die wir also nun heute präsentiert bekommen. Da hatten wir uns das natürlich anders vorgestellt[15]. Wir sind nicht gegen die Öffnung der Grenzen gewesen, im Gegenteil. Wir haben sie immer wieder jahrelang gefordert, aber die Art und Weise, in der sie geschah, hat ja förmlich das herausgefordert, was jetzt passiert, nämlich die massive Einmischung der Parteien der Bundesrepublik in unseren Wahlkampf. Es ist jetzt schon so, dass die freien Wahlen schon fast wieder in Anführungsstriche gesetzt werden müssen. Das hatten wir uns natürlich anders vorgestellt, wir hatten gedacht, es gibt freie, demokratische Wahlen, wo tatsächlich diejenigen zur Wahl stehen, die in diesem Lande politisch wirkten und wirken.

I: Wovon träumen Sie?

G.P.: Ich träume von einer Welt ohne Waffen und von einer Welt ohne Grenzen. Ich möchte ohnehin nicht, dass die derzeitige Politik, die so einseitig auf deutsche Probleme fixiert ist, weiter so dominiert. Gerade in unserem Programm der Initiative Frieden und Menschenrechte haben wir immer sehr den internationalen Aspekt betont, den Aspekt der Abrüstung, der totalen Entmilitarisierung. Der Überwindung der europäischen Teilung als einer Grundvoraussetzung dafür, dass wir dann mit den globalen Problemen fertig werden können wie den Umweltproblemen oder den Problemen der Dritten Welt. Dieser Traum bleibt natürlich bestehen, und wir haben jetzt gewissermaßen bessere Voraussetzungen dafür, unseren Zielen näher zu kommen, als wir sie vorher hatten. Aber wir sind andererseits vielleicht auch durch diese Dominanz der deutsch-deutschen Probleme im Moment wieder

etwas zurückgeworfen, weil für viele in unserem Lande dieser globale oder auch europäische Aspekt aus dem Blickfeld geraten ist und zur Zeit eben die meisten Menschen sich nur um die Fragen der deutschen Einheit und der D-Mark kümmern.

[1] Gemeint ist der Korb 3 der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) G.P. 15.9.2011

[2] Manfred (genannt „Ibrahim") Böhme war langjähriger inoffizieller Mitarbeiter des MfS, was wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht wussten. G.P. 15.9.2011

[3] Inzwischen sind sich die Historiker weitgehend einig in ihrer Feststellung, dass es sich um eine Revolution handelte. Der Begriff „Wende" hat sich zwar im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt, ist aber fragwürdig, weil er seinerzeit durch den Honecker-Nachfolger Krenz im Sinne der Machterhaltung der SED geprägt wurde. G.P. 15.9.2011

[4] Die damalige Skepsis rührte daher, dass wir uns für die neuen Bürgerbewegungen eine deutlich größere Rolle gewünscht haben als sie sie dann erhielten. Andererseits sind jedoch die wichtigsten Ziele der DDR-Opposition erreicht worden: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte. G.P. 15.9.2011

[5] Der Zentrale Runde Tisch tagte insgesamt 16 mal. Die erste Sitzung fand am 7. Dezember 1989 statt, die letzte am 12. März 1990. Inzwischen war der Wahltermin auf den 18. März vorgezogen worden. Daher konnte zur letzten Sitzung des Runden Tisches nur ein Teil des Verfassungsentwurfs vorgestellt werden. Die Arbeitsgruppe erhielt mit großer Mehrheit den Auftrag, den Entwurf fertigzustellen und der dann frei gewählten Volkskammer zur weiteren Bearbeitung zu übergeben. Das ist Anfang April 1990 geschehen, jedoch hat es die Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt, sich überhaupt mit dem Verfassungsentwurf zu befassen. G.P. 15.9.2011

[6] Gemeint sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Zivilpakt und der Sozialpakt der Vereinten Nationen, die KSZE-Schlussakte von Helsinki und Beschlüsse der KSZE-Nachfolgekonferenzen sowie die UN-Kinderrechtskonvention. G.P. 15.9.2011

[7] Genau war es formuliert als „Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung" G.P. 15.9.2011

[8] Der Begriff „Anschluss" wurde während des Wahlkampfes benutzt. Die Bürgerbewegungen lehnten den Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes ab und forderten stattdessen ein Vorgehen nach Artikel 146 (in der 1989 gültigen Fassung). Gleichwohl enthält der Verfassungsentwurf, den die Arbeitsgruppe des Runden Tisches der Volkskammer übergeben hat, bereits Übergangsregelungen für den Fall des Beitritts nach Artikel 23. G.P. 15.9.2011

[9] Die IFM errang als Wahlliste „Bündnis 90" gemeinsam mit Demokratie Jetzt und Teilen des Neuen Forums Mandate in der Volkskammer und Ende 1990 auch im Bundestag. Das war möglich, weil zu diesen beiden Wahlen nicht nur Parteien, sondern auch Listenverbindungen zugelassen wurden. Erst 1991 erfolgte die Gründung der Partei „Bündnis 90" und erst 1993 erfolgte die Parteienfusion „Bündnis 90 / Die Grünen". Einzelne Gruppen außerhalb von Berlin haben noch weiterhin außerparlamentarische Arbeit als „Initiative Frieden und Menschenrechte" geleistet.
G.P. 15.9.2011

[10] Insbesondere gilt das für die Zeit des Prager Frühlings 1968 und wohl auch noch für die 1970er Jahre. Allerdings war der Sozialismus-Begriff so stark durch die SED-Herrschaft entwertet, dass wir ihn in den Schlüsseltexten der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (vom 10.12.1987 und vom 11.03.1989) und auch danach nicht mehr verwendet haben - im Unterschied zu anderen Bürgerbewegungen und insbesondere zur SDP/SPD. Diese Passage im Interview ist wohl vor allem so zu erklären, dass wir unmittelbar vor den Wahlen solche Begriffe nicht ohne weiteres den konkurrierenden Parteien überlassen wollten. G.P. 15.9.2011

[11] Ulrike Poppe, war von 1978-1997 mit Gerd Poppe verheiratet. G.P. 15.9.2011

[12] Nein, diese Aussage ist unzutreffend und nur erklärbar durch die menschenverachtende Dimension der Stasiakten, von denen uns erste Exemplare vorlagen. Das MfS war zu keinem Zeitpunkt „Staat im Staate“, sondern immer ein ausführendes Organ der SED-Führung. Das war auf umfassende Weise erkennbar, nachdem 1992 die Akteneinsicht möglich wurde. G.P. 15.9.2011

[13] Wir hatten keine Vorstellung von der Dynamik der weiteren Ereignisse. Wir waren für die deutsche Einheit, rechneten aber mit einem deutlich längerem Zeitraum bis zu ihrer Herstellung. Damit unterschieden wir uns zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht wesentlich von den anderen politischen Akteuren. Das Thema der Blockfreiheit war schon jahrelang thematisiert worden und schien damals immer noch aktuell zu sein, weil sich kaum jemand vorstellen konnte, dass Gorbatschow der NATO-Zugehörigkeit des wiedervereinigten Deutschland zustimmt. G.P. 15.9.2011

[14] Das war einer der essentiellen außenpolitischen Forderungen auf DDR-Seite, da gab es eine weitgehende Übereinstimmung aller politischen Akteure, der sich auch Bundeskanzler Kohl beugen musste. G.P. 15.9.2011

[15] Um nicht missverstanden zu werden: Ich war glücklich über den Fall der Mauer. Nach 28 Jahren konnte ich erstmals wieder jenen Teil der Welt betreten. Was in dieser Passage zum Ausdruck kommt, ist die Frustration hinsichtlich des Verlaufs des Wahlkampfes, in welchem die Blockparteien, aber auch die Neugründungen SDP/SPD, DA usw. ihre bundesdeutschen Wahlkampfredner (Kohl, Brandt, Genscher usw.) präsentierten, während die Bürgerbewegungen des Herbstes ohne vergleichbare Partner und ohne die erforderliche Logistik sowie ohne die notwendigen finanziellen Ressourcen chancenlos waren. Vier Tage nach diesem Interview stand das Wahlergebnis fest: Bündnis 90 erhielt 2,9%, die Ost-Grünen 2,0%, zusammen waren das 20 Mandate von 400 in der Volkskammer. G.P. 15.9.2011

FRIEDRICH SCHORLEMMER, Wittenberg, 6. März 1990

„Ich möchte noch Gedichte lesen können…"

I: Herr Schorlemmer, Sie sind in diesem Land als ein Mann der Kirche und der Politik bekannt geworden, der die Kraft der Vernunft der Straße zu schätzen wusste. Kam für Sie der Aufbruch in der DDR im Herbst 1989 überraschend?

F.S.: Nein, er kam nicht überraschend, weil wir schon seit dem Frühjahr der Meinung waren, er müsse jetzt endlich kommen. Und wir waren bereit, dafür auch alle Konsequenzen auf uns zu nehmen. Wir haben Mitte August 1989 den Demokratischen Aufbruch gegründet, als eine Vereinigung, die eben diesen Aufbruch, der dann viel schneller kam und viel stärker kam als wir dachten, zu organisieren. Das heißt, den verschiedenen Einzelstimmen eine gemeinsame Stimme zu geben.

I: Wie schätzen Sie die Rolle der Kirche in diesem Prozess ein? Ist die Kirche politischer geworden?

F.S.: Man kann, glaube ich, nicht sagen, die Kirche, so wie man auch früher schon nicht sagen konnte, die Partei. Die Kirche, die evangelische Kirche, ist kein monolithischer Block, nie gewesen. Das zeichnet sie auch gegenüber der katholischen Kirche etwa aus. Es gab bei uns immer Leute, die etwas dagegen hatten, dass Kirche sich in Politik einmischt und es gab immer Leute, die meinten, dass wir, auch wenn wir nicht politisch sind, politisch sind. Und zu denen gehöre ich und ich war bewusst politisch und habe versucht, da so mein seelsorgerliches, meine seelsorgerliche Aufgabe, meine Verkündigungsaufgabe und meine staatsbürgerliche Aufgabe zusammen zu sehen und nicht nebeneinander.

I: Am Anfang gehörte Ihre Sympathie dem Demokratischen Aufbruch. Jetzt gehören Sie der SPD an. Was bewog Sie dazu, die Parteien zu wechseln?

F.S.: Zunächst einmal gehören meine Sympathien immer noch dem Demokratischen Aufbruch in der DDR, aber nicht der Institution. Das hat zwei Gründe. Der erste Grund ist, was zusammengehört, soll auch zusammen wirken. Und wir sehen in diesen Tagen ja, dass es die deutsche Rechte immer leichter hat, sich zu einigen und das einigende Band scheint das Geld zu sein. Während es die Linken immer schwerer haben, weil, würde ich sagen, der Kopf spaltet sich leichter in zu viele

wichtige Gedanken und die Einigungsfähigkeit der Linken ist geringer, weil sie das einigende Band des Geldes nicht haben, weshalb dann manche kommunistische Parteien vor allen Dingen als das einigende Band die Machtfrage ansahen. Also, ich bin aber der Meinung, die, das was zusammen gehört, soll auch zusammen wirken und sich zusammen schließen und es muss den linken Kompromiss geben, damit es eine linke Politik geben kann. Und aus diesem Grunde war es gar nicht einzusehen, warum es den demokratischen Aufbruch neben der SDP gab. Wir wollten nur damals eben nicht in das Parteienspektrum der Bundesrepublik und schon gar nicht des neunzehnten Jahrhunderts einwandern, sondern was eigenes tun, also in einer Partei die Fragen, die uns am Ende des Jahrtausends bewegen, zusammen verhandeln. Das ist nicht mehr möglich gewesen in dem Maße, wie der Sog aus der Bundesrepublik zu uns kam und wie der Demokratische Aufbruch sich veränderte, die Prioritäten veränderte. Aus demokratisch wurde deutsch, also als Priorität. Aus ökologisch wurde marktwirtschaftlich, ohne Wenn und Aber. Und aus sozial, im Demokratischen Aufbruch sozial, wurde weg mit allem Sozialismusgerede. Und zu so einer Partei gehöre ich nicht.

I: Ist es richtig, wenn ich sage, dass Sie mit dem linken Flügel aus dem Demokratischen Aufbruch ausgetreten sind?

F.S.: Ja, es gab einen linken Flügel, der sich aber noch nicht wirklich formiert hatte, wir haben ja erst die Partei gegründet am..., in Leipzig. Und da stellte sich heraus, dass es dort doch zwei Fraktionen gab, die zufälligerweise auch noch getrennt saßen. Das waren merkwürdige Zufälle, wo man klatschte. Also wer bei dem Beitrag von Norbert Blüm oder dem Generalsekretär der CSU Huber aufstand und klatschte, während ich gar keine Zeit hatte, mich zu wundern, dass die überhaupt dort auftreten, weil ich dachte, die gehörten da gar nicht hin, dass... Zwischen deren Denken und unserem Programm klaffte eben ein großer Riss. Und man kann sagen, wir sind nicht der linke Flügel, sondern wir sind eigentlich die Mitte des Demokratischen Aufbruchs gewesen, und dieser hat sich als linker Flügel herausgestellt. Und viele sind, arbeiten in keiner Organisation mehr mit, weil sie sagen, nie wieder in einer Partei, in der man sich so, will sagen, Mehrheiten beugen muss. Andere sind zu Demokratie Jetzt gegangen und ein großer Teil in die SPD.

I: Wie viele haben den Schritt mit Ihnen gemeinsam damals getan?

F.S.: Na, wir haben uns Anfang Januar getroffen, dieser linke Flügel, das waren ungefähr fünfzig Leute, und darüber beraten, was wir tun. Und es sind noch einige, die so ähnlich denken, wie ich, die wirken noch im Demokratischen Aufbruch weiter. Andere haben sich eben eine, mehr als die Hälfte der Leute, die ja wieder

andere repräsentieren, dazu entschlossen, in die SPD zu gehen. Ich habe darüber keine Statistik geführt, ich bin auch kein Organisator einer Spaltung, sondern ich wollte nur nicht, dass jeder Einzelne resigniert irgendwohin weg geht, sondern, dass wir ein Zeichen setzen auch und linke Leute einladen, in eine große Partei einzutreten, die eine Tradition hat, an die wir anknüpfen können, nämlich eine sozialdemokratische Tradition.

I: Hat Sie die rasante Entwicklung vieler Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen hin zu politischen Parteien enttäuscht?

F.S.: Ja, ich wollte eigentlich in keine Partei. Also, ich wollte immer, dass wir den Demokratischen Aufbruch als eine künftig wegfallende Vereinigung gründen - und keine Partei. Und schon Ende Oktober, als die Vereinigung sich gründete, sprach sich eine Mehrheit für eine Parteienbildung aus. An sich hatte man grade der Bildung einer Vereinigung zugestimmt. Und nun sagte die Mehrheit: Wir wollen eine Partei werden. Tja, enttäuscht hat mich daran nur, dass wir die Erfahrungen dieses Herbstes, nämlich die, wirklich die breite Politisierung des Volkes, nicht werden hinüber retten können in unsere neue Demokratie, sondern einfach einwandern in die parlamentarische Demokratie - mit all ihren Vorteilen, also ihrer relativen Stabilität, aber auch mit all ihren Nachteilen, dass die Bürger also alle vier Jahre in einen Wahlkampf gestürzt werden.

I: Welche Chancen sehen Sie für den Fortbestand basisdemokratischer Initiativen in der heutigen Parteienlandschaft?

F.S.: Ich sehe so viele Chancen, wie wir ihnen geben und hoffe dass, sagen..., wir da nicht zuschauen, sondern weiter mitmachen. Dass es also so Gruppen gibt, die sensibel sind für auftretende Probleme, denen sich die Parteien nicht ausreichend und nicht schnell genug widmen. Ich denke, wir werden noch mit vielen, schwerwiegenden Problemen in den nächsten zehn Jahren zu tun haben und brauchen dazu eigentlich ein Volk, dass weiß, dass es ums Überleben geht in vielen Fragen. Und da auch handelt und auf Bewusstsein von anderen Menschen einwirkt. Ich fürchte aber, dass nach der Herrschaft einer Partei, die Medienherrschaft über uns hereinbricht, also die geheimen Verführer. Nachdem wir sehr offen von einer Altherrenriege, um nicht zu sagen, Clique, in den gegenwärtigen Zustand der inneren und äußeren Zerstörung geführt worden sind. Aber vielleicht wird es dann, werden wir etwas glitzernder in den Abgrund fahren.

I: Mit welchem begrifflichen Instrumentarium versuchen Sie rückblickend die Ereignisse der letzten Monate und Wochen zu erfassen? War es eine Wende, eine

Revolution, eine Revolte, wie bewerten Sie die Ereignisse?

F.S.: Also, mit dem Wort Wende habe ich ganz große Schwierigkeiten, weil diesen Begriff schon der jetzige Bundeskanzler, also ich denke, das, würde ich sagen, größte gegenwärtig lebende europäische Sicherheitsrisiko, Bundeskanzler Kohl, geprägt hat, als die sozialliberale Koalition abgelöst wurde. Da hieß das auch noch geistig-moralische Wende, man erinnere sich nur an die bald darauf folgende Wörner-Affäre. Nun, mit dem Begriff Wende habe ich große Schwierigkeiten, Wende, wohin? Ich denke, viele Masken sind abgefallen, insofern könnte ich sagen, es ist einerseits ein Zusammenbruch, auch ein schmerzlicher, in dem stehen wir noch. Es ist mehr ein Zusammenbruch als eine Revolution, denn diese Revolution, denke ich auch diese gewaltfreie Revolution, die war es denn doch auch und das Aufbrechen der Lust an der Demokratie, der Lust auch an einem Stückchen Anarchie, auf jeden Fall an unmittelbarer Mitwirkung an unseren ureigensten Interessen. Es war ein schöner Traum von einer sanften Revolution, die die Deutschen einmal in der Geschichte zusammen zustande gebracht haben. Und es wird am 18. März und danach noch entschieden werden, ob es eine Restauration wird, oder ob wir die Erfahrung dieser vierzig Jahre, auch die negativen, in ein neues Deutschland einbringen können, statt nur einfach eingekauft zu werden oder uns kaufen zu lassen oder statt uns nur anzugliedern. Ich hoffe, dass die gewählte Regierung klar macht, dass wir auch ein eigenes Subjekt sind, diese sechzehn Millionen, nicht nur Konkursmasse, sondern Menschen, die sicher materiell nicht viel einzubringen haben, aber immerhin das Training des aufrechten Gangs, mit allen Niederlagen, aber das Training des aufrechten Gangs unter doch ziemlich schwierigen Bedingungen, das haben wir den Bundesbürgern voraus. Also, das sage ich mal, auch wenn es etwas arrogant wirken mag. Ich glaube, die Bundesbürger, wenn sie mit diesen Herrschaften hier zu tun hätten, ob sie in ihrer Masse so stabil gewesen wären, jedenfalls bestimmt nicht mutiger als wir.

I: Welche Ereignisse haben das Tempo und den Charakter der Politik seit September '89 besonders geprägt beziehungsweise auch verändert?

F.S.: Na, das ist schon fast eine rhetorische Frage. Der unselige 9. November hat also uns die Kraft genommen, uns um unsere eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Und ich habe den Eindruck, dass dieser Tag, so sehr ich auch froh bin darüber, dass er geschehen ist, er kam zu spät. Und als zu spät ja dann auch noch zu schnell. Aber diese Regierung hatte auch keine andere Wahl, denn wir konnten unsere Flüchtlinge nicht weiter über Warschau und Prag und Budapest aus dem Lande lassen. Das ging nicht weiter. Ich muss sagen, es ist das historische Verdienst, von Egon Krenz, sie geöffnet zu haben. Aber das ist gleichzeitig die

letzte Rache der DDR, die letzte Rache der SED an uns, habe ich den Eindruck. Das ist das Eine. Damit hängt zusammen, dass viele Bürger, die das erste Mal reisen durften, denke ich auch Leute, die das Land hier innerlich getragen haben, plötzlich gesehen haben, das da drüben sind keine Potemkinschen Dörfer, sondern die Welt sieht wirklich so aus, wie sie im Fernsehen gezeigt wird. Dabei denke ich, haben sich viele auch blenden lassen. Aber alle haben gedacht, nein, wir sind ja belogen worden, beim Feind sieht es also... Da liegen nicht die Leute auf der Straße, über die man stolpert, die Arbeitslosen und so weiter, sondern die haben einen relativ hohen Volkswohlstand erreicht. Und haben dann plötzlich alles vergessen, was sie hier auch in der Marxschen Analyse gelernt haben, wie so ein Wohlstand auch zustande kommt, auf wessen Kosten auch. Und viele werden sich noch wundern, mit wie viel Stress sie werden leben müssen. Sie werden zwar auch eine gute Mark verdienen und sich was dafür kaufen können oder soll ich sagen, auch Luxusgüter dafür kaufen können, aber das ist auch kein jungfräulicher Reichtum in der Bundesrepublik. Das ist so der eine Grund, also das mit dem 9. November. Das zweite war, dass erst ab Mitte November richtig deutlich wurde, was dieses System hier gekennzeichnet hat und was sie uns zugemutet haben. Das ausgerechnet nach dem Bekanntwerden des totalen Überwachungsstaates der Erich Mielke uns auch noch versichert, dass er uns alle lieb hat, also, so viel Zynismus. Oder das Schalck-Golodkowski Waffen in Krisengebiete verscherbelt hat. Also, dies hat, ich hatte immer die DDR in bestimmten Punkten in Schutz genommen. Man kann vieles über uns sagen, aber das tun wir nicht. Und das hat auch noch die Staatssicherheit gedeckt. Ich denke, die Staatssicherheit war dazu da, nicht etwa Verbrechen zu verhindern, sondern Verbrechen zu decken. Und dies hat dazu geführt, dass viele Menschen sagten, nee, Schluss, nichts mehr davon, und sie sehen das Heil nur noch in einem Buchstaben, in einem großen „D".

I: Die Revolution entlässt jetzt ihre Väter, die Intellektuellen haben gegenwärtig keine Chance. Das ist ein original Schorlemmer-Zitat. Wer waren diese Väter?

F.S.: Na und Mütter. Also vielleicht eine unserer großen Mütter ist, denke ich, Christa Wolf. Und also in einer Reihe von Schriftstellern ihrer aufrechten, demokratischen, immer auch an den, am Begriff der Verantwortung und auch der sozialen Verantwortung orientierten Menschen, Schriftsteller waren es. Es waren auch Robert Havemann. Es war das Denken, das dann mit dem Denken von Michail Gorbatschow verbunden war. Da kann man nicht sagen Väter, aber das hat ja in einer, in einer Welt sich aufeinander bezogen. Also, ich denke, dass man gar nicht absehen kann davon, dass auch ausländische Einflüsse hier eine Rolle spielten, also etwa das neue sicherheitspolitische Denken, das mit dem Stichwort Sicherheitspartnerschaft verbunden war. Um deutlich zu machen die alten, die

alten Rivalitäten zwischen Ost und West stimmen so nicht mehr, wir haben ganz andere Probleme, denen wir uns zuwenden sollen. Ja, zu den Vätern gehören, denke ich auch eine ganze Reihe von Leuten in Basisgruppen. Dazu gehört sicher auch Rudolf Bahro mit seinem Buch von '78, dazu gehören auch einige Theologen.

I: Die Führer der heutigen politischen Szene sind vor allem Rechtsanwälte, Pfarrer, Wissenschaftler. Ist das die neue politische Elite, die die, die den alten Führungstyp, Funktionärstyp, ablösen sollen oder wollen?

F.S.: Ja, ich hoffe zunächst einmal, dass sie nicht zur Elite werden. Zweitens, dass sie nicht zu schnell verbonzen. Also, alle die Gefahren kennen wir und wir werden ihnen nicht ganz entrinnen können. Ich hoffe auch, dass die, die jetzt das Sagen haben jetzt nicht zu neuen Vormündern werden, sondern zu Leuten, die anderen helfen ihren Mund aufzumachen, mündig zu werden und die Geschicke des Volkes in die Hand zu nehmen. Ich sehe das durchaus als einen sehr problematischen Vorgang an, dass diese Berufsgruppen gegenwärtig dominieren. Das sollte nur vorübergehend so sein. Und ich bin da ganz zuversichtlich eigentlich, weil ich gesehen habe, wie viele sprachfähige Menschen es überall gibt. Was ich auf Demonstrationen hier erlebt habe, das hätte ich Bertolt Brecht gewünscht zu erleben. Wie, was für ein großartiges Volk das hier auch ist. Und die sind jetzt wieder ein bisschen zurückgedrängt, weil sie, weil sie nicht in das politische Geschäft hinein wollen oder sich nicht, das nicht zutrauen. Also, ich kenne Bäckermeister und Eisverkäufer und einen Kranbauer und eine Angestellte hier in der Post, die könnten das schon gut machen und würden dann wirklich zu einer Demokratie uns helfen. Wenn nicht die jetzigen Bosse der einzelnen Gruppierungen und Parteien die Plätze alle besetzen. Also, ich, ich möchte mich da jedenfalls also auch mit einmischen, dass wir das, dass wir das erreichen, dass die Klugheit, die Klugheit des Volkes, muss sagen nicht nur in den Lehrbüchern wieder steht, so dass das Volk eigentlich regiert, sondern dass das auch realisiert wird.

I: Wie offen sollte Politik sein, damit nicht neue Machtmonopole entstehen, die an wenige Berufsgruppen oder gar an wenige Leute gebunden sind?

F.S.: Na, so offen wie nur irgend möglich, denke ich. Und von vornherein müssen wir Kontrollmechanismen auf allen Ebenen haben. Wie ich jetzt höre, wollen auch jetzt schon neue Parteiführer für sich das Privileg haben, schneller auf der Autobahn fahren zu dürfen. Das halte ich für keinen guten Stil und dass das offen gelegt wird, finde ich ganz richtig. Das also auch ein Mann der Volkspolizei, der zu den normalen Exekutivorganen einer zukünftig demokratisch gewählten Regierung gehört, sich dazu auch äußern können. Bitte schön keine neuen Privilegien. Aber

auch, denke ich, sollten wir anerkennen, wie stark sich gegenwärtig einige Leute ins Zeug legen, ganz über ihre Kraft und eigentlich auch wissen, dass sie überfordert sind und es dennoch tun und in Lücken springen. Und ich wünsche mir eigentlich, dass, dass es in der Politik einen Wechsel gibt, einen beständigen Wechsel und Politik nicht zum Beruf wird. Auch nicht zu einer zu schnellen Rotation. Aber auch so, dass jemand wieder aus der Politik austreten kann, ohne dass er rausgeworfen wird, also nach einer Affäre oder so, sondern dass es ganz normal wird. Dazu müssten wir auch Rechtsinstrumente schaffen, dass jemand in seinen normalen Beruf auch wieder zurück kann. Also, ich halte es für möglich, dass ein Arzt zum Beispiel für ein paar Jahre in die Politik geht, aber dann muss er auch wieder Arzt werden können dürfen.

I: Ich möchte noch einmal an das Bild von der Revolution und den Vätern anknüpfen. Frisst die Revolution jetzt auch ihre Kinder? Wenn man an die zurückgehende Popularität ganz bestimmter politischer Basisgruppen zum Beispiel denkt.

F.S.: Ja, das Bild ist bisschen schwierig mit „frisst", weil das ja zu tun hat mit der Vernichtung der Revolutionäre durch Stalin, daher kommt das ja, das ist ja das, so aus dem Buch von Leonhard, „Die Revolution entlässt ihre Kinder". Daraus wurde „...frisst ihre Kinder". Also Stalin hat die Revolutionäre aufgefressen. Ich denke, das tut das Volk gegenwärtig auch nicht und das tut auch die neue demokratische Regierung nicht. Aber, die Mehrheit scheint gegenwärtig die Revolution an den Wohlstand zu verraten. Das heißt, Marx hat wieder recht, die Ökonomie ist das erste und man könnte auch sagen, und, und der Konsum. Und die Revolution war eigentlich von den Revolutionären oder, wenn man so will, die, die die basisdemokratischen Gruppierungen repräsentiert haben, hatte ethische Impulse und nicht zuerst Markt- und Konsumimpulse, sondern hatte ethische Impulse und wird dabei bleiben. Und ich hoffe, dass uns in der großen Mehrheit noch bald bewusst wird, dass wir auf sie hören sollten.

I: Sie sind Mitglied der Bildungskommission der SPD. Wofür engagieren Sie sich bei der Reformierung unseres Bildungswesens besonders? Wo liegt für sie der Knackpunkt oder der gordische Knoten auf dem Weg zu einer spürbar besseren Bildung und Erziehung?

F.S.: Ich kann da nur zwei Dinge zunächst einmal sagen. Das erste ist: Lernen ist ein Prozess, nicht von oben nach unten, sondern Lernen ist immer ein Prozess, in dem der Lehrende genauso lernt. Also das, meine ich, wäre die Demokratisierung des Lernens. Wobei es klar ist, dass es auch um Wissensvermittlung geht dabei, also dass ein Physiklehrer sicher mehr wissen muss, als der in der zwölften Klasse.

Aber das Lernen ein Prozess ist, der sich nicht nur auf Gegenstände bezieht, sondern auch immer etwas mit Menschen zu tun hat, die voneinander etwas lernen und lernen, wie man mit dieser Welt jetzt umgehen muss. Ich denke, dass wir ein stärker ganzheitliches Lernen entwickeln müssen. Also, zum Beispiel, dass wir in einer Kulturwendezeit leben und wir, wenn wir sie nicht vollziehen, keine Zukunft mehr haben. Also, zum Beispiel aufhören, die Natur zu beherrschen, wir müssen mit ihr zusammen wieder leben lernen. Und das hat Konsequenzen. Und das andere ist, ich denke, dass das Stichwort Bildung eine Rolle spielt, eine Bildung, die was mit dem, auch mit dem Gemüt zu tun hat, dass der Mensch, will sagen seine innere Welt stärker entfalten lernt. Und den anderen Menschen, ja muss ich sagen, ganz wie bei Marx auch als einen Reichtum erfährt und nicht nur Reichtümer anhäuft. Die Reichtümer machen uns innerlich und machen unsere Welt kaputt, die Reichtümer, um die wir uns bisher gekümmert haben, beim, beim Ausbeuten der Natur. Also, ich denke, es soll kein Mensch den anderen Menschen mehr ausbeuten, kein Mensch sich selber ausbeuten, aber es muss auch die Ausbeutung der Natur durch den Menschen beendet werden. Und das sind, denke ich, wenn man so will mal strategische Ziele einer neuen Bildung. Also, sie muss auch grün sein, die Bildung, wenn ich mal so sagen soll.

I: Wie sollte sich künftig das Verhältnis von Kirche und Schule gestalten?

F.S.: Das ist eine schwierige Sache, ich denke, dass wir mit der Trennung ganz gut gelebt haben und das sollte weiter so bleiben. Denn wir können nicht fordern, dass die Jugendweihe aus der Schule kommt und wir dann den Religionsunterricht wieder rein haben wollen. Aber es wird wohl nötig sein in einer multikulturellen Welt, dass es Unterrichtsfächer gibt, die das abdecken, was man früher Religion nannte. Also, wer kann denn verstehen, was zwischen Aserbaidschan und Armenien passiert, wenn er nicht über den Islam und das Denken der Menschen im Islam und dem von Christen wirklich genau Bescheid weiß. Also, ich denke, dass es so ein Fach Religionskunde oder Weltanschauungskunde, nicht im Sinne einer Indoktrination, sondern im Sinne von Wissen und Verstehenlernen, geben muss. Aber ansonsten, denke ich, zwischen Schule und Kirche ein partnerschaftliches Verhältnis, aber weiterhin denke ich, strikte Trennung von Kirche und Schule.

I: Wirklicher Aufbruch heißt auch Aufarbeitung von Geschichte. Warum tun wir uns mit ehrlicher Trauerarbeit eigentlich so schwer?

F.S.: Das würde ich auch gern wissen. Aber es ist vielleicht ein deutsches Schicksal. Wir haben die Trauerarbeit '45 im Osten und Westen nicht ausreichend vollzogen. Wir haben uns im Westen den Amerikanern als Siegern angeschlossen. Wir waren

dann schon die Sieger, stürzten dann in den Kalten Krieg in Ost und West. Und hier gehörten wir auch zu den Siegern der Geschichte. Man hatte ja manchmal wirklich den Eindruck, bis ‘85, da kamen neue Töne auf, als ob das Volk der DDR mit zu den Siegern der Geschichte gehört und die Nazis, das waren die, die drüben sind, oder die, die tot sind. Wir haben also diese Aufarbeitung nicht wirklich vollzogen. Und weigern uns gegenwärtig wieder, indem wir einfach eine schnelle Vereinigung mit dem Erfolgreichen vollziehen und uns unserer Niederlage nicht genügend stellen. Aber dazu bin ich auch Pfarrer, Menschen dazu zu helfen, auch mir zu helfen, mit anderen zusammen, das aufzuarbeiten. Denn ohne solche Aufarbeitung wiederholt sich Geschichte wieder. Und das wäre schlimm. Also, dass zum Beispiel gegenwärtig manche Leute sich nicht daran erinnern wollen, was wir den Menschen in Osteuropa angetan haben. Wir Deutschen scheinen uns immer an die Leiden besonders zu erinnern, die wir erlitten haben, weniger an die, die wir zugefügt haben. Aber auch hier denke ich nicht schicksalhaft, ich stelle das nur fest, dass wir Deutschen das so tun und habe deshalb auch eine ganz große Hochachtung vor den östlichen Völkern. Wenn ich sehe, wie die Leute aus Leningrad mit uns Deutschen umgehen. Wie Leute, die in Gdansk wohnen oder in Lublin, dann habe ich einen ganz tiefen Respekt vor diesen Menschen, solche Eigenschaften haben wir nicht, wirklich auch Unverzeihliches zu verzeihen.

I: Die Deutschen sind bekannt für ihr Utopiendefizit. Sie wollen das wirklich Machbare immer gleich, koste es was es wolle. Wie sieht Ihr Gesellschaftsideal aus?

F.S.: Ja, ich denke, wir haben auch manchmal Träume, die gefährlich werden. Also, großdeutsche Träume zum Beispiel, das, das hat man als machbare dann militärisch übersetzen wollen. Wir haben schon auch schlimme Utopien gehabt. Aber auch große Utopien, denke ich, Ernst Bloch ist ja ein deutscher Denker. Wie sehen meine aus? Kann ich gegenwärtig schwer eine Antwort geben. Ich stelle mir aber doch vor, dass diese tüchtige Kulturnation mitten in Europa sich so entwickelt, dass die anderen sich an ihr freuen können und nie wieder Angst vor uns zu haben brauchen. Dass wir unser Vaterland lieben, es aber nicht im Unterschied zu anderen oder im Abstand zu anderen lieben, also nicht aus der Überlegenheit, sondern aus einer wirklich gewonnenen positiven Identität heraus. Das ist ein realer Traum, denke ich immer noch, in diesem sehr zwiespältigen Volk der Deutschen, zu dem ich gehöre. Also, den Zwiespalt habe ich doch sicher auch in mir. Also, ich will mich da auch nicht erheben.

I: Sie haben erklärt, dass Sie nach dem 18. März nicht beabsichtigen, in die Politik hinüber zu wechseln. Sie wollen Pfarrer bleiben. Warum?

F.S.: Das hat viele Gründe. Ein Grund ist, dass ich eine zu dünne Haut habe, um im Machtgerangel wirklich bestehen zu können. Ich ärgere mich zu schnell. Außerdem bin ich ein Mensch, der offensichtlich Menschen leicht polarisiert, also die einen finden, dass es ganz gut ist, was ich mache. Und es wird auch manchmal ein bisschen lästig, Anhänger zu haben. Und die anderen lehnen das so stark ab, dass sie versuchen, mich zu verletzen und wissen, dass ich sehr verletzlich bin. Da kann ich, denke ich, nicht mehr glücklich leben. Also, denke ich, Politik würde mich von mir selbst entfremden. Ich möchte noch Gedichte lesen können. Und der zweite Grund ist, ich möchte nicht weiter so in die Öffentlichkeit kommen, wie das schon gegenwärtig ist. Ich möchte ein Privatleben behalten. Und das sind so die beiden Gründe. Und der dritte Grund ist ein positiver Grund, ich bin gern Pfarrer. Und brauche dort nicht zu polarisieren, sondern will immer, und konnte versuchen Probleme in, auch in der Tiefe ein bisschen zu durchloten und Menschen zum Nachdenken und zur Einsicht zu bringen, und ihnen Hoffnung zu zu sprechen, die nicht von mir ist und nicht durch meine Partei gegeben wird, sondern eine Hoffnung, die von weiter her kommt.

I: Halten Sie sich dennoch zukünftig für die Politik bereit? Sind Sie ein Mann der zweiten Stunde?

F.S.: Ich weiß nicht, der zweiten Stunde? Ich bin, ich werde mich nicht aus der Politik raus lassen, das geht gar nicht, schon dadurch, dass viele Leute sich an mich wenden. Ich werde weiterhin Vorträge halten und werde wahrscheinlich in der Bildungsarbeit auch der SPD was mit tun, was ich für dringend notwendig halte.

I: Ein Slogan lautet heute: „Neue Köpfe braucht das Land". Braucht die Kirche auch neue Pfarrer? Muss sich auch das Selbstverständnis der Kirche nach den Ereignissen in der DDR erneuern?

F.S.: Unsere Aufgaben nehmen nicht ab, sondern zu. In dem Maße, wie Menschen nicht mit sich und diesen Entwicklungen, also diesen Eruptionen zurechtkommen. Also, ich sehe so viel Aggressivität, so viel Depressivität und damit verbunden auch so viel, ja wie sagt man, also, Suizidalität, sagt man, sagen die Fachleute, also Neigung, seinem Leben ein Ende zu machen, oder bei Jugendlichen auch so viel zerstörerischen Nihilismus, dass die Aufgabe der Kirche geradezu anwächst, denke ich, Menschen zu dem zu helfen, was wir den inneren Frieden nennen, damit auch der äußere Friede möglich ist. Und die Bedingungen für den äußeren Frieden so zu gestalten, dass auch der innere Frieden wiedergewonnen wird, zum Beispiel bei den jungen Menschen heute und bei den Alten.

I: Ich möchte Ihnen jetzt noch diese kurzen Standardfragen stellen. Welche Vorstellungen hatten sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

F.S.: ja, ich habe das ja, als ich noch der Staatsfeind Nummer 2 war, gesagt, ich möchte nicht eine neue DDR, sondern eine erneuerte DDR. Ich wollte gern, dass wir an dem Stichwort Umgestaltung hier basteln. Und mit den anderen europäischen Staaten zusammen zu einem großen Europa zusammenwachsen. Wobei die besondere Beziehung zwischen unseren beiden Staaten auch Berücksichtigung finden sollten. Aber ich war nicht besonders scharf auf eine völlige staatliche Vereinigung. Sondern an einer echten förderlichen Konkurrenz um eine sozial verträgliche, ökologisch verträgliche und friedensfördernde deutsche Republik. Da hätte ich mir einen echten, eine echte Konkurrenz vorgestellt. Nun, das müssen wir jetzt innerhalb des gemeinsamen Deutschlands machen, da bin ich auch ganz zuversichtlich, dass wir da eine Menge einzubringen haben. Wenn wir nicht alles vergessen, was wir hier gelernt haben. Leider ist es jetzt so, dass die Kommunisten so viel gelogen haben, dass manche nicht einmal mehr das glauben, was daran wahr war. Zu denen zähle ich mich nicht.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Aufbruch in der DDR?

F.S.: Na, darin, dass die Widersprüche so angewachsen sind, das ist gut marxistisch, dass es also zu einem Sprung kommen musste, zu einem Sprung. Ich denke, dass das, dass da ein Widerspruch darin besteht, dass der Aufbruch gerade durch die gekommen ist, die ihn nicht gemacht haben, nämlich die, die weggegangen sind. Ich denke, es war dann plötzlich alles so egal, wenn, wenn die alle weggehen, bricht hier alles zusammen. Wir können aber doch nicht alle weggehen, weil dann noch mehr zusammenbricht. Also, ich denke, dieser, dieser Widerspruch war es und ich denke, es war eine ganz tiefe Beleidigung, die in Wut umschlug, als man regierungsamtlich verkünden ließ, man solle denen, die da weggehen keine Träne nachweinen. Also, wenn jemand auch noch das Weinen verboten werden soll, dann ist wirklich Schluss. Ich glaube, dass das ein ganz tiefer Grund ist, neben allem, will sagen ökonomischen und anderen Problemen, ist das, denke ich, ein ganz tiefer Grund. Und ich denke, also, es war auch ein Verbrechen, diese Zeile. Und sie ist, wie ich gehört habe, vom Staatsratsvorsitzenden selber eingetragen worden. Schade, für das Geschichtsbuch hätte er anders da gestanden, wenn er nach seinem glorreichen Bonnbesuch ein Rentier geworden wäre. Aber ich bin auch froh, dass es nicht so gekommen ist, dann hätten wir nämlich die ganze Stasi noch.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

F.S.: Wer? Das kann ich nicht sagen. Ich denke, es war ein Flächenbrand. Wer der entscheidende Akteur war, kann ich nicht sagen. Wir haben jedenfalls, also zum Beispiel, ich gehöre zu einem, man kann nicht sagen, es gab einen entscheidenden Akteur, nein. Also, die Kulturschaffenden haben da viel getan. Die Kirche hat eine Menge getan. Die Basisgruppen haben eine Menge getan und das Volk, das plötzlich sich seiner selbst bewusst wurde, in Leipzig. Also, doch, es war das Volk, das es gewagt hat, doch es war das Volk. In Dresden und in, in Dresden, in der Reihenfolge, in Dresden und in, in Leipzig. Und die Synode war es auch, denke ich, die sie gewagt hat, diesen Beschluss zu fassen und das Programm für eine demokratische Republik zu entwerfen. Das war am 19. September ‚89 in Eisenach, daran hab ich auch mitgewirkt, also das ist ein, eine Kraft, aber man kann nicht sagen, es gab eine Einzige.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

F.S.: Na, ganz sicher nicht. Aber Hoffnungen haben es an sich, dass sie immer größer sind, als die Erfüllung. Aber ich bin auch nicht hoffnungslos, sonst würde ich ja nicht mehr weiter mitmachen.

I: Wovon träumen Sie, nach diesem heißen Herbst?

F.S.: Von einem offenen Europa. Aber einem, dass auch nach Osten offen wird und nicht die Mauer, die ökonomische Mauer nach Polen hin gebaut wird. Ich träume davon, dass es uns gelingt, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, statt auf, darauf zu warten, dass die Europäer wieder in alten Nationalismen versinken, ob im Osten oder im Westen. Ich halte immer noch fest an der großen Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses, das aber, denke ich, ganz große, weite Tore nach Süden braucht.

PROF. DR. DIETER SEGERT, Berlin, 1. März 1990

„Nur Trümmer einer DDR-Identität…"

I: Sie gehören einer Generation an, die bereits in der DDR geboren und groß geworden ist.

D.S.: Ja, 1952.

I: Glauben Sie, dass es so etwas wie eine politische Identifikation mit diesem Staat gab oder gibt.

D.S.: Ja, ich bin im Herbst gefragt worden von einem Journalisten der Zeit, ob es so etwas gibt wie DDR-Bewusstsein. Und da habe ich eigentlich noch ohne sehr tiefe Zweifel gesagt: Ja. Ein DDR-Bewusstsein zumindest bei einer aktiven Minderheit von Bürgern, die in diesem Staate was gemacht haben, unabhängig davon, wie die jeweilige politische Situation und Orientierung der Führung war. Heute würde ich da etwas skeptischer sein. Die Gesellschaft ist öffentlicher geworden, man sieht deutlicher, was eigentlich unter der Oberfläche verborgen war und ich denke, es sind vielleicht doch eher nur Trümmer einer DDR-Identität vorhanden.

I: Sie haben gemeinsam mit Kollegen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen schon lange vor der Wende damit begonnen, Alternativen für die gesellschaftliche Entwicklung nach der Wende anzudenken. Wann wurde ihnen bewusst, dass die Politik unter Honecker zum Scheitern verurteilt ist? Mehr noch, geradezu in eine Gesellschaftskrise führt?

D.S.: Wir haben schon ziemlich lange darüber nachgedacht, welche Möglichkeiten der Erneuerung, Verbesserung des Sozialismus es gibt. Und wir haben sehr aufmerksam alle Signale einer Veränderung der Politik in der UDSSR beobachtet. Für uns war Anfang der achtziger Jahre bereits nach dem Tode Breschnews eine gewisse, ein Versuch einer Wende zu beobachten. Und wir haben nun uns angesehen, wie die DDR Führung, die SED Führung, darauf reagiert. Eigentlich war ‚85 für uns das Jahr, wo die SED hätte nachziehen müssen. Und mit jedem, mit jeder neuen Reaktion auf eine der Initiativen der KPDSU zur innenpolitischen Veränderung des Sozialismus wurde uns mehr bewusst, dass hier eine Parteiführung einen Kurs steuert, der notwendigerweise in eine Sackgasse führt. Aber eigentlich, das Bewusstsein darüber, dass es so nicht mehr weiter geht, dieses Bewusstsein ist im Herbst 1988 ganz klar geworden. Sputnik-Verbot, Verbot der Filme, 7. Tagung

des Zentralkomitees der SED. Eine Sprache, die jeden, der nachgedacht hat, aufs Tiefste beleidigte und auch gleichermaßen bedrohte, aggressiv wurde. Da war doch deutlich, dass es mit der offenen Krise nicht mehr weit war. Allerdings, dass es dann auf diese Art und Weise so schnell, so rapide abwärts ging, das haben wir nicht gewusst.

I: Das Sozialismuskonzept der Humboldt-Universität war im Herbst '89 oft im Gespräch. Hoffnung und Zweifel begleiteten diesen Streit um denkbare Zukunftsalternativen. Wie entstand dieses Projekt und wer war daran beteiligt?

D.S.: Das Sozialismusprojekt ist getragen worden zunächst von drei jüngeren Wissenschaftlern. Michael Brie hat uns dazu aufgerufen, hat uns aufgefordert, so etwas zu machen. Wir haben uns im Herbst 1987 zusammen gesetzt. Ich hatte ja schon von den gesellschaftlichen Entwicklungen berichtet, die uns..., die wir beobachtet haben. Und wir waren der Meinung, dass man ein solches Projekt braucht, um über die Zeit danach nachzudenken. Wir haben seit '87 das vorangetrieben, hatten im Herbst '88 eine Tagung, wissenschaftliche Tagung, wo wir erste Ergebnisse vorgestellt haben, eine lebhafte Diskussion hatten mit gleichgesinnten Wissenschaftlern. Jeweils zweimal etwa 25 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Und wir haben es dann im, im Frühjahr 1989, haben wir das erste mal Ergebnisse gebracht. Das ist so etwa in Kurzform die Geschichte, bis zum, bis zur praktischen Wende oder zum Zusammenbruch des bisherigen Regimes.

I: Würden Sie sagen, dass es ein Zufall war, dass an diesem....

Techniker: Noch einmal bitte.

I: Würden Sie sagen, dass es ein Zufall war, dass an diesem Projekt vornehmlich Leute beteiligt waren und sind, die jünger als diese Republik sind?

D.S.: Ich glaube, nein, obwohl das nicht ganz stimmt. Es gibt auch Einen zumindest, der dieses Projekt nicht nur gefördert hat, sondern auch das mit seinen Gedanken vorangebracht hat. Das ist Dieter Klein, der gehört ja nicht zu den Jüngeren, ist ja schon Ende 50, Prorektor im Augenblick noch an der Humboldt-Universität. Aber es sind wesentlich Jüngere. Das hat mit verschiedenen Gründen zu tun, sicher mit bestimmten, allgemeinen Entwicklungen in Wissenschaft überhaupt. Neue Ideen kommen häufig von jüngeren Menschen. Das ist auch in der Philosophie so, trotz allem, die Grundtendenz. Und dann ist es, sind es vielleicht bestimmte Generationserlebnisse, die einen verbinden. In einem bestimmten Zeitraum seiner

persönlichen Entwicklung ist man aufnahmefähig für neue Ideen, besonders aufnahmefähig und das sind so für uns Erlebnisse der Entwicklung in den siebziger Jahren in der DDR, die ja auch mit Hoffnung verbunden war, sicher auch getäuschten Hoffnungen, also Illusionen. Solche Erlebnisse wie die Ausbürgerung Biermanns und die Reaktion in der Intelligenz darauf. Oder eben die Perestroika. Also Generationserlebnisse, die uns zusammengeführt haben. Und außerdem kannten wir uns alle aus dem Studium.

I: Vor dem von der Mitgliedschaft erzwungenen außerordentlichen Parteitag der SED, so ungefähr Anfang Dezember 1989, brachten Sie und Ihre Kollegen die Idee von dem Dritten Weg ins Gespräch. Was bewog Sie dazu? Welche mögliche Entwicklungsrichtung sollte damit angezeigt werden?

D.S.: Der Dritte Weg, diese Bezeichnung haben wir gefunden in der Suche nach einer griffigen Formulierung, um in die öffentliche Diskussion zu kommen. Uns war schon bewusst geworden, dass man ja nicht nur theoretisch argumentieren muss, sondern wenn man Wirkungen im Bewusstsein von vielen Menschen erzielen will, dann muss man auch solche Formulierungen finden. Dieses, dieses Papier, mit dem wir damals versuchten an die Öffentlichkeit zu kommen, das ging zuerst nicht besonders gut, Ende November hieß: „Die Überlebensfrage der DDR: der Dritte Weg“. Der Dritte Weg heißt, ein Weg jenseits von Beherrschung der Gesellschaft durch die bürokratische Macht einer Partei, aber auch jenseits der Dominanz von Monopolverhältnissen, die ökonomisch bedingt sind, also von kapitalistischer Vorherrschaft in der Gesellschaft. Das heißt nicht, dass dieser Dritte Weg irgendwo zwischen Sozialismus und Kapitalismus sich hindurch schlängeln will. Sondern er orientiert..., wir haben darauf orientiert, oder wir sahen in dieser Vision, die Möglichkeit, die Entwicklungstendenzen des Fortschritts, die es in modernen, kapitalistischen Gesellschaften gibt, die über den, die jetzige gesellschaftliche Existenzweise des Kapitalismus hinausweisen und die Ansätze einer modernen Entwicklung, die es in den realsozialistischen Gesellschaften gab, zusammen zu fügen. Oder besser gesagt, in der Koevolution beider Gesellschaften zu einer neuen Qualität gesellschaftlicher Entwicklung zu kommen, die wir im 21. Jahrhundert brauchen, wenn wir überleben wollen.

I: Der Dritte Weg sollte also kein Mittelweg sein. Ist die Suche nach Systemalternativen überhaupt aus der Mode gekommen damit?

D.S.: Er ist ja im gewissen Sinne ei..., als eine Alternative gedacht. Nur nicht als eine Alternative, die sich selbst heraushebt, in dem es alles Bestehende für völlig nicht lebensfähig erklärt. Die Ideologie, die in unserer Gesellschaft sehr

verbreitet war, sagte ja, alles was dort, in diesen kapitalistischen Gesellschaften entwickelt, das ist eben Rückschritt, das ist Vergangenheit, das ist gegen die Interessen der Menschen gerichtet. Und dann wurde gleichzeitig behauptet, aber das, was hier existiert, das ist eben Fortschritt, das ist die Zukunft, das ist den Interessen der Menschen entsprechend. Solche Art von Alternativen sind sicher falsche Alternativen, ideologisch ausgedacht. Aber eine Tendenzwende in der Entwicklung der Gesellschaft, der Gesellschaften, überall auf dieser Erde, ist natürlich erforderlich. Das war die Idee des Dritten Weges. Also eine Alternative, aber eine, die eine, also nicht den Anspruch erhoben hat, etwas völlig Neues, noch nie Dagewesenes und überhaupt nicht im, in der gegenwärtigen Entwicklung der Welt Vorhandenes, verwirklichen zu wollen.

I: Heute hat sich die als Dritter Weg bezeichnete Alternative als eine Utopie oder Illusion erwiesen. Der reale Sozialismus ist im Begriff, auf sein Ideal zurück zu fallen. Hatte eine solche Alternative wirklich eine reale Chance? Oder war auch hier mehr der Wunsch der Vater des Gedankens?

D.S.: Darüber haben wir viel diskutiert, schon damals, als wir diese Konzeption formuliert haben. Ich glaube, dass jedes Gesellschaftsprojekt etwas Utopisches an sich hat, notwendigerweise und immer, und das man vorher eigentlich immer nicht genau weiß, was raus kommt, konkrete Utopien genauso wie leere, abstrakte. Die Frage, wo wir heute eindeutig wissen, dass etwas nicht mehr möglich ist, dass die Tür wieder zu ist, dass die Geschichte nicht mehr offen ist, der geschichtliche Raum, das ist die Frage, dass die DDR als eine eigenständige Gesellschaft eine solche Alternative nicht verwirklichen kann für uns. Und gleichzeitig sind natürlich die Bedingungen, dass eine solche Alternative auf der Grundlage der bestehenden realsozialistischen Gesellschaften sich ergibt, sehr schlecht, oder ziemlich unwahrscheinlich. In diesem Sinne ist das gescheitert. Ich denke aber, dass ein Nachdenken über Alternativen zum gegebenen Zustand unbedingt erforderlich ist, und nicht nur deswegen, damit die Menschheit nicht in der Barbarei versinkt, nicht dass die Menschen nicht nur den, den gegenwärtigen, augenblicklichen Interessen hinterherjagen. Man braucht Utopien schon deswegen, damit Menschen über sich hinauswachsen können und den Mut haben, Veränderungen zu wagen. Ich denke aber auch dass, nach wie vor, dass eine Reihe von Fragen, die wir aufgeworfen haben tatsächliche mögliche Lösungen sind der gegenwärtigen Probleme. Nur müssen wir die politischen Bedingungen, unter denen ein solches Konzept sich verwirklichen lässt, wesentlich konkreter bedenken. Und die Veränderungen, die sich gezeigt haben, deutlicher in das Konzept aufnehmen, also beispielsweise die Frage der Vereinigung Deutschlands und der daraus erwachsenden Konsequenzen für den europäischen Einigungsprozess.

I: Die Linke in der DDR ist seit Monaten so zersplittert wie noch nie. Dem politischen Normalverbraucher ist damit eine Orientierung kaum noch möglich. Wie erklären Sie sich das Zustandekommen dieser Aufspaltung? Hat ihr Sozialismusprojekt diesen Prozess wider Willen sogar befördert?

D.S.: Ja, wir... Das sind eine ganze Reihe von Fragen. Weil ich glaube tatsächlich, dass heute ja welche, die sie als links bezeichnet werden von anderen, dann von sich sagen, sie sind gar nicht links. Ich erinnere mich beispielsweise an das Entstehung, an die Entstehung des Bündnis 90, wo ein Teil des Neuen Forums erklärte, sie seien nicht gewillt, mit solchen linken Bewegungen zusammen zu gehen, und dann sich aber doch irgendwie herausstellte, dass das etwas oberflächliche, oder von diesen Kollegen selbst nicht akzeptierte Begriffe waren. Also, das ist das eine Problem. Das andere ist, dass wir ja tatsächlich als Sozialismusprojekt über eine Zeit lang, zumindest einige Mitglieder dieses Projekts praktisch gewirkt haben, und zwar in der SED am Reformprozess der SED teilgenommen haben. Ihn vielleicht auch an einigen Stellen erfolgreich vorangetrieben haben, am Vorabend des Sonderparteitags vom Dezember beispielsweise. Aber ich glaube eigentlich nicht, dass dieses Vorantreiben der Linken geschadet hat. Wenn man nicht die PDS allein als Linke bezeichnet und dann vielleicht sagt, na ihr mit eurem, mit eurer Projektemacherei und eurem Programm und eurer Zuspitzung der Probleme habt dazu beigetragen, dass diese Partei so viel Mitglieder verloren hat. Ich glaube, dass wir da nicht nur Akteure waren in diesem Prozess, wir waren auch Getriebene, wir waren nicht die einzigen Akteure. Und ich denke auch, dass eine Verkleinerung der Mitgliedszahlen nicht unbedingt, so wie sie sich jetzt vollzogen hat, nicht unbedingt der Linken in der DDR oder in diesem Teil Deutschlands schädlich sein muss. Denn es könnte ja auch sein, dass sehr viele von den Mitgliedern der SED oder PDS, die da ausgetreten sind, auch gar nicht unbedingt linke Absichten hatten. Andere sind vielleicht zu Parteien gegangen, die, in denen sie eher ihre Ansichten verkörpern, verwirklichen konnten als es früher der Fall war. Ich glaube, so pauschal kann man zumindest, könnte ich eine solche Verantwortung nicht auf mich nehmen. Vielleicht noch eine letzte Bemerkung zur Linken, was ich tatsächlich finde ist, dass es eine stärkere Einheit linker Kräfte geben müsste. Ich definiere meine politische, meinen politischen Standpunkt immer noch als links. Und ich denke, er ist im Augenblick, dieser linke Standpunkt, zu wenig in diesem Lande repräsentiert. Und das hat natürlich was damit zu tun, dass man Schwierigkeiten hat miteinander umzugehen. Aus verschiedenen Gründen. Darüber müsste man sicher lange diskutieren. Die Linken haben zum Beispiel nicht so viel Geld wie die Parteien der Mitte oder der rechten Ecke.

I: Ich möchte dennoch einmal nachfragen. Die Zukunft der Linken in der DDR und

die Rolle der PDS, mit der gegenwärtig keiner so richtig koalieren will. Können Sie sich denken, dass die Zukunft der Linken und die Zukunft der PDS nach dem 18. März 1990 völlig auseinanderfallen?

D.S.: Es gab eine Phase, wo ich davon überzeugt war, dass die PDS sich nicht reformieren kann, sich in keine wirkliche aktionsfähige, linke Partei verwandeln kann. Dass das, was an linkem Potential in der Partei ist, sich außerhalb der Partei vereinen muss. Das war Mitte Januar. Inzwischen denke ich, dass es eine kleine Chance dafür gibt, dass es auch linkes Potential weiterhin von, oder in Zukunft durch diese Partei, durch die Partei des Demokratischen Sozialismus, gestärkt wird. Allerdings würde ich mir wünschen, dass auch eine ganze Reihe von den neuen Gruppierungen, in denen linke Kräfte sitzen, genügend praktischen Einfluss gewinnen, dass von ihnen eine, eine wichtige Farbe, jeweils eine wichtige Farbe im linken Spektrum kommt, also beispielsweise von den Grünen, die ich sehr schätze, was ihre Begründer anbetrifft. Denn wo wir noch gezaudert haben, Kompromisse gemacht haben, da haben sie gehandelt, haben persönliche Nachteile in Kauf genommen. Haben sich aus dem..., muss..., wurden aus dem Land gedrängt zum Teil, oder durch die Staatssicherheit scharf kontrolliert. Ich denke, dass diese Menschen in dieser tatsächlichen und langjährigen Opposition Erfahrungen gesammelt haben und Konzepte entwickelt haben, die sehr wichtig sein können für dieses Land. Auch eine Art von demokratischer Kultur, die für die Zukunft, vielleicht sogar eines geeinten Deutschland, von Bedeutung sein könnte, über dieses Parteieneinerlei der Bundesrepublik hinausgehen könnte. Also, in diesem Sinne möchte ich, würde ich mir wünschen, dass das linke Spektrum breiter ist, als, wesentlich breiter, viel farbiger als das, was die PDS aus sich heraus entwickeln kann. Aber ich würde ihr heute nicht mehr die Möglichkeit zumindest absprechen, dass sich hier ein aktionsfähige linke Partei wieder oder erstmals auf dieser Grundlage herausbilden kann.

I: Die PDS, die Partei des Demokratischen Sozialismus, will keine alte Partei, keine Partei, die in unmittelbarer Nachfolge der SED steht, mehr sein. Und sie ist auch noch keine neue Partei. Sie hat ihren ersten Parteitag gerade abgehalten. Sie ist noch nicht in die Lage versetzt, gegenwärtig Politik wirklich mitbestimmen zu können, maßgeblich mitbestimmen zu können. Ist es möglich, dass man heute schon Fehler dieser Partei benennen kann, die dazu geführt haben, dass sie sich selbst der Möglichkeit beraubte, auf die Ereignisse wirklich Einfluss nehmen zu können?

D.S.: Ja, das bezieht sich sicher auf die Fehler zwischen dem Oktober und dem Januar, Februar, dem ersten Parteitag im Februar. Ich möchte trotzdem ganz kurz vorher sagen, der größte Fehler, die größten Fehler sind sicher in der Vergangenheit

gemacht worden, und damit mein ich jetzt nicht diejenigen, die ihre Interessen gegen die Parteimitglieder und gegen das Volk durchgesetzt haben, sondern die Parteimitglieder, die mitgemacht haben. Und die ihr Missbehagen, ihre Kritik an der herrschenden Linie nicht deutlich genug, nicht mutig genug formuliert haben, nicht politisch wirksam genug. Die haben eine große Verantwortung fürs Land auf sich geladen. Und das, da ist übrigens der Teil meiner Verantwortung, über den ich eigentlich am intensivsten nachgedacht habe. Aber das war ja jetzt hier nicht die Frage. Ich denke schon, dass die SED, die sich reformierende SED seit dem Oktober Fehler gemacht hat. Nicht schnell genug wurde durch die Basis darauf gedrungen, dass die Parteiführung radikal erneuert wird. Das hat doch sehr lang gedauert. Zwischen der 9. und der 11. oder 12., ich komme jetzt nicht so ganz mit, Tagung, bis dann eine radikale Erneuerung der Parteiführung und damit der Beginn eines wirklichen Reformprozesses möglich war. Das war der erste Punkt. Zum Zweiten halt ich es für einen, aus heutiger Sicht für einen Fehler, dass wir auf dem Sonderparteitag nicht energischer darauf gedrungen haben, dass unsere Forderungen nach Offenlegung des Parteivermögens nach, unter, nach Abgabe von Parteivermögen zugunsten der neuen politischen Bewegungen und Organisationen, um politische Chancengleichheit zu gewähren, dass diese Forderungen nicht deutlicher Ausdruck gefunden haben, nicht zu Politik gemacht worden sind vom Parteitag. Wir hätten vielleicht die Kraft gehabt dazu. Wir haben, wir, jetzt meine ich die Reformkräfte, der Reformflügel in der SED hat sich auch in der Frage des Namens meines Erachtens ein bisschen zu schnell den vielleicht etwas spitzfindigen und zu sehr juristischen Argumenten des Anwalts an der Spitze, von Gysi, beeindrucken lassen, von der eigenen Meinung abbringen lassen. Wir waren ja, unsere Formel war ja: Auflösung, faktisch Neugründung der SED. Und gemacht wurde daraus, wurde, dass man erst mal eine Zeit lang keinen Namen hatte und dann eigentlich doch wieder den alten behielt und eigentlich die Reorganisation des Apparates, die Offenlegung der Parteifinanzen und die, die Unterstützung der anderen Bewegungen wieder in die Hände, ja, der Leute gelegt hat, die hauptamtlich Politik gemacht haben. Und da waren eben sehr unterschiedliche Kräfte am Werk. Welche, die noch unerfahren waren, wie Gysi und da was versuchten Boden zu finden, in diesem Haus des Parteivorstandes. Und andere, die absolut dagegen gehalten haben. Also, wir hätten es doch stärker betreiben müssen, diese Fragen. Und dann, glaube ich im Januar, im Dezember und im Januar sind zu langsam Flügel installiert worden in der Partei. Die Glaubwürdigkeit des, der demokratischen Erneuerung war dadurch gefährdet. Allerdings, ob die Fehler, wenn wir die, wenn also immer das was wir gewollt haben, verwirklicht worden wäre, ob dann, oder in welchem Maße tatsächlich eine andere politische Situation als heute entstanden wäre, das weiß ich nicht. Das hängt davon ab, die Situation ist nicht von einer politischen Kraft nur bestimmt worden.

I: Hat die PDS in einem vereinten Deutschland eine Chance?

D.S.: Tja, ich meine, ich rede ja immer über eine Partei, der ich nicht mehr angehöre. Also, ich rede insofern nicht über meine eigene, eigenen Überlegungen, was politische Zukunft, Heimat anbetrifft, oder Engagement, wo ich mich, Ort, wo ich mich engagieren kann. Ich hoffe, sie hat eine Chance. Weil die Menschen, die sich mit ihr verbunden haben, die sich auch heute noch mit ihr verbunden fühlen, zumindestens die Zeit brauchen, um wirklich eine Partei zu werden oder sich zu überlegen, was sie wollen. Wenn die Vergangenheit vorbei ist. Wenn sie allerdings aufgrund der Zuspitzung eines, zum Teil verständlichen Unwillens, zum Teil inszenierten Unwillens, verboten wird, verboten werden sollte, dann hätte sie natürlich keine Chance. Aber ich würde das für eine sehr schlechte Variante halten, der politischen Entwicklung in diesem neuen Deutschland.

I: Wie und wann wird die Einheit Deutschlands kommen?

D.S.: Ja, wenn man auf der Straße, auf die Straße guckt, dann hat man immer den Eindruck, also sie könnte, heute ist Donnerstag, also den Freitag kommen, morgen, am 2. März. Ich denke aber, dass dieser Einigungsprozess, gerade weil er mit sehr vielen Problemen verbunden ist, nachdem die Wahl gelaufen ist am 18. März, etwas an Tempo verlieren wird. Dann wird was eintreten, was die Leute heute noch nicht kennen, weil sie bei uns ja nie Wahlen erlebt haben. Dann machen nämlich die, die gewählt worden sind, die Politik. Und der Rest bleibt erst einmal draußen. Und da kann er eine Meinung haben, aber die Politik beeinflussen kann er nicht direkt. Und da denke ich eigentlich, dass sich dann, und das ist in diesem Falle, obwohl ich eigentlich als, als, von meinen demokratischen Überzeugungen her gerade das als nicht besonders angenehm empfinde am parlamentarischen System, aber in diesem Falle, dürfte das sogar positive Wirkungen zeigen. Weil die Probleme, die mit der Einigung der beiden deutschen Staaten verbunden sind, für Deutschland und für Europa so groß sind, dass sie eben nicht allein von Stimmungen und von Gefühlen und schon gar nicht von irrationalen Stimmungen und Hoffnungen allein getrieben werden können. Sondern dass hier genau abgewogen werden muss, wie die Probleme lösbar sind. Das wird eine Zeit lang brauchen. Weiß gar nicht, auch nicht, mit welchen politischen Koalitionen so etwas möglich sein wird.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

D.S.: Ja, das kommt darauf an, wie Anfang definiert wird. An der Wende vom September zum Oktober hatte ich große Furcht, die Krise galoppierte. Die Führung

war völlig unfähig, absolut wirklichkeitsfremd. Wir hatten natürlich Angst vor einer chinesischen Lösung der Probleme. Als es dann deutlich war, dass diese Lösung, trotz aller Konfrontationen auf der Straße am 7. und 8. Oktober, dann ausblieb, also der 9. und 10. Oktober kam und Leipzig und diese Demonstrationen, und der Aufruf zur Gewaltlosigkeit auch eingehalten wurde, das Militär nicht einschritt, was ja bereit stand, da war ich eigentlich ziemlich optimistisch. Ich dachte, dass es eine..., nun endlich Sozialismus gäbe. Geführt von einer Reformbewegung auch in, oder beeinflusst auch von einer Reformbewegung in der SED, zu der ich mich ja damals zählte. Das waren meine Hoffnungen.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

D.S.: In der DDR. Das System, was hier versucht wurde zu verwirklichen. Ich möchte das, ohne es näher erläutern zu können, als frühsozialistische Diktatur bezeichnen. Dieses System bot am Ende des 20. Jahrhunderts keine wirkliche Alternative mehr. Kein wirkliches Entwicklungsmodell für die Probleme, die zu lösen waren. Das war sicher die Hauptursache. Und die Verantwortung dafür tragen die Kräfte in der kommunistischen Bewegung, die die Zeit verschlafen haben. Aus welchen Gründen auch immer. Und das fängt 1956 an, mit dem Ende der Reformbewegung im Herbst, der Niederschlagung des un..., des Budapester Aufstandes, der ungarischen Volksbewegung, und mit den..., mit dem Stoppen der Reformprozesse in der DDR. In dem Zusammenhang gab es ja auch den Prozess gegen Walther Janka und so weiter. Und das zog sich eben immer wieder fort. Immer wieder wurde verzögert und zum Schluss ging es dann nicht mehr anders. Also, ich würde sagen, das System selbst war es, das durch seine Reformunfähigkeit sich zu Grabe getragen hat.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

D.S.: Ja. Wir sind das Volk. Das ist jetzt wieder für die ganz verschiedenen Etappen ganz unterschiedlich. Also aus meiner Sicht sind immer ganz, wenn man das als politisches, sich zeigendes, verwirklichendes, demonstrierendes politisches Bewusstsein sieht, dann haben ganz unterschiedliche Schichten von Bewusstsein jeweils die Bühne der Aktion geprägt. Bis zum 9. November und danach. Unterschiedliche Schichten. Zu Anfang waren es sicher die mutigen politisch aktiven Oppositionskräfte, einen großen Anteil hatten die neuen Bewegungen, die schon in der Illegalität sich zusammen gefunden hatten. Nach dem 9. November waren es andere Kräfte, die auf die Straße gegangen sind und die dann, na ja, wenn irgendetwas ihnen nicht passte, gleich wieder intolerant wurden, riefen: „Rote raus aus der Demo!" Ist ja mit den, nicht mit den Leuten passiert, die wirklich

rot in dem Sinne waren, in dem man es vielleicht vermuten konnte, mit SED oder so was am Hut hatten, sondern mit den Vertretern der neuen Bewegungen. Na ja, und ich würde sagen, ab November und Dezember haben immer mehr aus der BRD sich die großen Parteien eingemischt. Und haben ihren Wahlkampf bei uns geführt.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

D.S.: Natürlich nicht. Ich habe allerdings nicht alle meine Hoffnungen verloren, weil, ich denke, dass die Entwicklung in diesem Lande nicht allein von der, von, von diesem Land allein abhängt. Und dass die Probleme, die wir zu lösen haben sowieso über die DDR hinausgehen. Es hängt also eigentlich davon ab, wohin sich Europa wendet.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

D.S.: Am meisten sehne ich mich nach einer Gesellschaft, wo die Menschen versuchen, ihre Probleme rationell zu lösen. Im Nachdenken darüber, Entscheidungen treffen auf der Grundlage von ausreichenden Informationen. In Kommunikation treten miteinander. Ihre Konflikte auch so lösen, dass möglichst ein Kompromiss gefunden wird. Dass man nicht irgendwann wieder versucht, Probleme mit Gewalt zu lösen. Also, eine Gesellschaft, die vernünftig, von Vernunft gelenkt wird. Einer Vernunft, die nicht vorgegeben ist, sondern die sich selbst findet, im eigenen Nachdenken. Und im Gespräch miteinander. Aber das ist sicher irgendwie eine Illusion von Intellektuellen, das gebe ich schon gerne zu. Nur vielleicht ist es auch eine Tendenz, die sich im 21. Jahrhundert nun endlich durchsetzen wird. Wir haben ja in der Menschheitsgeschichte nicht nur Katastrophen, sondern auch einen langsamen aber doch beständigen Fortschritt der Vernunft gehabt.

DR. WOLFGANG ULLMANN, Berlin, 16. März 1990

„Dieser Umgestaltungsprozess hat die ganze Welt erfasst…"

I: Dr. Ullmann, Sie sind seit vierzig Tagen Mitglied der DDR-Regierung. Heute ist Ihr letzter Arbeitstag als Minister ohne Geschäftsbereich vor der Wahl. Wie fällt die Bilanz der Regierung Modrow aus?

W.U.: Darauf ist schwer in einem Satz zu antworten. Ich denke, sie hat Schritte getan, aus denen man schließen muss, dass die Demokratisierung unseres Landes, die Demokratisierung der Wirtschaft, die Öffnung zur freien Marktwirtschaft endgültig sind. Ich glaube, es gibt aber auch Anlass zur Kritik und zur Unzufriedenheit. Manche Schritte hätten entschiedener getan werden sollen, von Anfang an. Aber vielleicht war das in der Übergangssituation, in der wir uns befunden haben, seit Herr Modrow regiert, nicht anders zu leisten.

I: Verstand sich die Regierung der nationalen Verantwortung als eine Not- oder als eine Übergangsregierung?

W.U.: Ich denke als beides. Denn ihr Zustandekommen ist sicherlich so, dass große Mängel an Legitimität nicht zu vermeiden war.

I: Sie gehören zu den Begründern von Demokratie Jetzt. Wie ist diese Bürgerbewegung entstanden und für welche Ziele will sie sich engagieren?

W.U.: Sie ist entstanden aus einer kirchlichen Aktivität, die freilich schon damals eine politische Zielsetzung hatte und sich aber als Aktivität einer Kirchgemeinde in Berlin, nämlich der Bartholomäus-Gemeinde am Missionshaus, nicht nur verstand, sondern auch betätigte, vor die Synode der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg trat mit dem Ansinnen, die Synode möge einen Antrag sich zu eigen machen gegen die Abgrenzungspolitik, die in unserem Lande damals noch nach innen und außen das Feld beherrschte. Diese Aktivität vollzog sich im Jahre 1987 und sie gab den Startschuss (räuspert sich) für andere, für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kommunalwahl des Jahres 19…, 1989 und mündete dann in die Begründung einer politischen Bürgerbewegung, also nicht mehr einer innerkirchlichen Gruppierung, im Herbst vorherigen Jahres.

I: Wem steht Demokratie Jetzt näher, der Basisdemokratie oder der Parteidemokratie?

W.U.: Auf jeden Fall der Basisdemokratie. Das gehört zu den Hauptgedanken unseres politischen Programms.

I: Seit wann war Ihnen klar, dass der Sozialismus stalinistischer Prägung als System versagt hatte, als…, also unreformierbar geworden ist?

W.U.: Das war mir klar seit der gewaltsamen Unterdrückung des Prager Frühlings im August 1968.

I: Für die Zerschlagung der alten Machtstrukturen hatte, hatten die Massenproteste auf der Straße eine enorme Bedeutung. Wie würden Sie diese Bedeutung beschreiben wollen?

W.U.: (räuspert sich) Ich sehe sie in zwei Dingen. Einmal, dass diese Massenproteste die Fähigkeit besaßen, aus der Sphäre der bloßen Massenemotion vorzudringen in die einer politischen Artikulation. So, dass man rufen konnte, vielstimmig und wirklich im Chor der Massen, „Wir sind das Volk!", dieser Satz aber einen ganz klaren politischen Sinn hatte, einen Sinn, wie er dann in der größten der Demonstration am 4. (räuspert sich) November 1989 hier in Berlin auch manifest geworden ist. Die zweite Bedeutung sehe ich darin, dass die Gewalt, die dabei tätig war, denn um eine solche handelte es sich, darauf beruhte auch die Macht dieser Demonstration, dass diese Gewalt die des Wortes und des Rechtes war, so dass Frauen und Kinder an diesen Aktionen teilnehmen konnten, ohne um ihre persönliche Sicherheit besorgt sein zu müssen.

I: Bestand auch in der DDR die Gefahr einer chinesischen oder rumänischen Lösung der aufgebrochenen Konflikte?

W.U.: Sie bestand durchaus. Mittlerweile (räuspert sich) sind ja die Einsatzbefehle bekannt, die aus dem Staatsrat, dem nationalen Sicherheitsrat und dem damaligen Ministerium für Staatssicherheit gekommen sind. Diese Gefahr war aber in dem Moment gebannt, als (räuspert sich) in Dresden am Abend des 8. November zum ersten Mal das entstand, was dann als Sicherheitspartnerschaft mittlerweile ein festes Element unseres politischen Lebens geworden ist.

I: Die Entwicklung der Ereignisse hat ein atemberaubendes Tempo angeschlagen. Wie hat sich die Kultur der Massendemonstrationen in diesem Lande selbst entwickelt?

W.U.: Sie hat sich (räuspert sich) verschlechtert und sie hat die Fähigkeit zur

Artikulation, die sie in den Oktober- und Novembertagen besaß, weithin eingebüßt. Das kann man ja an der, an dem Verlauf der berühmten Leipziger Montagsdemonstration sehr deutlich sehen. Schuld an dieser Entwicklung ist die Situation der offenen Grenze, seit der vollständig offenen Grenze, seit dem 9. November, die dazu geführt, dass einerseits in der DDR, besonders im Süden des Landes, nationalistische Emotionen das politische Bewusstsein in den Hintergrund drängten, und zweitens Einflüsse der westdeutschen Großparteien sich hier in das politische Geschehen einschalteten mit der bewussten Absicht, die, den Einfluss der Bürgerbewegungen zu begrenzen, wenn nicht zu destruieren.

I: Welche unterschiedliche Bedeutung kommt der Demonstrationen in Dresden zu, im Gegensatz zur Leipziger Demonstration oder der Massendemonstration in Berlin, in Bezug auf den Verlauf, auf qualitative Umsprünge, auf qualitative Umbrüche der Bewegung im Herbst 1989?

W.U.: Man muss sagen, dass das der entscheidende Vorgang sich abspielte als Superintendent Ziemer und Bischof Hempel und sich mit Oberbürgermeister Berghofer in Verbindung setzten und Oberbürgermeister Berghofer seinerseits den Entschluss fasste mit der deutschen Volkspolizei gemeinsam und den Vertretern der Kirche, die Massen in der Prager Straße anzusprechen. Damit war eine ganz neue politische Struktur entstanden und der Dresdner Oberbürgermeister hatte sich damit in eigener Verantwortung herausgelöst aus dem Kommandosystem des sogenannten Demokratischen Zentralismus. Und zum ersten Mal jene Konstellation hervorgerufen, die dann am 8., die dann am 9. Oktober auch in Leipzig wirksam wurde, durch Generalmusikdirektor Masur, Vertreter der Kirche und (räuspert sich) auch Vertreter der Demonstranten. Wir hier in Berlin haben uns, wie man deutlich sagen muss, (räuspert sich) dieser Entwicklung erst später angeschlossen, sie ist aber dann der Hintergrund gewesen für den Gedanken des Runden Tisches, der entstanden ist der im Umkreis von Demokratie Jetzt und (räuspert sich) sich dann Bahnen gebrochen hat (räuspert sich) bei allen Gruppierungen der Opposition und dann auf Einladung der kirchlichen Moderatoren am 7. Dezember seine Arbeit beginnen konnte. Der Umbruch geschah in dem Moment, wie ich vorhin schon andeutete, als diese Konzeption eines neuen Forums der politisch relevanten und sich artikulierenden Kräfte unterlaufen wurde durch Massenemotionen, durch nationalistische Demagogie, auf dem Hintergrund der offenen Grenzsituation. Das ist eben aus vielen Gründen zunächst in Leipzig wirksam geworden.

I: Wie würden Sie die Ereignisse der letzten Monate bewerten? War es eine Wende, eine Revolution, eine Reform oder eine Umgestaltung oder gar ein Umbruch?

W.U.: Ja, das Wort „Wende" gebrauche ich nicht gerne, denn es ist inhaltlich gefüllt durch die Wende von 1982 in der Bundesrepublik, ein Koalitio..., ein nach meinem Dafürhalten undemokratisches Koalitionsmanöver, um eine SPD-Regierung abzulösen, ein typisches Verfahren der Parteiendemokratie, das, die eben nach meinem Dafürhalten doch starke Mängel in meinem Demokratieverständnis hat. Umbruch ist sehr viel besser, Revolution passt nicht so richtig, weil zu einer Revolution eine Gruppe gehört, die ein politisches Programm besitzt und das Ziel bewusst auch mit Anwendung der nötigen Gewalt durchsetzt. All das ist eben hier nicht geschehen, sondern man kann nur dem Sachverhalten gerecht werden, wenn man das Grundwort unserer Epoche benutzt, Perestroika, Umgestaltung, und es so versteht, dass sich hier Selbstorganisationskräfte der Gesellschaft im politischen Bereich durchgesetzt haben. Das erklärt auch die atemberaubende Schnelligkeit, die selbst diejenigen immer wieder überrascht hat, die an dem Geschehen beteiligt gewesen sind, wie unser ein.

I: Wenn Umgestaltung kein politisches Modewort bleiben will, muss man angeben, was umgestaltet wurde. Was wurde seit Herbst '89 wirklich verändert, umgeworfen, umgestaltet?

W.U.: Es wurde umgestaltet das System der politischen Herrschaft, Artikel 1 der DDR-Verfassung mit dem Führungsanspruch der SED wurde außer Kraft gesetzt. (räuspert sich) Es wurde, da die Volkskammer und die Regierung demokratisch ungenügend legitimiert waren, die Einrichtung des Runden Tisches geschaffen und ein ganz neuer Weg der Gesetzgebung damit beschritten. Es wurde kulturelle Freiheit, Mediengesetz, unbeschränkt durchgesetzt von staatlicher und Parteibevormundung befreit und es wurden die ersten schwierigen Schritte in Richtung auf eine freie Marktwirtschaft getan. Dadurch, dass die Öffnung der Grenzen hier ganz neue Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet hat. Möglichkeiten, die freilich im wachsenden Maße sich nun als Schwierigkeiten auswirken, da ein Land, das vierzig Jahre ganz anders regiert worden ist und Wirtschaft betrieben hat, so dass es sich weit abkoppelte von dem Prozess der Ökonomie, wie er heute die Welt bestimmt, nun in ziemlicher Wehrlosigkeit, Kräften eines überlegenen Marktes, gegenüber steht. Das ist nach meinem Dafürhalten zur Zeit in weit höherem Maße ein rechtliches, als ein ökonomisches Problem und das ist eine Schwierigkeit, der die Ökonomen und die Politiker in beiden Teilen Deutschlands noch weitgehend hilflos gegenüberstehen.

I: Handelte es sich dabei nicht um mehr als nur, in Anführungsstrichen „nur", um eine Umgestaltung? Ist es nicht doch ein Systemwechsel?

W.U.: Auf jeden Fall, ich bin aber der Meinung das Wort Umgestaltung greift viel weiter als Systemwechsel, weil ein System dann durch ein Anderes ersetzt wird. Bei Umgestaltung geht es aber darum, und ich denke, das zu verstehen fällt vielen Leuten noch schwer, dass der Umgang mit Systemen überhaupt sich vollständig verändert. Und was wir mittlerweile lernen mussten ist eben dieses, dass dieser Umgestaltungsprozess nicht nur ein Vorgang in der DDR, in beiden deutschen Staaten oder in Osteuropa ist, sondern etwas, was die ganze Welt erfasst hat und in den Gegenden, wo man das noch nicht merkt, sehr bald aber spürbar werden wird.

I: Sie haben großen Anteil an der Entwicklung einer produktiven, sinnstiftenden politischen Kultur des zentralen Runden Tisches. Welche Funktionen kamen dem Runden Tisch im Prozess der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu?

W.U.: Der Runde Tisch war das, was eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Bürgerbewegung in ihrem Namen trug: Das Neue Forum. Ein Forum, auf dem sich gegenüber saßen die Vertreter der alten Volkskammerparteien, die einst zusammengeschlossen waren im Block der nationalen Front und beherrscht waren von der damaligen SED. Sie saßen ihr gegenüber und zwar gleichberechtigt gegenüber den Gruppierungen, die im Laufe der Jahre, es ist ja ein jahrelanger Prozess gewesen, in der Opposition gegen diese politische Struktur entstanden waren. Sie konnten aber nur auf einer Ebene in einem neuen Forum sich begegnen, weil erstaunlicherweise die Kirche, die vom Staat getrennte Kirche, als Modera..., als Einlader und Moderator dieses Neuen Forums wirksam werden konnte.

I: Hat sich der Runde Tisch auch als so etwas wie eine Doppelherrschaft verstanden oder wollte er nur ein politisches Gegengewicht zur Regierung entwickeln?

W.U.: Ja, ich glaube dieses Missverständnis, das zur Doppelherrschaft geführt hätte, ist immer wieder aufgetaucht in bestimmten Beschlussvorlagen des Runden Tisches. Ich denke, dass wir immer im richtigen Augenblick (lacht) noch klug genug waren, diesen Zustand zu vermeiden. Er hätte nur zur weiteren Verunsicherung und Destabilisierung beitragen können. Ich weise darauf hin, dass der Runde Tisch schon in seiner ersten Sitzung Formulierungen gefunden hat, die seine Funktion ganz gut wiedergeben, die Funktion eines Kontrollorgans. Ich glaube, viel wichtiger aber war eben seine Funktion als Dialogform, die dort noch gar nicht formuliert ist. Das hat sich eben erst im Laufe der Arbeit herausstellen können.

I: Der Runde Tisch ist eine Woche vor dem Wahltermin aufgelöst worden. Hat der

Runde Tisch auch nach der Wahl noch eine Chance, eine Funktion?

W.U.: Nun, dieser, wie man immer sagt, zentrale Runde Tisch, gewiss nicht, denn an seine Stelle soll ja eben das neu gewählte Parlament treten. Die Form des Runden Tisches freilich könnte durchaus noch wirksam werden auf kommunaler und regionaler Ebene. Es wird da, soweit ich sehen kann, auch in den zukünftigen Wochen noch arbeitende Runde Tische geben. Es wird auch überregionale Runde Tische geben im Bereich der Ökologie und der Wissenschaft und es sind durchaus Überlegungen im Gange, so etwas wie den Runden Tisch als ein Element der Verfassung in die Entwürfe aufzunehmen, die zur Zeit für eine neue DDR-Verfassung diskutiert werden.

I: War es sinnvoll, eine Vielzahl von Gesetzesvorlagen in die alte Volkskammer zu bringen, die sich ja von dem Runden Tisch zum Teil als entmündigt empfunden hatte, Gesetzesvorlagen, die eventuell nach der Wahl revidiert werden müssen?

W.U.: Ja, ich denke, wir haben manchmal zu viel des Guten getan (lacht), aber es ist doch begreiflich, in dieser Situation der Erneuerung und Umgestaltung, dass man an allen Ecken und Enden erneuern wollte. Dabei ist manches sehr unzulänglich geraten und ich gehöre zu denjenigen, die der festen Überzeugung sind, ein Staat sollte so wenig wie möglich (lacht) und so gut wie mögliche Gesetze haben, die so gut wie möglich sind. Gegen dieses Gebot haben wir sehr oft verstoßen (lacht), aber das muss man sich erklären aus der Aufgeregtheit und der Leidenschaft des Reformwillens. Nun, wenn die Volkskammer sich entmündigt gefühlt hat, dann muss sie vielleicht bedenken, dass ihre Geschichte in den vergangen Jahrzehnten nun wahrscheinlich dazu geführt hat, dass sie in diese Lage gekommen ist, sich so fühlen zu müssen.

I: Wäre es dann nicht besser gewesen sie aufzulösen?

W.U.: Ja, das hätte man nur dann können, tun können, wenn eben die Möglichkeit von sofortigen freien Wahlen bestanden hätte. Aber die musste ja erst geschaffen werden und ich denke, ohne den Runden Tisch hätten wir es nicht geschafft.

I: Es gehört zur Tragik dieser Zeit, dass der Bruch mit dem Stalinismus selbst Brüche, Risse bekommen hat. Wie würden Sie diese Bruch..., Brüche beschreiben wollen?

W.U.: Ja, ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich Ihre Frage richtig verstehe. Sie können ja nachfragen, wenn das der Fall sein sollte. Die Brüche sehe ich darin, dass

zunächst der Versuch gemacht worden ist, Kompromisslösungen als Lösung der Probleme anzusteuern. Und die erste Phase der Arbeit des Runden Tisches ist also sehr gebremst worden, dass gerade die oppositionellen Parteiengruppierungen den Eindruck hatten, dass zum Beispiel in Sachen der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit taktiert worden ist und als Auflösung eine Umgestaltung oder Neuformierung werden sollte. Ähnliches hat sich im Bereich der Wirtschaftspolitik abgespielt, dass nach meinem Dafürhalten einer der Anlässe für das, was Sie Brüche oder Spaltungen genannt haben. Der zweite Anlass ist der, dass wir hier mit einer Lage zu tun haben, in der eine große Mehrheit der Verantwortlichen in der Politik ja inbegriffen war in das System der Parteidiktatur des sogenannten Demokratischen Zentralismus. Und sie können nicht von heute auf morgen alle Posten neu besetzen, zumal die Umgestaltung eben auch die Abschaffung vieler Strukturen und Posten voraussetzt und ich denke das wird ein Prozess sein, der noch Jahre in Ang..., in Anspruch nimmt. Man kann nicht die Entwicklung von beinahe einem halben Jahrhundert in ein paar Wochen korrigieren.

I: Kann man davon sprechen, dass die Wende gewendet wurde?

W.U.: Nun, wollen wir nicht die Wahl abwarten, ehe wir solche Gesamtbewertungen vornehmen? Aber ich glaube zu verstehen, worauf Sie zielen. Also der Vorgang war der, dass die Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen, zu denen ja damals auch die Vorstufe der jetzigen SPD gehört hat, sie hat ja da immer mitgewirkt in der Kontaktgruppe der Opposition, dass die das Geschehen ins Rollen gebracht haben seit der Öffnung der Mauer am 9. November, aber deutlich in den Hintergrund getreten sind seit die Parteien, und im wachsenden Maße eben die Parteien der Bundesrepublik, das politische Feld zu beherrschen suchten und suchen mit der bewussten Absicht, das möchte ich unterstreichen, die Bürgerbewegungen in den Hintergrund zu drängen.

I: Für wie offen halten Sie die Zukunft dieses Landes heute?

W.U.: Ich halte sie für wirklich offen in Richtung auf Demokratisierung. Die enormen wirtschaftlichen Probleme, die wir vorhin angesprochen haben, sind lösbar, und damit werden auch die sozialen Probleme lösbar. Wir sind offen für eine Verfassungsdiskussion in allen deutschen Ländern und wir sind demnach auch offen für die endgültige Lösung all jener Fragen, die, seit die beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 gegründet worden sind, unerledigt liegen geblieben sind.

I: Wie stellen Sie sich Ihre persönliche Zukunft vor? Wollen Sie ein Berufspolitiker oder, salopp gesagt, ein Politprofi werden?

W.U.: So gefragt kann ich nur mit nein antworten. (lacht) Ich finde das ganz gewiss nicht. Ich bin ja von Beruf Hochschullehrer und bin das immer gerne gewesen, möchte es auch in dieser Schlussphase meiner beruflichen Tätigkeit, ich bin ja schon ein Sechziger, gerne sein. Aber es kann eben durchaus der Fall eintreten, dass das Wahlergebnis so ist, dass man Verantwortlichkeiten, die einem dabei oder in Folge dieses Ergebnisses auferlegt werden, nicht ausweichen kann.

I: Welchen Sinn hätte eine große Koalition nach den Wahlen? Halten Sie dieses Land gegenwärtig nicht regierbar von einer oder von zwei Parteien?

W.U.: Ich hielte es für nicht regierbar, wenn man eine große Koalition anstrebte, der die SPD gemeinsam mit, mit der ganzen Allianz oder Teilen derselben verbunden wäre und Bündnis 90 könnte sich aufgrund dieser Überzeugung an einer solchen Koalitionsregierung nicht beteiligen.

I: Hat sich die Vorverlegung der Wahlen vom 6. Mai auf den 18. März wirklich bewährt?

W.U.: Was Sie da sagen, (lacht) war immer eine feste Überzeugung und ich habe bis (lacht) zuletzt gegen diese Vorverlegung des Wahltermins gekämpft, bin aber wie Sie sehen, überstimmt worden, überlege mir freilich nun im Nachhinein, ob nicht diejenigen Recht hatten, die sagten „Wir halten nicht durch bis zum 6. Mai" und insofern mag es sein, dass (räuspert sich) es nötig war.

I: Wann wird die Einheit des deutschen Volkes kommen und, vor allem, wie wird sie kommen?

W.U.: Ja, die Frage ist deswegen schwierig zu beantworten, weil das „wie" die Voraussetzung für das „wann" ist. Ich denke, man darf hier nun nichts mehr verzögern, nach dem vierzig Jahre lang eine Verzögerungspolitik von den beiden großen politischen Bündnissen ausgeübt worden ist. Aber es wird zu neuen Verzögerungen kommen, wenn man das Ziel falsch formuliert, etwa durch die undurchführbare Losung, man wolle Anschluss über oder Beitritt über Artikel 23 Satz 2 des Grundgesetzes. Das ist der schwierigst mögliche und längste Weg, den ich darum nicht nur nicht unterstütze, sondern schlechterdings für undurchführbar halte. Dankbar aber ist, ist der andere Weg, den ja das Grundgesetz selbst vorgesehen hat in seiner Präambel und in Artikel 146 nämlich, die Durchführung dessen, was 1947, '48, '49 durch den Kalten Krieg verhindert wurde, einer Verfassungsdiskussion in allen deutschen Ländern mündend in eine verfassungsgebende Versammlung, die eine Verfassung verabschieden und dem

Volksentscheid in allen deutschen Ländern unterbreiten kann. Das ist ein Vorgang, der bis zum Jahre 1992 durchaus abgewickelt werden könnte.

I: Herr Minister, nur noch fünf kurze Standardfragen, die wir allen Diskussionspartnern gestellt haben. Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

W.U.: Ich wollte nur zweierlei: Freie Wahlen und dies durch Abschaffung des Führungsanspruches der SED. (lacht) Weiter habe ich damals nicht gedacht.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Aufbruch im Herbst '89?

W.U.: In dem Umgestaltungsprozess, der ganz Osteuropa erfasst hatte, und in dem Beginn der Grenzöffnung, die sich in Ungarn vollzogen hatte.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

W.U.: Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

W.U.: Zum größeren Teil und die noch nicht in Erfüllung gegangen sind, denke ich, werden in Zukunft noch in Erfüllung gehen.

I: Wovon träumen Sie heute?

W.U.: Da sie nach Träumen fragen, da sage ich ganz offen, ich träume davon endlich die Dogmengeschichte, von der ich schon mehrere hundert Seiten geschrieben habe, zu Ende zu schreiben.

I: Und politisch?

W.U.: Davon, dass nun endlich, nach so vielen schlimmen Abwendungen von ihr, auch in den deutschen Ländern ohne weitere Deformierung Demokratie herrscht.

DR. CHRISTINE WEISKE, Zepernick, 15. März 1990

„Wir waren Opposition und wir werden wieder Opposition…"

I: Frau Dr. Weiske, seit wann sind Sie engagierte Umweltschützerin?

C.W.: Engagierte Umweltschützerin, würde ich sagen, so etwa seit eineinhalb Jahren. Ich habe versucht, Informationen über umweltverträgliches Verhalten von Privatpersonen und auch die ja in vergangener Zeit noch deutlich kriminalisierten Umweltinformationen, die mir zugänglich waren, so über Freunde und Bekannte zu streuen.

I: Welchen Erfolg hatte das?

C.W.: Also, bis zur Wende einen sehr geringen. Außer dem, dass ich wahrscheinlich bei einer Reihe Menschen das Bewusstsein für die Problematik geweckt habe. Das hat aber praktisch zu der Zeit noch keine Folgen gehabt, dazu war die Angst zu groß, damit wirklich praktisch zu agieren.

I: Könnte man daraus schlussfolgern, dass die Grünen als Oppositionspotential vor dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes kaum eine Rolle gespielt haben?

C.W.: Nein, das würde ich so nicht sehen, da kann man mich nicht verallgemeinern. Die Mitglieder der Arche zum Beispiel oder der Umweltbibliothek und einer ganzen Reihe kirchlicher Umweltschutzgruppen, denke ich, haben sogar einen ganz wesentlichen Anteil daran gehabt, dass die, diese Wende mit zu Stande gekommen ist. Gerade der desolate Zustand unserer Wirtschaft hat ja da vieles in Gang gesetzt. Bloß ich persönlich habe in diesem Bereich so damals nicht gearbeitet.

I: Waren die Grünen bei den Demonstrationen vom September und Oktober '89 in Leipzig, in Dresden und anderen Städten dabei? Was forderten Sie?

C.W.: Also, die Grünen als die Grünen, wie sie heute als Partei existiert, das kann man so die Frage nicht stellen. Aber die meisten, von denen, die ich kenne aus unserer Partei, die waren dabei.

I: Was unterscheidet einerseits Grüne Partei und Grüne Liga in der DDR und andererseits die Grünen in der DDR von denen in der BRD?

C.W.: Grüne Liga und Grüne Partei ist eigentlich schnell gesagt. Die Grüne Liga ist überparteilich oder, wenn man so will, eine ähnlich dem BUND in der Bundesrepublik, eine Basisorganisation, die alle Kräfte zusammen nimmt, die an Umweltfragen arbeiten. Das sind also kirchliche Gruppen, ganz unabhängige, parteilose und in den verschiedensten Parteien Engagierte. Und die Grüne Partei ist eben, wenn man so will, das politische Spektrum dieser grünen Bewegung. Und der Unterschied zu den Bundes-Grünen, das ist schwierig zu sagen, weil man sich in die Situation der Bundes-Grünen ja erst einmal reinarbeiten muss. Ich denke, es ist derzeit vor allen Dingen unsere Geschlossenheit, also wir haben diese Streitprobleme, wie sie die Bundes-Grünen haben, noch nicht in dem Maße. Es könnte durchaus sein, dass wir sie aber auch bekommen. Weil, wenn man so jung zusammen ist wie wir in der Grünen Partei, dann hat das ja so was wie bei einer jungen Ehe. Wenn es am Anfang ganz kompliziert ist, hält man zusammen, selbst wenn bestimmte Probleme noch gar nicht geklärt sind. Und wenn dann die ruhigeren Zeiten eintreten und es wird etwas konsolidierter, dann werden auch die unterschiedlichen Meinungen sich mehr herausbilden. Ich denke, da ist der Unterschied zwischen den West-Grünen und uns zuvorderst ein, ein erst mal ein Zeitproblem. Und dann, dass wir natürlich ein sehr starkes Naturschützerbein haben. Das hat sich in den zehn Jahren bei den Bundes-Grünen sehr verändert. Und dass die gesamte, also explizite linke Szene hier in der DDR für sich noch ist. Grün sein ist für meine Begriffe zwar links sein, aber wir haben ja noch ein ziemlich breites linkes Spektrum hier in der DDR. Während in der Bundesrepublik die Bundes-Grünen ja die ein..., eigentlich die einzig linke Partei sind.

I: Gibt es schon Flügel oder Vorformen von Flügeln wie Ökofundamentalisten oder Realos oder Ähnliches,?

C.W.: Nein, nein, das gibt es nicht.

I: Erwarten Sie so etwas?

C.W.: Ich hoffe nicht, dass es so schlimm kommt. Aber ich rechne, das kommt. Ja, weil in der praktischen Politik du immer Farbe bekennen musst, inwieweit du fundamentalistisch bleibst und wann du ein Realpolitiker wirst. Und an diesen, an dieser grundsätzlichen Haltung wird sich es dann bei Detailfragen festmachen, dieser Unterschied.

I: Muss man nicht, in Anbetracht der ökologischen Situation in der DDR formulieren, ihre Partei führt einen Kampf gegen Windmühlenflügel?

C.W.: Ja, das wäre durchaus möglich, dass man das so sehen könnte. Das ist auch zumindestens ein, ein, ein sehr, sehr schwieriger Kampf. Und es ist so, ich habe jetzt letztens gesagt, wir waren Opposition und wir werden wieder Opposition werden, weil das zum Tragen bringen ökologischer Gedanken, das mag ja noch angehen. Also, dass die Menschen sich damit auseinandersetzen. Aber eh das wirtschaftlich greift, eh man da Veränderungen schafft. Und grade jetzt wo das bei uns alles unter dem Aspekt des, des, der wirtschaftlichen Gesundung steht und sehr viel weniger auf die Ökologie geachtet wird. Zwar theoretisch und rhetorisch schon. Aber ich denke, wenn wir die Wahlen hinter uns haben und es geht dann an die praktische, wirtschaftspolitische Umsetzung, da wird so manche Partei vergessen, dass sie das Ökologische einmal in ihrem Programm hatte.

I: Welche weiteren Schwerpunkte, neben den eben genannten Wirtschaft und Umwelt, sehen Sie?

C.W.: Das ist vor allen Dingen die Bewahrung eines gewissen solidarischen Charakters in der Gesellschaft. Und da sieht es möglicherweise genauso ähnlich mit den Windmühlen aus. Die, das geht ja hier nicht nur so sehr um das praktische Retten der sozialpolitischen Maßnahmen, wie wir das immer gesagt haben, die muss man ja wirklich auch im Detail beleuchten. Sondern es geht viel mehr darum, dass ein Abfallprodukt unserer Mangelwirtschaft und unserer Abhorchgesellschaft ja doch war, dass Menschen zusammengehalten und sich untereinander geholfen haben. Und ich sehe das ja jetzt schon bei den Prozessen, die ablaufen mit dem Privatisieren in den Betrieben, wie die Menschen jetzt anfangen, Angst um ihre Arbeitsplätze zu haben. Wie dadurch auch die Luft aus der basisdemokratischen Bewegung rausgeht, ja. Und gerade diese Solidarität mit Behinderten, mit den Alten, mit den alleinstehenden Frauen mit Kindern, das ist so ein Aufgabenfeld. Und die Entmilitarisierung, das ist noch etwas ganz Wichtiges, denn da droht uns ja Schreckliches, wenn das so läuft, wie das so mancher möchte. Mit DDR gleich mal mit in die Nato und so. Da ist das natürlich einer der ganz wichtigen Bereiche.

I: „Deutschland, einig Vaterland." Heißt das auch ökologischer Fortschritt?

C.W.: Nein, nur bedingt, denke ich. Denn so, wie das derzeit in den Betrieben bei uns hier im Lande läuft, ich kann nur hoffen, dass das noch durch eine Regierung, die sich dann hoffentlich auch an die Ökologie erinnert, anders kanalisiert wird, wird ja derzeit, diese ganzen Joint Venture-Geschäfte und was sonst läuft,

vorwiegend unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Effizienz gemacht. Und keiner von den Betriebsdirektoren, die also früher, die eine Politik und jetzt ganz fix die andere Politik machen, fragt ja danach, ob die Technik, die sie jetzt mit diesem Partner ins Haus bekommen, nun auch die auf dem Weltmarkt ökologisch beste Technik ist, ja. Das haben wir versucht von der Verfassungsgruppe aus damals, als es um diesen Artikel, Artikeländerung ging bei der Verfassung, zu verhindern, dass das so kommt. Weil wir wollten, dass eine Gesetzesausführung so aussieht, dass diese Verträge diese Umweltverträglichkeit nachweisen müssen. Wir fordern es natürlich weiter, die Umweltverträglichkeitsprüfung für diese einzuführenden Wirtschaftsverfahren. Aber ich glaube, praktisch wird da erst ein ganzes, eine ganze Zeit das sehr wild wuchern.

I: Welche Chancen hat die Grüne Partei bei der bevorstehenden Volkskammerwahl?

C.W.: Na ja, ich denke, einige Leute werden wir schon ins Parlament bekommen, weil doch viele denken, dass die Grünen so eine Art Gewissen spielen sollen und man sagt sich, wer keine solchen machtpolitischen Ambitionen hat, der ist ein ganz guter Ausgleich so dazwischen. Also drei bis vier Prozent halte ich für realistisch, was da darüber ist, dass wird dann auch entsprechend gefeiert, ja.

I: Grüne Politik ist keine Erfindung der DDR. Warum eigentlich nicht?

C.W.: Die Bedingungen dafür waren gar nicht da. Die grünen Gedanken waren schon da. Ich habe mir immer gewünscht oder habe immer gesagt, wenn wir mal jemals hier freie Wahlen haben, würde ich nur Grün wählen. Da habe ich noch gar nicht dran gedacht, dass ich selber mal drin sein könnte, ja. Genauso wenig, wie es jede andere demokratische Strömung hier unter dem Druck so nicht geben konnte.

I: Im Prozess der Bewältigung des Erbes der letzten vierzig Jahre werden vielfältige Defizite benannt, auch ein Grünes. Wie würden sie dieses Defizit charakterisieren?

C.W.: Dass die Menschen viel zu lange zugesehen haben, wie die Natur um sie drum herum auf eine streckenweise irreparable Art geschädigt wurde. Es ist beängstigend zu sehen, wie in ganzen Bezirken Menschen mit dieser Zerstörung leben konnten, weil der politische Druck groß genug war, dass sich diese grüne Idee also nicht mal in Ansätzen zum Teil durchsetzen konnte.

I: Ökologie hat viel mit Bildung und Erziehung zu tun. Brauchen wir künftig eine grüne Schule?

C.W.: Ja, das brauchten wir dringend, ich weiß nur nicht, ob wir es kriegen. Die, das solidarische Umgehen mit dem Klassenkameraden, mit dem Nachbarkind, auch mit den Behinderten, mit den Geschwistern und mit der Natur, das ist alles ein Komplex, wie ich mit dem umgehe, was mich umgibt, ja. Und es wäre deshalb ungeheuer wichtig, ein Bewusstsein für diese Solidarität und für diese Notwendigkeit mit der Natur schonend umzugehen. Dass das in der Schule geweckt würde. Aber das fängt eigentlich schon in Kinderkrippe und Kindergarten an. Nicht erst in der Schule.

I: Wo sollten Ihrer Meinung nach weitere Akzente eines ökologiebewussten Bildungs- und Erziehungskonzeptes liegen?

C.W.: Das sollte einmal sein, dass die Schulen diesen fürchterlichen Charakter der Strammstehgesellschaftswiderspiegelung verliert. Also die Schüler sollten sehr viel lebendiger erzogen werden dort und nicht mal erzogen. Die sollten unter dem Schutz der Erwachsenen dort aufwachsen dürfen. Und das Gefühl haben, dass sie eine Chance zur Bildungsaufnahme haben und nicht dazu gezwungen werden. Also erst einmal von den Rahmenbedingungen müsste das ganz anders ablaufen. Also, nicht das jemand zum Versager gemacht wird, bloß weil er eben sitzen bleibt, diese Klassentrennung zum Beispiel. Und dann natürlich insgesamt, ganz komplett von den Lehrinhalten, also diese Technologieverherrlichung zum Beispiel in Fächern wie Physik und Chemie müsste ganz schnell ein Ende haben. Biologie muss ganz anders umgesetzt werden. Und dann wäre der Aspekt der Gleichstellung zwischen Jungen und Mädchen zuvorderst ja schon in der Schule zu verwirklichen.

I: In welchen Kommissionen und Arbeitskreisen arbeitet die Grüne Partei mit, Kommissionen, die eine radikale Schulreform befürworten und unterstützen?

C.W.: Das, dazu bin ich nicht aussagefähig im Moment. Wir haben zwar eine..., Mitglieder gehabt die also sowohl an dem Runden Tisch bei der Erarbeitung der Sozialcharta mit drin waren. Und ich kenne auch einige die es..., ja, ein Ehepaar zum Beispiel bei uns, was sich, was bei dem Bildungswesen Runden Tisch mitgearbeitet hat. Die ist wohl jetzt auch zwischendurch in Pankow Schulrätin für eine gewisse Zeit gewesen. Also, das ist so punktuell. Ich kann aber jetzt nicht landesdeckend irgendwelche Arbeitskreise nennen.

I: Grüne Politik ist heute nur unter großem Zeitdruck möglich, wie die bisher veröffentlichten Umweltdaten zeigen. Vieles muss sofort in Angriff genommen werden, wenn die Schadensbegrenzung überhaupt noch eine Chance haben will. Was kann und was sollte sich in unseren Schulen in diesem Zusammenhang sofort

verändern?

C.W.: Oh, das ist schwer zu sagen. Sofort, da jetzt derzeit so über die Lehrinhalte nachgedacht wird, natürlich zuvorderst der Lehrinhalt, wie ich es jetzt eben schon gesagt habe, gerade in diesen spezifischen Fächern. Aber auch zum Beispiel bei Geschichte und so. Weil nämlich der tolerante Umgang mit den Nachbarn ja auch was mit Solidarität zu tun hat. Und dann im gesamten Lehrkörper, wobei ich kein Befürworter dieser durchgreifenden Rachegelüste gegenüber ehemaligen SED-Leuten bin. Man sollte da schon durchaus differenzieren.

I: Welche Kontakte der DDR-Grünen gibt es zu den BRD-Grünen?

C.W.: Die sind auf, laufen auf allen Ebenen ab. Also es gibt ganz offizielle Kontakte, vom Vorstand zum Vorstand und zur Bundesgeschäftsstelle und zur AL. Und es gibt ganz viele Beziehungen zwischen kleinen Gemeinden, zwischen Kreisen, schon auf Landesebene. Also, ja, das läuft halt, so, das hat sich so entwickelt im Laufe der Zeit.

I: In der DDR gibt es neben der Grünen Partei auch eine Grüne Liga. Warum?

C.W.: Ja, warum? Das ist dadurch entstanden, dass damals an dem Wochenende 24. bis 26.11. vergangenen Jahres diese Trennung notwendig war, weil doch viele damals in den Blockparteien waren oder als Parteilose nichts mit einer Partei am Hut hatten. Für die war natürlich die Grüne Liga die richtige Lösung. Und die Parteilosen, die sich aber nun auf der politischen Schiene des Grünen bewegen wollten, für die war die Parteigründung das richtige, eigentlich. Damals hat es zwar viel Krach und Zoff und so wie das so ist bei solchen Gründungen, ich glaube keine Gründung geht dabei, unter solchen Bedingungen friedlich ab. Hat sich aber inzwischen gezeigt, dass das eigentlich sehr gut so war. Und es hat sich bewährt und inzwischen gibt es überhaupt keine Probleme in der Zusammenarbeit mehr.

I: Neben dem Runden Tisch hat auch der Grüne Tisch in letzter Zeit von sich reden gemacht. Welche Aufgaben hatte er und wer sitzt am Grünen Tisch?

C.W.: Also, die Aufgaben sind klar. Es geht hier um eine, quasi eine Bestandsaufnahme auf den verschiedensten Ebenen, sowohl auf Bezirks-, Stadtbezirksebene als auch generell für die DDR, um da eine Bestandsaufnahme zu machen. Und eine gute Zusammenarbeit, wenn es geht, mit dem Umweltministerium herzustellen. Und dann gibt es ja inzwischen einen Deutsch-Deutschen Grünen Tisch, der nun

bemüht ist die grenzübergreifenden, ökologischen Probleme überhaupt erst einmal aufzulisten. Denn unsere Probleme in der Wirtschaft ähnlich wie in der Ökologie ist ja das, dass wir überhaupt erst einmal das gesamte Problemspektrum aufarbeiten müssen.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

C.W.: Also, ich hatte garantiert nicht die Vorstellungen, dass die Mauer auf ist und ein einiges Deutschland entsteht. Das muss ich sagen, das war das Letzte woran ich damals gedacht habe. Das hatte ich überhaupt nicht im Blick. Weshalb ich mich damals engagiert habe, weil ich unbedingt wollte, dass diese, diese diktatorische Tristesse hier ein Ende hat. Dass die Menschen endlich Hoffnung schöpfen können. Und eigentlich habe ich mir gewünscht, dass der Sozialismus endlich demokratisch gefüllt wird. An die Variante, dass die DDR sich anschließt und wir wieder ein gesamtdeutsches Reich kriegen, was kapitalistisch geprägt ist, habe ich nicht im Traum gedacht.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch vom Herbst '89?

C.W.: In der verfehlten Wirtschaftspolitik. In einer Ignorierung des steigenden politischen Selbstwertgefühls der Leute, die also nicht mehr immerzu still halten wollten. Und in einer gezielten Medienkampagne durch die Bundesrepublik. Die das sehr gut erkannt hatte und entsprechend rüber gebracht hat.

I: Wer war der entscheidende Akteur der Wende?

C.W.: Das waren die Aktivisten vom Neuen Forum und von Demokratie Jetzt.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

C.W.: Jein. Also, das wir so etwas wie Demokratie kriegen, oder Ansätze, das haben wir ja nun geahnt. Und jetzt sind wir sie dabei zu verlieren, weil für mich bürgerlicher Parlamentarismus nicht gleichbedeutend mit Demokratie ist. Also ich habe da ein durchaus ambivalentes Verhältnis zu dem, was wir erreicht haben.

I: Wovon träumen Sie?

C.W.: Ja, dass die Anstrengungen der letzten Monate und der kommenden Monate nicht ganz umsonst sein mögen. Dass die Menschen ein bisschen zum

Realitätsbezug zurückfinden und tatsächlich nicht völlig dieses westdeutsche Konsummodell übernehmen, sondern ein kleines bisschen von dem bewahren, was auch so Gesamtverantwortung für die Leute im Land, in Europa und in der Dritten Welt betrifft.

KONRAD WEIß, Berlin, 1. März 1990

„In einem langen Lernprozeß müssen wir Demokratie üben…"

I: Herr Weiß, wie kommt ein Filmemacher zur Politik?

K.W.: Ich denke, ich bin immer ein politischer Mensch gewesen und ich habe ja auch viele Filme gemacht, die sich mit politischen Themen befasst haben, auch wenn das nie vordergründig Propagandafilme gewesen sind, sondern Filme beispielsweise, die sich mit der deutschen Vergangenheit, mit der deutschen Schuld, auseinandergesetzt haben. Und über diesen Auseinandersetzungsprozess mit der Vergangenheit bin ich eigentlich auch zum aktiven politischen Handeln gekommen.

I: Wie gefällt Ihnen das Szenarium der Ereignisse seit Herbst '89? Fühlen sie sich in diesem Milieu wohl als politischer Profi sozusagen, gegenwärtig?

K.W.: Also, ich würde Ihnen in zwei Dingen widersprechen wollen, einmal darin, dass es ein Szenario gegeben hat. Ich glaube, wir haben es hier eher mit dem Chaos zu tun, dem Urzustand, aus dem heraus etwas Neues entsteht, in ganz positivem Sinne auch. Und im Zweiten würde ich ihnen widersprechen wollen mit dem politischen Profi. Ich fühle mich nicht als solcher und ich denke, ich bin ein solcher auch nicht. Ich bin Filmemacher. Aber ich habe im September mit der Gründung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, an der ich beteiligt gewesen bin, eine Verantwortung übernommen. Und es gab einen Zeitpunkt in dieser Entwicklung, wo ich gesagt habe, jetzt geht es nicht mehr, jetzt kannst du dich nicht wieder auf die Filme zurückziehen, jetzt musst du aktiv ins politische Handeln eingreifen. Und es ist ja auch etwas ganz Spannendes, das muss ich schon sagen, an politischen Prozessen beteiligt zu sein, auch an der Erarbeitung von Gesetzen. Ich habe an der Erarbeitung des neuen Medienbeschlusses, der Vorstufe eines Mediengesetzes, mitgearbeitet. Und ich denke, ich werde auch nach dem 18. März, wo ja so vieles neu gestaltet werden muss, wo eine neue Verfassung gestaltet werden muss, wo neue Gesetze gestaltet werden müssen. Darauf freue ich mich, da ganz aktiv mit dabei zu sein. Und ich würde schon ganz gern eine Legislaturperiode, wie lang die auch sein mag, mitarbeiten in der neuen Volkskammer. Vielleicht auch im neuen, gemeinsamen Parlament. Um dann irgendwann wieder, nach vier Jahren, habe ich gesagt, zu meiner Arbeit als Filmemacher zurückzukehren.

I: Sie sind ja Sprecher von Demokratie Jetzt. Wann, wie und warum hat sich diese Bewegung konstituiert?

K.W.: Ich bin einer von mehreren Sprechern. Wir haben keinen Vorstand, keinen Vorsitzenden, sondern einen Sprecherrat, und da sind fünf Leute gewählt von der Vollversammlung, unserem Vertreterparlament, die berechtigt sind im Namen der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt zu sprechen. Also ein sehr demokratisches Modell. Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt ist hervorgegangen aus dem Initiativkreis gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung, den es seit Mitte der achtziger Jahre, seit 1985, gegeben hat, der unter der Leitung von Hans-Jürgen Fischbeck entstanden ist und wo die Initiatoren und Gründerväter und -mütter der Bewegung mitgearbeitet haben. Ich selbst habe diesem Kreis nicht angehört, habe aber Freunde gehabt und hatte immer losen Kontakt, so dass ich dann also auch bei der entschei..., in der entscheidenden Gründungsstunde am 12. September 1989 im Zimmer von Michael Bartoszek am Bersarinplatz dabei war, als die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt geboren wurde und als wir uns zusammengefunden haben unter einem gemeinsamen Programm, oder eigentlich erst unter gemeinsamen programmatischen Thesen. Und ich habe gemeinsam mit Hans-Jürgen Fischbeck und Dr. Wolfgang Ullmann diese programmatischen Thesen formuliert und bin dann nach dem Oktober, Mitte November zum Sprecher gewählt worden. Zunächst erst bestimmt worden, muss ich richtiger sagen, und dann aber vom ersten Vertreterparlament auch gewählt worden.

I: Gab es auch bei Demokratie Jetzt eine Diskussion über die Frage, ob sie Bürgerbewegung bleiben oder sich zu einer Partei formieren solle?

K.W.: Ja, diese Diskussion gab es Ende des vergangen Jahres, also im November, Dezember 1989. Ich hatte ein Konzept entwickelt, nun kann ich nicht sagen, dass das so gewesen wäre, als Partei neuen Typus. Dieser Begriff ist ja aus der Vergangenheit belastet. Aber ich wollte eine Partei in der Bürgerbewegung bilden. Das heißt, eine breite Basis als Bürgerbewegung und eine kleine, aktive Gruppe als Partei. Ich habe mich mit diesem Konzept nicht durchsetzen können und wir haben eine Trendabstimmung gemacht in der Vorbereitung unseres ersten Vertreterparlaments. Damals gab es eine deutliche Mehrheit gegen den Gedanken einer Partei, wie auch immer. Und ich denke im Nachhinein, das ist richtig so gewesen. Wir haben, wir sind jetzt eine Bürgerbewegung, eine unter verschiedenen, sind jetzt auch ein Bündnis eingegangen mit anderen Bürgerbewegungen, mit dem Neuen Forum und der Initiative Frieden und Menschenrechte im Bündnis 90. Und ich glaube, dass wir mit unserem ganz anderen Politikansatz, nämlich von den Bürgern her, von der Basis her, auch etwas einzubringen haben. Denn die Parteien,

die es bisher gegeben hat und auch schon die neuen Parteien, also auch die SPD, sind sehr hierarchisch aufgebaut, von oben nach unten. Während wir ja doch sehr viel mehr aus den Gruppen und aus den Verbänden in den Städten, Kreisen und künftigen Ländern leben. Und da auch sehr viel näher dran sind. Ich bekomme also auch sehr viel Prügel von diesen Basisgruppen. Für jedes Wort, was man sagt, bekommt man sowohl Schelte als auch Lob von der Basis. Das ist ganz gut, weil das vieles korrigiert, weil man da auch merkt, was die Menschen im Land denken und in welche Richtung unsere Politik gehen will.

I: Sie hatten erwogen, eventuell von dieser Funktion oder wie man es auch immer bezeichnen möge zurückzutreten. Vielleicht sei die Frage gestattet, wo lag da der Dissens und wie ist ein neuer Konsens zustande gekommen?

K.W.: Das war auf dem ersten Vertreterparlament eine ganz wesentliche Entscheidung für mich. Und wie ich im Nachhinein gemerkt habe, auch für die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Wir haben auf dem ersten Vertreterparlament unser Programm verabschiedet. Und da kam es in der Frage der Deutschlandpolitik zu einem erheblichen Dissens und dann schließlich doch zu einem Konsens. Ich gehörte von Anfang an zu denjenigen, die sich intensiv mit den Gedanken einer neuen Deutschlandpolitik befasst haben. Ich habe im Sommer 1989 meine Grundgedanken, die jetzt auch die Grundzüge der Politik von Demokratie Jetzt sind in dieser Frage, in einem ZEIT-Artikel niedergeschrieben und mein Gedanke dabei war, dass für uns die Einheit am besten wäre. Ich habe die Einheit bejaht, weil ich gemerkt habe, vielleicht darf ich das auch noch zuvor voranstellen. Ich habe in einem langen schmerzlichen Prozess gemerkt, gespürt, dass die Zweistaatlichkeit auf Dauer nicht stabilisierend wirken würde, so wie das viele gesagt haben, Egon Bahr, aber auch Politiker hier im Lande, sondern dass sie auf die Dauer zu einem neuen Nationalismus führen würde. Und das war für mich der entscheidende Punkt, wo ich umgedacht habe, wo ich gesagt habe, wir müssen eine neue Einheit der Deutschen anstreben. Keine Wiedervereinigung. Und wir müssen diese neue Einheit in einem geordneten Prozess und in einem Prozess des, wie ich gesagt habe, des Aufeinanderzu-Reformierens vollbringen. Willy Brandt hat das dann später viel schöner gesagt, er hat gesagt, das Zusammenwachsen, das ist viel schöner ausgedrückt. Aber im Grunde genommen lag es an diesem Punkt dann auch auf dem Vertreterparlament, wo es den Dissens gegeben hat. Weil ich gesagt hatte, die Zeit dafür ist noch nicht reif. Und in einem Prozedere der Diskussion sind dann entscheidende Sätze aus unserem deutschlandpolitischen Programm herausgestrichen worden. Und zwar nicht deswegen, weil die Delegierten anderer Meinung gewesen wären, sondern es war einfach eine Panne in der Verfahrenstechnik. Und es kam eine deutschlandpolitische Aussage dabei

heraus, die ich nicht mehr mittragen konnte. Denn ich will zwar die Einheit, aber nicht die Wiedervereinigung und schon gar nicht die schnelle Wiedervereinigung. Und da habe ich mich entschlossen, es war ein sehr spontaner und auch sehr schwerwiegender Schritt zu sagen, ich kann das nicht mehr mittragen, das ist für mich das Ende meiner Mitarbeit in der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Und hatte nicht geahnt, welche Auswirkungen das auf die Versammlung haben würde, und dass ich damit die Bürgerbewegung an den Rand einer Spaltung gebracht habe. Deswegen war ich dann auch bereit, als dann die Diskussion noch mal aufgenommen wurde, ich habe an dieser Diskussion nicht mehr teilgenommen. Dr. Ullmann hat sehr wesentliche Gesichtspunkte eingebracht, die meine Position oder unsere Position, es war dann eine ganze Gruppe, die mir gefolgt war, manifestierte. Und dann sind diese entscheidenden Aussagen, Einheit ja, aber nicht sofort und nicht so schnell, sondern in einem geordneten Prozess, ins Programm der Bürgerbewegungen reingekommen. Und damit war ich dann auch wieder in der Lage, weiterhin Mitglied zu bleiben. Und weiterhin aktiv zu bleiben. Und ich bin am gleichen Tag auch mit einer großen Mehrheit der Delegierten zum Sprecher gewählt worden. Im Nachhinein ist es sowohl von Beobachtern als auch in der Bürgerbewegung selbst von einigen Gruppen als ein Erpressungsversuch bezeichnet worden. Ich denke, das trifft nicht zu, denn es..., denn ich hätte das Gefühl gehabt, ich erpresse die Delegierten, wenn ich vor der Abstimmung gesagt hätte, ich trete aus, wenn ihr nicht so und so abstimmt. Das habe ich nicht gemacht, sondern ich habe das Abstimmungsergebnis abgewartet und habe dann meine Entscheidung mitgeteilt. Und ich bin ein, ja, sehr spontan handelnder Mensch. Vielleicht viel zu spontan, um wirklich ein, ein Politiker zu sein. Aber dadurch ist es dann eben auch zu dieser Auseinandersetzung gekommen und ich glaube, es war ein guter, ein nützlicher Klärungsprozess. Es hat uns einige Mitglieder gekostet, aber ich denke, es hat auch ganz klar gemacht, wohin wir in dieser wichtigen Frage gehen wollen.

I: Die Ereignisse seit Herbst '89 haben kaum einen Menschen in diesem Land verschont. Wie würden Sie den Charakter dieser Ereignisse bewerten? Umbruch, Wende, Perestroika, Revolte, Revolution? Was wäre für Sie die zutreffendste Wertung?

K.W.: Ich habe einen starken Vorbehalt gegen den Begriff der Revolution. Ich glaube, das ist eine Nummer zu groß. Ich verwende am liebsten den Begriff Umbruch oder Aufbruch und das scheint mir am deutlichsten zu zeigen, zu auszudrücken, was damals im Herbst geschehen ist. Denn es war zwar eine fast revolutionäre Situation, aber noch denke ich, kann man nicht sagen, das können vielleicht später die Historiker sagen, ob es wirklich zu einer solchen gesellschaftlichen

Veränderung geführt hat, zu einem solchen Umbruch in der Gesellschaft, dass man den Begriff Revolution zu Recht anwenden kann. Ich habe an dieser, in diesen entscheidenden Tagen nicht hier im Lande sein können oder sein wollen, muss ich richtiger sagen. Ich war vom 6. Oktober bis zum 6. November in Israel. Und habe aus der Entfernung, aus der Ferne alles mitbeobachten können. Aber ich denke, ich gehöre zu denjenigen, die diesen Prozess mit angeschoben haben. Und ich habe dann, als ich zurück gekommen bin am 7. November, die Ärmel aufgekrempelt und bin seitdem ununterbrochen und mit, ja, ohne Pausen, mit großem Engagement an diesem Umbruch, an diesem Aufbruch, beteiligt.

I: Welche Rolle spielte oder spielt Demokratie Jetzt im Spektrum der demokratischen Kräfte? Und auf welchen Gebieten sehen Sie die Zukunft dieser Bewegung?

K.W.: Ich habe mir abgewöhnt in unserem politischen Spektrum die Begriffe links und rechts zu verwenden. Das ist eine Begrifflichkeit, die aus dem 19. Jahrhundert, aus dem alten deutschen Parlament, herrührt und sie scheint mir überhaupt nicht mehr zuzutreffen. Wir haben eine Formel, wir sagen, vereinfacht, wie man manches in dieser Zeit der Wahlen sagt, wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, wir gehen geradeaus. Das spricht aber etwas von dem aus, was wir wollen. Wir haben sowohl progressive wie konservative Elemente in unserem Programm. Das heißt, Elemente sowohl des Bewahrens, wie auch des Neugestaltens. Und natürlich haben wir auch Elemente drin, die von der christlichen Sozialethik her kommen. Aber natürlich auch Elemente die, die, die all das aufgreifen, was im 19. und im 20. Jahrhundert an sozialistischer, an sozialer Politik entstanden ist. Wir sind offen, wenn ich sage, wir kommen vom, vom christlichen Ethos her, dann ist das zwar richtig, aber wir sind natürlich als Bürgerbewegung offen für jeden, unabhängig von seiner Weltanschauung. Und es ist glaube ich kein Zufall, dass sich in unseren Reihen sowohl Christen wie auch von der Weltanschauung her Marxisten finden.

I: Welcher Unterschied besteht zwischen Demokratie Jetzt, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch und SPD? Hat ihre Bürgerbewegung Probleme bei der Suche nach einer unverwechselbaren Identität in diesem Spektrum?

K.W.: Also, die Grenzen zur SPD und zum Demokratischen Aufbruch definieren sich natürlich in erster Linie dadurch, dass wir eine Bürgerbewegung sind, die anderen aber eine Partei. Es gibt sehr viele Berührungspunkte, vor allem zur SPD, aber natürlich auch zum Neuen Forum, in der Programmatik. Der Demokratische Aufbruch, so wie er sich jetzt entwickelt hat, steht uns sehr fern. Es gab einmal viele Berührungspunkte mit dem Demokratischen Aufbruch und es gehört ja auch zur Geschichte, dass im Bündnis 90, was wir schon am 4. Oktober noch

in der Illegalität gegründet haben, auch der Demokratische Aufbruch gehörte. Aber damals war der Demokratische Aufbruch noch eine, eine Gruppierung, eine Partei, die uns sehr nahe stand, die auch vom christlichen Ethos her gekommen ist, von der christlichen Sozialauffassung aus dem ökumenischen Prozess heraus. Heute ist er eine Gruppierung geworden, die sehr extrem konservative Werte vertritt und auch in einer für mich unvertretbar engen Schwesterschaft mit der CDU in der Bundesrepublik liiert ist. Die Unterschiede sind in der Tat sehr schwer zu definieren. Man müsste da genauer eingehen auf die Programme. Aber im Großen und Ganzen ist es ganz einfach so, dass diese neuen Bewegungen, die bei uns im Land entstanden sind, ja doch im Großen und Ganzen alle auch aus einer gemeinsamen Quelle kommen. Das sind die Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die seit Mitte der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, entstanden sind und die lange unter dem schützenden Dach der evangelischen Kirche gearbeitet haben, wo sich Katholiken und evangelische Christen gemeinsam mit Nichtchristen zusammengefunden haben, und im Grunde genommen vorgedacht haben, für das was jetzt ist. Wir haben uns eigentlich nie ganz deutlich als Opposition verstanden, sondern als Menschen, die versuchen aus dem was ist, etwas Besseres zu machen. Und wir haben lange auch an dem Modell des Sozialismus festgehalten. Eigentlich bis in den Herbst des vergangenen Jahres hinein. Diese Frage hat beispielsweise bei der Gründung von Demokratie Jetzt noch eine erhebliche Rolle gespielt. Ob wir in unserem Programm den Begriff Sozialismus noch verwenden oder nicht. Wir haben ihn verwendet, wir haben uns aber inzwischen getrennt, weil wir erkennen mussten, dass der Begriff Sozialismus so deformiert, so beschmutzt ist durch die Vergangenheit, durch die vergangenen 44 Jahre, dass er politisch nichts mehr taugt. Wir haben ihn ersetzt durch den Begriff solidarische Gesellschaft. Das ist eine unserer Kernaussagen und damit unterscheiden wir uns auch von allen anderen, denke ich. Dieser Begriff, solidarische Gesellschaft, umfasst die Gesellschaft nach innen, wir wollen offen sein für die Schwachen der Gesellschaft, für die Behinderten. Wir sind offen für Ausländer, die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt hat in ihrem Statut die Möglichkeit geschaffen, dass Ausländer Mitglied werden können, wenn sie hier im Land leben. Und wir haben auch einen Ausländer, einen Palästinenser in unserem Sprecherrat. Aber dieser Begriff, solidarische Gesellschaft, meint ebenso auch das offen sein für die Menschen in der Zweidrittel-Welt. Und ich denke, das wird ein Schwerpunkt künftiger europäischer Politik sein, sich um dieses Verhältnis Nord-Süd, um dieses Gefälle, um dieses Wohlstandsgefälle von uns zu den Menschen, die eigentlich zu wenig zum Leben haben, um dieses Verhältnis zu ändern. Wir wollen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung kommen. Auch das heißt solidarische Gesellschaft. Ein anderer Punkt, wo es sehr viele Übereinstimmungen gibt, ist die ganze Frage der Umwelt, der Ökologie. Da, denke ich, haben alle neuen Parteien und Gruppierungen

sehr viel aus den Entwicklungen in der Bundesrepublik gelernt. Die ökologischen Grundaussagen, die sich in den Programmen finden, greifen all das auf, was in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten die Grünen in der Bundesrepublik diskutiert haben und was unsere Umweltgruppen übernommen haben, aber auch in eigener Verantwortung weiter entwickelt haben. Wir haben uns entschlossen, hin zur Marktwirtschaft zu gehen. Das heißt, wir nehmen Abschied, konsequent Abschied, vom Modell einer sozialistischen Planwirtschaft, weil das sich als nicht tauglich erwiesen hat. Wir wollen hin zu einer Marktwirtschaft, die ökologisch und sozial verantwortlich gestaltet wird. Das heißt nicht Marktwirtschaft um jeden Preis, sondern Marktwirtschaft für Menschen. Es gibt geringe Unterschiede natürlich in Fragen der Außenpolitik, der Deutschlandpolitik. Wir tragen beispielsweise als Bürgerbewegung Demokratie Jetzt den Gedanken der Währungsunion nicht mit. Wir unterscheiden uns da auch von der SPD, die ja gesagt hat oder Ibrahim Böhme hat konkret gesagt auf dem jüngsten Parteitag in der vergangene Woche, dass sie die Währungsunion anstreben. Wir denken, man darf den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Eine gesunde Währung setzt eine gesunde Wirtschaft voraus. Wir wollen, dass zuerst die Wirtschaft gesundet und möchten daher einen Wirtschafts- und Währungsverbund nicht nur mit der Bundesrepublik Deutschland, sondern mit allen europäischen Ländern. Dieser Gedanke der Europäisierung spielt bei uns eine ganz wesentliche Rolle. Und ich denke, auch darin unterscheiden wir uns von den anderen Bürgerbewegungen und auch von der SPD. Es gibt von uns, von der Bürgerbewegung und davor von der Initiativgruppe gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung und von vielen Leuten von uns, ganz intensive Beziehungen nach Polen, in den Osten hin. Wir haben viele Freunde in der *Solidarność*. Wir haben viele Freunde, die heute in der Regierung in Polen sind, mit denen wir seit Jahren über die Zukunft unserer Länder nachgedacht haben. Und das ist auch sehr, hat auch uns sehr stark geprägt und ist sehr stark auch in unser Politikverständnis eingeflossen. Wir möchten, dass der deutsche Einigungsprozess so vollzogen wird, dass dabei nicht die osteuropäischen Länder draußen vor der Tür bleiben. In unserem Programm steht, wir wollen ein Reformbündnis mit den anderen osteuropäischen Ländern eingehen. Das heißt, wir wollen mit den Kräften in der Sowjetunion, in Polen in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien, die ebenfalls an der Veränderung ihrer Gesellschaft, ihrer Länder arbeiten, gemeinsam arbeiten, um zu einem großen Europa zu kommen. Weg von der westeuropäischen Gemeinschaft, hin zu einem großen Europa. Und schließlich ein letzter Punkt, in dem wir uns auch ganz eindeutig von den Aussagen anderer Parteien und Bewegungen unterscheiden ist der, dass wir von Anfang an gesagt haben, wir wollen hin zu einer Entmilitarisierung Deutschlands. Für mich persönlich ist ein einheitliches Deutschland nur denkbar als entmilitarisiertes Deutschland. Denn ich denke, wir haben aus der Geschichte zu lernen und wir haben die Gefühle und die

Ängste und auch die Ansprüche unserer Nachbarn rundherum zu berücksichtigen, die einen hohen Preis dafür gezahlt haben, dass Deutschland einmal sehr hoch gerüstet war. Und die auch in den vergangenen 44 Jahren aus dieser Konfrontation der Gewalt in Deutschland, auch dafür viel zu zahlen hatten. Ich denke, ein künftiges einheitliches Deutschland als entmilitarisiertes Deutschland könnte eine Signalwirkung sein für ganz Europa, könnte den KSZE-Prozess befördern und könnte vielleicht zu einer friedlicheren Welt beitragen.

I: Stimmt es, dass die Idee und der Impuls für den Runden Tisch von ihrer Bewegung kommen?

K.W.: Ja und nein. Der Impuls kommt eigentlich auch aus Polen. Wir haben das Know-how aus Polen importiert. Ich sagte ja schon, wir haben viele freundschaftliche Beziehungen zur *Solidarność* Und vor allem zu den Leuten aus den Klubs der katholischen Intelligenz, die in Polen die Väter des Runden Tisches gewesen sind. Ich selbst kenne Herrn Mazowiecki gut. Meine Freunde kennen viele Leute aus der *Solidarność*. Und da lag es nahe, dass wir diesen Gedanken und diese bewährte Erfahrung auch in die DDR hinein tragen. Und wir haben schon im Sommer des vergangenen Jahres, als es Demokratie Jetzt nicht gab, sondern als noch die Initiativgruppe für gegen Geist und Praxis der Abgrenzung gearbeitet hat, dieses Modell eines Runden Tisches für unsere Gesellschaft vorgeschlagen. Man kann uns also, für die DDR zumindest, zu Recht als Väter und Mütter des Runden Tisches bezeichnen.

I: Welche Bedeutung hat der Runde Tisch heute? Stellt er so etwas wie eine Doppelherrschaft zur Regierung dar?

K.W.: Ja und nein. Ich denke, wir haben Abschied zu nehmen von dem herkömmlichen Modell der Gewaltenteilung in drei Gewalten. Die Entwicklung hat dazu geführt in der ganzen Welt, dass es heute eine vierte politische Gewalt gibt, das ist die Öffentlichkeit. Das sind die Medien, die unmittelbar auf das politische Geschehen und auf die politische Meinungsbildung eingehen. Also, man muss heute, denke ich, von vier Gewalten sprechen. Insofern hat also auch der Runde Tisch, der ja auch auf unsere Initiative hin in die Öffentlichkeit hin übertragen worden ist und politisches Geschehen für die Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht hat. Auch wenn viele das nicht verstehen und das als Gequatsche bezeichnen oder als endlose Debatten oder so. Aber ich denke, es war ein Stück Lernen von Demokratie. Und hier, glaube ich, hat insbesondere Herr Dr. Ullmann aus unserer Bürgerbewegung Demokratie Jetzt einen erheblichen Anteil geleistet. Er ist ein Mensch, der sich als Kirchenhistoriker und als..., und in seinem Hobby eigentlich intensiv befasst

hat mit demokratischen Modellen und das so verinnerlicht hatte, dass er das auch an den Runden Tisch einer hohen, mit einer hohen Kultur einbringen konnte. Und die Kultur des Streites, die sich am Runden Tisch herausgebildet hat, glaube ich, geht auf, geht zu großen Teilen auf die Moderatoren natürlich, aber auch auf Dr. Ullmann zurück, der das wesentlich mitgeprägt hat. Der Runde Tisch hat eigentlich seine Aufgabe in dieser Situation gehabt, wo es eine labile Regierung gab, eine Übergangsregierung. Auch wenn dann an dieser Übergangsregierung, in der Regierung der nationalen Verantwortung, die oppositionellen Parteien und Vereinigungen beteiligt waren. Aber ich denke in ein..., dass der Runde Tisch in einer künftigen Gesellschaft, wo es ein frei gewähltes und legitimiertes Parlament gibt, nicht unbedingt mehr notwendig ist. Man kann aber natürlich darüber nachdenken, ob ein ähnliches Gremium zu schaffen ist. Ob man beispielsweise die Ausschussarbeit der Volkskammer öffentlicher macht als das bisher der Fall ist. Ob man nicht generell es zur Pflicht macht, die Sitzungen der Volkskammer in jedem Fall im Fernsehen und im Rundfunk zu übertragen. Damit für die Bürgerinnen und Bürger wirklich das, was geschieht immer transparent und durchschaubar ist, damit sie wissen, worüber gesprochen wird und damit sie sich einbringen können. Und man muss ihnen auch Zeit lassen, um zu reagieren. Ich denke, es sollte in der Zukunft kein Gesetz geben, kein Gesetz verabschiedet werden, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger nicht die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Meinung dazu zu sagen, ihre Gedanken dazu einzubringen. Insofern könnte ich mir vorstellen, dass es eine Nachfolgeeinrichtung des Runden Tisches sehr wohl geben könnte. Vielleicht in der Form einer zweiten Kammer, solche Zweikammersysteme gibt es ja auch in anderen Ländern. Aber ich denke, in der Form, wie er jetzt gearbeitet hat, wird der Runde Tisch am 18. März seine Aufgabe erfüllt haben.

I: Eine ganz andere Frage: Die wichtigsten Impulsgeber oder Initiatoren der Wende in der DDR haben, so scheint es, immer mehr Probleme, eine mehrheitsfähige Politik zu machen. Frisst die Revolution ihre Kinder? Oder entlässt sie, wie Friedrich Schorlemmer kürzlich meinte, ihre Väter?

K.W.: Die Entwicklungen sind so rasant gewesen und haben einen solche Verlauf genommen, dass die Modelle, die wir in den achtziger Jahren angedacht haben und vorausgedacht haben im Grunde genommen für die neunziger Jahre nicht mehr taugen. Wir sind mit der Frage der deutschen Einheit auf eine ganz elementare und überwältigende Art und Weise konfrontiert worden. Wir sind mit der Möglichkeit, selbst aktiv Politik zu machen, ja im Grunde genommen auch überrannt worden. Das hat von uns niemand gedacht als wir am 12. September die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt gegründet haben, dann eigentlich in der Absicht dazu beizutragen, dass in einem langen, langsamen Lernprozess

die Bürgerinnen und Bürger hier im Lande Demokratie lernen. Das war, das war unser Ansatzpunkt, unser Politikansatzpunkt. Und nun sehen wir uns sechs Wochen, sahen wir uns sechs Wochen danach in der Lage, in einem, in einem Land zu leben, wo dieser Prozess im Grunde genommen von heute auf morgen sich verändert hatte. Und wir sehen uns sechs Monate danach in die Pflicht genommen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, voraussichtlich, ich gehe davon aus, dass wir gewählt werden. Aber ich habe meine Schwierigkeiten mit diesem Begriff, die Revolution frisst ihre Kinder oder ihre Väter. Ich weiß nicht so recht, ob ich ein Kind oder ein Vater der Revolution bin. Ich denke beides. Natürlich ist es schmerzhaft zu erleben, dass vieles von dem, was wir gewollt haben heute von der Wirklichkeit überrollt worden ist, und im Grunde genommen auch von den Menschen im Lande nicht mehr mitgetragen wird. Und wenn ich, wie mir das neulich geschehen ist, miterleben musste, dass gegen Bärbel Bohley im Neuen Forum ein Misstrauensantrag gestellt wurde, weil man meinte, ihre Aussagen wären zu links oder sie könnten nicht von bestimmten Basisgruppen mitgetragen werden, dann ist das natürlich schon ein sehr schmerzhafter Prozess und ich habe es Bärbel Bohley sehr wohl nachfühlen können, dass sie darüber nicht nur traurig war, sondern auch zornig war. Aber ich glaube, wir müssen uns ganz einfach mit dieser Situation abfinden. Die Menschen im Lande hier stehen zum großen Teil vor einem Trümmerhaufen ihrer bisherigen Ideale, ihrer bisherigen Träume. Auch diejenigen, die nur Mitläufer gewesen sind, und das ist mit Sicherheit die Mehrheit, die angepasst waren, die alles mitgemacht haben. Oder auch nicht mitgemacht haben. Aber auf jeden Fall sich nicht deutlich als Opposition oder gar als Dissidenten formuliert haben, sind in eine ähnliche schwierige Lage geraten. Auch sie sind jetzt auf der Suche nach einem neuen Halt. Und für viele ist das zunächst einmal die Westmark und die Bundesrepublik. Ich denke, wenn so viele jetzt, erschreckend viele, den Weg nicht ins 21. Jahrhundert wählen, sondern den Weg nach gestern, dann hängt es mit diesem Identitätsverlust zusammen, den sie erlitten haben. Und mit dem, mit der ganz einfachen, mit dem ganz einfachen Bedürfnis, endlich das machen zu können, was man machen kann. Mit der Illusion, im anderen Deutschland das sehr viel einfacher und sehr viel bequemer zu haben. Und halt auch mit der Verführung, die von Politikern und auch Publizisten, aber vor allem von Politikern in der Bundesrepublik, ja ganz deutlich dadurch ausgesprochen wird, dass sie sich in unseren Wahlkampf einmischen. Das sie hier Versprechungen machen für eine Politik, die sie als Bundesdeutsche nicht einhalten können.

I: In den letzten Monaten wurde viel die Vernunft der Straße gerühmt. Zu recht, wie ich meine. Ich beobachte aber auch, neben dieser Vernunft der Straße, eine zunehmende Intelligenzfeindlichkeit auf der Straße, innerhalb dieser Protestbewegung. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

K.W.: Ich denke, Ihre Beobachtung stimmt. Die Ursachen dafür liegen auch in unserer Geschichte. Die Intelligenz, was immer man darunter versteht oder was die Menschen im Lande darunter verstehen, sind, haben einmal Privilegien. Sie sind dadurch, waren dadurch vom Volk abgehoben. Jeder, der in einem Beruf, wie ich ihn gehabt habe, gearbeitet hat, hat bestimmte Privilegien gehabt, die andere Menschen nicht gehabt haben. Wir konnten, wenn auch unter Schwierigkeiten oder mancher überhaupt nicht, aber immerhin, viele von uns konnten reisen. Das spielte ja in der Vergangenheit eine ganz, ganz wesentliche Rolle. Wir waren materiell gesichert. Während viele Menschen, die im Land leben, es sehr viel schwerer haben. Die für eine gleiche Arbeit oder eine schwere Arbeit unter Umständen auch weniger Geld bekommen. Und das schlägt jetzt, glaube ich, oder das trägt jetzt mit zu einer solchen Intelligenzfeindlichkeit bei. Aber ich glaube, der tiefere Grund liegt wahrscheinlich darin, dass es einen Kulturverlust in diesen 44 Jahren gegeben hat. Dass es eine Gleichmacherei gegeben hat, die dazu geführt hat, dass es keine wirklichen Höhen gegeben hat und, Gott sei Dank würde ich, würde ich sagen, auch keine wirklichen Tiefen im sozialen Gefüge, sondern ein relativ ebenes Niveau. Und dass nur, dass es nur einige Spitzen gegeben hat. Und diese Spitzen sind nun, denke ich, durch politische, durch besondere politische Aktivität hervorgetreten. Haben sich zum Wortführer der, des Umbruchs gemacht, haben im Vorfeld gearbeitet. Es sind ja bei uns im Lande im wesentlichen Intellektuelle gewesen. Und auch hier muss ich wieder auf Polen zurückgreifen. In Polen hat es einen anderen Prozess gegeben. In Polen gab es im, in den sechziger Jahren bis in die siebziger Jahre hinein zwei getrennte Stränge, das waren einmal die Reformbewegungen und die Opposition in der Arbeiterschaft, aus der Gewerkschaft heraus. Zum anderen aus der, aus den Klubs der katholischen Intelligenz, aus der polnischen Intelligenz heraus. Beide sind zunächst getrennt marschiert, haben getrennt ihre Niederlagen erlitten und haben es dann aber geschafft, Ende der siebziger Jahre und dann vor allem mit der Gründung der *Solidarność* gemeinsam zu gehen. Denn von vornherein waren in der *Solidarność* in der polnischen *Solidarność* diese intellektuellen Kräfte mitbestimmend und haben gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern die Forderungen durchgesetzt und zum Teil auch die Forderungen formuliert, die zu den Veränderungen in Polen geführt haben. Einen solchen Prozess hat es bei uns nicht gegeben, sondern wir sind als, obwohl wir Bürgerbewegung heißen, relativ weit weg von den Menschen, von den Arbeiterinnen und Arbeitern entfernt. Es gibt bei uns Arbeiter in der Bürgerbewegung, aber wir sind keine Bewegung der Arbeiter. Und das ist, denke ich, ähnlich in vielen anderen neuen Parteien und Gruppierungen so. Vielleicht nicht ganz bei der SPD, die haben einen historisch gewachsenen Wählerstamm aus der Arbeiterschaft, die zum Teil ja 44 Jahre lang ihre sozialdemokratische Herkunft mit sich getragen haben und nun wieder

einbringen. Aber im Großen und Ganzen, glaube ich, leidet diese Entwicklung bei uns darunter, dass es dieses Zusammengehen von Intelligenz und Arbeitern nicht gegeben hat. Vielleicht auch darin, dass uns ein Lech Wałęsa fehlt, ein Mann oder eine Frau aus dem Volke, die es versteht, die guten Inhalte, die wir ja haben, auch in die einfachen, und in die, in die Worte zu fassen, die bei den Leuten ankommen.

I: Was halten Sie von der Idee einer Regierung der nationalen Verantwortung. Wie stellen Sie sich ihre persönliche Zukunft nach dem 18. März 1990 vor?

K.W.: Die Regierung der nationalen Verantwortung ist ein Konstruktion in einer Krisensituation gewesen. Ich bin ja selbst beteiligt gewesen an den Gesprächen, die zur Bildung dieser Regierung geführt haben. Wir haben uns entschlossen als Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, aber als Opposition überhaupt, denke ich, in einer außerordentlich schwierigen Phase, wo die Gefahr bestand, dass die Regierung Modrow allein das Schiff, das schwer angeschlagene Schiff DDR, würde nicht in den Hafen der freien Wahlen bringen können. Es hat auch vorher schon Kontakte gegeben, Herr Modrow hat einige Männer und Frauen aus der Opposition bei schwierigen Entscheidungen mit hinzugezogen. Dazu gehörte auch ich, in einigen Fällen. Aber ich denke, diese Konstruktion der Regierung einer nationalen Verantwortung muss mit dem 18. März beendet sein. Ich halte nichts von einer großen Koalition nach dem 18. März, in der meinetwegen alle politischen Kräfte vertreten sind, sondern wir müssen, hoffe ich, durch ein deutliches Wahlergebnis zu einer deutlichen Regierung kommen. Und wir müssen dann eben auch Demokraten genug sein, zu akzeptieren, welche Richtung, welche Partei die Wählerinnen und Wähler gewählt haben am 18. März. Meine persönliche Rolle entscheidet sich natürlich daran, wie die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Ich kandidiere im Bezirk Potsdam, im, in der Liste des Bündnisses 90. Habe dort den ersten Platz und damit auch eine gute Chance, in die Volkskammer rein zu kommen. Und ich habe auch Gespräche mit dem Vorsitzenden der SPD geführt über eine mögliche Koalition zwischen dem Bündnis 90 und der SPD. Ich denke, das sollte die Koalition sein, die nach dem 18. März die Regierungsverantwortung für die DDR übernimmt. Denn allein diese Konstruktion, SPD gemeinsam mit den Bürgerbewegungen, garantiert eine soziale Politik, eine Politik der Öffnung zugleich, aber auch eine bürgernahe Politik. Ich wünsche mir nicht, dass es zu einer Regierung kommt, die von der Allianz für Deutschland, also der schwarzen Allianz, die aus Bonn fremdgesteuert ist, gebildet wird, denn das würde sicher dazu führen, dass die DDR als Konkursmasse an die Bundesrepublik angegliedert würde. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen das Zusammenwachsen in einem geordneten, in einem langen, längeren Prozess.

I: Herr Weiß, ganz kurz, fünf Fragen, wenn möglich auch kurze Antworten erwünscht. Welche Vorstellung hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

K.W.: Ich hatte die Hoffnung, dass es zu einer Entwicklung im Lande kommen würde, die uns ermöglicht, unsere Träume, unser, unsere Gedanken, die wir seit Anfang der achtziger Jahre in den Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensgruppen entwickelt haben, umzusetzen. Aber ich habe natürlich nicht darauf gehofft, so kühn waren meine Hoffnungen nicht, dass es innerhalb so kurzer Frist geschehen würde.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

K.W.: Ich sehe ihn, ich sehe die Hauptursache für den Umbruch in einer verfehlten Politik. In der Tragik, dass das sozialistische Modell durch den Stalinismus pervertiert worden ist. Und dass es uns, den Deutschen, künstlich, nein, gewaltsam aufgepfropft worden ist. Das war keine Basis für eine wirkliche Entwicklung. Und so kam es, dass es seit 1933 keine freien Wahlen gegeben hat, keine Demokratie gegeben hat. Dass drei Generationen aufgewachsen sind, die nie Demokratie gelernt haben. Und dass ich 48 Jahre alt werden musste, um jetzt meine ersten freien Wahlen erleben zu können.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende?

K.W.: Der entscheidende Akteur der Wende war das Volk. Aber aufgerufen worden ist das Volk von den oppositionellen Bürgerbewegungen, die sich im September gebildet haben und die zu dieser Wende aufgerufen haben. Ich sehe einen ganz großen Verdienst des Neuen Forums darin, für viele Menschen, durch die Forderung einer Unterschrift oder durch die Möglichkeit einer Unterschrift, diesen Akt der persönlichen Emanzipation ermöglicht zu haben.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

K.W.: Sie sind in Erfüllung gegangen und sie sind auch zerstört worden. Es ist beides. Durch die allzu schnelle Öffnung der Mauer und die daraus entstandenen Probleme, durch das Hereinbrechen der bundesdeutschen Anforderungen und der bundesdeutschen hemdsärmeligen Politik, die der gegenwärtige Bundeskanzler Herr Kohl zu verantworten hat, ist vieles, was hätte langsam wachsen können zerstört worden. Und ich sehe darin eine Gefahr für die Zukunft Deutschlands, wenn es denn zu der Einheit kommt. Im Augenblick, denke ich, ist die Politik Herrn Kohls dazu angetan, alle europäischen Nachbarn und auch die Alliierten eher abzuschrecken, und eher den Einigungsprozess hinauszuzögern, wenn nicht gar

zu verhindern.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

K.W.: Ich träume von einem Deutschland, dass ein Mutterland ist. Ein Mutterland ist besser als ein Vaterland. Es ist offen für die Schwachen. Es ist frei von Gewalt. Ich träume von einem Deutschland, dass entmilitarisiert ist. Von einem Deutschland, das gleichberechtigt eingebettet ist in die Völkerfamilie. Ein Deutschland, das die schwere Last der Vergangenheit nicht bewältigt hat, nicht abgeschüttelt hat, sondern so integriert hat, dass daraus eine neue Politik, ein, eine neue Gesellschaft entstehen konnte, die für alle Menschen, die in diesem Land leben, gleich welcher Nationalität, gleich welcher Herkunft sie sind, gleich welcher Anschauung sie sind, eine Heimat ist.

PROF. DR. DIETER WITTICH, Leipzig, 26. Februar 1990

„Ich hatte es so nicht geglaubt…"

I: Herr Professor, worin sehen Sie die Ursachen für das internationale Scheitern des Gesellschaftssystems, was man bisher Sozialismus nannte?

D.W.: Also, das ist sicher nicht die leichteste Frage, die stellbar ist, und sicher haben da schon viele darüber nachgedacht, über dieses Problem. Ich unterstelle zunächst einmal, dass der Inhalt der Frage zutreffend ist. Ich sehe das auch so, dass der bisherige Sozialismus oder das, was man als Sozialismus bezeichnet hat, als realer Sozialismus, international gescheitert ist, nicht nur in der DDR. Es mag in jedem Lande dabei Zufälligkeiten gegeben haben, die nur für ein bestimmtes Land zutreffend sind. Aber es gibt, glaube ich, eine große Gemeinsamkeit, die für alle bisherigen realsozialistischen Länder zutreffend ist, das ist jene, dass dieses Gesellschaftssystem nicht fähig, war eine Produktivität zu entwickeln, die ihm gegenüber dem Alten, in Anführungszeichen, wie man ja den Kapitalismus im realen Sozialismus schlechthin bezeichnet hat, eine Existenzberechtigung gesichert hätte. Und viele Erscheinungen, die man dem Überbau oder dem politischen System im Sozialismus zurechnet, ergeben sich aus diesen, diesem grundlegenden Mangel. In dem man die Produktivität nicht in dem gewünschten Maße entwickeln konnte. Eine Anmerkung vielleicht dazu, in den frühen dreißiger Jahren glaubte man in der Sowjetunion, die kapitalistischen Hauptländer in etwa zehn Jahren in Wissenschaft und Produktivität einholen zu können. Dieses Modell, in zehn Jahren einholen zu können, ging von der Vorstellung aus, dass der Kapitalismus bis dahin im wesentlichen stagniert, um der Sowjetunion Zeit zu lassen, das Niveau 1931, was dann auch das Niveau von 1941 etwa sein würde, um dieses Niveau zu erreichen. Dies hat sich als Illusion erwiesen. Einmal hat der Sozialismus nicht diese Produktivität entwickelt. Und zum anderen hat der Kapitalismus nicht den Niedergang aufzuzeigen gehabt, der nach der Oktoberrevolution nahezu einstimmig in den kommunistischen Arbeiterparteien von ihm behauptet worden ist. Viele Erscheinungen des Sozialismus, die dem Überbau, dem politischen System, zugehörig sind, erklären sich aus dieser mangelnden Fähigkeit, den Abstand zu den kapitalistischen Ländern in der Produktion mindestens zu vermindern. Damit war verbunden natürlich eine Abschirmungspolitik, um führende Kräfte nicht zu verlieren. Damit war verbunden auch Fehldarstellungen über die kapitalistische Wirklichkeit, um die eigenen Erfolge gebührend würdigen zu können. Damit war verbunden wiederum Informationsverlust über die Weltwissenschaft, über die

Weltkultur allgemein. So dass also das ganze System in einen kybernetischen Regelkreis hineinsteuerte, der es zunehmend auf niedrigere Bahnen verwies und den Abstand zu den kapitalistischen Ländern entsprechend vergrößerte. So würde ich das also sehr generell sehen. Und die Privilegien, die oft in den Vordergrund des Niedergangs gestellt werden, sind ein Phänomen in diesem Prozess. Aber nicht das Primäre, sondern ein Sekundärphänomen, vielleicht sogar ein Tertiärphänomen, was sich aufgrund der Abgeschiedenheit und diese Abgeschiedenheit wieder auf Grund der wirtschaftlichen Impotenz unter anderem auch eingestellt hat. Neben vielen anderen Phänomenen.

I: Ist, wenn man Ihren Feststellungen folgt, damit der Sozialismus auch als Idee diskreditiert?

D.W.: Das bedürfte sicher zunächst einmal den, einen Konsens darüber, was es heißt, Sozialismus als Idee. Diese Ideen waren ja stets ziemlich konkret gedacht und existierten, wenigstens was die Akteure sozialistischer Bewegungen betrifft, nie abstrakt. Das, was man sich unter Sozialismus vorzustellen habe, dazu hat es sicher bereits vor 1917 in der russischen Arbeiterbewegung Vorstellungen gegeben, ebenso in der Deutschen. Denken wir nur an Bebels „Die Frau und der Sozialismus", eine doch sehr detaillierte Beschreibung zukünftiger sozialistischer Gesellschaft. Wenn ich mir das letztere Buch heute betrachte, so fällt auf, dass eigentlich die Probleme, die den Sozialismus dann beschäftigt haben, entweder nicht auftauchen, also die Wichtigkeit der Gestaltung des politischen Systems, oder aber, dass diese Probleme zum Teil verniedlicht werden. Also der damals schon bürgerliche Vorwurf, eine sozialistische Gesellschaft könnte nicht den Ehrgeiz entwickeln unter seinen Menschen, die ein Konkurrenzsystem, ein kapitalistisches Konkurrenzsystem, aufbieten würde. Nun zur Frage, Idee des Sozialismus. Was nicht gescheitert ist? Nicht gescheitert dürfte sein der Glaube, die Hoffnung an eine sozial gerechtere Ordnung als sie heute auch in den fortgeschrittensten Ländern, und das sind kapitalistische Länder, in den fortgeschrittensten Ländern der Welt existiert. Eine Ordnung mit mehr Gerechtigkeit, mit mehr Gleichheit und, wenn man will, um die alten Losungen von 1789 zu wiederholen, auch mit mehr Freiheit, als sie heute in den entwickelten Ländern möglich sind. Was offen ist, wenn man das als sozialistische Idee bezeichnen will, sozialistische Idee als eine Herausforderung des Denkens an den jeweils erreichten gesellschaftlichen Stand. Der, die Überzeugung, dass es auch besser gehen kann, als der jeweilige erreichte Stand ausweist. Dann also ist sie sicher nicht verdorben. Aber bei dieser Idee bleibt meines Erachtens offen, mit welchen sozialen Strukturen eine solche soziale, bessere soziale Ordnung untersetzt werden muss oder, besser noch gesagt, kann. Sicher hat es sich als Illusion erwiesen, dass beim heutigen Entwicklungsstand der

Produktivkräfte, dass eine Ordnung sein kann, die sozial untersetzt sein muss von einer fast absoluten Dominanz von Volkseigentum an Produktionsmitteln. Je reicher eine Gesellschaft ist, umso mehr Möglichkeiten bietet sie ja auch im Sozialbereich, aufgrund ihres produzierten Mehreinkommens, das gesellschaftliche Leben, wie es drüben so schön heißt abfedern zu können, absichern zu können und so weiter. Das ist ja, wir sind zum Beispiel mit einer ungefähr gleichen Arbeitsproduktivität, um das Letztere noch mal zu unterstreichen, 1945 gegen die BRD oder Westzonen damals angetreten. Damals bot die Verstaatlichung von Volkseigentum, die Verstaatlichung von Privateigentum, also die Einrichtung von Volkseigentum, damals bot die Einrichtung von Volkseigentum soziale Möglichkeiten, die dem Kapitalismus bei der damals vergleichsweise ebenso großen Arbeitsproduktivität nicht gegeben waren. Das floss in ganz andere Kanäle ab. Je mehr der Kapitalismus die Arbeitsproduktivität steigern konnte, flossen ihm von den Möglichkeiten, die ehedem nur einer volkseigenen Wirtschaft zugänglich waren, diese Möglichkeiten auch zu. Natürlich bleiben da eine ganze Reihe sehr fundamentaler Möglichkeiten unbeachtet. Solidargemeinschaft und Verhalten der Menschen zueinander. Und auch kein Untertan sein in Bezug auf die Ansehen des Nachbarns. Das nicht Abhängigmachen der Menschen von der Größe des Autos oder so fort.

I: War der Aufstieg Gorbatschows der Beginn vom Ende des real existierenden Sozialismus? War dieses System Mitte der achtziger Jahre überhaupt noch zu retten?

D.W.: Das ist sicher auch keine leichte Frage. Ich würde es nicht vom Negativen her formulieren, sondern man könnte ja auch fragen, war Gorbatschow nicht der Beginn des Ausstiegs aus der Illusion in, und der Einstieg in zu schaffende soziale Strukturen, die der heutigen Menschheit angemessen sind. Unter Beachtung der Frage, was aus dem realen Sozialismus in eine illusionsfreie Gesellschaft überliefert werden kann. Ich würde das also so sehen. Es war nicht..., ich würde es nicht negativ formulieren, ich würde es positiv formulieren. Es war der Ausstieg in eine von Illusionen freie, soziale Ordnung. Ich glaube, die Jahrzehnte davor haben erwiesen, dass man mit den Ausgangsdaten, die 1917 geboten worden sind und den danach folgenden Daten, die entscheidend in den dreißiger Jahren liegen. Und von denen man sich in den Vierzigern, Fünfzigern erst mühsam, in den Sechzigern nicht..., auch nur unter großen Schwierigkeiten zu befreien suchte. Dass also diese Entwicklung bereits in den achtziger Jahren nicht mehr aufzuholen war, weil sie sich ja, wie wir auch heute, bis zum heutigen Tag sehen, tief in die Mentalität der Menschen eingenistet hatte. Es ist eben schwer aus, nun ist das eine recht negative, einseitige, negativ einseitige Betonung des Bisherigen, die ich gebe. Es ist natürlich äußerst schwierig, aus Batteriehühnern, Hühner in freier Wildbahn zu

machen, die also eigene Kreativität aufwenden. Als Massenerscheinung natürlich, auch bei den Batteriehühnern gab es immer kreativere und weniger kreative. Aber, die also fähig sind nun als Masse einen Hühnerhof kreativ zu erobern, und sich dort die besten Ecken auszukunden und sie zu nutzen.

I: Herr Professor, kam für sie der scheinbar spielerische Zusammenbruch des Honecker-Regimes überraschend?

D.W.: Ja, ich hätte es also so nicht geglaubt. Ich hätte es so nicht geglaubt. Wir haben oft über den Zusammenbruch gesprochen. Oder über den Wechsel zumindestens gesprochen in den Führungsgremien dieser Republik. Wir haben oft darüber gesprochen, wo sich der Wechsel präsentieren würde und wir sind regelmäßig auf den mitteldeutschen Raum gekommen. Also Wolfen war im Gespräch, Halle war im Gespräch, Leipzig war im Gespräch und Karl-Marx-Stadt war im Gespräch, aber vor allen Dingen Leipzig, Halle. Nicht Berlin, Berlin haben wir regelmäßig eingeschätzt als eine zu stark verbeamtete Stadt, die also das nicht aufbringen konnte. Ich meine, das ist vielleicht etwas sächsischer Nationalstolz, aber ich wiederhole jetzt Einschätzungen vor einem Jahr. Nein, so nicht. Es ist, ich habe das auch in der Zeitschrift Philosophie im Heft 10 bis 11 sogar '89 noch mal meine ganzen Illusionen da zum Ausdruck gebracht in den einleitenden Bemerkungen. Ich hatte, ich persönlich habe geglaubt, dass in diesem Volk der DDR eine tiefe Sym..., eine tiefere, will ich mal sagen, Sympathie für echte sozialistische Werte vorhanden ist. Auch für Werte, die also das ausmachen, was man heute eine Solidargemeinschaft in Abgrenzung zum realen Kapitalismus betont, der also auf eine solche Formel zu bringen sei. Ich habe nicht geglaubt, dass also das auf wenige Demonstrationen hier in Leipzig begrenzt sein würde und dann sich sehr rasch die Formel durchsetzte „Deutschland, einig Vaterland". Ich glaube, es war ab Anfang November und dann hatte diese Losung gesiegt, so etwa, oder dominierte schon Ende November. Also, im November, Dezember beginnt hier in den Demonstrationen ein deutlicher Wandel. Das hatte ich nicht geglaubt. Ich hatte geglaubt, dass also das, was man als Werte hier in dieser Republik ansieht, die zu erhalten wären, für höher einschätzen würde, als das was jetzt an Volksmeinung dazu zu hören ist. Nun ist ja inzwischen, wir, heute ist der 26. Februar, natürlich also bereits ein, eine Ernüchterung ein wenig eingetreten. Man sieht also auch unter Arbeitern, dass es also hier einiges zu verteidigen gilt. Am stärksten, schätze ich, sind diese Illusionen bei Arbeitern verbreitet. Und das hängt natürlich zusammen mit der Politik der früheren Parteiführung. In dem man breite Volksschichten nicht nach ihren Erfahrungen befragt, sie nicht um ihre Erfahrung bei der Gestaltung von Gesellschaft als Partner ernst nimmt, indem man ihre Erfahrungen nicht ernst nimmt, schädigt man sich nicht nur als Regierende,

in dem man sich also niemals einer Nachdenksituation oder einer selbstkritischen Situation aussetzt, sondern man schädigt auch politisch die Erfahrungsträger. Weil sie mit ihren Erfahrungen und mit dem Diskurs nicht lernen konnten. Das ist, glaube ich, also ein wichtiger Aspekt, den wir ungenügend beachtet hatten und wo man gesehen hatten, das haben wir schon lange darüber diskutiert, über die Rolle der Erfahrung in der Gesellschaft als ein drittes, dritte Säule des Wissenspotential einer Gesellschaft. Neben Kunst und Wissenschaft ist die Erfahrung des Volkes eine dritte Säule, die eine gesunde Gesellschaft braucht, ohne die sie nicht erfolgreich voranschreiten kann. Und gerade diese dritte Säule, die auch nicht durch Wissenschaft und Kunst ersetzt werden kann, die wurde hier arg vernachlässigt. Unter anderem mit diesem Effekt.

I: Hätten nicht auch so profilierte Wissenschaftler wie Sie weit stärker auf eine Demokratisierung der DDR drängen müssen? Wie erklärt sich das lange Schweigen der Gesellschaftswissenschaftler, zum Beispiel im Unterschied zu den Künstlern?

D.W.: Lange Schweigen, also ich meine sie, wenn man das ernsthaft nimmt, haben sie bis zum Schluss geschwiegen, ja. Es war bei den Gesellschaftswissenschaftlern, war..., bis auf Ausnahmen. Es gab also mutige Gesellschaftswissenschaftler, die aufgetreten sind und ihren gesamten Beruf aufs Spiel gesetzt haben, nicht. Also in jeder Stadt, gerade in den mittleren Kräften, einige. In den oberen Etagen, wenig. Ich wüsste jetzt überhaupt nicht. Also, Harry Meier kann man kaum als so was ansehen. Der ist einfach weggeblieben. Loeser vielleicht, der also hier was aufs Spiel gesetzt hat als Professor. Also es gibt sicher einige. Ja, wie kommt das aber, wie kommt das? Ich kann jetzt nur von mir ausgehen und von meiner Arbeitsgruppe ausgehen. Wir haben die Schwierigkeiten in der DDR zu stark unter den Konz..., unter das Konzept des konfrontierten Sozialismus gefasst. Und das..., damit konnte man sich zwar stets den Wunsch nach einem besseren Sozialismus aufrecht erhalten und sagen, also vieles was jetzt ist, ja, das kann nicht der Endzustand sein. Also gegen diese Propaganda war das schon gerichtet, ja. Aber zugleich entschuldigte es auch das entscheidende Subjekt der politischen Entscheidungen, die Parteiführung, von Verpflichtungen, die eigentlich innerhalb des Landes zu lösen waren und nicht im Rahmen der Konfrontation lösbar waren. Also das war der theoretische Irrtum. Und dann sind Gesellschaftswissenschaftler natürlich in der Regel nun also nicht die Leute, die sich nun also nun also dem Märtyrertum hingeben, ja. Obwohl ich das nicht mal als den entscheidenden Grund sehen würde. Und da muss man sehen, die ganze Generation in einem solchen kleinen Land, in der DDR, kannte sich in den Gesellschaftswissenschaftlern untereinander. Sie kannte also auch führende Politiker untereinander, weil die also auch meist aus denselben Institutionen gekommen sind. Und das war also ein solcher Clan

geworden, der es schwer machte, dort ernsthaft aufzutreten zu können. Ebenso, als wenn man in einem kleinen Dorf von 250 Einwohnern dort also plötzlich eine Revolution gegen irgendwelche Leute in diesem Dorf machen würden, die nun seit fünfzig Jahren eng und freundschaftlich zusammenleben. Ja. Aber, wahr ist, dass die kritische Sicht zu diesen Verhältnissen in der DDR sehr unterschiedlich unter den Gesellschaftswissenschaftlern war. Aber keiner war so, keine mir bekannte, war so geartet, dass man das Tischtuch zwischen einer Führungsclique und den Gesellschaftswissenschaftlern oder einigen Gesellschaftswissenschaftlern zerschnitten hätte. Und das ist eine tiefe Schuld, also das bewegt mich schon seit langem. Oft hat man ja nur gefürchtet, nicht den Rausschmiss. Man brauchte keine Märtyrer mehr am Schluss. Der Rausschmiss eines Professors wäre über die Westmedien gelaufen. Das war bekannt. Das brauchte man nicht. Aber man ängstigte sich, ja, oder man schreckte zurück vor den endlosen verhörartigen Gesprächen. Warum hast du das gemacht, was hast du denn da nicht beachtet? Ja. Und nimm mal selbstkritisch Stellung oder so was. Davor hat man sich eigentlich auch gescheut. Aber es war fehlte, ich glaube, ich habe alle Momente gesagt, persönliche als auch theoretische Mängel, ja. Dass selbst ein Konzept, das diesen Sozialismus konfrontiert, konfrontierter Sozialismus, selbst ein solches Konzept entsprach nicht der Wirklichkeit.

I: Als langjähriger Dekan der Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaft der Alma mater lipsiensis kannten und kennen Sie die Lage an dieser Universität, der Universität der Stadt, die als Wiege der Revolution von 1989 bezeichnet wird, sehr gut. Wie veränderte sich die Stimmungslage unter den Intellektuellen im Jahre 1989?

D.W.: 1989? Das ist jetzt also schwieriger zu sagen. Aber ich würde erst einmal sagen, die entscheidende Änderung in der Stimmungslage der Intelligenz war das Jahr 1985, also die Gorbatschow-Politik in der Sowjetunion und das Nicht-Mitziehen der DDR bei diesen Veränderungen. Das würde ich als den tiefsten Einschnitt natürlich ansehen in den letzten Jahren. 1989, na ja, zu Beginn war es noch überschattet vom Sputnik-Verbot. Und dieses Sputnik-Verbot wurde schon in den gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen von kaum einem Wissenschaftler, ich persönlich kenne nicht einen, mehr getragen. Das Sputnik-Verbot wurde einhellig abgelehnt. Leider blieb aber der Protest gegenüber staatlichen und höheren Parteileitungen begrenzt auf Studenten. Also, von dort, von, vom Sputnik-Verbot her gab es also harte Einschnitte, die natürlich auch das Jahr 1989 mitbestimmt haben. Ob nach den Sommerferien noch ein Einschnitt zu beobachten ist, der also nicht ein allmähliches Hintreiben etwa zu dem 9. Oktober 1990 bedeutet hätte, sondern nochmal einen Einschnitt, das vermag ich

nicht zu sagen. Ich weiß nur, dass wir am 27. September 1990 in der überfüllten Moritzbastei ein Gespräch mit den Studenten hatten, und ich nehme die mal als Indikator für Intelligenz, zu dem Thema, eigentlich langweiligen Thema, würde man erwarten, Parteilichkeit in den Gesellschaftswissenschaften. Und dieses Kolloquium in der Tonne war überfüllt und dort wurde in einer Offenheit, bereits sowohl von den Veranstaltern als mehr von den Studenten gesprochen, als es jemals früher der Fall war. Also, da sind Einschnitte zu sehen. Aber ob 1990 Einschnitte darüber hinaus noch zu sehen sind, jetzt an der Universität allein, das ist schwer zu sagen. Denn auch die Ausreisewelle, die ja im September einsetzte, hat ja die Universität weit weniger betroffen, als die übrige Gesellschaft. Aber allerdings sind von der übrigen Gesellschaft natürlich also dort viele Fragen auf die Universität hinüber gekommen.

I: Warum spielte Sachsen eine so große Rolle in dieser Wende? Könnte man sagen, ohne die Sachsen kein Aufbruch?

D.W.: Ja, das glaube ich, das kann man sagen. Ohne sie hätte es auf jeden, kein Aufbruch, das ist schwer zu sagen, aber keinen Aufbruch 1990 oder 1989, wenn wir gerade bei Jahreszahlen waren. Ob keinen Aufbruch, das möchte ich also nicht behaupten, aber keinen 1989. Warum Sachsen? Weil hier eine Bevölkerung auf engem Raum zusammenlebt, die alle Widersprüchen dieser Gesellschaft ausgesetzt waren. Ich nenne mal das, was man im Allgemeinen nicht zuerst nennt, ich bin kein Sachse, aber ich habe es um so besser gefühlt, vielleicht, die nationale Erniedrigung. Nun, „national" möchte ich in Anführungszeichen setzen, ja. Aber sie fühlen sich ja als eine besondere Gruppe innerhalb der deutschsprechenden Gruppen, mit einem großen Stolz auf ihre Vergangenheit. Sowohl die feudale Vergangenheit als auch die industriell kapitalistische Vergangenheit. Man muss sich mal vorstellen, eine... Bezirke, Karl-Marx-Stadt, Chemnitz, Dresden, Leipzig, haben jahrzehntelang an der Spitze des technischen Fortschritts marschiert. Und diese Bezirke werden also heruntergewirtschaftet zu Billigwarenländern für den kapitalistischen Markt, zu schmutzigen Ländern, und dazu noch zu einer Lohnpolitik aufgrund der vielen Leichtindustrie etwa verurteilt, die unter dem Durchschnitt vieler Industriezweige oder herrschender Industriezweige in anderen Gegenden des Landes zu treffen ist. Und schließlich die Zurücksetzung, aber das kann man auch noch zum ersten rechnen, die Zurücksetzung der altehrwürdigen Stadt Leipzig gegenüber, oder des altehrwürdigen Sachsens, gegenüber, wie man hier sagt, Preußen und erst recht gegenüber Berlin. Man darf ja hier nie vergessen, dass ich so etwas, ich sage es noch mal, ich bin kein Sachse, ich bin Thüringer und zwar Westthüringer und habe mit also, mit sächsischen Herzogtümern auch genetisch nie was zu tun gehabt, sondern immer nur mit Hessen. Man darf ja nicht

vergessen, was das Land Sachsen betrifft, nicht was die Provinz Sachsen betrifft, das 1866, also etwas mehr als hundert Jahre, zum letzten Mal hier preußische Besatzungstruppen das Land beherrscht haben. Sachsen stand ja auf der Position von Österreich und Bayern im Kampf gegen Preußen.

I: Ab wann war Ihnen klar, dass es bald keine eigenständige DDR mehr gibt? Oder anders gefragt, hatte dieser Staat überhaupt jemals eine wirkliche Chance? Oder war mit dem Sozialismus stalinistischer Prägung schon bei seiner Gründung sein Untergang programmiert?

D.W.: Also dies, seit wann stand das für Sie zum ersten Mal fest, um Ihre Frage hier noch mal zu wiederholen. Da würde ich sagen, ich wollte es lange Zeit nicht glauben, dass es keine eigenständige DDR mehr geben würde. Aber das hängt mit der Antwort, die ich bereits auf eine der ersten Fragen gegeben habe, zusammen. Ich habe also die, jetzt nehme ich mal ein Parteiwort, die Verankerung in sozialistischen Werten für breitere Schichten der Menschen geglaubt, als sich das dann später tatsächlich herausgestellt hat. Und was die Frage betrifft, die ich sie noch mal zu wiederholen bitte.

I: Die Frage war, hatte dieser Staat überhaupt jemals eine wirkliche Chance?

D.W.: Dieser Staat hatte eine wirkliche Chance, ein besseres Deutschland, stabil sein zu können, als es sich dann tatsächlich ausgewiesen hat. Er hatte diese Chance, wenn man den, nach meiner Überzeugung, wenn man den Weg von 1949 mit einer respektablen, volkseigenen oder staatlichen Industrie, aber auch mit respektablen mittleren Unternehmen, mit einem ausgebauten Handwerks..., mit ausgebauten Handwerken, wenn man also diesen Weg nicht so kurzfristig abgebrochen hätte, wie das 1952 dann mit der Verkündung der Grundlagen des Sozialismus, der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus war der genaue Terminus, geschah. Ich glaube, hier wurde eine Chance vertan, die man ausbauen konnte. Zu diesem Ausbau hat später aber auch noch gehört, die, das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft. Das würde ich noch zu dem Ausbau der Politik, die '49 ermöglicht war, ansehen. Nicht unbedingt zu der Politik, die nun also nur für '52 möglich gewesen wäre. Das würde ich schon so sehen wollen. Aber eine, eine, eine Gesellschaft, die nicht danach fragt, was also dem Lehrbuch entsprechend für Sozialismus zu machen wäre, sondern eine Wirtschaft, die da, eine Gesellschaft, eine Wirtschaft, die davon ausgeht, was an Produktivität für diese Gesellschaft das Beste wäre. Und, ich glaube, dieser Weg wurde 1952 verlassen. So begeistert wir als Studenten damals waren, ja, dass hier irgend etwas wie Sozialismus aufgebaut würde, eine soziale Ordnung, unter der wir uns Gott weiß was versprachen und

vorstellten, sicher nicht das, was dann real erschienen ist.

I: Welche Vision haben Sie als Philosoph von der Zukunft Deutschlands?

D.W.: Na, dass sich also Deutschland als einheitliche staatliche Gemeinschaft niemals wieder natürlich auf das zu bewegen möge, was 1945 das Ende fand. Also nicht wieder ein deutsches Reich entstehen möge, sei es nun das von Bismarck oder sei es das Dritte Reich oder irgendein davon verschiedenes Gebilde, was aber Wesensmerkmale teilen würde. Sondern ich, meine Vision von einem einheitlichen Deutschland wäre, meine ganz persönliche Meinung wäre, es möge ein neutrales Deutschland sein. Ich kenne die Diskussion natürlich um die Neutralität, die inzwischen also international geführt wird. Es sollte ein Deutschland sein, dass wirtschaftlich blüht, das kulturell vielseitig entfaltet und produktiv ist, und das vielen Weltanschauungen Platz gibt. In dem Sinne, dass sich alle Weltanschauungen dabei befruchten mögen. Und vor allen Dingen möge es ein Deutschland sein, das steckt schon in dem Wort neutral, das sich seinen Nachbarn gegenüber friedlich verhält. Nun ist natürlich die große Frage, wie kann ein solches Deutschland solche frommen Wünsche, sagt man natürlich öfter, wie kann ein solches Deutschland nun sozial, nehmen wir mal den Ausdruck abfedern, sozial abgefedert sein, damit ein solches Deutschland entstehen kann. Und sicher geht das nicht ab ohne Kontrolle von Privateigentum großer Konzerne, es geht nicht ab, ohne dass auch die demokratische Öffentlichkeit sich auf ökonomische Machtinstitutionen in der Gesellschaft stützen kann. Also, das sind natürlich in den Grundlagen der Gesellschaft auch eine ganze Reihe von Dingen gefragt und gefordert. Sonst bleibt das ein bloßer Wunsch.

I: Welche politische Kraft imponiert Ihnen heute am meisten?

D.W.: Gut, das könnte man sicher etwas aufteilen nach international oder national. Und international dürfte Sie die Antwort sicher kaum überraschen. Es ist also die Weltentwicklung, die wesentlich mit dem Namen von Gorbatschow verbunden ist und der Bewegung, die er in der Sowjetunion, aber weit darüber hinaus, ausgelöst hat. Eine Bewegung, die ja Konfrontationsstrukturen und konfrontatives Denken doch sehr wesentlich zur Disposition gestellt hat. Wenn Sie nun im Zusammenhang mit den anderen Fragen, die heute zu beantworten waren, darauf hinweisen, welche politische Kraft in der DDR die imponierendste für mich gewesen sei, dann würde ich auf jene jungen Intellektuellen und auf jene jungen Menschen allgemein verweisen, die im Neuen Forum, hier namentlich im sächsischen Raum, vereint waren und die diese Veränderung in der DDR nun nicht herbeigeführt haben, aber die sie initiiert haben. Die ja indirekt eine Hoffnung gegeben haben,

um in diesem Lande zu Realitäten zurückzukehren, vom realen Sozialismus zur Realität zurückzukehren. Natürlich ist es ein Unterschied, ob man eine Bewegung vordenkt, eine Bewegung motiviert, ihr Emotionen zu verleihen vermag, oder ob man diese Bewegung auf längere Zeit in Richtungen zu führen weiß, die weit ab sind von neuen Utopien und die sich als realisierbar erweisen. Da dürfte also diese Bewegung sicher zu schwach sein, schon rein zahlenmäßig und von ihren Erfahrungen her zu schwach sein. Da sehe ich also eine realere Kraft in dieser Hinsicht in einer erneuerten PDS. Einer Partei, zu der ich nach wie vor dazu zähle. Eben aus dem Grunde, weil ich diese Gruppierung für etwas halte, dass linke Positionen, oder sagen wir das mal ohne die Ausdrücke links und rechts, dass Ideen der Solidargemeinschaft in eine zukünftige deutsche Gesellschaft am intensivsten hereinzubringen vermag. Ich behaupte nicht, dass nur sie das wünscht. Aber ich behaupte, dass sie wahrscheinlich die stärkste Kraft heute in dieser Gesellschaft ist, um solche Positionen auch durchsetzbar, beziehungsweise erhaltbar, werden zu lassen.

I: Gilt dies auch für ein zukünftig geeintes Deutschland.

D.W.: Ein zukünftig geeintes Deutschland wird Schwierigkeiten haben, die man sich heute in der BRD im Allgemeinen nicht vorstellt. Für ein zukünftig geeintes Deutschland gilt natürlich auch, dass dort eine Gesellschaft mit Millionen Menschen in die gesamtdeutsche Gemeinschaft eingebracht wird, die bei allen Entstellungen, bei allen Verzerrungen, bei allen Irrwegen, soziale Ideen und Gerechtigkeitssinn auch, glaube ich, in einem stärkeren Maße mit in diese Gesellschaft einbringen wird, als das in der BRD-Bevölkerung in der Vergangenheit ausgebildet ist. Insofern hat eine PST in einem geeinten Deutschland, meines Erachtens, zunächst mindestens, das kommt auf ihre Politik auch an, zunächst größere Chancen als eine DKP in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland, die ja immer konfrontiert war mit der ma..., mit den mangelnden Erfolgen und mit einer weit verbreiteten Misswirtschaft in der DDR. Und in einem geeinten Deutschland wird noch eines eine Rolle spielen. Die Deutschen in Ost und West haben bis jetzt nur einen deutschen Kapitalismus kennengelernt, die jetzt lebenden Deutschen, nur einen deutschen Kapitalismus kennengelernt, der konfrontiert war mit dem Versuch, Sozialismus aufzubauen. Das hat die dort Herrschenden ökonomisch wie politisch zu mancher Maßnahme, nun ich sage einmal, genötigt, die viel schwerer zu erreichen den Menschen dort gewesen wäre, wenn es diese antikapitalistische Alternative, die leider misslang, nicht gegeben hätte. Nun aber haben wir ein Deutschland, in dem es die staatlich organisierte antikapitalistische Alternative nicht mehr gibt. Und man wird sich sehr bald überlegen und sehr bald darauf kommen, dann muss es wenigstens, also eine starke Partei sein, die dann den ansonst souverän Herrschenden Einhalt gebieten

kann.

I: Herr Professor, welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

D.W.: Das lässt sich sehr knapp beantworten, die Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus auf deutschem Boden als selbstständige, also relativ selbstständige zweite deutsche Sozialordnung.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

D.W.: In der mangelnden Möglichkeit und Fähigkeit des bisherigen Sozialismus, die Produktivität zwischen ihm und dem Kapitalismus zu verringern oder die Differenz zwischen der Produktivität zwischen ihm und dem Kapitalismus zu verringern oder gar zu überwinden.

I: Wer war für Sie der entscheidende Akteur der Wende vom Herbst '89?

D.W.: Da kann ich nur ein kollektives Subjekt angeben. Das war junge Intelligenz und deutsche Facharbeiter.

I: Sind Ihre Hoffnungen vom Herbst '89 in Erfüllung gegangen?

D.W.: Wesentliche Hoffnungen sind schon in Erfüllung gegangen. Dass in diesem Lande ein kreativerer und realistischerer Rahmen hergestellt wird zur weiteren Entwicklung dieses Landes. Weniger in Erfüllung gegangen sind solche sozialen Zusammenhänge, die ich für erhaltbar hielt, die aber, scheint es, mit dem ersteren nicht vereinbar sind. Wenn man realistische Positionen einnehmen will, muss man heute sagen, also das ist eine stark subventionierte Kunst etwa, staatlich subventionierte Kunst, eine stark subventionierte Sozialsystem, das also weit über das hinaus geht, was international üblich ist, ist also mit einer Wirtschaft, die kreativ ist, wahrscheinlich zunächst erst einmal nicht zu machen. In der Zukunft ja, in diesem Lande auch.

I: Wovon träumen Sie nach der Wende?

D.W.: Nach der Wende träume ich von einem Deutschland, das sich, das international angesehen ist, nicht aufgrund seiner militärischen Macht und Stärke, seiner preußischen Disziplin, seiner sächsischen Gemütlichkeit allein, ja, sondern das angesehen ist durch ökonomische, politische, kulturelle Taten, die sich international

sehen lassen können. Davon möchte ich träumen, davon träume ich auch.

PETER F. ZIMMERMANN, Leipzig, 26. Februar 1990

„Weil in keiner Stadt die Probleme so aufeinander geknallt sind…"

I: Die Kirchen in der DDR boten wie keine andere Institution den Oppositionellen lange vor der Wende einen Aktionsraum. Wie kam es dazu?

P.Z.: Ja, ich denke, da gibt es erst mal die eine Voraussetzung, Kirche und Staat sind und waren getrennt. Und das hat innerhalb der Kirche ein anderes Arbeiten ermöglicht. Die Kirche selber und die, die die Kirche genutzt haben, haben immer von den größeren Freiräumen gesprochen. Und ich denke, wenn man das ganz abgekürzt beschreibt, dann hat es die auch gegeben. Die Fragen, die in der Gesellschaft aufgebrochen sind, die Kollektive erfahren haben, aber die auch der Einzelne erfahren, erlebt, erlitten hat, die sind in den allermeisten Fällen nicht thematisiert worden in der Gesellschaft. Da haben sich weder Wissenschaftler noch politische Institutionen und Organisationen darum gekümmert. Die konnte man im Familien und Freundeskreis, und da auch bisschen mit vorgehaltener Hand, besprechen. Und in dem Moment, wenn Sie mit Fremden, und zwar in einer kleinen Öffentlichkeit, besprochen werden sollten, man gemeinsam nach Lösungen suchte, da gab es nur die Möglichkeit der Kirche. Ich denke aber, am Anfang ist das innerhalb der Kirche noch keine Opposition gewesen, sondern da war es die Absicht, dass was in der Gesellschaft passierte, in manchen Teilen zu ergänzen, in anderen Dingen zu reformieren. Dass sich diese Gruppen, die dann die Kirche bewusst gesucht haben als einzigen Platz in der DDR-Gesellschaft, wo man politische Dinge gegen die verordnete Linie diskutieren konnte, dass sich diese Gruppen als Opposition formiert haben, das ist nicht das Verdienst oder eine zwangsläufige Folge davon, dass sie in der Kirche waren, sondern das hat sich ergeben, weil sie in der Gesellschaft zunehmend weniger angenommen worden sind mit ihren Problemen und mit ihren Lösungsvorschlägen. Von daher würde ich der Kirche erst einmal zuschreiben eine, die Funktion eines Mediums, einer Brücke, eine Katalysatorrolle.

I: Unter dem Dach der Kirche formierte sich also Opposition. Ab wann gab es indieser grundlegende Veränderungen? Wie spürten Sie als Pfarrer[1] und Theologe diese Veränderungen?

P.Z.: Ich glaube, die grundlegenden Veränderungen, die sind bedacht worden.

Und da ist dann auch einiges ausformuliert worden. Und da ist zunehmend mehr schriftlich festgehalten worden in den Jahren ab ‘85, als die Impulse für eine neue internationale Sicherheitsordnung, Abrüstung und solche Dinge von der DDR nicht in dem Maße aufgenommen worden sind, vor allem nicht in Innenpolitik umgesetzt worden sind. Als die Einsichten in die ökologische Krise für jeden erlebbar wuchsen, als man sich um die theoretische Dimension, um die weltweite Dimension dieses Problems immer klarer wurde. Und als sich nichts bewegte, sich nichts veränderte in Planung und Realisierung von Wirtschaft in diesem Land, da, glaube ich, blieb den Gruppen nicht viel anders übrig als auch grundsätzlich die Dinge in Frage zu stellen. Und dies hat sich dann in den Jahren ab Ende ‘87 mit immer stärkerem Druck so ergeben. Ich glaube, dass die zunehmende Verweigerung auf das, was die Menschen in der DDR in den Jahren ‘88 und ‘89 diskutiert haben, also die Verweigerung, dies aufzunehmen, innerhalb der, innerhalb staatlicher Beschlüsse, innerhalb von Regierungsmaßnahmen, innerhalb der Plandiskussion, das dies, ja, eine gewisse Radikalisierung erzwungen hat.

I: Als einer der „Leipziger Sechs“ haben Sie neben Gewandhauskapellmeister Professor Kurt Masur, dem Kabarettisten Bernd-Lutz Lange und drei Sekretären der ehemaligen Leipziger SED-Bezirksleitung durch einen Aufruf maßgeblich dazu beigetragen, dass die Wende friedlich verlief. Von wem ging die Initiative zu diesem Aufruf aus? Wie kam er zustande?

P.Z.: Die Initiative zu diesem Aufruf ist endgültig ausgegangen von dem Gewandhauskapellmeister, von Kurt Masur. Der hat durch sein Telefongespräch am Montag mittag uns sechs zusammengebracht und wir haben uns dann nachmittags kurz nach drei in seinem Haus versammelt. Nur, dass diese sechs zusammenkamen, das ist natürlich keine Geschichte, die in diesen zwei Stunden, zwischen Masurs Anruf, oder drei Stunden, zwischen Masurs Anruf und unserem Zusammensitzen dann sich ergeben hat, sondern das ist das Ergebnis davon, dass jeder von uns, denke ich, in den Wochen, Monaten, vielleicht auch Jahren vorneweg, sich enga..., sich eingesetzt hat, sich engagiert hat, sich bemüht hat, bestimmte Veränderungen, Reformen und Neuanfänge für den politischen Prozess, für die öffentliche Diskussion zu erreichen. Von daher möchte man sagen waren, waren alle die Beteiligten konditioniert. Sie waren vorbereitet, sie waren willens, da was zu tun. Deshalb ist es uns auch sehr schnell gefallen, an diesem Montag nachmittag diese paar Sätze zu formulieren. Weil diese kargen, knappen Sätze genau das aussagen, in aller, aller Kärglichkeit auch, was unser Denken und unser Handeln in den Wochen und Monaten vorneweg schon bewegt hat: Es geht nicht mehr so weiter. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über die gesellschaftliche, über die politische Entwicklung in diesem Land. Und eine Bedingung dafür, dass

es das gibt, war nach unserer festen Überzeugung die Gewaltlosigkeit. Und das haben wir in den paar Sätzen hingeschrieben. Und das ist dann übermittelt worden an die Leute, die sich in der Kirche versammelt haben, an die Menschen, die sich um die Kirchen herum versammelt haben. Und damit hat der Aufruf ein, ja, ein Stück weit dazu beigetragen, dass diese Bereitschaft für gewaltlose Veränderung, die, glaube ich in der Mehrzahl der Menschen, die in Leipzig versammelt waren, die wir ja aber auch in Dresden und Berlin erlebt haben, dann wirklich Politik geworden sind.

I: Die Leipziger Montagsdemonstrationen trugen im Herbst '89 Symbolcharakter für das, was Wende sein sollte. Tragen sie auch heute noch diesen Charakter oder hat die Leipziger Demo ihre Unschuld und ihre Ideale aus der Zeit des Aufbruchs verloren?

P.Z.: Das ist schwer für mich, der ich eine ganze Anzahl dieser Montagsversammlungen, erst als Friedensgebete, dann als zum Teil politisch besetzte Versammlungen, dann so als zaghaften Beginn von Demonstrationen und dann seit September wirklich als Demonstration erlebt habe, nun, die Wende oder diese Veränderung, diesen Aufbruch, diesen Umbruch nur an diesen Montagsdemonstrationen fest zu machen. Ich denke, man kann auf alle Fälle sagen, dass das, was heute montags abends passiert, nicht mehr viel zu tun hat mit dem, was die Menschen im Sommer des vergangenen Jahres und dann im September, Oktober bis in den November hinein montags zusammengeführt hat. Nur, man muss einfach, denke ich, und das geht am einfachsten, wenn man, man muss die, diese Demonstrationen ein bisschen genauer angucken und das geht am besten, wenn man diese Entwicklungen der Losungen, die die Menschen gerufen haben, sich anschaut. Das begann in der ersten Septemberwoche mit dieser Forderung: „Wir wollen raus!" Das war die alte Geschichte der Nikolaikirche, Wallfahrtsstätte von Menschen, die einen Aussiedlungsantrag aus der DDR gestellt haben. Als Antwort darauf kam dann von der Mehrheit der Menschen den Montag darauf: „Wir bleiben hier!" Und das überschnitt sich nun an diesem Montag mit einem für Leipziger Verhältnisse unerwartet brutalen Polizeieinsatz. Von daher ist diese Bereitschaftserklärung, „Wir bleiben hier!", beantwortet worden mit einer, na, Ablehnung. Und das hat, glaube ich, die Menschen, die sich dann montags für montags versammelt haben, dazu gebracht, ihre Forderungen, ihr Selbstverständnis mit anderen Rufen zu bestimmen. Und da war der nächste, nach meiner Erinnerung, der Ruf: „Neues Forum zulassen!" Das war aber, glaube ich, nicht ein Ruf, der nur bestimmt war von Sympathie für das Neue Forum, was damals noch über Entscheid des Innenministeriums, ja, verboten war. Sondern das war die Forderung nach einer anderen Politik. Und im September, bis Anfang Oktober ist diese Forderung nach einer anderen

Politik angemeldet worden. Und das blieb ja nun bis zum 9. Oktober noch ohne Antwort. Das heißt, die Menschen haben nachfragen müssen, wer denn Subjekte dieser neuen Politik sind. Wer sie macht? Und da lag auf der Hand, dass sich die Mehrheit geeinigt hat auf dieses, auf diesen, diese Losung: „Wir sind das Volk!" Wir machen jetzt selber Politik. Damit war aber, das glaube ich schon, natürlich auch offen eine Entwicklung, wenn ein paar sehr Entschiedene mit einer sehr konkreten politischen Losung sich dann rein gesetzt haben, dass sehr schnell eine größere Gruppe und dann eine Mehrheit diese Losung übernommen hat. Und dann hat sich das verändert, vom Ruf: „Wir sind das Volk, wir machen hier Politik, wir verändern hier dieses Land, diesen Staat, so dass es unser Staat wird, Wir sind ein Volk! Wir sind ein einig Volk!" Und dann dieser Ruf: „Deutschland, einig Vaterland!" Ich denke, wenn man sich die Leipziger Montagsdemonstrationen anschaut, dann bekommt man ein bisschen mit, das können aber vermutlich erst spätere Historiker richtig angemessen machen, wie revolutionäre Prozesse auf der Straße ganz andere Ergebnisse nach Monaten erbringen, als sie die, die dies angefangen haben in ihren Vorstellungen hatten.

I: Als die ersten Rufe, „Wir sind ein Volk!", auftauchten, war Ihnen da schon bewusst, dass es um das Schicksal der deutschen Zweistaatlichkeit geht?

P.Z.: Nein. Die, die meisten, die das am Anfang gehört haben, glaube ich, haben dies verstanden als ein Aufruf, ja, in ganz langen Fristen auch dahin wieder zu denken, wie denn das sein könnte mit einem Deutschland, mit einem Volk. Aber zu Beginn war dies immer noch die ziemlich ungenaue Forderung nach einer anderen Weise in diesem Land, Politik zu machen. Und ich denke, da erweist sich dann daran, dass die Gruppen, die Menschen, die im Sommer des vergangenen Jahres, die im Herbst des vergangenen Jahres, eine andere Politik vorgeschlagen haben, in ihren Konzepten dieses Problem auch überhaupt nicht drin hatten. Keiner von uns, glaube ich, hat gewusst, hat erkannt, hat im Hinterkopf gehabt, wie schnell dieses Thema deutsche Einheit, Wiedervereinigung, wie auch immer man im Moment dies jetzt historisch, politisch oder vom Gefühl her beschreiben will, wie schnell das rauszuholen ist aus allen Menschen. Wir haben die Mehrheit, die meisten haben dies am Anfang gehört als ein Ruf, als eine, noch nicht mal Forderung unter vielen anderen auch.

I: Sie sind einer der Vordenker für die Initiative „Für unser Land" gewesen[2]. War diese Initiative nicht schon bei ihrer Geburt zum Scheitern verurteilt, verurteilt durch die spontane Öffnung der Grenze vom 9. November '89?

P.Z.: Ich glaube, jetzt aus der Rückschau muss man so urteilen, dass wir bei

den Überlegungen, wie wir die Menschen in der DDR aufrufen können, sich auf ihr Eigenes zu besinnen, damals mit dieser Erklärung vielleicht sogar in die falsche Richtung gedacht haben. Ich bin aber der Überzeugung, inzwischen der Überzeugung, dass es zum geringeren Teil in der Verantwortung derer gelegen hat, die sich zu diesem Appell zusammengeschlossen haben. Sondern ich glaube schon, dass die Verquickung mit der Öffnung dieses Landes, die war für den Prozess innerhalb der DDR für die meisten Menschen hier eine Überforderung. Das von jetzt auf jetzt gleich der, der Zwang weg war, sich zu überlegen, was machen wir Eigenes. Die Mehrheit in diesem Land konnte sich ein Modell angucken, was außerhalb dieses Landes sehr schön bunt, scheinbar reibungslos funktionierend und sehr attraktiv stattfand. Und da lag es nahe, dass nach diesem neunten eine immer wachsende Menge von Menschen sagte, so wollen wir es auch haben. Das nun außerdem noch ein politisches Konzept für die Realisierung in dieser Zeit gerade vorgelegt wurde, nämlich dieser Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers Kohl der Bundesrepublik Deutschland, das hat, glaube ich, auch belastend mitgewirkt. Und dann sollte man nicht vergessen, dass über den Zerfall der SED, über die Aufdeckung von Korruptionsskandalen, vielen Menschen im Land der Mut genommen worden ist, hier könnte man noch etwas anfangen. Und wenn wir diese drei, vier, fünf Punkte zusammen denken, dann, glaube ich, müssen wir jetzt sagen, da gab es keine Chance, dass eine entscheidende Anzahl Menschen hier im Land darauf hört und danach denkt.

I: Ich darf noch mal auf das Problem der Grenzöffnung zurückkommen. War die Art und Weise, wie die Grenzen geöffnet wurden ein politischer Fehler?

P.Z.: Wenn ich es ganz kurz beantworten soll, kann ich, oder würde ich sagen, ja, es war einer. Es hat einen, einen ganz großen Bedarf gegeben nach Gesetzen, nach staatlichen Maßnahmen, die diesen Aufbruch, die diese, nennen wir es Wende, nun auch wirklich unumkehrbar machen. Und da wäre einiges andere vorstellbar gewesen, also zum Beispiel ein erster Entwurf eines vernünftigen Reisegesetzes. Das Angebot, das in einem Wochen- oder Monatszeitraum Reisefreiheit käme. Das hätten wir hier alle verkraftet. Darüber hätten wir nämlich diskutieren können. So sind wir in einem Prozess der Diskussion, was wollen wir neu und was wollen wir vom Alten nicht mehr, in welchem Zeitraum, mit welchen Kräften wollen wir hier was neu gestalten? Ich denke, dass kann man ruhig so salopp beschreiben, da sind wir kalt getroffen worden. Da gab es bei dem ganzen Nachdenken, wie gestalten wir jetzt Gesellschaft, was machen wir für eine neue Politik, erst einmal für vierzehn Tage kein anderes Thema als: nach dem Westen fahren. Ja und das hat, denke ich, das meiste von dem, was heute auf den Straßen gefordert wird und in der Politik diskutiert wird hoch gezwungen.

I: Wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands? Was wünschen Sie sich als Christ für Deutschland?

P.Z.: Ich habe mir wenig eigene Gedanken gemacht über die Zukunft Deutschlands, sondern ich habe einfach versucht nachzulesen und zuzuhören bei dem, was seit Jahren schon vorliegt an Gedanken und bei dem, was jetzt aktuell dazu geäußert wird. Und ich wünsche mir sehr, dass ein Deutschland entsteht, was die historische Lektion der letzten beiden Jahrhunderte gelernt hat und was deshalb mit allen guten Traditionen und guten Kräften in der Mitte Europas, ja soll man sagen, eine Brücke bildet zwischen unterschiedlichen historischen Traditionen, unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Traditionen. Ich wünschte mir ein Deutschland, was diese Vermittlerrolle zwischen Ost und West weiter intensiv wahrnimmt und da auch weiß, wie viel deutsche Schuld in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch aufzuarbeiten ist. Und dies sollte man, denke ich, vor allem in politischen Leistungen und auch in ökonomischen Leistung abgelten. Und dann wünschte ich mir sehr ein Deutschland, was viel von dem, was die DDR versucht hat, weiter fortführt, nämlich eine helfende, eine entwickelnde, helfende Politik hin zur Dritten Welt zu machen. Ich glaube nicht, dass die DDR sehr effektiv war. Aber die Ansätze waren da. Und gerade hier in Leipzig ist es für mich immer eine großartige Gelegenheit gewesen mit den vielen Ausländern, die im Herder-Institut und an anderen Ausbildungseinrichtungen da waren, in Kontakt zu kommen. Und ich wünschte mir sehr, dass dieses Deutschland, gerade gegenüber der Zweidrittel-Welt oder dem Süden oder der Dritten Welt, eben nicht eine Funktion oder eine Rolle einnimmt, wo jede investierte oder ausgegebene Mark wenigstens eine Mark fünfzig dann wieder Gewinn bringt. Sondern, wo man dieser weltweiten Verantwortung, die Christen gerade in den letzten Jahren immer mehr entdeckt hat, auch ein Stück weit Maßstab für Politik wird. Das wäre etwa das Wichtigste. Ich bin da auch ziemlich sicher, dass viele Menschen, die Kirchenglieder sind und auch nach der Wende in der Kirche geblieben sind, dies für dieses politische Programm des neuen Deutschlands sehr heftig einfordern werden. Wie erfolgreich sie sein werden, das weiß ich nicht.

I: Glauben Sie, dass man die von Ihnen eben angesprochene, internationale Dimension der Ereignisse in der DDR heute schon richtig erfassen kann?

P.Z.: Ach, ich glaube schon, seit 1945 denken die klügsten Menschen, aber auch die durchschnittlichen, normalen Bürger Mitteleuropas, über diese Fragen nach. Und die Reaktionen der Menschen auf der Straße, auf den Straßen außerhalb Deutschlands und die Reaktion von Politikern, von Historikern, von Philosophen weisen schon aus, dass diese Wochen, dass diese Monate die ganze Welt

erheblich verändern. Das ist kein Verdienst derer, die in Dresden, in Leipzig, in Berlin demonstriert haben. Sondern das ist eine Wirkung dessen, was in diesem Land vor sich geht und zu einem Ende, und dieses Ende wird deutsche Einheit sein, gebracht hat. Und deshalb kann man im Groben schon sagen, wir wissen, was das bedeutet. Das bedeutet nämlich unter anderem auch, dass alle Überlegungen, ob sie nun von marxistischen Sozialisten kommen, ob sie aus dem Raum der Kirche kommen, ob das Christen formuliert haben, da denke ich besonders an eine, eine Tradition, die mir sehr wichtig ist, die der religiösen Sozialisten. Dass also alle Bemühungen um eine alternative Gesellschaft noch mal neu bei Null beginnen müssen. Dass die Karten neu gemischt werden zwischen das, in dem Verhältnis zwischen entwickelten, hochindustrialisierten, weniger industrialisierten Ländern und denen, die bisher in der Weltpolitik ziemlich schwach und stimmlos waren. Das alles kann man, glaube ich, jetzt schon auf dem Tisch liegen sehen. Und von daher reicht das für eine Bewertung.

I: Müssen die Kirchen in der DDR nach der Wende ihren Standort neu bestimmen? Wofür wollen Sie künftig besonders eintreten?

P.Z.: Die Kirchen in der DDR müssen ihren Standort neu bestimmen, aber sie müssen dabei nicht so sehr viel ändern. Man muss im Blick behalten die Geschichte der Kirchen in der DDR. Die haben erst zwanzig Jahre nach der staatlichen Selbstständigkeit, 1949, einen Kirchenbund evangelischer Kirchen in der DDR begründet. Das heißt also, sie haben zur staatlichen Geschichte der DDR eine Phasenverschiebung von zwanzig Jahren. In den darauf folgenden zwei Jahrzehnten haben die evangelischen Kirchen hier in dem Land, und da hat schon die Mehrheit der Christen teilgenommen an den Freikirchen, auch in der römisch-katholischen Kirche, diese Formel gefunden: Wir sind Christen in einer Kirche, die Kirche im Sozialismus ist. Nicht gegen den Sozialismus, nicht für den Sozialismus. Die meisten Theologen, kirchliche Mitarbeiter, auch viele der Christen haben das so verstanden, dass es erst einmal um das Kirche-sein ging und dass diese Bestimmung im Sozialismus eine nun sekundäre war. Das heißt, mit dieser Formel ist zuerst einmal gesagt worden, wir können auch im Sozialismus Christen sein. Es ist nicht unmöglich. Es ist staatlicherseits nicht verboten. Und von diesen Ansatzpunkt her ist nun ausprobiert worden in den Gemeinden, aber auch durch die Kirchenleitung, wie man am angemessensten in dieser Gesellschaft Christ sein kann, Gemeinde organisieren kann, wie Kirchen sich auch innerhalb der Gesellschaft zur Wirkung bringen können. Welche Menschen es gibt, für die sie besondere Verantwortung haben. Da haben die Kirchen in der DDR in den zwei Jahrzehnten bis '69 und dann als Kirchen in der, zusammengeschlossen im Bund der evangelischen Kirchen in der DDR, durchaus eigenes gelernt. Die Trennung

von Staat und Kirche ist hier wirklich als Aufgabe der Kirche sehr vernünftig akzeptiert worden und umgesetzt worden. Und darauf werden die Kirchen in der DDR bei diesem Prozess des Zusammenwachsens kaum verzichten. Von daher, denke ich, muss man eine ganze Menge neu nachdenken, aber man muss nicht so viel verändern. Und ich persönlich werde, und da weiß ich mich einig mit vielen, die Theologie treiben, aber auch mit vielen Gruppen in den Gemeinden hier in Sachsen oder auch in Berlin, ich selbst werde mich dafür ganz stark einsetzen, dass das, was in diesen zwanzig Jahren, Bund evangelischer Kirche in der DDR, gelernt worden ist, nicht verloren geht. Das heißt also jetzt mal konkret, der „Ökumenische Rat der Kirchen" hat in etwa auch seit zwanzig Jahren ein sehr aktives Unterstützungsprogramm für den antirassistischen Kampf in aller Welt entwickelt und zur Wirkung gebracht. Und den haben die Kirchen in der DDR im Unterschied zu denen in der Bundesrepublik von Anfang an sehr engagiert unterstützt. Und da hielt ich es nun für meine Theologen und Christenpflicht, dass die gesamtdeutsche Kirche, wann und wie auch immer sie zusammenkommt, dieses Engagement so fortsetzt, wie es die Christen in der DDR bisher betrieben haben. Ich möchte auch festhalten, dass das, was die Kirchen in der DDR in den vergangenen zwei Jahrzehnten, ganz besonders seit '79, gebracht haben an Einsatz auf dem Feld von Abrüstung, politischer Friedenssicherung, dass das in Zukunft eine der Hauptaufgaben dieser gesamtdeutschen Kirche wird.

I: Welche Vorstellungen hatten Sie Anfang Oktober '89 von der Zukunft der DDR?

P.Z.: Die Vorstellungen, die sind über die Jahre herangereift, die gingen erst mal da hin, dass ich Ausschau gehalten habe nach einer sozialistischen Politik auf Grund bestimmter politischer Grundentscheidungen. Also, zum Beispiel gesellschaftliches Eigentum und ein paar andere Dinge bei Beteiligung aller interessierten Menschen an der Entscheidung. Innerhalb des weltweiten Zusammenschluss der evangelischen Kirchen, dem sogenannten ökumenischen Rat der Kirchen, hat es seit Ende der sechziger Jahre eine Diskussion gegeben über eine gerechte Gesellschaft, eine partizipatorische Gesellschaft, das heißt also wo die Mehrheit des Volkes in der Diskussion und Entscheidung beteiligt ist. Und der dritte Gesichtspunkt war der der Sustainability, also der ökologisch verantwortbaren Gesellschaft. Und das waren für mich die Dinge, die ich gerade im Kreis der Freunde, wo ich zu Hause bin, der christlichen Friedenskonferenz in den vergangenen Jahren immer wieder diskutiert habe. Und da haben wir Ausschau gehalten nach Theoretikern und Praktikern überall in der DDR, mit denen wir das besprechen konnten, von denen wir Vorschläge ge..., bekommen haben, die politisch realisierbar erschienen. Das heißt also, meine Hoffnung ging, meine Vorstellung ging und alle, auch mein

Handeln ging auf eine DDR, die in einer anderen Weise ihren Weg als Mitglied eines Staatenbundes sozialistischer Länder bestimmt.

I: Worin sehen Sie die Hauptursache für den Umbruch?

P.Z.: Da muss ich jetzt zurückfragen, für den Umbruch nach unseren Vorstellungen, also den im November oder für den Umbruch vom 9. Oktober und den nachfolgenden Tagen?

I: Für den Letzteren.

P.Z.: Ich glaube, die Hauptursache liegt darin, dass wir erstens geträumt haben. Wir haben die schönen Konzepte, die wir seit Jahren diskutiert haben, die wir von anderen abgeschrieben haben, die wir zusammengefunden haben, immer unvollständig gelassen. Wir haben uns nicht überlegt, wie man das politisch Schritt für Schritt umsetzt. Sondern wir haben, da waren wir, was weiß ich, neue Preußen oder alte Sachsen, wir haben auch dafür zu sehr auf ein Kommando von oben gewartet. Wir wollten vielleicht einen Rat der Götter, der demokratischer war und auf die Nichtgötter gehört hat. Aber wie man aus dem, was wir wollten jetzt wirklich Schritt für Schritt Politik macht, das haben wir verpasst. Und dann, denke ich, haben wir unterschätzt die politischen Wirkungen, die von außen in dieses Land und die Entwicklung hineingekommen sind. Wir haben uns vorgestellt, dass alle diese Entwicklungen in der DDR freundlich neutral betrachten. Und das war eine Illusion, die wahrscheinlich aus dem gesamtstaatlichen Provinzialismus der letzten Jahre mit erwachsen ist. Ich würde aber sagen, dass eben an diesem Umbruch, der sich so ab Mitte, Ende November dann noch einmal ergeben hat, wir zu einem ganzen Stück daran Schuld sind. Ich könnte da auch diese, wenn wir es jetzt in politische Institutionen umsetzen wollen, diese schnelle totale Änderung zum Beispiel der CDU in der DDR, die von einer Partei des Friedens und des Sozialismus zu einer Partei der Marktwirtschaft geworden ist, nennen. Ich würde auch nicht gering veranschlagen die zähe und heute noch nicht abgeschlossene Reform in der SED-PDS. Das genügt vielleicht.

I: Kommen wir noch mal auf die zwei Umbrüche zurück. Wer war für Sie der entscheidende Akteur des ersten und wer des zweiten Umbruches? Zu letzterem haben Sie ja schon etwas gesagt. Aber des ersten Umbruches im September, Oktober.

P.Z.: Der entscheidende Akteur des ersten Umbruches? Ich denke, dass ich überhaupt im Sommer angefangen habe, auf eine Veränderung in der DDR hinzuarbeiten

und mit Freunden zu diskutieren, das hat sich im Sommer, im Juni war das, glaube ich, ein Plenum der, ein ZK-Plenum der SED ergeben, als die sehr vernebelten Verbesserungsvorschläge von Hans Modrow mit einer Parteistrafe beantwortet sind, worden sind. Da gab es ein Angebot und da gruppierten sich natürlich noch ein paar andere Politiker drum herum. Da gab es ein Angebot, dass man innerhalb der DDR wohl doch etwas verändern könnte, also Perestroika importieren und ausgestalten. Und damit schien das möglich und dann sind ganz konkret in dieser Woche vor dem 9. Oktober die Entwicklungen in Dresden für mich entscheidend gewesen und da waren dann in den nachfolgenden Wochen wirklich Modrow, Berghofer die Personen und der Mitarbeiterkreis, für den die beiden nur standen, die Personen, von denen ich sehr viel erwartet habe. Und, ja, das hat sich zum Teil ja auch erfüllt, bloß eben zu spät und manchmal ein bisschen anders. Für die, den, die zweite Wende, den zweiten Umbruch würde ich ein ganzes Bündel von, von Einwirkungen, von Impulsen sehen. Man kann das wohl reduzieren auf diese drei Dinge, einmal die Grenzöffnung der DDR. Zum zweiten das Angebot aus der Bundesrepublik für einen Fahrplan, Maßnahmen und Fahrplan des Anschlusses. Und zum dritten die Einsicht, dass die DDR verwüsteter, zerstörter ist, als dies aller bisheriger Augenschein ergab. Weil Zahlen aus dem Bereich der Produktion, der Landwirtschaft, des Städtebaus, auf den Tisch kamen, die, für die Sanierung, die in so eine astronomische Höhe kamen, dass alle Reformen, Verbesserungs-, Veränderungskonzepte in der DDR da keine Chance zum Greifen bekamen. Also, die Leipziger Sechs um den Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, die haben so eine vorläufige Liste ihrer Hoffnungen zusammen geschrieben und haben sie Mitte November als Leipziger Postulate veröffentlicht. Nur waren das meist nicht originär unsere eigenen Gedanken, sondern das war das, was wir in den Bürgerforen dieses Dialogs am Karl-Marx-Platz gehört haben. Also, eigentlich waren es alles direkte und indirekte Zitate. Und die Hoffnungen waren auf eine selbst..., gingen ganz stark auf eine selbstbestimmte Entwicklung hinaus. Bürgernah, wir haben uns auch da Mitte November zu wenig Gedanken um die Realisierung gemacht. Aber alles was dort ansatzweise, zum Teil sehr weit ausgeschrieben, als Hoffnung benannt worden ist, das ist jetzt nicht realisiert. Und ich denke, wenn man das ganz nüchtern anschaut, dann finden wir für die nächsten Monate und Jahre auch nicht allzu viel Aussichten, dass dies so, wie wir es als Leipziger Postulate formuliert haben, realisiert wird für eine Entwicklung in diesem Land.

I: Wovon träumen Sie dennoch heute?

P.Z.: Ich träume davon, dass wir diese unwahrscheinliche Bereitschaft von Menschen, die auch schon total resigniert hatten, mitzuarbeiten, die hat sich ausgedrückt in, in Telefonanrufen, in Briefen, in Ansprechen auf der Straße, gerade

an die, die Sechs um Kurt Masur, mitzumachen, mitzugestalten, das was in Leipzig an dringend zu lösenden Aufgaben war mit anzupacken. Dass die sich erhält. Dass also dieser gleichberechtigte Umgang der Menschen miteinander, und zwar beim Arbeiten und manchmal war es auch beim Feiern so, dass der erhalten bleibt. Das könnte ich nun in die gängigen Vokabeln reinpacken, keine Ellbogengesellschaft und so weiter. Ich möchte jedenfalls, dass die Selbstverständlichkeit, mit der in den Oktober- und Anfang Novemberwochen für die Menschen hier in der Stadt und wahrscheinlich für die allermeisten Menschen hier in dem Land Politik ein Stück ihres Lebens war, mit der erklärten Absicht, weil sie vorneweg die Einsicht hatten, dass sie Politik mitbestimmen können, dass dies erhalten bleibt. Das ist das Eine. Und das Andere ist, dass das, was wir an Weltbewusstsein innerhalb der Kirche und auch außerhalb der Kirche in den vergangenen Jahren gerade begonnen haben zu entwickeln. Dass also kein Land für sich leben kann, dass kein Kontinent für sich leben kann. Dass das Schicksal dieser deutschen Länder und des Deutschlands und des Kontinents Europa unlösbar verbunden ist mit dem, was in Lateinamerika passiert oder in Asien. Dass dies in den Köpfen der Menschen so drin bleibt, dass sie ihr Alltagshandeln davon ein Stück mitbestimmen lassen. Das wären diese zwei Hauptgesichtspunkte, die hätte ich gerne bewahrt.

I: Leipzig wurde in den letzten Wochen und Monaten oft als Wiege der Revolution gefeiert. Wie erklären Sie sich, dass die Zeichen des Aufbruchs im Herbst '89 gerade aus dieser Stadt kamen?

P.Z.: Ich denke, weil in kaum einer anderen Stadt der DDR die Probleme so brutal aufeinander geknallt sind. Dass die Stadt zusammenbricht. Dass die Menschen eine Umweltsituation erlebt und erlitten haben, die ihnen also wirklich, wortwörtlich die Luft genommen hat, das ist wahrscheinlich in Leipzig, gemessen mit dem früheren Bild, mit den historischen Erinnerungen an Leipzig, ganz besonders mobilisierend gewesen. Dann hat Leipzig über diese zwei Messen im Jahr, März und September, auch immer ein Wechselbad von Internationalität und Provinzialität erlebt. Und ich glaube, das ist für Leipziger eine Schockerfahrung gewesen, die schwer zu verkraften war. Leipzig war zweimal im Jahr wirklich weltoffen und die Zeitungen, die man lesen konnte und die Gespräche, die man führen konnte und die Begegnungen, die man irgendwo hatte, die waren in der Zeit dazwischen entweder nicht möglich oder sie waren mit, mit, ja manchmal sogar Strafverfolgung verbunden. Und dann hat sich Leipzig, dies ist aber eine zufällige Entwicklung, über das Hineinwandern der Ausreiser, der Aussiedlungsantragsteller in die Nikolaikirche, nun als eine Stadt dargestellt, wo in der Nikolaikirche und rings um die Nikolaikirche diese politische Frage, „Verändert sich etwas an den Hauptproblemen dieser Gesellschaft oder nicht?“, entzündet hat. Das sind drei Punkte und der vierte Punkt, da müsste man

vielleicht noch mal nachfragen. Ich glaube, dass in Leipzig auch ein, ein sehr, ein sehr lebendiges Gespräch dann doch wieder gewesen ist, durch die vielen Menschen, gerade angebunden an die Universität, die versucht haben, wenigstens theoretisch ein paar dieser Probleme aufzunehmen. Und ich denke, dass es hin und wieder auch einmal ein durchaus moderates Entscheiden der Bezirksleitung der SED hier gegeben hat. Dadurch war manches zugelassen, war manches mehr möglich. Und aus dieser Verknüpfung musste eigentlich zwangsläufig in Leipzig die, die politische Entwicklung so gehen, dass es nicht ein Hauptproblem dann war, um das gestritten wurde, sondern das gesagt wurde, wir brauchen eine neue Politik, die wir selber machen wollen. „Wir sind das Volk!"

I: Aufbruch, Wende, Revolution. Wie würden Sie aus heutiger Sicht die Ereignisse charakterisieren?

P.Z.: Nun, es hat angefangen als eine, eine ganz große und heute immer noch atemlos machende Entwicklung, dass dieser, dieser 9. Oktober nach dem, was in Dresden vorweg passiert war, was in Berlin vorweg passiert war, hier ohne Gewalt, ohne geprügelte Menschen, ohne Blutvergießen begann und verging. Und das hat uns alle festgehalten in den nächsten Wochen, dabei, das ist ein Aufbruch. Und dann haben wir erlebt oder habe ich erlebt, dass aus diesem Aufbruch ganz gezielt von ein paar politischen Kräften eine Wende konzentriert, destilliert, verbogen zum Teil auch werden sollte. Und da begann es uns, glaube ich, schon klar zu werden, dass diese, diese Zusammenfassung aller politischen Kräfte, die wir an dem neunten in diesem Stillhalten, in diesem Gewaltverzicht, erlebt haben, halt nicht sehr lange trug. Und nachdem Wendepolitik gemacht worden war, mit allem Experimentieren und auch mit allem Misslungenen, zum Beispiel der Grenzöffnung und einigem mehr, ja, wurde dann aus dem Aufbruch über die Wende ein Umbruch, der heute, denke ich, alles das, was an politischen Konzepten und politischen Ansätzen über Monate sich hinein in den Oktober ergeben hatte, zum Abbrechen bringt.

I: Sie sind Mitglied der CDU. Wie versucht Ihre Partei, die Altlast der letzten vierzig Jahre zu bewältigen?

P.Z.: Ich bin 1970 in die Christlich Demokratische Union in der DDR eingetreten,, weil das damals sinnvollerweise eine Partei von Christen in dem politischen System der DDR geben sollte. Eine Partei von Christen, die viele Funktionen hatte, aber in den zwei Jahrzehnten, die ich in der CDU mitgearbeitet habe, habe ich herausbekommen, dass die hauptsächlich realisierte übernommene Funktion eigentlich die der Unterwerfung unter Vorschläge und Beschlüsse der SED war.

Unter dieser groben Vorgabe haben viele Mitglieder der CDU innerhalb der DDR zwischen Oben und Unten und in der Breite noch sehr viel Vernünftiges machen können, was man unter dieser Überschrift, das Schlimmste verhindern, durchaus auch als was Gutes abbuchen kann. Nur ich denke, dass die neue CDU, wie sie sich seit Mitte Dezember '89 darstellt, zu wenig auf diese Vergangenheit guckt. Mit einem ganz anderen Programm und mit überwiegend anderen Menschen an der Spitze ist natürlich diese Geschichte von vier Jahrzehnten Mitmachen noch nicht erledigt. Und da uns eine ganz andere gesellschaftliche Entwicklung bevorsteht, die so sinnvollerweise gar nicht mehr nach einer Partei von Christen verlangt, ist, denke ich, für viele Mitglieder der CDU, die einmal eingetreten sind, weil sie eine Partei des Friedens und des Sozialismus war für Christen, auch zur Behauptung von Christen in dem sozialistischen politischen System, heute die Frage, wollen wir noch überhaupt so eine Partei? Und dann die nächste Frage, wollen wir diese Partei? Diese Partei, die ihr Programm ausgewechselt hat. Und ich denke, da finden viele Christen in dem Land Kontinuität nicht in der CDU, sondern in anderen Gruppen von Christen, also zum Beispiel in den kirchlichen Bruderschaften, die es gibt. Bei der Gossner Mission, innerhalb der christlichen Friedenskonferenz, die von vornherein nicht mit dieser Absicht, politische Institution und Organisation zu sein, sich hineinbegeben haben, sondern die mit ein, zwei Aufgaben Christen zusammengeholt haben. Und ich denke schon, dass viele, die mit der CDU, mit der neuen CDU, nicht mehr so mit können in den nächsten Monaten und Jahren verstärkt in diesen informellen Gruppen innerhalb der Kirche mitarbeiten werden. Für mich selber wird das auch gelten.

[1] "Ich war nie und bin nicht Pfarrer. Daß ich bei dem Aufruf der Leipziger Sechs so firmiere, das war telefonisch abgesprochen mit dem damaligen Landesbischof Hempel und dem Leipziger Superintendenten Magirius, die mit anderen am 9.10.1989 im Pfarramt gegenüber der Nikolaikirche versammelt waren. Dr. Zimmermann, den kannten nur wenige. Aber ein Pfarrer, der stand für Kirche." P.Z. 10.11.2011

[2] "Ich gehöre nicht zu den Vordenkern der Initiative. Zwar hat mich der echte Vordenker, mein holländischer Freund, der Amsterdamer Theologie-Prof. em. Dick Boer zwei/dreimal telefonisch konsultiert. Aber meine Aufgabe war es, Promis in Sachsen als Erst-Unterschreiber zu gewinnen - übrigens ohne Erfolg ...." P.Z. 10.11.2011

UMBRUCH IN DER DDR - ZEITZEUGEN
Eine Dokumentation des Instituts für Film, Bild und Ton

Produktionsstab 1990

Interviews:	Dr. Horst Lange, Dr. Uwe Matthes
Kamera:	Dieter Schönberg
Ton:	Bodo Zipperling
Schnitt Langfassung:	Karin Junge
Schnitt Kurzfassung:	Ute Kraatz
Produktion:	Martina Vogelsang
Redaktion:	Matthias Fischer

Digitale Sicherung 2011

Projektträger:	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Projektleitung:	Dipl. Restauratorin Kerstin Bartels
Idee, Konzept & Realisation:	Jan Henselder
wissenschaftl. Mitarbeiter:	Tobias Kilgus
technische Mitarbeiterin:	Anna Veronika Jüster
student. Mitarbeiterinnen:	Anna Maria Bierwirth, Jessica Morhardt, Maxi Zimmermann, Heidi Paulus, Lara Kreuzburg und Kerstin Jahn
technische Realisation:	Mario Loose und Jürgen Butschkau
Transkription:	Katharina Ege und Nino Selmikeit

Besonderen Dank an:

Dr. Ulrich Mählert, Dr. Matthias Buchholz / **Stiftung Aufarbeitung**
Carola Jüllig, Jörg Frieß / **Deutsches Historisches Museum (DHM)**
Dr. Buchwalder, Dr. Klaus Spranger / **IFBT**
Prof. Dr. Issing, Prof. Dr. Lechenauer / **Institut für Medien (IfM)**
Heidemarie Brümmer, Andreas Wüthrich, Prof. Dr. Sieck / **HTW-Berlin**
Prof. Martin Koerber, Annette Groschke / **Deutsche Kinemathek**
Karl Griep, Karin Kühn / **Bundesarchiv / Filmarchiv**

Dr. Horst Lange, Dr. Uwe Matthes, Dieter Schönberg, Bodo Zipperling,
Karin Junge, Ute Kraatz, Martina Vogelsang, Matthias Fischer

Michael Arnold, Tatjana Böhm, Rainer Eppelmann, Dr. Gottfried Forck,
Dr. Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Walter Janka, Martin Kirchner,
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Prof. Dr. Bernd Okun, Gerd Poppe,
Friedrich Schorlemmer, Prof. Dr. Dieter Segert, Dr. Wolfgang Ullmann,
Dr. Christine Weiske, Konrad Weiß, Prof. Dr. Dieter Wittich,
Peter F. Zimmermann

Alfred Honisch, Evelore Köppen, Karla Wieland, Anika Helmstaedt,
Frauke Bornemann und Anne Meineke

PoD:

visual culture press #3
ISSN 2194-5500
c/o Jan Henselder
Paul-Robeson-Str. 18
10439 Berlin
www.visualculturepress.com

Berlin, 2012

Michael Arnold
Tatjana Böhm
Rainer Eppelmann
Gottfried Forck
Gregor Gysi
Klaus Höpcke
Walter Janka
Jürgen Kuczynski
Gerd Poppe
Friedrich Schorlemmer
Dieter Segert
Wolfgang Ullmann
Christine Weiske
Konrad Weiß
Dieter Wittich
Peter F. Zimmermann

ISSN 2194-5500